# Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der "Least-Developed-Contries" in Afrika

## – dargestellt am Beispiel Malawis –

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
Bonn

vorgelegt von
James Buliani
aus Likoma Island / Malawi

---

Bonn 1985

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546505_0024

# Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der "Least-Developed-Contries" in Afrika

## – dargestellt am Beispiel Malawis –

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
Bonn

vorgelegt von

James Buliani

aus Likoma Island / Malawi

---

Bonn 1986

Dekan: Professor Dr. Josef Isensee

Erstberichterstatter: Prof. Dr. Dr. Dr. hc. F. Voigt
Zweitberichterstatter: Prof. Dr. H. Dawar

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Juni 1985

Meinen Eltern gewidmet

Dedicated to my parents

Vorwort

Mein Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Voigt für die Überlassung des Themas und für die Betreuung dieser Arbeit sowie Herrn Prof. Dr. Dawar für die Übernahme des Korreferats. Herrn Dr. K. Hoffmann danke ich für seine ständige Bereitschaft zum fachlichen Gedankenaustausch sowie seine kritischen Hinweise.

Herrn Prof. Dr. Albach spreche ich meinen Dank aus für die vielen hilfreichen Hinweise, die er mir im Verlaufe der Arbeit gegeben hat.

Ein besonderes Dankeschön gilt Frau Dipl. Ing.-agr. Susanne Fewson, meiner langjährigen Freundin, für ihre bereitwillige Hilfe bei sprachlichen Korrekturen sowie für wertvolle Ratschläge und ihre während der Fertigstellung dieser Arbeit gezeigte Geduld.

Frau Elke Haque sei gedankt für die Übertragung meiner Handschrift in eine lesbare Vorlage.

Bei der Materialsuche waren mir die Botschaft von Malawi in Bonn, die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main, die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung in Bonn-Beuel und die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen in Köln behilflich, wofür ich den betreffenden Mitarbeitern danken möchte.

INHALTSVERZEICHNIS


| | Seite |
|---|---|
| Einleitung | 9 |
| 1.1 Problemstellung und Gang der Untersuchung | 9 |
| 1.2 Abgrenzung | 11 |
| 2. Theoretische Ansätze zur Erklärung und Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung | 16 |
| 2.1 Erkenntniswerte der verschiedenen Entwicklungstheorien | 16 |
| 2.1.1 Wachstumstheoretische Erklärungsansätze | 16 |
| 2.1.2 Erklärungsansätze durch endogene Faktoren | 21 |
| 2.1.3 Erklärungsansätze durch exogene Faktoren | 23 |
| 2.2 Effizienz der verschiedenen Entwicklungsstrategien | 35 |
| 2.2.1 Strategien der landwirtschaftlichen bzw. industriellen Entwicklung | 35 |
| 2.2.2 Strategien des "balanced growth" bzw. des "unbalanced growth" | 40 |
| 2.2.3 Strategien der Importsubstitution bzw. der Exportdiversifizierung | 45 |
| 2.2.4 Strategien der grundbedürfnisorientierten Entwicklung | 51 |
| 2.3 Ansätze zur Finanzierung wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse | 53 |
| 2.3.1 "Internationalistischer Ansatz" | 54 |
| 2.3.1.1 Determinanten des externen Finanzierungsbedarfs | 54 |
| 2.3.1.2 Determinanten des externen Finanzierungsangebots | 68 |
| 2.3.2 "Autozentrischer Ansatz" | 76 |
| 2.3.2.1 Eigenfinanzierung durch Zwangssparprozesse | 76 |
| 2.3.2.2 Eigenfinanzierung durch freiwillige Ersparnisbildung | 83 |
| 2.3.2.3 Eigenfinanzierung und finanzielle Infrastruktur | 86 |

| | Seite |
|---|---|
| 3. Ansätze einer erfolgversprechenden Konzeption für die wirtschaftliche Entwicklung eines "Least-Developed-Country" am Beispiel von Malawi | 90 |
| 3.1 Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung | 90 |
| 3.1.1 Geographische und gesellschaftliche Grundlagen | 90 |
| 3.1.2 Verkehrssystem | 94 |
| 3.1.3 Energieversorgung | 102 |
| 3.1.4 Wirtschaftliche Ressourcen | 107 |
| 3.1.5 Öffentliche Finanzen | 108 |
| 3.1.6 Außenhandel und Zahlungsbilanz | 112 |
| 3.2 Grundzüge der bisherigen Entwicklungspolitik | 122 |
| 3.2.1 Staats- und Wirtschaftsordnung Malawis | 122 |
| 3.2.2 Entwicklungskonzeption und Entwicklungsplanung | 123 |
| 3.2.2.1 Entwicklungsplanung 1965-1969 | 124 |
| 3.2.2.2 Entwicklungsplanung 1971-1980 | 127 |
| 3.2.2.3 Entwicklungsplanung 1981/82 - 1985/68 | 131 |
| 3.2.3 Instrumente der Entwicklungsplanung | 133 |
| 3.3 Möglichkeiten zur Inwertsetzung des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials | 135 |
| 3.3.1 Ansätze zur landwirtschaftlichen Entwicklung | 135 |
| 3.3.1.1 Aktueller Stand der landwirtschaftlichen Entwicklung | 135 |
| 3.3.1.2 Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Weiterentwicklung | 152 |
| 3.3.1.3 Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Weiterentwicklung | 153 |
| 3.3.1 Ansätze zur industriellen Entwicklung | 155 |
| 3.3.2.1 Aktueller Stand der industriellen Entwicklung | 155 |
| 3.3.2.2 Voraussetzungen der industriellen Weiterentwicklung | 160 |
| 3.3.2.3 Möglichkeiten der industriellen Weiterentwicklung | 162 |

| | Seite |
|---|---|
| 3.4 Probleme der Finanzierung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses | 166 |
| 3.4.1 Auslandsfinanzierung | 166 |
| 3.4.1.1 Externer Finanzierungsbedarf | 166 |
| 3.4.1.2 Externes Finanzierungsangebot | 170 |
| 3.4.2 Eigenfinanzierung | 189 |
| 3.4.2.1 Zwangssparprozesse | 189 |
| 3.4.2.2 Freiwillige Ersparnisbildung | 206 |
| 3.4.2.3 Kredit- und Bankensystem | 211 |
| 4. Schlußfolgerungen für eine angepaßte Konzeption zur Entwicklung von "Least-Developed Countries". | 231 |
| 5. Literaturverzeichnis | 241 |
| 6. Abkürzungsverzeichnis | 252 |

# 1. Einleitung

## 1.1 Problemstellung und Gang der Untersuchung

Die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern, auch bezeichnet als Nord-Süd-Gefälle, ist durch zahlreiche, aufwendige Entwicklungsmaßnahmen bis heute nicht wirklich abgeschwächt worden. Nur vereinzelt haben Entwicklungsländer es geschafft, die "Take-off-Phase" zu erreichen, wie z.B. Südkorea, Taiwan, Thailand und andere, die die Startschwierigkeiten eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses überwunden haben[1].

Für Länder aber, die heute noch zu den ärmsten der Welt gehören, scheinen die bisher getroffenen Maßnahmen nicht in wünschenswertem Maße zu greifen. Diese Länder stehen weiter am niedrigsten Punkt des Gefälles, und Verschuldungsbelastungen schränken die Beweglichkeit nach allen Richtungen hin ein. Dieser Zustand müßte aber auf Dauer durchbrochen werden, da die weltwirtschaftlichen Verflechtungen alle Staaten zu einem Gefüge verbinden und jedes Glied von größter Bedeutung für das Gesamtwohlergehen ist.

Ziel dieser Untersuchung ist es daher, die bisher getroffenen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, kritisch zu betrachten, Schwächen aufzuzeigen und Vorschläge zur Änderung von Konzepten zu machen, um erfolgversprechendere Maßnahmen einleiten zu können.

Bei den ärmsten Ländern der Welt handelt es sich um äußerst heterogene Gebilde, die unterschiedliche physische und sozioökonomische Voraussetzungen haben, welche durch ein uneinheitliches koloniales und kulturelles Erbe sowie unterschiedliche postkoloniale Weltanschauungen verstärkt werden. Die starken Unterschiede zwischen diesen Ländern erschweren eine exempla-

---

1) Vgl. hierzu: Rostow, W.W.: The World Economy. History and Prospect. London 1978, S. 51

rische Analyse der Probleme und der infragekommenden Lösungsmöglichkeiten. Es empfiehlt sich deshalb, nicht eine generelle, sondern eine fallbezogene Betrachtung vorzunehmen, die den speziellen Problemen eines Landes Rechnung tragen kann. Die nachfolgende Untersuchung wird daher auf das Land Malawi als Fallbeispiel beschränkt, jedoch nicht ohne auf Parallelen in benachbarten Ländern hinzuweisen.

Malawi wurde als Fallbeispiel herausgegriffen, da dort für die Überwindung der Unterentwicklung vergleichsweise günstige Rahmenbedingungen vorliegen. Malawi hat einen hohen Grad an Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreicht, es hat über einen längeren Zeitraum (Mitte der 60er bis Ende der 70er Jahre) eine relativ stabile Währung und eine meßbare Wachstumsrate zu verzeichnen gehabt, es hat Erfolge im Außenhandel aufzuweisen und konnte öffentliche Finanzdefizite abbauen[1]. Trotz aller dieser positiven Tendenzen ist ein Eintritt in die "Take-off-Phase" noch nicht festzustellen. So stellt sich Malawi als reizvolles Untersuchungsobjekt dar, um die Effizienz der bisherigen Entwicklungsstrategien zu analysieren, ihre Schwachstellen und Mängel offenzulegen und eine angepaßte Konzeption zur Ingangsetzung eines sich selbst nährenden wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses zu erarbeiten. Hierzu werden die bisher verwendeten theoretischen Ansätze zur Erklärung und Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung aufgezeigt und analysiert, wobei insbesondere auf die Erkenntniswerte der verschiedenen Entwicklungstheorien, die Effizienz der verschiedenen Strategien und die Ansätze zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung eingegangen wird.

---

1) Priebe, H. und W. Hankel: Der Agrarsektor im Entwicklungsprozeß. Mit Beispielen aus Afrika. Frankfurt/New York 1980, S. 93 f.; World Bank: Accelerated Development in Sub-Saharan Africa. An Agenda for Action, Washington D.C. 1980, S. 143; Lösch, D.: Markt oder Staat für die Dritte Welt?: Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, illustriert am Beispiel der Republik Malawi, Hamburg 1983, S. 126

Anspruch und Wirklichkeit der bisherigen Entwicklungsstrategien werden am Beispiel Malawis empirisch überprüft. Dies führt zur Diskussion der notwendigen Bedingungen für die Induzierung eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und zur Erarbeitung einer angepaßten Konzeption für die Inwertsetzung des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials in "Least-Developed-Countries".

## 1.2 Abgrenzung

In den fünfziger Jahren, als die Problematik eines Gefälles in der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich wurde, unterschied man entwickelte westliche Länder (USA, Kanada, Westeuropa, Australien, Neuseeland, Südafrika, Japan), zentral geplante Länder (kommunistische Staaten Osteuropas und Ostasiens) und Entwicklungsländer (alle übrigen Länder). Eine einheitliche Definition der Entwicklungsländer gab es ebensowenig wie eine international verbindliche Liste[1]. Zu Beginn der siebziger Jahre wurde dann deutlich, daß innerhalb der Entwicklungsländer eine Differenzierung erforderlich ist aufgrund der doch sehr verschiedenen spezifischen Probleme[2]. Aus diesem Grunde nahmen die Vereinten Nationen eine Untergruppierung vor, und es entstand u.a. der Begriff "Least-Developed-Country". Dieser Kategorie werden die am wenigsten entwickelten Länder zugerechnet. Das Doppel-L steht für die Steigerung von "less" (least) und dient zur Unterscheidung von LDC (less developed countries). In den "Least-Developed-Countries" leben etwa 270 Mio. Menschen oder 13 % der Weltbevölkerung[3].

---

1) Vgl.: BMZ: Politik der Partner. Bonn 1981, S. 23, 5. Aufl.

2) Vgl.: Weiss, T.G. u. Jennings, A.: More for the Least? Prospects for Poorest Countries in the Eighties, Lexington (Mass.) 1982, S. 1

3) Vgl.: Weiss, T. G. u. Jennings, A.: More for the Least?..., a.a.O., S. 2

Zur Einordnung eines Landes in die LLDC-Kategorie werden drei Kriterien zugrundegelegt: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bzw. das Pro-Kopf-Einkommen, der Anteil der industriellen Produktion am BIP und die Alphabetisierungsquote. Ein Land gehört zur LLDC-Kategorie, wenn sein Pro-Kopf-Einkommen unter 100 US $, der Anteil der gewerblichen und industriellen Wertschöpfung am BIP unter 10 % und die Alphabetisierungsquote in der Altersgruppe über 15 Jahren unter 20 % liegt[1]. Die Zahl der Länder, die der Kategorie LLDC zugerechnet wird, hat sich von ursprünglich 25 (1971) auf inzwischen 31 erhöht, darunter 21 afrikanische und 9 asiatische Länder sowie ein lateinamerikanisches Land[2].

Über das Verständnis der "wirtschaftlichen Entwicklung" hat sich in den letzten zwei Entwicklungsdekaden ein Wandel vollzogen. Ursprünglich wurde der Begriff wirtschaftliche Entwicklung beschränkt auf das wirtschaftliche Wachstum und wurde synonym mit letzterem Begriff verwendet. Zur Messung der wirtchaftlichen Entwicklung wurde hierbei hauptsächlich das Sozialprodukt oder das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung oder das Pro-Kopf-Einkommen als Indikator verwendet.

---

1) Vgl. Weiss, T. G. und Jennings, A.: More for the Least?.., a.a.O., S. 2

2) Afrika: Äthiopien, Benin, Botswana, Burundi, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverdische Inseln, Komoren, Lesotho, Malawi, Mali, Niger, Obervolta, Ruanda, Somalia, Sudan, Tansania, Tschad, Uganda, Zentralafrikanische Republik;

Asien: Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Arab. Republik, Jemen, Volksrepublik Jemen, Laos, Malediven, Nepal, Westsamoa;

Lat.-Am.: Haiti

Vgl.: UN Preparatory Committee for the United Nations Conference on the Least Developed Countries. Second session: Supplementary tables on aid, balance-of-payments and trade data for individual least developed countries 1965-1979. Geneva 9/10/1980; Weiss, T. G. und Jennings, A.: More for the Least; ..., a.a.O. S. 1 f.

Gegen dieses Verständnis des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses wurden in der jüngsten Zeit mehrere Einwände laut[1]. Einer der bedeutsamsten Einwände ist, daß Verteilungsaspekte des Einkommens nicht berücksichtigt werden und somit z.B. ein kleiner Bevölkerungsanteil mit hohem Einkommen ein verzerrtes Bild des tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes zeigt. Aus diesem Grunde werden vor allem seit Beginn der zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1970-1980) neben den Wachstumsgesichtspunkten Verteilungsaspekte im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß verstärkt berücksichtigt[2]. Auch die Vernachlässigung der elementaren menschlichen Grundbedürfnisse wie Ernährung, Gesundheitswesen, Bildungsstand, Beschäftigungssituation usw., die sich durch das Pro-Kopf-Einkommen bzw. Bruttosozialprodukt allein nicht messen lassen, war Anlaß zur Kritik. Dementsprechend will SEERS in den Begriff wirtschaftliche Entwicklung folgende Fragestellungen einbezogen wissen: "What has been happening to poverty? What has been happening to unemployment? What has been happening to inequality? If all three of these have declined from high levels, then beyond doubt this has been a period of development for a country concerned"[3].

Trotz dieser Kritik muß in der vorliegenden Arbeit auf das Bruttosozialprodukt als Meßgröße für die wirtschaftliche Entwicklung zurückgegriffen werden; denn

- das Bruttosozialprodukt ist eine der wenigen statistischen Größen, die auch in den Entwicklungsländern erhoben wird, in Zeitreihen zur Verfügung steht und daher

---

1) Vgl. Hesse, H. und H. Sautter: Entwicklungstheorie und -politik. Tübingen 1977, S. 7 - 21; vgl. Datta, A.: Ursachen der Unterentwicklung. Erklärungsmodelle und Entwicklungspläne. München 1982, S. 11 f.

2) Chenery, H. B. et al.: Redistribution with Growth. Policies to Improve Income Distribution in Developing Countries in the Context of Economic Growth. London/New York 1974

3) Seers, D.: The new meaning of development. In: International Development Review No. 3 (1977), S. 3 f.

eine Interpretation des Entwicklungsverlaufes zuläßt;

- neuere empirische Untersuchungen[1] zeigen, daß das Bruttosozialprodukt als Indikator des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes durchaus aussagefähig ist;
- die sicher wesentliche Frage nach der Verteilung wird erst relevant, wenn das Wachstum des Bruttosozialproduktes eine einkalkulierbare Größe geworden ist und einen gewissen Umfang angenommen hat.

Als Träger des Wachstums in diesen Ländern sind die landwirtschaftliche und die industrielle Entwicklung anzusehen. Mittlerweile herrscht Übereinstimmung darüber, daß es kein "Entweder-Landwirtschaft-Oder-Industrie-Konzept" gibt, daß vielmehr beide Ansätze ihre spezifischen Funktionen haben und im Wachstumsprozeß in vielfältiger Weise voneinander abhängig sind.

Unabhängig davon, welcher Sektor betont gefördert wird, erfordert die wirtschaftliche Entwicklung die Vornahme von Investitionen. Zu deren Durchführung werden reale Ressourcen benötigt, was wiederum bedeutet, daß Finanzierungsmittel vorhanden sein müssen. Ohne Finanzierungsmittel ist die Bewerkstelligung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht möglich. Zwar wird das Vertrauen in die strategische Bedeutung des Kapitals für die wirtschaftliche Entwicklung nicht von allen Entwicklungstheoretikern geteilt[2], doch ist - insgesamt gesehen - unbestreitbar, daß das Finanzierungsproblem in vielen Entwicklungsländern, vor allem gerade in den ärmsten Ländern, eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielt. Das Vorhandensein von Finanzierungsmitteln ist also eine not-

---

1) Vgl. Morris, M D. u. F. B. Liser: The PQLI: Measuring Progress in Meeting Human Needs. Overseas Development Council, 32, Washington 1977, ; vgl. Scholing, E.: Zur mehrdimensionalen Messung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes. In: Kyklos, Vol. 35, 1982, S. 201 f.

2) Vgl. Kindleberger, CH.: Economic Development, New York, 1965, 2. Aufl., S. 83 und S. 101 f.

wendige, nicht aber hinreichende Bedingung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Das Beispiel Malawis macht deutlich, daß in den Entwicklungsländern i.d.R. die Voraussetzungen zur Induzierung bzw. Stärkung eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses aus eigener finanzieller Kraft nicht vorhanden sind.

## 2. Theoretische Ansätze zur Erklärung und Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung

### 2.1 Erkenntniswerte der verschiedenen Entwicklungstheorien

In den letzten 20 - 30 Jahren wurde eine Vielzahl der Entwicklungstheorien, zu denen Bestimmungsgründe und Kausalzusammenhänge der Unterentwicklung aufgezeigt wurden, formuliert und Strategien zu ihrer Überwindung vorgestellt. Diese Entwicklungstheorien haben alle etwas Gemeinsames: Sie stellen lediglich partielle Denkansätze dar. Ein integriertes universelles Entwicklungsmodell ist bisher noch nicht formuliert worden[1].

Da die Behandlung aller Theorien den Rahmen dieser Untersuchung sprengen würde, wird in dem folgenden Abschnitt auf wachstumstheoretische Erklärungsansätze eingegangen, und zur Erklärung der Ursachen der Unterentwicklung wird die Bedeutung der endogenen und exogenen Faktoren aufgezeigt.

#### 2.1.1 Wachstumstheoretische Erklärungsansätze

Obgleich die Strategie der Wachstumsorientierung in den Entwicklungsländern zunehmend in Zweifel gezogen wird[2], scheint Wachstum nach wie vor die notwendige Voraussetzung für jede wirtschaftliche Entwicklungsstrategie zu sein. Besonders in den ärmsten Ländern stellt eine Beschleunigung

---

1) Vgl. Bohnet, M.: Theorien und Strategien von Entwicklung, in: Nohlen, D. u. Nuscheler, F., Handbuch der Dritten Welt, Bd. I, Hamburg 1982, S. 292; Wagner, N. u.a., Entwicklungsökonomie, Heidelberg 1982, S. 35

2) Vgl. Streeten, P.: Vom Wachstum zu den Grundbedürfnissen, in: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 3, 1979, S. 28 ff.; vgl. auch Oldenbruch, G.: Zur Strategie der Erfüllung von Grundbedürfnissen, Bad Honnef 1978, S. 32; vgl. auch Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1978, Washington, S. 3 f; vgl. auch Hao, M. W.: The Poverty Curtain. Choices for the Third World, New York, S. 3

des wirtschaftlichen Wachstums eine Grundvoraussetzung zur Beseitigung aller Aspekte der Armut dar[1]. Theoretische Überlegungen zur Beeinflussung des Wirtschaftswachstums gibt es in verschiedenen Ansätzen. Bereits in der klassischen Nationalökonomie ergeben sich solche Gedanken, so z.B. in dem Werk von Adam Smith[2], obwohl da keine Wachstumstheorie im eigentlichen Sinne des Wortes formuliert wurde[3]. Es gibt mehrere Bestimmungsgründe für die wirtschaftliche Entwicklung. Die modelltheoretisch notwendige Voraussetzung für eine sich entwickelnde Wirtschaft ist für Adam Smith jedoch die Kapitalakkumulation, was in der heutigen Terminologie Investitionstätigkeit bedeutet[4]. Auch im Mittelpunkt der anderen klassischen wachstumstheoretischen Ansätze - das gilt für Ricardo[5] und später auch für Karl Marx[6] - steht die Kapitalakkumulation[7]. Sie schafft die Voraussetzungen für die Erweiterung der nationalen Spezialisierung, die zu der Vermehrung des Wohlstandes führt und gilt somit als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.

---

1) Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1980, Washington, S. 128; Finanzierung und Entwicklung Nr. 3, 1980 (Jg. 17), S. 18

2) Vgl. Smith, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Edinburgh 1872

3) Vgl. Krelle, W. u. Gabisch, G.: Wachstumstheorie, Berlin/Heidelberg/New York 1972, S. 8

4) Vgl. Timmermann, N.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Göttingen 1982, S. 86

5) Vgl. Ricardo, D.: The Principles of Political Economy and Taxation, London/New York 1962, S. 73

6) Vgl. Marx, K.: Das Kapital, Band I-III, herausgegeben von Lieber, H.-J. und Kautsky, B., Stuttgart 1962 u. 63; vgl. auch Krelle, W.: Marx als Wachstumstheoretiker, in: Ifo-Studien, 16. Jg. 1970

7) Vgl. Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 86

Auch in der sogenannten "post-keynesian theory of economic growth", die auf den Arbeiten von HARROD und DOMAR[1] basiert, ist die Investitionstätigkeit ein bedeutender Bestimmungsgrund des wirtschaftlichen Wachstums. Der Grundgedanke der Harrod-Domar-Wachstumstheorie liegt in der Berücksichtigung der "doppelten Eigenschaft" der Investitionen[2]. Einmal weisen die Investitionen Einkommenseffekte auf, indem sie zusätzliches Einkommen schaffen. Der Einkommenseffekt wird durch die Multiplikatorformel wiedergegeben. Zum anderen weisen sie Kapazitätseffekte auf, indem sie die vorhandenen Produktionskapazitäten vergrößern, d.h. es wird durch die Vermehrung des Sachkapitals in den folgenden Perioden eine Erhöhung der produzierten Gütermenge festzustellen sein, welche die dynamische Wirkung der Investition zum Ausdruck bringt[3]. Der Kapazitätseffekt wird mit Hilfe des marginalen Kapitalkoeffizienten, der als konstant angenommen wird, wiedergegeben. Die Produktionsfunktion, die dabei zugrundegelegt wird, ist linearlimitational.

Das Harrod-Domar-Modell dient vorrangig zur Bestimmung der Bedingungen für den gleichgewichtigen Wachstumsprozeß. Die Wachstumsrate des Sozialproduktes auf dem Gleichgewichtswachstumspfad verhält sich proportional der marginalen Sparquote bzw. der marginalen Investitionsquote und umgekehrt proportional zu dem marginalen Kapitalkoeffizienten. Die Wachstumsrate wird von der Investitionshöhe bestimmt[4].

---

1) Vgl. Harrod, R.F.: An Essay in Dynamic Theory. In: Economic Journal, Vol. 49, S. 14-33; vgl. auch Domar, E.D.: Essays in the Theory of Economic Growth, New York 1957; vgl. auch Domar, E.D.: Capital Expansion, Rate of Growth and Employment, in: Econometrica, Vol. 14 (1946), S. 137-147

2) Vgl. Krelle, W. u. Gabisch, G.: Wachstumstheorie, a.a.O., S. 24 ff., vgl. auch Lutz, A. F.: Die Bedeutung der Investitionen für das Wachstum der Wirtschaft, Berlin/München 1957, S. 5

3) Vgl. Lutz, A. F.: Die Bedeutung der Investition ..., a.a.O., S. 6

4) Vgl. Krelle, W.: Wachstumstheorie, a.a.O., S. 26

Die Antriebskräfte der wirtschaftlichen Entwicklung werden durch dieses Modell nicht untersucht. Dennoch liefere das Modell unter der restriktiven Annahme eines konstanten Kapitalkoeffizienten eine einfache theoretische Erklärung für die Ansicht mehrerer Ökonomen, daß die Investitionsquote die entscheidende und treibende Kraft hinter der Wachstumsrate des Sozialprodukts sei[1].

Empirisch ist allerdings der Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate des Sozialprodukts und der Investitionsquote im Harrod-Domar-Modell nicht bestätigt worden. So gibt es daneben andere denkbare Fälle, wie Volkswirtschaften, die niedrige Wachstumsraten und relativ hohe Investitionsquoten, oder umgekehrt hohe Wachstumsraten und relativ niedrige Investitionsquoten aufweisen[2]. Die Suche nach der Erklärung des wirtschaftlichen Wachstums führte dann zu der neoklassischen Wachstumstheorie.

In dem neoklassischen wachstumstheoretischen Ansatz, zu dessen bedeutendsten Mitbegründern SOLOW[3] gehört, liegt der Akzent nicht auf der nachfrageorientierten Betrachtungsweise wie im Harrod-Domar-Modell, sondern auf einer angebotsorientierten Betrachtungsweise. Die Ausrichtung seiner Wachstumstheorie und der anderen neoklassischen Wachstumstheoretiker basiert auf der mikroökonomischen neoklassischen Produktionsfunktion, die sehr hoch aggregiert wird. Für diese Produktionsfunktion und für das Ergebnis, das sich aus diesem Wachstumsmodell ergibt, gelten im wesentlichen die bekannten typischen neoklassischen Prämissen[4].

---

1) Vgl. Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 90

2) Vgl. Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 90 f.

3) Solow, R. M.: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Bd. 70 (1956)

4) Vgl. Krelle, W. u. Gabisch, G.: Wachstumstheorie, a.a.O., S. 46

Diese wachstumstheoretischen Ansätze zeigen, auf welche Faktoren es ankommt, damit das wirtschaftliche Wachstum beeinflußt werden kann. Von beachtlicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung ist unserer Ansicht nach der Einsatz von Kapital. Zu dieser Erkenntnis kommen auch eine neuere Studie von SCOTT[1] und eine Untersuchung von NELSON[2], die sich mit dem Beitrag des technischen Wissens zur wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigen sowie eine Untersuchung von MADDISON[3] für 22 Entwicklungsländer. Die Bedeutung des Kapitals liegt einerseits in der Vergrößerung der Produktionskapazität und andererseits in dem Bewirken technischer Verbesserungen, was die Vornahme von Investitionen im Forschungsbereich und Bildungssektor voraussetzt.

Obwohl die Erkenntnisse der Wachstumstheorie entscheidende Ansatzpunkte für eine Veränderung der wirtschaftlichen Situation auch in den Entwicklungsländern liefern, reichen sie nicht aus, um die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung darzustellen. Dies liegt besonders daran, daß die Wachstumsmodelle die Ursachen der Unterentwicklung gar nicht aufzeigen. Gerade diese Frage nach der Erforschung der Ursachen der Unterentwicklung gewinnt aber an Bedeutung in entwicklungstheoretischen Diskussionen der letzten Zeit[4]. Eine Erkennung der Ursachen gibt überhaupt die Grundlage für die Suche nach Lösungsmöglichkeiten.

---

1) Vgl. Scott, M.F.G.: The Contribution of Investment to Growth, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. 28 (1981), S. 21

2) Vgl. Nelson, R.R.: Aggregate Production Functions and Medium Range Growth Projections, in: The American Economic Review, Vol. 54(1964), S. 575 ff.

3) Vgl. Maddison, A.: Economic Progress and Policy in Developing Countries, London 1970, S. 52 f.

4) Vgl. Bohnet, M.: Theorien und Strategien der wirtschaftlichen Entwicklung, a.a.O., S. 292

## 2.1.2 Erklärungsansätze durch endogene Faktoren

Die Unterentwicklung eines Entwicklungslandes kann auf viele verschiedene Faktoren zurückgeführt werden. Unter den endogenen Faktoren ist im Zusammenhang mit der Fragestellung dieser Arbeit besonders das Fehlen des Kapitals hervorzuheben. Für die Erklärung der Ursachen der Unterentwicklung durch die Knappheit des Kapitals haben sich die Teufelskreismodelle in ihren verschiedenen Varianten besonders bewährt.

Die Teufelskreismodelle gehen davon aus, daß die Unterentwicklung selbst fortdauernd reproduziert wird, durch negativ wirkende Faktoren, die zugleich andere negative Faktoren hervorrufen und bewirken. Singer machte bereits 1950 auf diese Erklärung aufmerksam[1]. Die erste systematische Untersuchung wurde jedoch von Nurkse vorgenommen, der den Kapitalfaktor in den Vordergrund stellte[2]. Danach wird die Unterentwicklung hauptsächlich auf die Kapitalknappheit zurückgeführt. Der Mangel an Kapital wird von Nurkse mit dem Teufelskreis (circulus vitiosus) erklärt. Dieser Teufelskreis kann sowohl auf der Kapitalangebotsseite als auch auf der Kapitalnachfrageseite dargestellt werden.

Auf der Seite des Kapitalangebots ergibt sich folgender Zusammenhang: wegen unzureichender Kapitalausstattung ist die Produktivität gering, was zu niedrigem Einkommen führt. Dadurch wird wenig gespart, was zu knappen Investitionsmitteln führt und folglich wieder zur geringen Kapitalausstattung. Auf der Seite der Kapitalnachfrage führt wiederum die geringe Kapitalausstattung zur geringen Produktivität,

---

1) Vgl. Singer, H.W.: The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries, in: The American Economic Review, Menasha, Wisc. 40(1950), Papers and Proceedings, S. 473-485

2) Vgl. Nurkse, R.: Problems of Capital Formation in Under-Developed Countries, New York 1953, S. 4 ff.

die das niedrige Einkommen zur Folge hat. Das niedrige Einkommen führt zur geringen Nachfrage, was geringe Investitionsbereitschaft - infolge der unzureichenden Gewinnerwartungen - bewirkt, was schließlich unzureichende Kapitalausstattung ergibt.

Nelson[1] hat diese Überlegungen ergänzt. In seinem Modell der "Einkommensfalle" ("low-level equilibrium trap"), zeigt er, daß jeder Zuwachs des Einkommens in armen Ländern durch eine entsprechend rascher zunehmende Bevölkerung wieder aufgezehrt wird. Infolgedessen fällt das Pro-Kopf-Einkommen wieder, und die Volkswirtschaft bleibt in dem alten Quasi-Gleichgewicht bei niedrigem Pro-Kopf-Einkommen gefangen.

Die Möglichkeit, den Teufelskreis zu durchbrechen, liegt in dem Einsatz von Maßnahmen, die aus dem Ausland kommen, so z.B. massiver Kapitalfluß[2]. Wertvolle Beiträge, um der Teufelskreissituation zu entkommen, lassen sich erkennen auch in den Modellen von Nelson und LEIBENSTEIN[3]. Ein "großer Sprung" ("big push") wird empfohlen, um das Pro-Kopf-Einkommen zu erhöhen. Diese Überlegung war der Anstoß zur These, daß eine kritische Mindestanstrengung ("critical minimum effort") erforderlich ist, um arme Volkswirtschaften aus dem Zustand der wirtschaftlichen Unterentwicklung - dem "Quasi-Gleichgewicht der Rückständigkeit" - herauszuführen.

---

1) Nelson, R.R.: A Theory of the Low-Level Equilibrium Trap in Underdeveloped Economies, in: The American Economic Review, Vol. 46(1956), S. 894-908

2) Vgl. Nelson, R.R.: A Theory of the Low-Level Equilibrium Trap in Underdeveloped Economies, ebda

3) Leibenstein, H.: Economic Backwardness and Economic Growth, New York 1957

### 2.1.3 Erklärungsansätze durch exogene Faktoren

Bis in die jüngste Zeit (gegen Ende der 60er Jahre) wurde nur den binnenwirtschaftlichen Verursachungsfaktoren und Prozessen bei der Erklärung der Unterentwicklung eine zentrale Bedeutung beigemessen. Außenwirtschaftliche Verursachungsfaktoren für die Unterentwicklung wurden weitgehend nicht berücksichtigt, da die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft nur als entwicklungsfördernd und damit als positiv angesehen wurde. Die Grundlage dieser Auffassung bilden die außenhandelstheoretischen Ansätze der Klassiker und Neoklassiker (traditionelle Außenhandelstheorien). Wachsende Kritik an dieser Auffassung (als Folge der immer größer werdenden Kluft zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern) hat zur Formulierung der außenhandelstheoretischen Ansätze geführt, die die externen Faktoren als wesentliche Ursache für die Unterentwicklung der Entwicklungsländer ansehen. Im folgenden sollen in der gebotenen Kürze die wichtigsten Theorieansätze der beiden Denkrichtungen skizziert werden.

Die entwicklungsfördernde Wirkung der internationalen Arbeitsteilung für die Entwicklungsländer wird durch die traditionelle Außenhandelstheorie vertreten, die im wesentlichen folgende Theorieansätze umfaßt: die "vent for surplus"-Theorie von Adam SMITH[1)], die Theorie der komparativen Kosten von David RICARDO[2)] und die Theorie der komparativen Kosten auf der Basis unterschiedlicher Produktionsfunktionen bzw. unterschiedlicher Faktorausstattungen. Diese Theorie der komparativen Kosten auf der Basis unterschiedlicher Faktorausstattungen - auch als "Faktorproportionentheorem"

---

1) Vgl. Smith, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, a.a.O.

2) Vgl. Ricardo, D.: Principles of Political Economy and Taxation, London 1817

bekannt - wurde von HECKSCHER und OHLIN[1] aufgestellt und von SAMUELSON[2] weiterentwickelt und präzisiert.

Die "vent for surplus"-Theorie wird aus den Gedanken abgeleitet, die im Hauptwerk von Adam Smith enthalten sind. Diese Theorie geht von der Grundannahme aus, daß es in einer Gesellschaft freie Ressourcen gibt. Nach dieser Theorie stellt der Außenhandel ein Ventil für im Inland nicht absetzbare Überschußprodukte dar[3]. Dadurch werden die freien Ressourcen im Exportbereich genutzt, was positive Wirkungen auch für die übrigen Produktionsbereiche auslöst. MYINT hat diese vorteilhafte Wirkung des Außenhandels auf die wirtschaftliche Entwicklung für einige Länder Südostasiens und Westafrikas auch empirisch belegen können[4]. In der Literatur ist die Wirkung jedoch heftig umstritten.

Die Theorie der komparativen Kosten besagt, daß Güteraustausch zwischen zwei Ländern immer noch vorteilhaft für beide ist, wenn ein Land gegenüber einem anderen bei der Produktion aller Güter absolute Kostennachteile aufweist. Jedes Land soll sich dabei auf die Produktion jener Güter spezialisieren, bei denen ein komparativer Kostenvorteil besteht (d.h. der absolute Kostennachteil am geringsten ist), so daß jeweils das andere Gut importiert werden muß[5].

---

1) Vgl. Heckscher, E.: The Effect of Foreign Trade on the Distribution of Income, in: Ekonomisk Tidskrift 21, 1919, S. 497 - 512; wieder abgedruckt in: H.S. Ellis und L.A. Metzler (Hrsg.): Readings in the Theory of International Trade. Blakiston Co.: Philadelphia 1949; vgl. auch Ohlin, Interregional and International Trade, Harvard University Press: Cambridge, Mass. 1933.

2) Samuelson, P.A.: International Trade and the Equalization of Factor Prices, in: Economic Journal, Vol. 58 (1948).

3) Vgl. Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 131

4) Vgl. Myint, H.: The Classical Theory of International Trade and the Underdeveloped Countries, in: The Economic Journal, Vol. 68 (1958), S. 317 ff.

5) Vgl. Voigt, F. u.a.: Die Förderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn 1977, S. 2

Die vorteilhafte Wirkung aus dem Außenhandel auf die wirtschaftliche Entwicklung beruht somit auf komparativen Kostenunterschieden bzw. Produktionsvorteilen. In der Ricardianischen Theorie werden die komparativen Kostenunterschiede bzw. Produktionsvorteile mit einer von Land zu Land unterschiedlichen Arbeitsproduktivität und somit nur mit einem Faktor - Arbeit - erklärt. Diese Theorie wird häufig dazu herangezogen, die komparative Überlegenheit der Entwicklungsländer in der Produktion von Gütern zu erklären, die einen hohen Anteil an natürlichen Ressourcen aufweisen (z.B. tropische Erzeugnisse wie Tee, Kaffee, Kakao, Kautschuk)[1].

Durch die Beschränkung der Analyse auf den Faktor Arbeit und die Vernachlässigung der übrigen Produktions- und Nachfragebedingungen werden die empirische Relevanz und die Erklärungskraft der Ricardianischen Theorie erheblich reduziert[2]. Auf dieser Kritik an der Ricardianischen Theorie beruht das Faktorproportionentheorem von Heckscher und Ohlin, das somit eine Erweiterung und Präzisierung der Theorie der komparativen Kosten darstellt.

Nach dieser Theorie ergeben sich komparative Kostenvorteile aufgrund der unterschiedlichen Faktorausstattungen. Demnach hat ein Land einen komparativen Produktionsvorteil bei den Gütern, zu deren Produktion relativ viel von dem Produktionsfaktor eingesetzt wird, mit dem das Land verhältnismäßig gut ausgestattet ist[3]. Wegen der relativ reichlichen Ausstattung mit dem Faktor Arbeit lautet die wirtschaftspolitische Handlungsanweisung aus diesem Ansatz für ein Entwicklungsland: Spezialisierung auf Güter, deren Produktion viele Arbeitskräfte erforderlich macht.

---

1) Vgl. Wagner, N. u.a.: Entwicklungsökonomie, Heidelberg 1982, S. 417

2) Vgl. Wagner, N.: Faktorproportionen, Internationale Arbeitsteilung und Außenhandelspolitik. Wiesbaden 1980, S.

3) Vgl. Gabisch, G.: Außenhandel und Wirtschaftswachstum. Tübingen 1976, S. 55

Eine Vertiefung der theoretischen Analyse des Faktorproportionentheorems und die Erarbeitung neuer Hypothesen zur Erklärung der internationalen Arbeitsteilung führte zur Erklärung des Außenhandels durch das Neo-Faktorproportionentheorem auf der einen und durch die "technological gap" oder den Produktzyklus auf der anderen Seite[1].

Den oben aufgezeigten Theorien vom positiven Beitrag der internationalen Handelsbeziehungen auch für die Entwicklung der armen Länder stehen die Theorien von nachteiligen Wirkungen des Außenhandels für diese Länder entgegen, die sich auf der Grundlage der Erfahrungen insbesondere in Lateinamerika entwickelt haben. Diese Theorieansätze bilden den Kern der gegenwärtigen entwicklungstheoretischen Diskussion. Im folgenden soll auf die wichtigsten Ansätze eingegangen werden.

In der Theorie der peripheren Wirtschaft von PREBISCH[2] wird die Gültigkeit der traditionellen Außenhandelstheorien für die Erklärung der Wohlstandseffekte des internationalen Handels bestritten. Diese Theorie stellt den wohl bekanntesten Versuch dar, die Unterentwicklung aus den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abzuleiten.

In seiner Analyse geht Prebisch von einem Zentrum-Peripherie-Modell aus, wonach alle am Welthandel beteiligten Länder in Zentrum und Peripherie eingeteilt werden. Während dem Zentrum die Industrieländer zugeordnet werden, die Industrieprodukte anbieten und Primärerzeugnisse nachfragen, gehören zur Peripherie die Entwicklungsländer, die Anbieter bzw. Produzenten von Primärerzeugnissen und Nachfrager von

---

1) Vgl. Wagner, N.: Faktorproportionen ..., a.a.O., S. 2
Vgl. Wagner, N. u.a.: Entwicklungsökonomie, a.a.O., S. 95 f.

2) Vgl. Prebisch, R.: The Economic Development of Latin America and its Principal Problems, New York, 1950; ders.: Commercial Policy in the Underdeveloped Countries, in: The American Economic Review, Paper and Proceeding, Vol. 49 (1959), S. 251/8

Industriegütern sind. Diese Einteilung der Welt in das Zentrum und Peripherie verwendet Prebisch für die Ableitung seiner These der säkularen Verschlechterung der Terms of Trade. Dabei werden verschiedene Annahmen[1] gemacht, die im wesentlichen ökonomische Unterscheidungsmerkmale zwischen Zentrum und Peripherie darstellen. Als eine der wichtigsten Annahmen gilt die unterschiedliche Preis- und Einkommenselastizität der Nachfrage nach Primärerzeugnissen in den Industrieländern (Zentrum) und nach den Industriegütern in den Entwicklungsländern (Peripherie).

Im Zentrum ist die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Agrarprodukten und Rohstoffen (Primärprodukte) gering. Diese geringe Einkommenselastizität der Nachfrage der Industrieländer führt zu einem Defizit in der Leistungsbilanz der Entwicklungsländer und so zu den tendenziell sinkenden Preisen für Agrarprodukte und Rohstoffe (Primärgüter). Dagegen bewirken die geringeren Produktivitätszuwächse in den Entwicklungsländern wegen des größeren Angebots an Arbeitskräften und der schwachen Gewerkschaften keine entsprechenden Lohnerhöhungen. Die vollständige Konkurrenz in den Exportgüterindustrien der Peripherie sorgt für die Weitergabe von Kostensenkungen über den Preis an die importierenden Industrieländer bzw. das Zentrum. Nach dieser Ansicht ist das Zentrum der Hauptnutznießer des Produktivitätsfortschritts - einerseits durch die niedrigeren Preise für die Importe aus der Peripherie, andererseits durch höhere Einkommen im Zentrum selbst.

Aus dieser Analyse schließt nun Prebisch, daß sich die realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) der Entwicklungsländer langfristig verschlechtern. Auch SINGER[2] kommt zu

---

1) Vgl. Prebisch, R.: Commercial Policy in the Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 251

2) Vgl. Singer, H.: The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 40 (1950), S. 473

diesem Ergebnis in einer unabhängig von Prebisch durchgeführten Untersuchung, weshalb diese These auch als Prebisch-Singer-These bezeichnet wird. Trotz vieler Einwände[1], denen die These von der langfristigen Verschlechterung der Terms of Trade für die Entwicklungsländer ausgesetzt ist, wie etwa

- dem ungenügenden empirischen Nachweis,
- dem Zweifel am unterstellten Zusammenhang zwischen dem unterschiedlichen Monopolgrad der nationalen Wirtschaften und der Terms of Trade-Verschlechterung der Entwicklungsländer,
- der Lohndruckthese,
- der starken Vereinfachung, die Entwicklungsländer produzierten nur Rohstoffe, die Industrieländer nur Industriegüter

hat die Theorie von Prebisch im hohen Maße die Entwicklungspolitik beeinflußt. Auf dieser Theorie baut sich die strategische Schlußfolgerung auf, den Industrialisierungsprozeß auf der Grundlage der Importsubstitution voranzutreiben. Außerdem basieren zahlreiche handels- und rohstoffpolitische sowie finanzielle Forderungen der Entwicklungsländer an die Industrieländer im Rahmen der NWWO auf der Prebischen Theorie[2].

Diese niedrige Einkommenselastizität ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen[3]:

- Die Veränderung der Struktur der Nachfrage in den Industrieländern zugunsten von Erzeugnissen mit geringerem Rohstoffanteil; und die Wirksamkeit des

---

1) Vgl. Ochel, W.: Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft, a.a.O., S. 81; Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 164

2) Vgl. Nohlen, D./Nuscheler, F.: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg 1982, S. 307

3) Vgl. Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O. S. 163

Engelschen Gesetzes, wonach mit steigendem Einkommen der Ausgabenanteil für Agrarprodukte und andere Primärerzeugnisse relativ zurückgeht.

- Die Substitution von natürlichen Rohstoffen durch synthetische Produkte und die Entwicklung von Verfahren zur Wiederaufbereitung bereits genutzter Rohstoffe als Folge des technischen Fortschritts.
- Die protektionistische Handelspolitik der Industrieländer zum Schutz ihrer eigenen Landwirtschaft.

In der Peripherie ist dagegen die Einkommenselastizität nach Industriegütern - insbesondere Investitionsgütern - hoch, aufgrund der Notwendigkeit zu industrialisieren.

Eine weitere bedeutende Annahme und damit ein weiteres Unterscheidungskriterium stellt die Rate des technischen Fortschritts dar. Sie ist in den Industrieländern (Zentrum) größer als in den Entwicklungsländern (Peripherie). Die durch den technischen Fortschritt hervorgerufenen Produktivitätsgewinne kommen den Industrieländern stärker zugute als den Entwicklungsländern. Dies steht im Gegensatz zu der Ansicht der klassischen Außenhandelstheorie, nach der die Produktivitätszuwächse zu Preissenkungen führen und die Terms of Trade zugunsten der Entwicklungsländer hätte verändern müssen.

Prebisch begründet diese gegenteilige Entwicklung mit dem geringeren Arbeitsangebot und der größeren Macht der Gewerkschaften in den Industrieländern, was eine Durchsetzung der Lohnerhöhungen bzw. Einkommenserhöhung ermöglicht[1]. Dies führt gemeinsam mit der zunehmenden Monopolisierung

---

1) Vgl. Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 163; Ochel, W.: Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft: eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium entwicklungstheoretischer und -politischer Begriffe, Köln 1982, S. 81

der Gütermärkte trotz der Produktivitätssteigerungen zu Preiserhöhungen - insbesondere falls die Einkommenserhöhungen die Produktivitätsfortschritte übersteigen.

Auch die Theorie der zirkulären und kumulativen Verursachung von MYRDAL zeigt die entwicklungshemmenden Wirkungen der internationalen Arbeitsteilung für die Entwicklungsländer. Grundlage der Analyse von Myrdal[1] bildet seine These, daß sich der sozioökonomische Entwicklungsprozeß auf allen Ebenen nach dem Prinzip der zirkulären und kumulativen Verursachung vollzieht. Im Gegensatz zu der klassischen Vorstellung, daß die sozio-ökonomischen Entwicklungprozesse sich auf ein wirtschaftliches Gleichgewicht hinbewegen, ist Myrdal der Ansicht, daß sich das System immer weiter weg vom Gleichgewicht entfernt, wenn es dem freien Spiel der Kräfte überlassen wird. Dabei kann sich der soziale Prozeß entweder in positiver oder negativer Richtung verstärken. Entscheidend ist, ob die Ausbreitungseffekte (spread effects) oder Kontereffekte (backwash effects) überwiegen.

Die Anwendung dieser These auf das Verhältnis zwischen armen und reichen Ländern beim freien Spiel im Welthandel führt zu der Feststellung, daß kumulativ wirkende Kräfte die armen Länder noch ärmer und die reichen Länder noch reicher machen. Ein kumulativer Differenzierungsprozeß wird somit bewirkt. Die Ursache des Differenzierungsprozesses ist nach Myrdal im wesentlichen die koloniale Herrschaft, die zu der bestehenden internationalen Arbeitsteilung geführt hat, weshalb Myrdal von "enforced bilateralism" spricht[2]. Die dadurch hervorgerufenen internationalen Ungleichheiten nehmen aber nach der politischen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer noch verstärkt zu.

---

1) Vgl. Myrdal, G.: Economic Theory and Under-Developed Regions, London 1969, S. 11

2) Myrdal, G.: Economic Theory and Under-Developed Regions, a.a.O., S. 62

Die Auslöser des kumulativen Expansionsprozesses in den reichen Ländern sind die Multiplikator/Akzelerator-Wirkungen, Kapitalbewegungen und Arbeitskräftewanderungen aus den Entwicklungsländern und die Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der reichen Länder im Welthandel. In ärmeren Regionen werden kumulative Kontraktionsprozesse durch Kontereffekte hervorgerufen. Aus diesen Überlegungen wird der Schluß gezogen, daß der freie internationale Handel hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren Länder wirkt. Myrdal sieht die Lösung in dem aktiven Eingreifen der Weltgemeinschaft oder des einzelnen Entwicklungslandes[1].

Eine besonders extreme Auffassung gegen die Behauptung, daß die Beteiligung der Entwicklungsländer an der internationalen Arbeitsteilung Wachstumsimpulse auslöst und damit wirtschaftliche Entwicklung bewirken kann, kommt in den Dependenztheorien zum Ausdruck. Die Dependenztheorien wurden seit Mitte der 60er Jahre in Lateinamerika entwickelt, als eine Antwort auf das weitgehende Versagen der in dieser Region verfolgten Entwicklungspolitik. Trotz politischer Unabhängigkeit seit 140 Jahren war es Lateinamerika nicht gelungen, die Unterentwicklung zu beseitigen. Als Erklärung für die Unterentwicklung konnte deshalb nicht mehr allein der Kolonialismus gelten, sondern auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen, die Wirtschaftsstruktur und die verfolgte Wirtschaftspolitik.

Die Dependenztheorien bauen auf Elementen verschiedener Theorien, wie z.B. Teile der Imperialismustheorie und der Theorie der peripheren Wirtschaft auf. Die Dependenztheorie stellt daher auch kein begrifflich und logisch geschlossenes System dar, sondern nur eine Anzahl verschiedener Ansätze zur Erklärung der Unterentwicklung.

---

1) Myrdal, G.: Economic Theory and Under-Developed Regions, a.a.O., S. 63

Die Kernthese für alle diese verschiedenen Ansätze ist jedoch gleich. Danach wird die Eingliederung der Entwicklungsländer in das System der internationalen Beziehungen als die Ursache für deren Unterentwicklung angesehen. Das gegenwärtige System der internationalen Beziehungen ist nach Auffassung der Abhängigkeitstheoretiker als ein System der strukturellen Abhängigkeit der unterentwickelten Länder (Peripherie) von den kapitalistischen hochentwickelten Ländern zu beschreiben. Unter der strukturellen Abhängigkeit wird nicht allein die wirtschaftliche, sondern auch die soziale, politische und kulturelle Abhängigkeit verstanden. Diese strukturelle Abhängigkeit führt zur strukturellen Heterogenität in den Entwicklungsländern bzw. Peripherieländern. Mit struktureller Heterogenität ist die gleichzeitige Existenz kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Produktionsweisen in einem Land gemeint. Diese beiden Sektoren sind indes nicht unverbunden, wie etwa in den Dualismustheorien unterstellt wird, sondern die Armut und die Unterentwicklung entsteht und verfestigt sich gerade dadurch, daß die strukturellen heterogenen Bereiche aufeinandertreffen. Diese Bereiche durchdringen sich gegenseitig, was gesellschaftliche Deformationen zur Folge hat[1]. Nach der Dependenztheorie werden Entwicklung und Unterentwicklung als die beiden Seiten des gleichen historischen Entwicklungsprozesses im kapitalistischen Weltsystem angesehen. In dieser These ist die Unterentwicklung nicht ein zeitlich vorgelagertes Stadium der Entwicklung, sondern sie ist das Ergebnis des kapitalistischen Entwicklungsprozesses in den heutigen Industrieländern. Ähnlich wie in der Imperialismustheorie wird in diesem Ansatz Unterentwicklung als das Produkt des Imperialismus angesehen[2]. Durch die Abhängigkeit von den Metropolen folgt eine fortschreitende Unterentwicklung in der Peripherie. Als eine der Erklärungen hierfür

---

1) Vgl. Nohlen, D. und Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. I., a.a.O., S. 92

2) Vgl. Knall, B.: Entwicklungstheorien, in: HDSW, a.a.O., S. 433

wird die Ausbeutung genannt, die eine indirekte und direkte Form annimmt. Die indirekte Ausbeutung geschieht durch ungleichen Tausch[1] und die direkte Ausbeutung durch Gewinntransfer der multinationalen Konzerne (bzw. Unternehmen). Als weitere Erklärung ist die strukturelle Verflechtung der Peripherien mit den Metropolen zu nennen.

Als entwicklungspolitische Strategie zur Überwindung der strukturellen Abhängigkeit der Entwicklungsländer wird die Abkopplung der Entwicklungsländer (Peripherie) aus dem von den kapitalistischen Industrieländern beherrschten Weltwirtschaftssystem vorgeschlagen, so daß eine eigenständige Entwicklung - die sogenannte "autozentrierte Entwicklung" - stattfinden kann[2]. Es gibt verschiedene Bezeichnungen für diese Strategie. SENGHAAS spricht von Dissoziation[3], SUNKEL von Autonomie[4] und MENDE[5] von freiwilliger Quarantäne.

Mehrere Einwände[6] gelten dem Dependenzansatz.
Zuerst setzt die Kritik an der Theorie selbst an. So wird

---

1) Vgl. Kohlmey, G.: Karl Marx' Theorie von den internationalen Werten mit einigen Schlußfolgerungen für die Preisbildung im Außenhandel zwischen den sozialistischen Staaten; Emanuel, A.: Unequal Change. A Study of the Imperialism of Trade. With Additional Convents of Charles Bettelheim, London 1972; ders., Unequal Change Revisted, IDS-Discussion Paper No. 77, Brighton 1975

2) Vgl. Senghaas, D.: Autozentrierte Entwicklung, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, a.a.O., S. 395 ff.

3) Vgl. Senghaas, D.: Weltwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt 1977

4) Vgl. Sunkel, O.: National Development Policy and External Dependency in Latin America, in: Journal of Development Studies 6(1969), No. 1, S. 29 f.

5) Vgl. Mende, T.: Überfluß und Armut, Düsseldorf 1974

6) Vgl. Nohlen, D., Nuscheler, F.: Handbuch der Dritten Welt, a.a.O., S. 310; vgl. auch Ochel, W.: Die Entwicklungsländer in der Wirtschaft, a.a.O., S. 309

beispielsweise die theoretische und begriffliche Unschärfe von "Abhängigkeit" kritisiert. Die Abhängigkeit ist darüber hinaus empirisch nicht faßbar. Diese Theorie stellt zudem keine empirisch falsifizierbaren Hypothesen auf. Aus diesem Grund ist sie keine Theorie im streng wissenschaftlichen Sinne.

Kritisiert wird auch die aus der Erklärung für Unterentwicklung abgeleitete Strategie der autozentrierten Entwicklung. Obwohl sie einige wesentliche Elemente einer Politik zur Überwindung der Unterentwicklung benennt, vernachlässigt sie auf der anderen Seite aber die politischen und wirtschaftlichen Realisierungsmöglichkeiten dieser Strategie. Der Hinweis auf die Notwendigkeit der tiefgreifenden Reformen der Wirtschafts- und Sozialstrukturen und der Konzentration der Mittel auf die ländliche Entwicklung, um die Arbeitslosigkeit und absolute Armut in den meisten Entwicklungsländern zu beseitigen, ist richtig. Dagegen verkennt die autozentrierte Strategie, daß eine Abkopplung von den reichen Ländern und ein Aufbau kohärenter Produktionsstrukturen nur für wenige Entwicklungsländer möglich ist. Die Mehrheit dieser Länder muß - wie es bereits heute geschieht - eine Strategie verfolgen, die entsprechend den jeweiligen Besonderheiten des Landes Elemente der binnenmarktorientierten Entwicklung mit einer begrenzten Kooperation zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern kombiniert[1].

Die Dependenztheorien bzw. Abhängigkeitstheorie finden große Resonanz in den Entwicklungsländern, weil sie die schwierigen Probleme dieser Länder im Kern erfaßt.

---

1) Vgl. Ochel, W.: Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft, a.a.O., S. 312

## 2.2. Effizienz der verschiedenen Entwicklungsstrategien

Die Umsetzung der theoretischen Überlegungen in der Praxis erfolgt nun durch eine Formulierung von einem Entwurf eines entwicklungspolitischen Handlungskonzepts. Unter der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung ist ein solcher Entwurf zu verstehen. Sie umfaßt konkrete Wege und Maßnahmen, einen Prozeß sozio-ökonomischer Entwicklung einzuleiten. Das Ziel dabei ist, den Zustand der Unterentwicklung zu überwinden. Es gibt eine Vielzahl solcher Strategien in der Literatur[1]. Angesichts dieser Tatsache sollen im Rahmen dieser Arbeit nur einige herausgegriffen werden, entsprechend ihrer Bedeutung in der entwicklungspolitischen Diskussion.

### 2.2.1. Strategien der landwirtschaftlichen Entwicklung bzw. industriellen Entwicklung

Am Anfang eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses steht jedes Land vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob die Träger des wirtschaftlichen Wachstums die landwirtschaftliche oder industrielle Entwicklung sein soll. Die unterschiedlichen Auffassungen darüber, welcher der beiden Sektoren vorrangig gefördert werden soll, gibt es bereits seit dem Industrialisierungsprozeß der westeuropäischen Staaten. Eine Denkrichtung, die beispielsweise von BAROICH, KALDOR oder LIPTON vertreten wird, plädiert für eine vorrangige Förderung des landwirtschaftlichen Sektors[2]. FEI

---

1) Vgl. Hoffman, L. und Sanders, H.: Entwicklungspolitik: Entwicklungsstrategien, in: HdWW, Bd. 2, S. 393; Grimm, K.: Theorien der Unterentwicklung und Entwicklungsstrategien, Opladen 1979, S. 87 ff.

2) Vgl. Baroich, P.: Die Landwirtschaft und die industrielle Revolution 1800-1914, in: Cipolla, B.: Europäische Wirtschaftsgeschichte Bd. 3, Stuttgart, New York 1976, S. 297-332; Kaldor, N.: Essays on Economic Stability and Growth, London 1960, S. 238-240; Lipton, M.: Why Poor People Stay Poor. A Study of Urban Bias in World Development, London 1976, S. 307 f.

und RANIS, JORGENSON, LEWIS oder PREOBRANZHENSKY legen dagegen Betonung auf die vorrangige Förderung der Industrie[1]. Eine Interdependenz zwischen beiden Sektoren wird auf keiner der Seiten verleugnet. Wie ROBINSON feststellte, ist die Existenz der Industrie in Australien und Neuseeland (neben der protektionistischen Zollpolitik) vor allem der intensiven Landwirtschaftsförderung zu verdanken[2].

Nach ROSTOW wurden durch die Landwirtschaft folgende Impulse bewirkt:[3]

- Lieferung zusätzlicher Nahrungsmittel an die wachsend urbane Bevölkerung und für den Export
- Erhöhung der Realeinkommen in der Landwirtschaft und Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage nach Industriegütern
- Leistung eines substantiellen Beitrages der Wertschöpfung für den Industriesektor durch Ersparnisbildung.

Entwicklungstheoretiker griffen einerseits diese Stimulanzrolle, andererseits die Tatsache auf, daß in zu entwickelnden Ländern ein hoher Anteil am Bruttoinlandsprodukt vom landwirtschaftlichen Sektor erbracht wird und begründeten damit, daß die Entwicklungsländer ihre Entwicklungsbemühun-

---

1) Vgl. Fei, J.C.H. und Ranis, G.: Development of the Labour Surplus Economy, Homewood 1964; Jorgenson, D.W.: Surplus Agricultural Labour and the Development of the Dual Economy, in: Oxford Economic Papers, Vol. 19(1967), S. 288-312; Lewis, W.A.: Economic Development with Unlimited Supplies of Labour. In: The Manchester School of Economic and Social Studies, Vol. 22, 1954, S. 139-191; Preobranzhensky, E.A.: On Primitive Socialist Accumulations, Oxford 1965

2) Vgl. Robinson, A.J.: Can Economic Growth be based on Agriculture? In: Indian Economic Journal Vol. XIII, No. 4, New Dehli 1966, S. 541 f.

3) Vgl. Rostow, W.W.: Stages of Economic Growth, Cambridge 1960, S. 17 f.

gen auf eine Förderung der Landwirtschaft ausrichten sollten[1]. Diese Ansichten basieren offensichtlich auf der Parallelität zwischen der heutigen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern und der Lage des europäischen Agrarsektors im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Übertragung der damaligen Entwicklungsmaßnahmen auf die heutigen Verhältnisse in den Entwicklungsländern ist jedoch nicht ohne weiteres möglich, da die Voraussetzungen verschieden voneinander sind[2].

Der Agrarsektor sollte folgende Erfordernisse erfüllen, um seiner Aufgabe als Industrialisierungsinstrument gerecht zu werden:

- den steigenden Konsumbedarf decken und gleichzeitig die erforderlichen Investitionen finanzieren
- über den Eigenbedarf hinaus für den Export produzieren, um Devisen zu erwirtschaften (Importfinanzierung)
- die Produktivität des Faktors Arbeit steigern durch rationelle Arbeitsweisen bei gleichzeitiger langfristiger Sicherung der Absorptionskapazität des Arbeitsmarktes.

Mit dem Erreichen dieser Ziele wäre ein solides Fundament für eine schrittweise Industrialisierung gegeben. Sie sind aber erst langfristig zu verwirklichen, so daß bereits

---

1) Vgl. Priebe, H. und Hankel, W.: Der Agrarsektor im Entwicklungsprozeß, mit Beispielen aus Afrika. Frankfurt, New York 1980; Priebe, H.: Die Agrarprobleme der Entwicklungsländer im Spiegel der europäischen Entwicklung. In: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Nr. 60, 1959; Johnston, B. F. und Mellor, J. W.: The Role of Agriculture in Economic Development. In: American Economic Review Bd. 51, 1961; Wilbrandt, H.: Die Rolle der Landwirtschaft im wirtschaftlichen Wachstum der Entwicklungsländer. In: Offene Welt Nr. 88, 1965

2) Vgl. Baroich, P.: The Economic Development of Third World since 1900, Berkeley und Los Angeles 1975, S. 40

parallel dazu das Ziel Industrialisierung zu verfolgen ist. Unter diesem Blickwinkel ist auch der Ansicht Baaders zuzustimmen, der ein Zusammenspiel von Landwirtschaft und Industrialisierung fordert[1]. Demnach bilden Industrialisierung und Landwirtschaft keine Alternativen, sondern sind zwei Seiten desselben Vorganges, die sich gegenseitig bedingen und tragen. Die Komplementarität der beiden Sektoren drückt sich durch den Grad ihrer Kooperation aus.

Daher wird gefordert, daß die Strategie für die industrielle Entwicklung darauf abzielen sollte, die Zielsetzungen beider Sektoren aufeinander abzustimmen. Folgende Punkte sind stets im Auge zu behalten[2]:

- Industrielle Entwicklung sollte zum beiderseitigen Vorteil mit der landwirtschaftlichen Entwicklung verbunden werden, indem sie, anstatt parasitär von der Landwirtschaft zu leben, als Input der Landwirtschaft fungiert und mithilft, ländliche Konsumbedürfnisse zu befriedigen;
- technische Verfahren, Organisation und Volumen der Produktion sollten darauf abzielen, die berufliche Qualifikation, die Begabungen und die unternehmerischen Fähigkeiten der Bevölkerung optimal zu entfalten;
- Die Konsumeffekte der Industrieproduktion sollten (durch Produktpolitik) die Realisierung des bevorzugten Entwicklungsstils vorantreiben, d.h. es sollten solche Produkte gefördert werden, die bei vorhersehbarem Einkommensniveau breite Bedürfnisse befriedigen und die angestrebten Veränderungen in den Lebensbedingungen und den Arbeitsmethoden einleiten können.

---

1) Vgl. Baader, F.: Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie. In: Weltwirtschaftsarchiv 1959, S. 140

2) Vgl. Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. I, Hamburg 1974, S. 103

Das Einsetzen des Industrialisierungsprozesses ist gekennzeichnet durch bestimmte Merkmale. Der gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozeß wird dann dadurch gekennzeichnet, daß bei einer ständigen Zunahme des Sozialproduktes der Produktionsfaktor Kapital in seiner relativen Bedeutung gegenüber dem Produktionsfaktor Arbeit zunimmt, d.h., der Beitrag des industriellen Sektors wächst[1]. Die Industrialisierung ist verbunden mit einem zwangsläufigen Entstehen von Strukturwandlungen, die sowohl das Wirtschafts- als auch das Gesellschaftsleben umformen. Wie stark das Wirtschaftsleben umgestaltet wird und die Intensität der wirtschaftlichen Aktivitäten in das gesellschaftliche Leben eingreifen, hängt von kulturellen, sozialen und politischen Kräften neben den Naturkräften und den Antezedien ab[2]. Nach KLATT[3] ist für einen solchen durch die Industrialisierung gekennzeichneten volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozeß ein simultaner Verlauf von drei Phasen charakteristisch: Die Phase der Prozeßauslösung, die des Prozeßablaufs und die der Prozeßstagnation. Die Industrialisierung wird dabei in allen Phasen von Prozeßreglern bestimmt und gelenkt.

---

1) Vgl. Voigt, F.: Industrialisierung und Industriepolitik, in: Handwörterbuch der Volkswirtschaft, Wiesbaden 1980, 2. Aufl., S. 518 ff.

2) Vgl. Albach, H.: Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung in Unternehmen. In: Verhandlungen auf der Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik. Aachen 1975 (Sonderdruck), S. 5-15 und S. 739 ff.; vgl. auch Muddathir, A.: Der soziale Rahmen der Industrialisierung der modernen Gesellschaft, Hannover 1965, S. 65

3) Klatt, S.: Zur Theorie der Industrialisierung, Köln/Opladen 1959, S. 19

2.2.2 Die Strategie des "balanced growth" bzw. Strategie des "unbalanced growth"

Sowohl die Strategie des "balanced growth" als auch des "unbalanced growth" gehören zu Strategien, die der Förderung der Industrialisierung dienen.

Zu den Hauptvertretern der Strategie des "balanced growth" (ausgewogenes Wachstum) gehören u.a. ROSENSTEIN-RODAN (Big-Push-These)[1], vor allem aber Nurkse[2], der diese Strategie formulierte. Die gedankliche Vorarbeit wurde in Zusammenhang mit der Bedeutung des Marktes für die wirtschaftliche Entwicklung in den Schriften der klassischen Nationalökonomen Smith und MILL sowie später YOUNG geleistet[3].

Das von Nurkse formulierte Konzept des "balanced growth" begründet das ausgewogene Wachstum mit dem Say'schen Gesetz, wonach sich jedes Angebot (jede Produktion) seine eigene Nachfrage schafft.

Der Ansatzpunkt für die Formulierung der Strategie des ausgewogenen Wachstums liegt in der Erkenntnis, daß die Enge des Absatzmarktes das Haupthindernis für eine Industrialisierung der Entwicklungsländer darstellt. Wegen der geringen Absatzchancen ist die Investitionsbereitschaft der vorhandenen Unternehmen von vornherein begrenzt.

Als Lösung zur Überwindung der Marktenge empfiehlt Nurkse in der Strategie des "balanced growth" die Errichtung von

---

1) Rosenstein, Rodan: Problems of Industrialisation of Eastern and South-Eastern Europe, in: The Economic Journal, Bd. 53(1943), S. 202

2) Vgl. Nurkse, R.: Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, New York 1953

3) Vgl. Smith, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, a.a.O., S. 26; Mill, J. St.: Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy,Reprint of the First Edition (London 1944) London 1948, S. 73; Young, A.: Increasing Returns and Economic Progress, in: The Economic Journal, Bd. 38 (1928), S. 527

verschiedenen Produktionsstätten in der Weise, daß jeder Betrieb seine Güter an die Endverbraucher oder an andere Betriebe absetzen kann. Wo ein einzelner Betrieb in einem unterentwickelten Land wegen fehlender Märkte keine Überlebenschance hat, kann eine ganze Kette von Betrieben, die zeitlich und sektoral aufeinander abgestimmt sind, überleben und einen Industrialisierungsprozeß in Gang bringen[1].

Nurkse hat an einer anderen Stelle ausdrücklich hervorgehoben, daß die Landwirtschaft, die von ihm als "Industrie" behandelt wird, in seiner Strategie als Sektor enthalten sein muß[2]. Schon die Tatsache, daß in Entwicklungsländern ein großer Teil des Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben wird, zeigt die Bedeutung der Landwirtschaft für die Industrialisierung der unterentwickelten Länder. Die Anbieter landwirtschaftlicher Güter müssen mehr Nahrungsmittel erzeugen, als sie selbst konsumieren, um mit dem verkäuflichen Überschuß einerseits die Nichtlandwirte mit Nahrungsmitteln zu versorgen und andererseits sich das Einkommen zu verschaffen, um industrielle Produkte zu erwerben. Dieser verkäufliche Überschuß bestimmt daher sowohl die Nachfrage der Landwirtschaft nach gewerblichen Produkten als auch das Ausmaß der Beschäftigung in den nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten.

Die starke Interdependenz der Industrien hat zur Folge, daß die Wachstumsraten der einen Industrien von den Wachstumsraten der anderen Industrien abhängen, dies soll jedoch nicht bedeuten, daß alle Industrien gleich wachsen. Die Einkommenselastizität der Nachfrage in Bezug auf die einzelnen Güter entscheidet darüber, in welchem Maße eine Indu-

---

1) Vgl. Nurkse, R.: Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 11; Timmermann, V.: Über Beiträge der Ökonomie zu Problemen der Entwicklungsländer, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 26. Jahrgang (1981), Tübingen, S. 206

2) Vgl. Nurkse, R.: The Conflict between "Balanced Growth" and International Specialization Lectures on Economic Development, Istanbul 1958, S. 177

strie expandiert. Deshalb soll der Big-Push-Investitionsstoß auf möglichst viele Branchen verteilt werden. Die gewählten Branchen sollen hohe komplementäre Effekte aufweisen, um dem eventuellen Fehlen der Nachinvestition entgegenzuwirken. Bei der Standortwahl sollen die Ländereigenarten als Kriterien berücksichtigt werden und daher von Land zu Land unterschiedlich sein[1].

---

1) Vgl. Nurkse, R.: Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1955, S. 13

Diese Strategie des "balanced growth" wird aus verschiedenen Gründen von HIRSCHMAN abgelehnt. Er stellt ihr seine Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, die auf dem Gedanken des "unbalanced growth" beruht, als Antithese gegenüber.

So wie in der Strategie des "balanced growth" wird in der Strategie des "unbalanced growth" auch unzureichende Investitionsbereitschaft unterstellt. Diese ist aber nicht auf die Marktenge zurückzuführen, wie in der Strategie des "balanced growth" angenommen wird, sondern auf die mangelnde Fähigkeit der Unternehmen, die tatsächlichen und potentiellen Ersparnisse den produktiven Investitionsmöglichkeiten zuzuführen. Der Mangel an fähigen Unternehmen stellt somit den zentralen Entwicklungsengpaß dar. Hirschman propagiert deshalb in seiner Strategie des "unbalanced growth" ein gezielt unausgewogenes Vorgehen bei der Errichtung von Betrieben und beim Bau von Infrastrukturanlagen. Nach seinem Konzept sollen Engpässe, Knappheiten und Überschüsse strategisch eingesetzt werden, um den Entwicklungsprozeß in ständiger Spannung und Bewegung zu halten. Hirschman behauptet, daß das Streben, die vorhandenen Störungen zu beseitigen, den wirtschaftlichen Fortschritt stärker und anhaltender als eine geplante Ausgewogenheit fördere[1].

Die einzelnen Investitionen werden nach ihren Verkettungseffekten (linkage effects) ausgewählt, die sich in Rückwärtskopplungseffekte (backward linkages) und Vorwärtskopplungseffekte (forward linkages) unterscheiden lassen. Während Rückwärtskopplungseffekte Wirkungen sind, die von einer Produktionsausweitung auf vorgelagerte Produktionsbereiche ausgehen, werden unter Vorwärtskopplungseffekte die Wirkungen einer Produktionsausweitung auf nachgelagerte Aktivitäten verstanden. Aufgrund der Wirksamkeit der verschiedenen

---

1) Vgl. Hirschman, A.O.: The Strategy of Economic Develpment, New Haven 1958, S. 66 ff.

rückwärts und vorwärts gerichteten Verkettungseffekte kann mit einer sinnvoll ausgewählten Basis-Investition theoretisch eine unendliche Folge weiterer Investitionen eingeleitet werden[1].

Von Bedeutung für die Strategie des "unbalanced growth" ist die Entscheidung über die zeitliche Aufeinanderfolge der Investitionen, die sich danach bestimmt, von welcher ungleichgewichtigen Kombination der stärkste Druck zur Ergänzung ausgeht. Jedes Projekt erfährt um so stärkere Förderung, je mehr komplementäre Projekte bereits vorhanden sind. Also werden zunächst solche Investitionen vorgenommen, deren Verwirklichung vergleichsweise mühelos ist, weil die schwierigen Projekte später durch die bereits vorhandenen begünstigt werden[2].

---

1) Vgl. Hirschman, A.O.: The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 98 ff.

2) Vgl. Hirschman, A.O.: The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 79 ff.

### 2.2.3 Strategien der Importsubstitution bzw. der Exportdiversifizierung

Diese Strategien werden zur Lösung der Außenhandelsprobleme vorgeschlagen, die im Rahmen der beiden bisher dargestellten Industriealisierungsstrategien des ausgewogenen und des unausgewogenen Wachstums nicht gelöst werden können. Somit stellen die Strategien der Importsubstitution und Exportdiversifikation "suplementäre Strategien" dar[1], da sie die globalen Industrialisierungsstrategien des "balanced" und "unbalanced growth" ergänzen sollen.

Eine generell anerkannte Definition von Importsubstitution gibt es nicht. Vielmehr hat sich eine Reihe von Begriffsbestimmungen gebildet, die oft voneinander abweichen. Allgemein versteht man darunter, das Streben eines Landes, selbst die Produktion solcher Erzeugnisse aufzunehmen, die bisher aus dem Ausland eingeführt worden sind. Diese Erzeugnisse haben im eigenen Land bereits einen Markt und können bei steigendem Einkommen mit zunehmender Inlandsnachfrage rechnen.

Die Strategie der Importsubstitution bedeutet somit eine bewußte Abkehr von der internationalen Arbeitsteilung und - jedenfalls von der Intention her - eine geringere Intensität der internationalen Handelsbeziehungen. Sie basiert hauptsächlich auf Argumenten von Prebisch, Singer und Myrdal. Zur Durchsetzung der Strategie der Importsubstitution werden die Importe in der Regel beschränkt. Dazu dienen verschiedene Maßnahmen, die unterteilt werden können, in tarifäre Hemmnisse, wie Einfuhrzölle, -steuern, -abgaben und nichttarifäre Hemmnisse, wie Gesundheitsvorschriften, Verpackungs- und Standardisierungsbestimmungen[2].

---

1) Vgl. Ranis, G.: Industrial Sector Labour Absorption, in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 21 (1973), S. 390

2) Vgl. Wagner, N. u.a.: Entwicklungsökonomie, a.a.O., S.80

Als Maß für den Grad der Importsubstitution wird ein Importkoeffizient verwendet, der die Veränderung des Anteils der industriellen Importe am Gesamtangebot bzw. am Gesamtverbrauch der industriellen Produkte eines Landes angibt[1].

Diese Strategie der Importsubstitution bestimmte vorwiegend in den fünfziger und sechziger Jahren die Wirtschaftspolitik der meisten Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer erhofften sich, dadurch die Importabhängigkeit von den Industrienationen zu beseitigen und den Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit von den Industrieländern einzuschlagen. Die Ziele der Strategie der Importsubstitution sind: Einsparung von Devisen für Importe, Verbesserung der Beschäftigungssituation für heimische Arbeitskräfte und Förderung eines raschen Industriewachstums durch die Abstoßeffekte der im Inland errichteten Betriebe[2]. Hinsichtlich dieser Zielsetzungen hat die Strategie der Importsubstitution einige Erfolge zu verzeichnen[3]. Diese waren jedoch nicht dauerhaft. Mißerfolge sind vor allem in Bezug auf mittel- und langfristige Beschäftigungs-, Zahlungsbilanz- und Wachstumsprobleme festzustellen. Diese Mißerfolge haben zu einer insgesamt kritischen Beurteilung dieser Strategie geführt.

Sie sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Voraussetzungen für einen effizienten Einsatz dieser Strategie in diesen Ländern kaum erfüllt werden. So ist die besonders wichtige Voraussetzung eines ausreichend großen Binnenmarktes in den meisten Fällen nicht gegeben, da die meisten Entwicklungsländer kleine Länder sind,gemessen an der Bevöl-

---

1) Vgl. Helleiner, G.K.: International Trade and Economic Development, London 1972, S. 96 ff.

2) Vgl. Hiemenz, U. und Schatz, K.W.: Erfolgschancen und Grenzen einer weltwirtschaftlichen Integration als Entwicklungsstrategie, in: Schmidt, A. (Hrsg.): Weltmarkt und Eigenständigkeit, Frankfurt a.M. 1976; Myint, H.: The Inward an Outward-Looking Countries of Southeast Asia; in: Malayan Economic Review, Vol. 12, S. 1 f.

3) Vgl. Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Baden-Baden 1982, S. 160

kerungszahl und am Pro-Kopf-Einkommen, den Indikatoren des potentiellen Absatzmarktes[1]. Zum Teil sind die Mißerfolge aber auch deswegen zustandegekommen, weil die Importsubstitution in manchen Fällen als Industriepolitik begriffen und nicht in eine umfassende Entwicklungspolitik eingebettet wurde.

Nun wollen wir uns der Strategie der Exportdiversifizierung zuwenden. Diese Strategie umfaßt Maßnahmen, die zu einer Ausweitung und Auffächerung der Exporte (Produktdifferenzierung) und deren Märkte (Marktdifferenzierung) führen sollen[2]. Damit soll eine einseitige Exportstruktur durch die Vergrößerung der Zahl der Exporterzeugnisse in ein vielseitiges Exportangebot verändert werden, um die Exportgüter besser an die Nachfragegegebenheiten auf den Auslandsmärkten anzupassen. Dadurch versprechen sich die Verfechter dieser Strategie, die starken Schwankungen der Exporterlöse, verursacht durch Nachfrage- und Preisschwankungen bei Primärgütern auf dem Weltmarkt, vermeiden zu können.

Außerdem wird das Ziel verfolgt, dem sinkenden Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel entgegenzuwirken und ihre "Terms of Trade" zu verbessern. Damit ist auch die Erwartung verknüpft, daß eine Vergrößerung der Deviseneinnahmen und eine Erhöhung der inländischen Beschäftigung erreicht werden kann, um letztendlich dadurch die Industrialisierung und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern.

Ein erfolgreicher Einsatz dieser Strategie ist jedoch nur möglich, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden können. Man unterscheidet dabei einerseits zwischen internen Bedin-

---

1) Vgl. Timmermann, V.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 198

2) Vgl. Chen, T.: Zum Problem der Importsubstitution und Exportdiversifikation der unterentwickelten Volkswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung Asiens, Diss. Münster 1969, S. 54; Wilhelms, CH., Vogelsang, D.W.: Untersuchung über Fragen der Exportdiversifizierung in Entwicklungsländern, HWWA-Report Nr. 3, Hamburg 1971, S. 4

gungen, d.h. denjenigen, die in Entwicklungsländern selbst erfüllt werden müssen und andererseits externen Bedingungen, d.h. solchen, die im Ausland erfüllt werden müssen[1].

Zu den internen Voraussetzungen gehören:

- die Nutzung der komparativen Kostenvorteile bei der Produktion der Exportgüter, damit das Güterangebot international konkurrenzfähig ist. Dies ist möglich in rohstoff- und/oder arbeitsintensiven Aktivitäten. Dadurch werden die im Lande reichlich vorhandenen Rohstoffe und Produktionsfaktoren intensiv genutzt. Die komparativen Vorteile aufgrund der spezifischen Rohstoffsituation eines Landes werden dabei umso größer, je schneller die verwendeten Rohstoffe bei der Verarbeitung an Gewicht und Umfang verlieren. Die möglichen Transportkostenersparnisse, die dadurch entstehen, führen im Idealfall zu absoluten Produktionskostenvorteilen der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern[2]. Der Nachweis in bezug auf arbeitsintensive Produkte ist jedoch schwieriger. Zwar liegen die Arbeitslöhne der Industrie in Entwicklungsländern in der Regel weit unter dem Lohnniveau der Industrieländer; aufgrund der niedrigeren Arbeitsproduktivität werden Lohnkostenvorteile jedoch häufig wieder aufgehoben oder sogar überkompensiert[3]. Liegt das Zinsniveau

---

1) Vgl. Kebschull, D., Wilhelms, C.: Erfolgsbedingungen für Importsubstitution und Exportdiversifizierung als Entwicklungsstrategie in Lateinamerika, in: Giersch, H. und Haas, H.D. (Hrsg.): Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 78, Berlin 1974, S. 270

2) Vgl. Hesse, H.: Importsubstitution und Entwicklungspolitik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 124 (1968), S. 656

3) Vgl. Hesse, H.: Importsubstitution und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 657

zudem relativ hoch, können die damit verbundenen hohen Kapitalkosten pro Stück oft nicht durch eine vorhandene niedrige Kapitalintensität kompensiert werden[1].

- Vorhandensein eines ausreichend großen Inlandsmarktes, der bei Schwankungen der Preise und nachgefragten Mengen selbst eine gewisse Absatzreserve darstellen muß.

- Vorhandensein einer exportorientierten Infrastruktur, bestehend aus einem leistungsfähigen Verkehrs- und Kommunikationssystem, Banken zur Finanzierung der Exportgeschäfte sowie Dienstleistungsbetriebe, die Informationen über neue technische Entwicklungen bereitstellen.

Zu den externen Bedingungen zählen insbesondere die folgenden:

- Ein potentieller Absatzmarkt für die Ausfuhrgüter der Entwicklungsländer sollte vorhanden sein. Nach Möglichkeit müssen die Märkte in verschiedenen Ländern sein, weil dadurch die marktmäßigen, konjunkturellen und politischen Abhängigkeiten verringert werden können.

- Der Marktzugang muß frei sein. Dadurch können die Anbieter aus den Entwicklungsländern untereinander sowie mit Anbietern aus entwickelten Ländern ohne Diskriminierung konkurrieren.

---

1) Vgl. Vogelsang, D.W.: Die importsubstituierende Industrialisierung als Entwicklungsstrategie. Eine Untersuchung am Beispiel Pakistans, Diss., Stuttgart 1974, S. 39

Die Haupthindernisse der Exportdiversifizierung sind darin zu sehen, daß diese Bedingungen kaum auf einmal erfüllt werden. Außerdem weisen die Entwicklungsländer zumeist nur wenige Industrien auf, die auf den Weltmärkten Produkte anbieten können. Der Umfang solcher Produktion ist dann auch so gering, daß ein kräftiger Impuls auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in relativ kurzer Zeit von ihnen nicht ausgehen könnte[1]. Schließlich herrscht Mangel an qualifizierten und im Export erfahrenen Arbeitskräften, die für die Herstellung und Vermarktung von konkurrenzfähigen Produkten unerläßlich sind.

Trotz dieser Probleme fallen die Erfahrungen mit dieser Strategie günstiger aus, als die mit der Strategie der Importsubstitution. Solche Teilerfolge sind vor allem in bezug auf Beschäftigung[2] und Wachstum[3] zu verzeichnen.

Zu der Frage, ob es im Rahmen der bisherigen Erfahrungen und empirischen Ergebnisse vielleicht eine bestimmte zeitliche Abfolge gibt, in der die beiden Strategien der Importsubstitution und der Exportdiversifizierung eingesetzt werden könnten, gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Nach der Auffassung, die am häufigsten vertreten wird, soll die Importsubstitution der Exportdiversifizierung vorausgehen[4]. Dies trifft insbesondere auf große Entwicklungsländer zu. Nach einer anderen Auffassung, die für kleine Länder

---

1) Hiemenz, U. und Schatz, K.W.: Erfolgschancen und Grenzen einer weltwirtschaftlichen Integration, a.a.O., S. 81

2) Vgl. Krueger, A.O.: Alternative Trade Strategies and Employment in LDCS, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 68 (1978), S. 270 ff.

3) Vgl. Michaeli, M.: Exports and Growth: An Empirical Investigation, in: Journal of Development Economics, Vol. 4 (1977), S. 82; Krueger, A.O.: Foreign Trade Regimes and Economic Development: Liberalization, Attempts and Consequences, Cambridge (Mass.) 1978

4) Vgl. Reynolds, L.G.: Image and Reality in Economic Development, New Haven 1977, S. 187

empfohlen wird, soll der Exportdiversifizierung die Importsubstitution vorausgehen. Als Gründe werden die potentiellen Absatzmärkte genannt, die für eine effiziente Produktion gewerblicher Erzeugnisse im Lande selbst nicht ausreichten[1].

### 2.2.4 Strategie der Grundbedürfnisorientierung (basic need concept)

Die bisher aufgezeigten Entwicklungsstrategien verfolgten als entscheidende Zielvariable das wirtschaftliche Wachstum. Dabei wurde angenommen, daß die erhofften Wachstumsgewinne automatisch zu den ärmeren Schichten "durchsickern" werden[2]. Diese Überlegung wird folgenderweise begründet: Eine erhöhte Produktion könnte zu einem Anstieg der Nachfrage führen, durch Produktivitätszuwächse könnten Lohnerhöhungen und/oder Preissenkungen realisiert werden und somit langfristig das Einkommensniveau der Armen gesteigert werden[3]. Obwohl bemerkenswerte Wachstumserfolge in einigen Ländern erzielt werden konnten, kamen diese Erfolge nur wenigen Entwicklungsländern und innerhalb dieser Entwicklungsländer lediglich einem Teil der Bevölkerung zugute[4]. Die erhofften Sickereffekte (trickle down effect) blieben somit aus. Diese Entwicklung hat die Formulierung der grundbedürfnisorientierten Strategien veranlaßt, die vordergründig die direkte Bekämpfung der Armut betont. Diese soll durch die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse erreicht werden. Der Hauptgedanke der Grundbedürfnisorientierung ist nicht neu, da sie in einigen armutsorientierten Entwicklungspolitiken, z.B. China, Kuba, Tanzania oder Sri-Lanka bereits zu finden ist.

---

1) Krueger, A.O.: Trade Policy as an Input to Development, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vo. 70, 1980, S. 288 ff.

2) Vgl. Streeten, P.: Vom Wachstum zu den Grundbedürfnissen, in: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 3, 1979, S. 28

3) Vgl. Wagner, N. u.a.: Entwicklungsökonomie, a.a.O., S.82

4) Vgl. Streeten, P.: Vom Wachstum zu den Grundbedürfnissen, a.a.O., S. 28

In den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Diskussion trat dieser Ansatz über die Grundbedürfnisse jedoch erst durch die Hilfe einiger resonanzstarker Berichte und "Weltmodelle" von unabhängigen Gruppen und Institutionen. Zu solchen Dokumenten gehören vor allem[1]:

- die Erklärung von Cocoyoc (Mexiko), die im Jahre 1974 von einer Gruppe von Sozial- und Naturwissenschaftlern formuliert wurde,
- der Bericht der schwedischen Dag-Hammarskjöld-Stiftung,
- das Bariloche-Welt-Modell, das von der argentinischen Bariloche Stiftung vorgelegt wurde,
- und das Aktionsprogramm von der ILO im Jahr 1976.

Eine einheitliche bzw. allgemein akzeptierte Definition der Grundbedürfnisse gibt es nicht. Als grundlegend für die Begriffserklärung der Grundbedürfnisse hat sich die Definition der ILO[2] erwiesen. Danach gehören zu den Grundbedürfnissen:

- die Deckung des privaten Mindestbedarfs einer Familie an Ernährung, Wohnung, Bekleidung,
- die Inanspruchnahme lebenswichtiger Dienstleistungen wie die Schaffung von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Versorgung mit gesundem Wasser, sanitäre Anlagen, Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel;
- für jede arbeitsfähige und arbeitswillige Person die Schaffung einer angemessen entlohnten Arbeit,
- die Beteiligung der Menschen (Partizipation) an den Entscheidungen, die sie betreffen, was als die Voraussetzung für eine auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen abzielende Politik anzusehen ist.

---

1) Vgl. Streeten, P.: Vom Wachstum zu den Grundbedürfnissen, a.a.O., S. 28; Oldenbruch, G.: Zur Strategie der Erfüllung von Grundbedürfnissen, Bad Honnef, 1978, S. 20

2) Vgl. ILO: Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse. Ein weltweites Problem, Genf, 1976, S. 7 und S. 34

## 2.3 Ansätze zur Finanzierung wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse

Um die Wachstumszielsetzung zu erreichen und die dazu geeigneten Strategien einsetzen zu können, müssen Investitionen vorgenommen werden, die Finanzierungsmittel benötigen. Auf die Bedeutung der Finanzierung im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß bzw. der Probleme, die in Zusammenhang mit der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, haben bereits einige Entwicklungsökonomen hingewiesen. So betrachtet beispielsweise Rostow in seiner Stadientheorie die Erhöhung der Investitionsquote als Voraussetzung für einen Wirtschaftlichen Aufstieg[1]. Leibenstein sieht die Bereitstellung einer Mindestkapitalmenge als eine entscheidende Voraussetzung für die Befreiung aus der Bevölkerungsfalle[2]. Diese Aufzählung kann beliebig fortgesetzt werden.

Die charakteristische Kennzeichnung für nahezu alle in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Länder - abgesehen von den OPEC-Ländern - ist die Knappheit an Finanzierungsmitteln bzw. Kapital und der relative Überschuß an Boden und Arbeitskräften. Dieser Kapitalmangel spiegelt, insbesondere in den ärmsten Entwicklungsländern, deren Unfähigkeit wider, in ausreichendem Maße inländische Ersparnisse zu bilden. Eine Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Mittel für eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung kann durch zwei verschiedene Ansätze oder eine Kombination aus diesen beiden erfolgen. Die erste Möglichkeit bietet der sogenannte "internationalistische Ansatz"an[3], wobei ein Entwicklungsland das erforderliche Kapital bzw. die erforderlichen Kredite im Ausland aufzunehmen versucht. Als zweite Möglichkeit ist der

---

1) Vgl. Rostow, W.W.: Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1967, S. 54 ff.

2) Vgl. Leibenstein, H.: Economic Backwardness and Economic Growth, New York 1957

3) Vgl. Nowzad, B.: Schuldenmanagement in Entwicklungsländern, in: Finanzierung und Entwicklung Nr. 3, 1980, S. 24

sogenannte "autozentrische Ansatz", in welchem Fall das Entwicklungsland die erforderlichen Ressourcen durch eigene Anstrengungen aufzubringen versucht[1]. Im folgenden gilt es, diese Ansätze näher zu untersuchen.

### 2.3.1 "Internationalistischer Ansatz"

#### 2.3.1.1 Determinanten des externen Finanzierungsbedarfs

Wegen geringer Ersparnisse, die zu geringem eigenen Kapitalangebot führen, sind die Entwicklungsländer nicht in der Lage, die Finanzierung der Investitionen alleine durchzuführen. Entscheidet sich nun ein Entwicklungsland, Auslandsfinanzierungsmittel aufzunehmen, so ergibt sich die Frage nach der Bestimmung des Umfangs des erforderlichen Finanzmittelbedarfs bzw. Kapitalbedarfs und seiner Determinanten.

Zur Ermittlung des Auslandsfinanzmittelbedarfs sind verschiedene Modelle von mehreren Ökonomen, beispielsweise CHENERY et al.,Mc KINNON, TINBERGEN, VANEK[2], entwickelt und auf die in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Länder angewendet worden. Man geht davon aus, daß ein wachstumstheoretischer Kausalzusammenhang zwischen Wachstum des Sozialproduktes und Kapitalbedarf besteht. Die wachstumstheoretische Grundlage derartiger Berechnungen und die Darstellung solcher Zusammenhänge bildet in der Regel ein den Verhältnissen der Entwicklungsländer ange-

---

1) Vgl. Wagner, N. u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, Stuttgart 1983, S. 218

2) Vgl. Chenery, H.B. und Strout, R.: The Foreign Assitance and Economic Development. In: American Economic Review, Bd. 56 (1966); Mc Kinnon, R.I.: Foreign Exchange Constraints on Economic Development. In: Economic Journal, Bd. 74 (1964); Tinbergen, J.: Spardefizit und Handelsdefizit. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 95 (1965); Vanek, J.: Estimating Foreign Ressource Needs for Economic Development, New York 1967

paßtes Wachstumsmodell vom Typ Harrod-Domar. Vom Ansatz her werden grundsätzlich zwei Methoden unterschieden: Die "Investment-Saving-Gap-Methode" und die "Export-Import-Gap-Methode", die beide auf der Lückenberechnung basieren.

Nach der "Investment-Saving-Gap-Methode" - bekannt auch unter den Bezeichnungen "Kapitallücke", "Spardefizit", "Resource Gap", "interne Lücke" oder "capital requirements approach" - wird der Auslandskapitalbedarf als Differenz zwischen den notwendigen Investitionen und den vorhandenen inländischen Ersparnissen der Entwicklungsländer errechnet. Diese Lücke ist die ökonomische Ursache für die Notwendigkeit von Auslandsfinanzmitteln, denen in diesem Ansatz die Rolle der Ergänzung der inländischen Ersparnisse zugeschrieben wird. Zu den prominentesten Vertretern dieses Ansatzes gehört ROSENSTEIN-RODAN[1)]. Ausgehend von dem bereits erwähnten wachstumstheoretischen Ansatz vom Typ Harrod-Domar läßt sich, mit einem möglichst realistisch geschätzten Kapitalkoeffizienten bei gegebener Zielwachstumsrate die erforderliche Investition ermitteln. Dabei wird eine keynesianische Sparfunktion angenommen, die sodann erlaubt, die Höhe des Kapitalzuflusses zu errechnen, der erforderlich ist, um den "gap" zwischen notwendigen Investitionen und vorhandenen internen Ersparnissen zu decken. Das Auslandskapital als zusätzliche Ersparnis hat eine ergänzende Funktion zu der inländischen Kapitalbildung. Damit wird die Investitionsquote und das Einkommenswachstum sowie die Sparquote und das Konsumniveau erhöht.

---

1) Vgl. Rosenstein-Rodan, P.N.: International Aid for Underdeveloped Countries, in: The Review of Economis and Statistics, Bd. 43 (1961), No. 2, S. 107 f.; vgl. auch Rosenstein-Rodan, P.N.: Bedarfsbestimmung und Verwendungsplanung von Auslandsmitteln in Entwicklungsländern, in: Konjunkturpolitik, 1964

In dem Ansatz vom "Export-Import-Gap" entsteht der Bedarf nach Auslandsfinanzmitteln dadurch, daß die durch Export eingenommenen Devisen nicht ausreichen, die durch Importe von Kapitalgütern ausgegebenen Devisen decken zu können. Die Rolle der Auslandsfinanzierungsmittel liegt damit darin, die Differenz zwischen Ausfuhr- und Einfuhrwerten bzw. Exporterlösen und Importbedarf zu schließen. In der Literatur ist die dadurch entstandene Lücke auch als "trade-gap" - nach einer Untersuchung von GATT[1] -, als "Zahlungsbilanzlücke","Handelslücke", "externe Lücke" oder "foreign exchange gap" bekannt. Für die Ermittlung des Kreditbedarfes sind Vorausschätzungen der Importe und Exporte über eine ganze Planungsperiode notwendig. Die Höhe der Importe ist funktional abhängig von den geplanten bzw. gewünschten Wachstumsraten des Volkseinkommens, die vorgegeben werden.

Die Exporte und ihre Wachstumsrate dagegen werden als unabhängig von den Datenänderungen im Entwicklungsland betrachtet. Die Wachstumsrate der Exporte hängt vielmehr von den Wachstumszielen der Industrieländer und bei gegebenen Exportmengen von den Ausfuhrmöglichkeiten und den auf dem Weltmarkt zu erzielenden Exportpreisen ab. Die Exporte sind somit eine Funktion der Auslandsnachfrage, und das Exportwachstum wird von externen Faktoren bestimmt.

---

1) Vgl. GATT: International Trade 1961, Genf 1962, S. 8 ff.

Die Wirkungen der beiden Defizite auf die wirtschaftliche Entwicklung lassen sich auf der Grundlage des Modells von Chenery und Strout[1], das von MAIZELS[2] in einer Matrix formuliert wurde, zeigen.

| | Production Account | Appropriation Account | Accumulation Account | External Account |
|---|---|---|---|---|
| Production Account | - | C | I | X |
| Appropriation Account | Y | - | - | - |
| Accumulation Account | - | S | - | F |
| External Account | M | - | - | - |
| Total | Y+M | C+S | I | X+F |

Dabei sei Y = Bruttosozialprodukt, M = Import, X = Export, C = Konsum, I = Investition, S = Sparvolumen und F = Nettokapitalimport.

Aus der obigen Matrix werden von Maizels folgende Gleichungen abgeleitet:

$$(1) \quad Y + M = C + I + X$$

$$(2) \quad Y = C + S$$

$$(3) \quad I = S + F$$

$$(4) \quad M = X + F$$

1) Vgl. Chenery, H.B. und Strout, R.: The Foreign Assistance and Economic Development, a.a.O.

2) Vgl. Maizels, A.: Export and Economic Growth of Developing Countries, Cambridge University Press 1968, S. 50 ff.

Eine wahlweise Kombination der Gleichungen (1) und (2) oder (3) und (4) führt zu folgendem Ergebnis:

$$(5) \quad M - X = I - S$$

Dies besagt, daß das Außenhandelsdefizit dem Defizit der inländischen Sparbildung gleicht. Die Aufhebung dieser beiden Defizite entspricht gerade der Beseitigung der beiden im Modell von Chenery und Strout enthaltenen finanziellen Entwicklungshindernisse.

Nimmt man nun an, daß die beiden finanziellen Entwicklungshindernisse beseitigt wären, dann können die folgenden vier ex post-Gleichungen aufgestellt werden[1]:

$$(6) \quad Y_t = Y_o(1+r)^t$$

wobei r = geplante und realisierte Wachstumsrate und
k = marginaler Kapitalkoeffizient ist.

$$(7) \quad I_t = k\ r\ Y_t$$

$$(8) \quad S_t = S_o + S_1\ Y_t$$

$S_o$ = stabilisiertes Sparvolumen
$S_1$ = ex post-Grenzhang zum Sparen

$$(9) \quad M_t = m_o + m_1\ Y_t$$

$m_o$ = stabilisiertes Sparvolumen
$m_1$ = notwendiger ex post-marginaler Import

$$(10) \quad X_t = X_o(1+e)^t$$

e = ex post-Wachstumsrate des Exports.

---

1) Die folgenden Überlegungen basieren auf den Ausführungen von Abdallah, Ul. El. Noncef: Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Entwicklung unter Berücksichtigung monetärer Probleme, dargestellt am Beispiel Tunesiens, Diss. Bonn 1973, S. 47

Ex post muß ebenfalls die Sparlücke dem Außenhandelsdefizit entsprechen

$$(11) \quad I^t - S^t = M^t - X^t$$

Ersetzt man in der Gleichung (4) F durch seinen Wert aus der Gleichung, erhält man die Gleichung

$$(12) \quad M = X + I - S \qquad (3)$$

Aus der Gleichung (7) und (8) erhält man

$$M^t = X^t + kr\, Y^t - S_o - S_1 Y_t$$

oder

$$(13) \quad M^t = (kr - S_1)Y_t + X_t - S_o$$

Zur Beseitigung der Importlücke ist ein Sparvolumen von $F_{1t}$ notwendig. Ersetzt man in der Gleichung (3) $F_{1t}$ durch deren Werte aus den Gleichungen (7) und (8), erhält man

$$F_{1t} = kr\, Y_t - S_o - S_1 Y_t$$

oder

$$(14) \quad F_{1t} = (kr - S_1)Y_t - S_o$$

$F_{1t}$ stellt die erforderliche Auslandskapitalhilfe dar, die ein Entwicklungsland benötigt, um die Sparlücke zu beseitigen.

Ersetzt man in der Gleichung (5) I, X und M durch deren Werte aus den Gleichungen (7), (9) und (10), so erhält man

$$S^t = I^t + X^t - M^t$$

$$S^t = kr\ Y_t + X_o(1+e)^t - m_o - m_1\ Y_t$$

$$(15)\quad S^t = (kr - m_1)Y_t + X_t - m_o$$

Zur Beseitigung des zweiten Entwicklungshindernisses muß die kompensatorische Auslandshilfe den Wert $F_{2t}$ haben.

Werden in der Gleichung (3) I und S durch deren Werte aus den Gleichungen (7) und (15) ersetzt, so erhält man

$$F_{2t} = I^t - S^t$$

$$F_{2t} = kr\ Y_t - (kr-m_1)\ Y_t + X_t - m_o$$

$$(16)\quad F_{2t} = m_1 Y_t + m_o - X_t$$

$F_{2t}$ stellt den Wert der ausländischen Kapitalhilfe dar, die erforderlich ist, um das Entwicklungshindernis des Außenhandels zu kompensieren.

Kreislauftheoretisch entspricht also ex post die Differenz zwischen Ersparnis und Investition (Sparlücke) immer derjenigen zwischen Exporten und Importen (Devisenlücke). Auslandskapital kann nicht nur die Sparlücke, sondern in seiner Deviseneigenschaft auch die Devisenlücke schließen. Ex ante können die beiden Lücken jedoch voneinander abweichen. Diese Abweichungen werden durch die Verschiedenheit der Prämissen hervorgerufen, die die Grundlage der beiden Lückenberechnungen bilden. Bei der ex ante - Betrachtung handelt es sich - im Gegensatz zur ex post - Betrachtung - nicht um statistisch ermittelte Größen, sondern um die von den einzelnen Modellverfassern vermuteten und angenommenen "Pläne, Neigungen und Absichten,

zu Beginn einer Periode und zwar sowohl in Bezug auf Investitionen und Sparen, als auch in Bezug auf Exportieren und Importieren"[1].

Auf Grundlage der oben beschriebenen Methoden, die nicht unumstritten sind, sind verschiedene Kapitalbedarfsrechnungen durchgeführt worden. So führte beispielsweise eine Gruppe von Experten der Vereinten Nationen im Jahre 1951 eine Berechnung durch und schätzte den jährlichen Kapitalbedarf aller Entwicklungsländer auf 19,1 Mrd. Dollar[2]. Nach einer Berechnung von Rosenstein-Rodan wurde für die Zeit von 1962 bis 1976 ein Auslandskapitalbedarf von ca. 89 Mrd. Dollar ermittelt. Das macht jährlich 6,4 Mrd. Dollar für die Zeit von 1962 bis 1971 und 5,0 Mrd. Dollar für die Zeit von 1972 bis 1976[3].

Mehrere Einwände werden gegen diese Ansätze gemacht. SCHAMS kritisiert die bedeutende Rolle, die den fehlenden Investitionsmitteln in dem zugrunde gelegten wachstumstheoretischen Modell zugeschrieben wird, und die Vernachlässigung des technischen Fortschritts[4]. Auch die angenommene Funktion des Auslandskapitals, entweder Kapitalgüterimporte zu finanzieren oder Inlandsersparnisse zu ergänzen, wird kritisiert. WEISSKOPF hat herausgefunden, daß 23 % des Nettokapitalimportes lediglich verminderte inländische

---

1) Vgl. Dürr, E.: Methodische und politische Probleme des Entwicklungsbedarfes, in: Ordo Bd. 18, 1967, S. 210

2) Vgl. U.N.: Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries; Report by a Group of Experts by the Secretary General of the United Nations, New York 1961, S. 75 f.

3) Vgl. Rosenstein-Rodan, P.N.: Bedarfsbestimmung und Verwendungsplanung von Auslandsmitteln in Entwicklungsländern, in: Konjunkturpolitik 1964, S. 163 ff.; ders., International Aid for Underdeveloped Countries, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 43(1961) S. 117 f.

4) Vgl. Schams, R.: Technologietransfer. Ausgewählte Beiträge HWWA-Report Nr. 20, Hamburg 1973, S. 30 ff.; ders., Der Kapitalbedarf der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 4

Ersparnisse substituiert[1]. ARESKOUG stellte sogar anhand von Daten über 22 Entwicklungsländer fest, daß die Auslandskredite zum größten Teil für die temporäre Umschichtung (Konsum) verwendet werden (sogenannte Haavelmo-Hypothese)[2]. Weiteren Anlaß zur Kritik geben die unterschiedlichen Ergebnisse, die sich bei der Ermittlung des notwendigen Auslandskapitalbedarfs ergeben. Die Schätzungen sind unterschiedlich nicht nur nach Methoden und Annahmen über die wichtigsten Variablen, sondern differieren selbst für die gleiche Periode. Außerdem haben die Annahmen, die über die Parameter gemacht werden, nicht immer Gültigkeit. So unterliegen die Kapitalkoeffizienten, die in diesen Modellen als konstant angenommen werden, in Wirklichkeit vielen Schwankungen. Die Höhe der Kapitalkoeffizienten wird nicht nur vom Einkommen beeinflußt, sondern u.a. auch von klimatischen Bedingungen, der menschlichen Geisteshaltung und sozialen Institutionen[3]. Wie stark selbst der durchschnittliche Kapitalkoeffizient schwanken kann und wie leicht eine geringfügige Änderung des Kapitalkoeffizienten das Ergebnis der Lückenberechnungen beeinflussen kann, hat BICANIC[4] in einer Studie gezeigt. Wird der Kapitalkoeffizient höher angesetzt, als er tatsächlich ist, so kann sich daraus ein hoher Entwicklungshilfebedarf ergeben. Gerade in einem Entwicklungsland ändern sich diese Parameter im Laufe des Wachstumsprozesses[5]. Es gibt weitere Einwände, auf die nicht mehr eingegangen wird.

---

1) Vgl. Weisskopf, T.E.: The Impact of Foreign Capital Inflow on Domestic Savings in Underdeveloped Countries, in: Journal of International Economics, Vol. 2, 1972, S. 25 ff.

2) Vgl. Areskoug, K.: External Public Borrowing: Its Role in Economic Development, New York 1969, S. 97

3) Vgl. Streeten, P.: Aid to Africa. A Policy Outline for the 1970's. New York, Washington/London 1972, S. 112

4) Vgl. Bicanic, R.: The Threshhold of Economic Growth, in: Kyklos, Vol. XV (1962), S. 7 ff.

5) Vgl. Dürr, E.: Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungshilfebedarfs, a.a.O., S. 211

Trotz aller angeführten Einwände und der Schwierigkeiten der Quantifizierung und Schätzung der zur Lückenberechnung verwendeten Parameter gibt es Gründe für die Zweckmäßigkeit solcher Methoden. Ein Grund liegt darin, daß solche Berechnungen immerhin anwendbar sind als "äußerst grober Maßstab für die Höhe der wünschbaren Entwicklungshilfe"[1] und stekken Größenordnungen ab, "in welchem Maße die Entwicklungsländer bei Zugrundelegung einer bestimmten Wachstumsrate Kapital bilden müssen und in welchem Umfang auf den internationalen Kapitalmärkten der Industrieländer Kapital für die Entwicklung nachgefragt werden wird"[2]. Ein weiterer Grund liegt darin, daß dadurch die Kenntnis von der Bedeutung wichtiger Wachstumselemente und von deren Wechselwirkungen untereinander in den Entwicklungsländern gefördert wird[3]. Außerdem vermögen solche Analysen die Bereitschaft der Geberländer zu erhöhen, Entwicklungshilfe in ausreichender Höhe und in angemessener Form zur Verfügung zu stellen[4].

Ursprünglich wurde die Anwendung der "two-gap-Modelle" überwiegend auf Ermittlung des Auslandskapitals, das als Transferzahlung behandelt wurde[5], beschränkt. Mittlerweile

---

1) Voigt, F.: Entwicklungshilfe. Vorlesungsskript Bonn 1970, S. 89

2) Uhlig, C.: Wirtschaftliches Wachstum der Entwicklungsländer, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 90. Jg. (1970), H. 6, S. 667 f.

3) Vgl. Faaland, J.: The Projections of Capital Import Requirements of Developing Countries; Development Research Papers, The Chr. Michelsen Institute Bergen, Norway 1965, S. 3

4) Vgl. Faaland, J.: The Projections of Capital ..., a.a.O., S. 3; Konrad, A.: Finanzierungsprobleme: Der Zusammenhang von Entwicklungsplan, Budget und Zahlungsbilanz. In: Guth, W. (Hrsg.): Probleme der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Band 46 (1967) S. 44

5) Vgl. Ohlin, G.: Aid and Indebtedness, Paris, OECD Development Centre 1966; Mikesell, R.F.: The Economies of Foreign Aid, London 1968, S. 27 ff.

werden diese "two-gap-Modelle" mehr und mehr auf die Verschuldungsproblematik angewandt[1] wegen der Aktualität dieses Problems. Solange das benötigte Auslandskapital in Form von Auslandsverschuldung zufließt, müssen Probleme berücksichtigt werden, die sich aus der Verschuldung ergeben. Eine Finanzierung durch Auslandskredite stellt nämlich einen Vorgang dar, der weitreichende Folgen hat. Wie Wagner[2] hingewiesen hat, können sie wie folgt dargestellt werden: Die gegenwärtige finanzielle Belastung wird auf zukünftige Perioden verschoben. Durch die heutigen Entscheidungen, Finanzmittel im Ausland aufzunehmen, wird ein Strom finanzieller Verpflichtungen in Gang gesetzt, der erst in späteren Jahren erfüllt werden muß. Somit ist ein Teil der Produktion des Empfängerlandes durch Auslandskredite festgelegt. Fehler in der effizienten Verwendung der aufgenommenen Schulden werden, wegen der Langfristigkeit der Kredite, erst zu einem viel späteren Zeitpunkt entdeckt, wenn die finanziellen Verpflichtungen zu einer ausgabewirksamen Belastung geworden sind. Auslandskredite müssen zurückgezahlt werden, auch wenn dies durch Neuverschuldung geschieht. Wenn die Rückzahlungsverpflichtungen eines Entwicklungslandes seine Möglichkeiten zum Schuldendienst und zur Aufnahme von neuen Auslandskrediten übersteigen, ergeben sich Schuldendienstprobleme[3]. Diese Zusammenhänge führen zu dem Schluß, daß ein Entwicklungsland nicht fortdauernd größere Auslandsschulden aufnehmen kann, ohne in Rückzahlungsschwierigkeiten zu kommen. Irgendwann wird also die Grenze seiner Verschuldungsfähigkeit bzw. seiner Kreditwürdigkeit erreicht.

---

1) Vgl. Harringer, R.: The Development of International Debt, in: Außenwirtschaft, Bd. 33, Zürich 1978

2) Vgl. Wagner, N. u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 215

3) Vgl. Nowzad, B.: Schuldenmanagement in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 25

Von Seiten der kreditnehmenden Entwicklungsländer erfordert dies nun die Feststellung einer "optimalen" Verschuldung. Das bedeutet, daß Bedingungen herausgearbeitet werden müssen, die einzuhalten sind, wenn bei einem durch Auslandskredite unterstützten Wachstumsprozeß Rückzahlungskrisen vermieden werden sollen bzw. daß Bedingungen festgestellt werden müssen, unter denen langfristig eine ordnungsgemäße Abwicklung des Verschuldungszyklus gesorgt ist. Verschiedene Ökonomen haben Ansätze gemacht, den modellmäßigen Ablauf von Verschuldung und Wachstum darzustellen. Wir wollen uns auf das oft zitierte Modell von AVRAMOVIC[1] beziehen. Nach Avramovic hat das Wirtschaftswachstum, das über eine Verschuldung im Ausland initiiert und so lange gefördert wird, bis ein sich selbst tragender Entwicklungsprozeß erreicht ist, modellmäßig einen Verschuldungszyklus von drei Phasen: In der ersten Phase ist das Erzielen eines ausreichenden Wachstums nicht möglich, weil die inländische Ersparnis noch zu gering ist. Die Kredite werden nicht nur aufgenommen, um einen Teil der Investitionen zu finanzieren, sie werden auch zur Deckung der Schuldendienste verwendet. Verschuldung und Schuldendienste erhöhen sich rasch. Wird ein beträchtlicher Teil des Einkommensanstiegs gespart, können die Investitionen durch Eigenfinanzierung getätigt werden. Die zweite Phase fängt nach der Schließung der Ersparnislücke an. Es findet weiterhin ein Anstieg der Verschuldung - wenn auch geringfügiger - statt, da die Ersparnisse nicht hoch genug sind, neben der Investition auch noch den Schuldendienst zu finanzieren. Die dritte Phase ist von dem Zeitpunkt gegeben, wenn die eigenen Ersparnisse sowohl die Investitionen als auch den Schuldendienst, d.h. Zinsen und Rückzahlung, decken können. Folglich nimmt die Verschuldung rasch ab. Am Ende dieser

---

1) Vgl. Avramovic, D. u.a.: Economic Growth and External Debt, Baltimore 1964, S. 60 f.; Holthus, M.: Verschuldung und Verschuldungsfähigkeit von Entwicklungsländern, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 26. Jg., Tübingen 1981, S. 249 f.

Phase sind alle Auslandsschulden zurückgezahlt. In Wirklichkeit findet jedoch noch ein Zufluß des Auslandskapitals in einem Land statt, auch nach dem Erreichen eines sich selbst tragenden Wachstumsprozesses. Aus diesem Modell ergeben sich einige wirtschaftspolitische Folgerungen. Je geringer beispielsweise die Kapitalproduktivität ist, desto größer der Anstieg der Verschuldung und des Schuldendienstes und desto länger dauert der durch die drei Phasen beschriebene Verschuldungszyklus und umgekehrt[1].

Für die Erhaltung der langfristigen Rückzahlungsfähigkeit in einem growth-cum-debt Prozeß müssen folgende Bedingungen eingehalten werden[2]: Erstens muß ein hohes Wirtschaftswachstum erzielt werden, was schnell steigende Investitionen impliziert. Zweitens ist eine hohe marginale Sparquote notwendig, damit die Ersparnisse für die erforderliche reale Kapitalakkumulation und den Schuldendienst aufgebracht werden können. Drittens muß der Ertrag des investierten Kapitals mindestens dem internationalen Zinssatz entsprechen, möglichst jedoch höher sein. Viertens müssen die Ausfuhrerlöse eine Zuwachsrate aufweisen, die nach Abzug des Schuldendienstes eine Importkapazität gewährleistet, die für das im Verschuldungszyklus angestrebte Mindestwachstum des Sozialproduktes notwendig ist. Dies wird begründet mit einem ebenso rapiden oder rapideren Wachstum der Importnachfrage in den Entwicklungsländern, das das Wachstum des Volkseinkommens begleitet.

Eine magische Formel,mit der eine "optimale" Verschuldung eines Landes bestimmt werden kann, gibt es in der Realität jedoch nicht, da die Verschuldungsprobleme auf eine Viel-

---

1) Vgl. Holthus, M.: Verschuldung und Verschuldungsfähigkeit von Entwicklungsländern, a.a.O., S. 249

2) Ebenda, S. 240 f.

zahl von Faktoren zurückzuführen sind[1]. Um einige Verschuldungsschwierigkeiten wenigstens zu signalisieren, wird in der Praxis die Schuldendienstquote, d.h. Rückzahlung und Zinsen in Prozent der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen verwendet[2]. Wegen der begrenzten Aussagefähigkeit der Schuldendienstquote sowie anderer Einzelindikatoren sind seit Anfang der 70er Jahre mittels empirischer Untersuchungen Indikatorensysteme entwickelt worden, die zur Frühwarnung der Verschuldungskrise konzipiert worden sind. Diese Indikatorensysteme (z.B. das von PETERSEN[3]) sollen durch Definition kritischer Werte für die gewählten Indikatorenbündel Verschuldungskrisen so rechtzeitig zu erkennen geben, daß der Eintritt einer Krise durch entsprechendes Handeln noch abgewendet werden kann. Die Beurteilung über die Effizienz dieser Indikatorensysteme kann noch nicht vorgenommen werden, da die geringen Erfahrungen dazu nicht ausreichen.

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, welche Faktoren den externen Finanzierungsbedarf determinieren. Unabhängig davon, ob das benötigte Auslandskapital als Transferzahlung oder als Auslandsverschuldung einem Entwicklungsland zufließt, wird der Bedarf danach durch Ersparnislücke und Devisenlücke bestimmt, die wiederum entstehen, weil das Entwicklungsland sich im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung befindet.

---

1) Vgl. Nowzad, B.: Schuldenmanagement in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 26

2) Vgl. Weltbank; Weltentwicklungsbericht 1982, Washington D.C., S. 142

3) Vgl. Petersen, H.T.: Debt Crisis of Developing Countries: A Pragmatic Approach to an Early Warning System. In: Konjunkturpolitik, Jg. 23(1977), Heft 2

### 2.3.1.2 Determinanten des externen Finanzierungsangebots

Ob das Auslandskapital zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung in einem Entwicklungsland tatsächlich fließen kann, hängt von der Bereitschaft der Kapitalanbieter ab, es zu gewähren. Welche Faktoren das Auslandskapitalangebot veranlassen können, soll nun herausgearbeitet werden. Die Grundlage solcher Überlegungen bildet die Theorie der Kapitalbewegungen, denn das Auslandskapital zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung stellt nichts anderes dar als eine der verschiedenen Formen der internationalen bzw. zwischenstaatlichen Kapitalübertragungen. Das Kapitalangebot von einem Land an ein anderes Land läßt sich theoretisch erklären durch folgende Ansätze: Zinssatztheorie, Theorie der öffentlichen Kapitalbewegungen[1].

Die Zinssatztheorie dient der Erklärung der Determinanten bzw. Ursachen des Angebots an Auslandskapital, das zu Marktkonditionen bzw. unter freien Marktmechanismen transferiert wird. Unter diese Art der Kapitalbewegungen können fallen z. B. Exportkredite, private Bankkredite, Schuldverschreibungsdarlehen, Portfolioinvestitionen sowie Direktinvestitionen[2]. Nach KNAPP spielte der Zinssatz bereits eine Rolle bei den früheren Kapitalbewegungen zwischen "Industrie-" und "Rohstoffländern", da diese weitgehend auf dem Zinsgefälle zwischen den Ländertypen beruhten[3].

---

1) Vgl. Heidhues, F.: Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen, Tübingen 1969, S. 34 ff.

2) Vgl. Wagner, N.: Ökonomie der Entwicklungsländer, a.a.O., S.

3) "In the circumstances of the nineteenth century, the extent of foreign borrowing for new investment was governed by comparative interest rates ruling in the different capital markets ... and there was none of the modern sophisticated attention to the capacity of individual countries to carry out investment programmes of varying volumes without recourse to borrowing abroad". Knapp, J.: Capital Exports and Economic Growth, in: Economic Journal Vol. 67 (1957), S. 434 ff.

Bei der Erklärung des Kapitalangebots durch den Zinssatz lassen sich zwei Ansätze unterscheiden: der einfache und der erweiterte zinssatztheoretische Erklärungsansatz[1].

Nach dem einfachen zinssatztheoretischen Erklärungsansatz verursachen unterschiedliche Zinssätze in verschiedenen Ländern Kapitalexporte von einem Land in ein anderes[2]. Als Grundlage für die Erklärung der Zinsdifferenzen zwischen den Ländern benutzt die Zinssatztheorie die Faktorproportionentheorie, die eine Außenhandelstheorie ist und besagt, daß die Ursache des Handels zwischen den Ländern in der unterschiedlichen Ausstattung mit Faktoren liegt. Bezogen auf die hier zu untersuchende Frage impliziert dies, daß die Höhe des Zinssatzes eine Funktion der relativen Kapitalausstattung ist. Als Prämisse gilt dabei relativ gleiche Nachfragestruktur. Ein hoher Zinssatz bedeutet, daß der Faktor Kapital in Relation zu anderen Faktoren knapp ist, während ein niedriger Zinssatz einen relativen Kapitalreichtum impliziert.

Aus den Arbeiten von z.B. IVERSEN, NURKSE[3] lassen sich folgende Zusammenhänge darstellen: Bei völliger Mobilität des Faktors Kapital zwischen den Ländern, was in einer freien Verkehrswirtschaft angenommen werden kann, werden durch die unterschiedlichen Zinssätze Kapitalbewegungen vom Land mit niedrigen Zinssätzen in ein Land mit hohen Zinssätzen initiiert, was zur Angleichung der Zinssätze führt. In einem Hochzinsland (in das Kapital angezogen wird) steigt das Kapitalangebot (bzw. in unserem Fall das Auslandskreditangebot) ceteribus paribus sinkt der Zins,

---

1) Vgl. Heidhues, F.: Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen, a.a.O., S. 34 ff.

2) Vgl. Ohlin, B.: Interregional and International Trade. Cambridge (Mass.) 1952, S. 332 ff.

3) Vgl. Iversen, A.: Aspects of the Theory of International Capital Movements, Copenhagen/London, S. 26 ff.; Nurkse, R.: Ursachen und Wirkungen der Kapitalbewegungen. In: Zeitschrift für Nationalökonomie Bd. 5 (1934) S. 79 f.

während in einem Niedrigzinsland sich eine gegenläufige Entwicklung einstellt. Unter den hier gemachten Prämissen nehmen in der Folge die internationalen Zinsdifferenzen laufend ab, bis es zum völligen Ausgleich der Zinssätze kommt, wenn der Prozeß abgeschlossen ist.

In dem erweiterten zinssatztheoretischen Erklärungsansatz wird das Auslandskapitalangebot unter Berücksichtigung von Faktoren wie Risiko, Ungewißheit und Transferkosten, die in dem einfachen zinssatztheoretischen Erklärungsansatz vernachlässigt wurden, mit einbezogen. Die Entscheidungen, Auslandskapital anzubieten, werden nicht mehr unter vollständiger Sicherheit getroffen, sondern unter Unsicherheit und bei unvollkommenem Informationsstand, was eher der Wirklichkeit entspricht. Nach der Einbeziehung von Risiko und Ungewißheit[1] wird die Richtung der Kapitalbewegungen bzw. des Auslandskapitalangebots nicht mehr allein vom Zinssatz bestimmt, sondern vom Zinssatz zuzüglich eines Zuschlages für Risiko und Ungewißheit.

Einige Folgerungen lassen sich aus der Zinssatztheorie für die Entwicklungsländer herleiten. Nach dem zinssatztheoretischen Ansatz müßte die Kapitalarmut, die in den meisten Entwicklungsländern herrscht, in diesen Gebieten zu einem erheblichen Zinsgefälle gegenüber den kapitalstarken Industrieländern führen. Diese Zinsdifferenz müßte dann automatisch eine Kapitalbewegung auslösen, die die Unterschiede in der relativen Knappheit dieses Produktionsfaktors ausgleicht. Ein solcher, durch rein privatwirt-

---

1) Zu den Begriffen Risiko und Ungewißheit vgl. Knight, F.H.: Risk, Uncertainty and Profit, 7. Aufl., London 1948, S. 20; Bergmann, H.: Das ökonomische Risiko und sein Einfluß auf die Investitionsentscheidungen des Unternehmers, Diss. Berlin 1951, S. 44 ff.; Krelle, W.: Unsicherheit und Risiko in der Preisbildung, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1957, S. 632 ff.; ders.: Preistheorie, Tübingen, Zürich 1961, S. 15; Aharoni, S.: The Foreign Investment Decision Process, Boston 1966, S. 36 f.

schaftliche Rentabilitätsüberlegungen motivierter Kapitalzustrom ist tatsächlich schon beobachtet worden , und zwar auf dem Wege des Lieferantenkredites u.a.[1], dessen Funktion und damit die conditio sine qua non seiner Existenz in der Exportförderung besteht. Obwohl dieses Auslandskapitalangebot erheblich an Bedeutung gewonnen hat[2], entspricht es in der Höhe doch bei weitem nicht dem Kapitalbedarf der Entwicklungsländer. Ein Grund liegt darin, daß es trotz des erheblichen Unterschiedes in der Kapitalausstattung pro Arbeitskraft - auch bei völliger Freizügigkeit des Kapitalverkehrs - zu keinem entsprechend großen Zinsgefälle kommen kann: Einerseits fehlt in den in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Ländern nicht nur ein voll funktionsfähiger Kapitalmarkt[3], sondern aufgrund der mangelnden "ability to invest" ist auch die Nachfrage nach Geldkapital relativ gering[4]. Andererseits hält in den Industrieländern die Realisierung technischen Fortschritts - zumeist verbunden mit der Substitution des knappen Faktors Arbeit durch Kapital - die Nachfrage nach Geldkapital hoch und wirkt damit einem Absinken des Zinses entgegen.

Ein weiterer Grund für das ungenügende Auslandskreditangebot liegt in dem hohen Risiko, das mit dem Kapitalexport in Entwicklungsländer in der Regel verbunden ist und viele potentielle Auslandskreditgeber abschreckt. Vor allem sind es jedoch die mehr oder weniger labilen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die das Risiko er-

---

1) Vgl. Guth, W.: Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Basel/Tübingen 1957, S. 31 ff.

2) Vgl. Jurgenson, H.: Die Funktionen des Kapitalimports für Entwicklungsländer. In: Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Band 46 (1967) S. 69 ff.

3) Vgl. Boskey, S.: Problems and Practices of Development Banks, Baltimore 1961, S. 4

4) Vgl. Tun Wai, U.: Interest Rates Outside the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries. In: Staff Papers Vol. 6 (1957/58) S. 80 ff.

heblich steigern: Bei einer ungünstigen Zahlungsbilanzentwicklung können Kursverluste oder währungspolitische Maßnahmen des Staates den Retransfer von Tilgungs- und Zinszahlungen gefährden[1].

Meistens erfolgen die Transferleistungen von den Industrieländern in die ärmsten Entwicklungsländer nicht unter privatwirtschaftlichen Rentabilitätsüberlegungen und werden somit nicht zu den marktüblichen Konditionen angeboten. Solche Transferleistungen sind öffentlicher Natur und werden zu weicheren Konditionen gewährt, weshalb sie als Auslandshilfe bezeichnet werden. Um die Bestimmungsgründe des Angebots dieser Art des Kapitaltransfers theoretisch zu erklären, hat HEIDHUES[2] versucht, ein Modell zu entwickeln unter Zugrundelegung eines wirtschaftspolitischen Ansatzes von JASAY[3]. In seinem Modell wird gezeigt, daß der Staat unter bestimmten Bedingungen aus ökonom. Gründen den Kapitaltransfer durchführen kann. Dieser Ansatz ist jedoch in der entwicklungspolitischen Diskussion nicht weiter verfolgt worden, weshalb hier auf ihn nicht mehr eingegangen wird. Was sich bewährt hat, ist die Erklärung der Vergabe der Auslandshilfe bzw. Entwicklungshilfe durch verschiedene Motivationskomponenten, die meist vielschichtig sind[4]. Daraus lassen sich folgende Gruppen der Motive

---

1) Vgl. Köllner, L.: Zinshöhe und Kapitalexporte in Entwicklungsländer, in: Konjunkturpolitik, 7. Jg. (1961), S. 373 ff.

2) Vgl. Heidhues, F.: Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen, a.a.O., S. 60 ff.

3) Vgl. Jasay, A.: The Social between Home and Overseas Investment, in: Dunning, J.H. (Hrsg.): International Investment, Harmondsworth 1972, S. 117 ff.

4) Vgl. Mikesell, R. F.: The Economics of Foreign Aid, a.a.O., S. 5 ff.; Little, I.M.D. and Clifford, J.M.: International Aid, Chicago 1966, S. 78 ff.; Klein, H.G.: Entwicklungshilfe: Spezifische Äußerungsform internationaler Politik, Baden-Baden 1977, S. 99 f.; Wagner, N. u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 175 f.

zusammenfassen: Wirtschaftliche, politische und humanitäre Motive[1].

Die wirtschaftlichen Gründe liegen vor, wenn die öffentlichen Auslandshilfegeber wirtschaftlichen Nutzen erwarten. In diesem Zusammenhang schreibt HOFFMANN: "Foreign Aid is not charity, it is sound business management in the same sense as the more familiar form of product or market development"[2]. Solch wirtschaftlicher Nutzen kann darin bestehen, daß das Auslandshilfe gewährende Land von den Wirkungen profitiert, welche der Exportmultiplikator auslösen kann. Dann wird die Auslandshilfe als Mittel zur Bekämpfung der eigenen Arbeitslosigkeit eingesetzt. Außerdem kann die Zunahme des Volkseinkommens gleichzeitig zur Steigerung der Steuereinnahmen des gebenden Staates führen. Ferner schaffen sich bzw. erweitern die Industrieländer bzw. die Geberländer sowohl Absatzmärkte als auch Handelspartner. Solche positiven Wirkungen für die Geberländer werden auch als "Bumerang-Effekt" bezeichnet[3]. Anhand eines bilateralen Auslandshilfeangebotsmodells, in dem die Auslandshilfepolitik der 15 DAC-Länder empirisch untersucht wird, stellen DUDLEY und MONTMARGUETTE[4] fest, daß von den untersuchten Motiven diese ökonomische Seite eine dominierende Bedeutung hat. Es wird zwar gleichzeitig eine starke Korrelation zwischen öffentlicher Auslandshilfe und politischer Bindung festgestellt, aber es erweist sich doch, daß letztere nicht isoliert, sondern stets in Verbindung mit den wirtschaftlichen Überlegungen zu beurteilen ist.

---

1) Vgl. Wagner, N. u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 175

2) Vgl. Hoffmann, P.G.: World without Want, London 1963, S. 20

3) Vgl. Wagner, N. u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 176

4) Vgl. Dudley, L. und Montmarguette, C.: A Model of the Supply of Bilateral Foreign Aid, in: American Economic Review 66 (1976), No. 1, S. 138 ff.

Aus politischen Motivationskomponenten wird die Auslandshilfe gewährt, wenn das mit politischen Nutzenerwartungen verknüpft ist. Dann fungieren rein ideologische Gesichtspunkte als Kriterien und von der Geberseite werden nur jene Entwicklungsländer unterstützt, die sich politisch opportun verhalten, wobei auch machtpolitische Überlegungen entscheidend für die Mittelgewährung sein können. Als Beispiele können die Vergabepraktiken in den frühen 60er Jahren (z.B. "Hallstein-Doktrin") und die revidierte Konzeption der Entwicklungspolitik der Reagan-Administration in den USA genannt werden[1].

Humanitäre Motivationskomponenten liegen vor, wenn hinter der Vergabe einer Auslandshilfe im Vordergrund die Idee steckt, den Bedürftigen Hilfe zukommen zu lassen. Es ist ein Akt der Wohltätigkeit gegenüber den Benachteiligten als moralische und menschliche Verpflichtung und ist seit altersher bekannt. Entsprechend dem Gedanken des nationalen Sozialstaates soll ein Transfer der Reichen an die Armen stattfinden.

Für das multilaterale Entwicklungskreditangebot gelten ähnliche Motivationskomponenten wie für das bilaterale. Die von den multilateralen Instanzen gewährten Mittel setzen sich aus sämtlichen Leistungen internationaler Organisationen an Entwicklungsländer zusammen. Die Finanzierung dieser Organisationen erfolgt durch die Beiträge der Mitgliedsländer und die Kreditaufnahme am freien Kapitalmarkt. Der wesentliche Vorteil der multilateralen Transferleistungen ist darin zu sehen, daß für die Empfängerländer ein direkter Geberstaat nicht existiert, da sich zwischen Geber- und Empfängerländer eine weitere Instanz einschiebt und auf der Geberseite immer mehrere Staaten auftreten. Schließlich erfolgen die Hilfeleistungen mittelbar. Zu den

---

1) Vgl. Wagner, N. u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 175

wichtigsten Anbietern der multilateralen Transferleistungen an Entwicklungsländer gehören: die Vereinten Nationen (Sonder- und Unterorganisationen), die Weltbankgruppe, die sich aus der IBRD, IDA und IFC zusammensetzt, sonstige Organisationen, wie die IWF, EG, usw. und die Regionalentwicklungsbanken wie die Afrikanische Entwicklungsbank (BAD) usw.

### 2.3.2 "Autozentrischer" Ansatz

Da das Angebot der Auslandsfinanzierungsmittel an die ärmsten Länder im Verhältnis zu ihrem Bedarf unzureichend ist und von Faktoren bestimmt wird, die einen dauernden Zufluß des Auslandskapitals nicht gewährleisten können, ist ein Aufbau der Eigenfinanzierung unerläßlich. Trotz ihrer entscheidenden Bedeutung für die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der ärmsten Länder darf die Auslandsfinanzierung deshalb nur eine ergänzende Funktion zu der Eigenfinanzierung haben.Sie ist die wahre Garantie für einen kontinuierlichen Industrialisierungsprozeß. Sie ist außerdem eine wichtige Grundlage für die Verwirklichung der in den letzten Jahren in zunehmendem Maße erhobenen Forderung nach "Self-Reliance"[1], denn nur durch Eigenfinanzierung kann die finanzielle Abhängigkeit der ärmsten Länder reduziert werden. Denkbar sind folgende Ansätze: Eigenfinanzierung durch Zwangssparprozesse, Eigenfinanzierung durch freiwillige Ersparnisbildung und der Aufbau einer finanziellen Infrastruktur.

#### 2.3.2.1 Eigenfinanzierung durch Zwangssparprozesse

Bei der Industrialisierung und vor allem im Anfang des Industrialisierungsprozesses einer Volkswirtschaft besteht die Notwendigkeit vielfältiger staatlicher Aktivität. Der Industrialisierungsprozeß bedingt technische und soziale Infrastrukturen. Konkret können wir hier z.B. denken an den Aufbau und die Verbesserungen des Verkehrssystems,

---

1) Vgl. Nyerere, J.K.: Education for Self-Reliance. In: Nyerere, J.K.: Freedom and Socialism. A Selection from Writings and Speeches 1965-1967. London/Oxford/New York 1970; Parthasa-Rathi, A.: The Role of Self-Reliance in Alternative Strategies for Development. In: World Development, Vol. 5, 1977, No. 3

dessen Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß VOIGT[1] in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen hat; oder an den Aufbau des Energiesystems, Bildungs- und Gesundheitssystems, der Verwaltung oder Verteidigung, usw. Der Aufbau der Infrastruktureinrichtungen erfordert ein erhebliches staatliches Investitionsvolumen. Darüber hinaus fallen dem Staat - unabhängig von seiner ordnungspolitischen Zielsetzung - vielfach wichtige produktionswirtschaftliche Aufgaben zu, die zwar auf privatwirtschaftlicher Grundlage erfüllt werden könnten, zu deren Übernahme sich jedoch unter den gegebenen Bedingungen kein privater Unternehmer bereitfindet. Dies ist immer wieder ein Kritikpunkt, doch handelt es sich um ein typisches Phänomen einer im Aufbau befindlichen Wirtschaft, daß dem Staat eine vielschichtige Aufgabe zufällt. Wie die Wirtschaftsgeschichte zeigt, galt dies auch für die Anfangsphasen der heutigen Industrieländer[2].

Um einen Teil der Mittel für die zahlreichen Aufgaben aus eigener Kraft aufzubringen, dient dem Staat die Einführung von Zwangssparmaßnahmen als Quelle. Bei diesem volkwirtschaftlichen Sparakt ist der Staat die gestaltende Kraft des Sparens[3]. Das Sparen beruht auf hoheitsrechtlichen Machtbefugnissen des Staates. Es gibt verschiedene Instru-

---

1) Vgl. Voigt, F.: Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrssystems. Verkehrswissenschaftliche Forschung, Schriftreihe des Verkehrswissenschaftlichen Seminars an der Universität Hamburg, Band I, Berlin 1960, S. 42; ders., The Importance of the Transport System for Economic Development Process, U.N. Paper E/CN 14/CAP/35 Nov. 1967; ders., Verkehr und Industrialisierung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 109(1953), Heft 2, S. 193-239; ders., Verkehrspolitik, in: Handwörterbuch der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Wiesbaden 1980, S. 1352

2) Nach Predöhl hat es auch in Europa einer jahrhundertelangen merkantilistischen Vorbereitung bedurft, "bis die industrielle Revolution sich durchsetzen konnte". Vgl. Predöhl, A.: Zur Theorie der wirtschaftl. Entwicklung, in: Boettcher, E. (Hrsg.): Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Tübingen 1964, S. 157 f.; Caincross, A.K.: Factors in Economic Development, London 1962, S. 127

3) Vgl. Voigt, F.: Der Volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950, S. 179

mentarien zur Erzielung der Finanzierungsquelle durch diese Art von Sparen. Voigt nennt Inflation, Rationierung, Steuererhöhung und Sozialversicherungszwang[1].

Weitere Ansatzpunkte der staatlichen Ersparnisbildung ergeben sich im Rahmen der staatlichen Außenwirtschaftspolitik und zwar durch Erhebung von Zöllen, Anwendung differenzierter Wechselkurse und Errichtung staatlicher Außenhandelsmonopole[2].

Von den oben genannten Maßnahmen kommt dem Zwangssparen auf dem Wege der Steuerpolitik in den Entwicklungsländern die größte Bedeutung zu als Quelle der volkswirtschaftlichen Eigenfinanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Bei Einteilung der Steuern in direkte und indirekte Steuern[3] entfällt, im Gegensatz zu den entwickelten Ländern, der größte Teil des Steueraufkommens auf indirekte Steuern[4]. Daraus folgend wird den indirekten Steuern in diesen Ländern die größte einnahmepolitische und fiskalische Bedeutung beigemessen. Im folgenden sollen beide steuerpolitischen Ansatzmöglichkeiten des Zwangssparens untersucht werden.

---

1) Vgl. Voigt, F.: Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, a.a.O., S. 148

2) Vgl. United Nations: Economic Survey of Asia and the Far East 1960, Bangkok 1961, S. 86

3) Zur Terminologie der direkten und indirekten Steuern vgl. Hicks, U.K.: The Terminology of Tax Analysis, in: Economic Journal Vol. VI, No. 221, März 1946. Zitiert nach Ghose, D.C.: Zur Frage der indirekten Besteuerung in Entwicklungsländern. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Fr.-Ebert-Stiftung, Hannover 1965, S. 227 f.

4) Vgl. Bagwati, J.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer. München 1966, S. 75 ff.; Pätz, J.: Steuersysteme und Steuerpolitik in Entwicklungsländern, Göttingen 1966, S. 35 ff.; Prest, A.R.: Public Finance in Developing Countries, London 1975, S. 25 ff.; Dawar, H.: Developing Financing. Financial Policy in Developing Countries. In: Intereconomics No. 1, 1976, S. 21 f.

Die indirekte Steuer läßt sich an die verschiedenen Arten der Einkommensverwendung anknüpfen - z.B. an Kaufakte der Bevölkerung - und läßt sich deshalb in den Entwicklungsländern eher realisieren als eine direkte Besteuerung. Grundsätzlich wirkt sich eine Erhebung indirekter Steuern preiserhöhend aus. Die einnahmepolitischen Überlegungen spielen dabei eine große Rolle. Deshalb wird versucht, überwiegend jene Verbrauchs- und Konsumgüter zu belasten, die eine niedrige Preiselastizität, d.h. eine unelastische Nachfrage aufweisen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Güter, die durch weniger besteuerte Güter nicht substituiert werden können[1]. Dadurch stellt die indirekte Besteuerung - unter den Bedingungen, die in Entwicklungsländern herrschen[2] - gleichzeitig das wirksamste Mittel zur steuerlichen Erfassung der unteren Einkommensklassen dar, in Verbindung mit steuertechnischen Vorteilen[3]. Doch darf der große Nachteil dieser Maßnahme nicht übersehen werden, der darin liegt, daß sie regressive Wirkung aufweist:[4] Die Gruppen niedriger Einkommen werden verhältnismäßig stärker belastet als die höheren Einkommensgruppen. Diese Steuer ist somit unsozial und berücksichtigt die individuelle Leistungsfähigkeit der "Steuerträger" nur unzureichend.

Um diese ungleiche Belastung aufzufangen, schlägt LEWIS vor, die Besteuerung zu staffeln, so daß Güter, die nur von Beziehern höherer Einkommen nachgefragt werden können,

---

1) Vgl. Pätz, J.: Steuersystem und Steuerpolitik ...., a.a.O., S. 35 ff.

2) Es existieren z.B. große Subsistenzbereiche, die der steuerlichen Erfassung und Bewertung des Eigenverbrauchs Schwierigkeiten bereitet; andere Hemmnisse sind niedriger Bildungsstand, unzureichende Buchführungskenntnisse u.a.

3) Vgl. Buchanan, N.S. und H.S. Ellis: Approaches to Economic Development, New York 1955, S. 329

4) Vgl. Scharf, T.: Finanzierungsprobleme in Entwicklungsländern, Berlin 1965, S. 69

stärker belastet sind als die Massenkonsumgüter (Progressionseffekt)[1]. Selbst wenn es gelänge, durch diese Maßnahme die ungleiche Belastung abzuschwächen, bleibt noch der Nachteil, daß ein auf indirekter Steuer beruhendes Steuersystem wachstumsunelastisch ist. Die Steuersysteme der Entwicklungsländer weisen nur eine geringe Aufkommenselastizität in Bezug auf Sozialproduktsänderungen auf, wodurch das Steueraufkommen bei steigendem Volkseinkommen nur unterproportional wächst. Da die Einkommenselastizität der Konsumgüternachfrage nach Erreichung eines bestimmten Versorgungsniveaus allmählich immer kleiner wird, gehen auch die an die Konsumgüternachfrage gebundenen indirekten Steuern relativ zum Volkseinkommen zurück[2].

Ein weiterer Nachteil dieser Besteuerungsart ist die Neigung zu schwankenden Steueraufkommen. Schwankungen im Warenverkehr schlagen sich gewöhnlich in Einnahmeschwankungen nieder und rufen damit kurzfristige Schwierigkeiten hervor, die in Ländern, die sich statt auf Verbrauchssteuern und Zölle mehr auf andere Arten der Besteuerung stützen, nicht so leicht entstehen[3].

Die genannten erheblichen Nachteile der indirekten Besteuerung machen erforderlich, daß mehr und mehr die Mittel für die Eigenfinanzierung auf dem Wege der direkten Besteuerung beschafft werden.

Von den Hauptansatzpunkten der direkten Besteuerung, Ertrag, Vermögen und Einkommen, spielt in Entwicklungsländern die Einkommensbesteuerung die wichtigste Rolle. GOODE nennt folgende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung der Einkommensbesteuerung:

---

1) Vgl. Lewis, W.A.: The Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, a.a.O., S. 454

2) Vgl. Hemmer, R.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 413

3) Vgl. Bagwati, J.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, München 1966, S. 76

- der meist große Subsistenzbereich muß durch Geldwirtschaft ersetzt werden
- möglichst hoher Alphabetisierungsgrad unter den Steuerzahlern
- weite Verbreitung der Buchhaltungskenntnis und verläßlich geführte Bücher
- Vorliegen von Steuerwilligkeit und -disziplin bei den Steuerzahlern
- die Steuerverwaltung muß ehrlich und verläßlich sein[1].

Diese Voraussetzungen sind in vielen Fällen immer noch nicht gegeben, was die Verwirklichung eines umfassenden Einkommensteuersystems erschwert. Abgesehen von den fehlenden institutionellen Voraussetzungen ist auch unter rein ökonomischem Aspekt die Anwendungsmöglichkeit einer Besteuerungsform beschränkt, deren Bemessungsgrundlage die Einnahmen natürlicher oder juristischer Personen bilden. Die Masse der Bevölkerung unterschreitet nämlich die Einkommenshöhe, bei der der zu erwartende individuelle Steuerbetrag die relativ hohen Erhebungskosten rechtfertigt.

Angepaßt an diese Probleme wurden daher von KÖLLNER zwei spezifische Typen der Einkommensteuer vorgeschlagen: Die begrenzte Einkommensteuer, die auf verschiedenen Wegen (über hohe Freibeträge oder Ausgestaltung der Steuertarife) die unteren Einkommensklassen schont, und die beschränkte Einkommensteuer, die objektbezogen ist. Letztere läßt sich einfacher erheben, da sie, unabhängig von der Höhe des Gesamteinkommens, den Besitz besteuert (Grundsteuer, Kapitalertragssteuer)[2] und auf relativ einfache Bemessungsgrundlagen zurückgreifen kann.

---

1) Vgl. Goode, R.: Reconstruction of Foreign Tax Systems. Proceedings of the Annual Conference on Taxation, Sacramento 1952, S. 221

2) Köllner, L.: Grundlagen der Finanzpolitik in Entwicklungsländern. In: Schmölders Jahrbuch 83. Jg. (1963) S.188; Lewis, W.A.: The Theorie ..., a.a.O., S. 449; Hemmer, R.: Wirtschaftsprobleme ..., a.a.O., S. 414

Für das auf diesem Wege erzielbare Steueraufkommen sind die privaten Unternehmungen des "modernen Sektors" aufgrund ihrer Erlössituation wie auch ihres Rechnungswesens für die Einkommensbesteuerung besonders geeignet, da Veranlagung und Eintreibung der Abgaben durch die Steuerbehörden erleichtert werden. Diese "Steuerträgergruppe" kommt aber nur in beschränktem Maße infrage, da derartige privatunternehmerische Aktivitäten unter industrialisierungspolitischen Aspekten hoch zu bewerten sind. Gerade diesen Unternehmungen werden auf der anderen Seite in fast allen Entwicklungsländern erhebliche steuerliche Vergünstigungen gewährt. Unter dem Gesichtspunkt der Beschaffung von Mitteln für die Eigenfinanzierung ist also einerseits die Besteuerung der privaten Unternehmen unerläßlich, andererseits muß ein Maß gefunden werden, das den Unternehmern ihre Investitionsfähigkeit und -bereitschaft beläßt, da anderenfalls Kapitalflucht die Folge wäre[1].

Deutlich geworden ist, daß es nicht genügt, die privaten Unternehmungen zu besteuern. Infrage kommen auch Bezieher mittlerer und höherer Einkommen, die ihre Überschüsse hauptsächlich im privaten Konsumbereich ausgeben (Demonstrationseffekt). Aufgrund der ungleichen Einkommensverteilung ist anzunehmen, daß ein erhebliches besteuerungsfähiges Potential (taxable capacity) vorliegt, dessen Ausmaß aber aus den genannten ökonomischen und verwaltungstechnischen Gründen schwer zu erfassen ist[2].

Alle verfügbaren Kräfte müssen daher darauf verwendet werden, die Voraussetzungen für die genaue Erfassung der besteuerungsfähigen Kapazität zu schaffen. Erst mit deren

---

1) Scharf, T.: Finanzierungsprobleme in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 69 ff.

2) Kaldor, N.: The Role of Taxation in Economic Development. In: Essays on Economic Policy, Vol. I, London 1964, S. 225; Heller, W.W.: Fiscal Policies for Underdeveloped Countries. In: Readings on Taxation in Dev. Countries, S. 9

Hilfe ist die Steuerergiebigkeit und damit das Steuervolumen zu schätzen.

2.3.2.2 Eigenfinanzierung durch freiwillige Ersparnisbildung

Dem in der ökonomischen Literatur verwendeten Begriff des freiwilligen Sparens liegt offensichtlich zumeist die Vorstellung von der Konsumentensouveränität zugrunde[1], d.h. nur der von privaten Haushalten in bewußter Entscheidung vorgenommene Konsumverzicht wird als freiwilliges Sparen angesehen. Das Sparen ist somit ein Akt, der das Ergebnis eines freiwilligen Entschlusses über die Verwendung des aus dem volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß zugeflossenen Einkommens ist[2].

Wichtige Voraussetzungen für das freiwillige Sparen sind Sparfähigkeit und Sparwilligkeit[3]. Während die Sparfähigkeit die objektive Möglichkeit zum Sparen erfaßt, drückt der Begriff Sparwilligkeit die individuelle Bereitschaft eines Einkommensbeziehers zu sparen aus[4]. Die Sparfähigkeit hängt von der Höhe des Einkommens ab. Sie ist erst gegeben, wenn das Einkommen einen gewissen Mindeststand der Bedürfnisbefriedigung ermöglicht, der auf jeden Fall

---

1) Vgl. Eucken, W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959, S. 115; Giersch, H.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Band 1, Grundlagen. Wiesbaden 1960, S. 195 ff.

2) Vgl. Voigt, F.: Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950, S. 112 f.

3) Vgl. Ehrlicher, W.: Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik. Nürnberger Hochschulwoche 27. - 30. 11. 1962, Berlin 1963, S. 117 ff.

4) Vgl. Huhle, F.: Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit. Zur Entwicklung des privaten Sparens. In: Fritz Voigt u.a. (Hrsg.): Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung. Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. I, Berlin 1958, S. 87 ff.

über der Deckung des physischen Existenzminimums liegen muß[1]. Der größte Teil der Bevölkerung in Entwicklungsländern hat jedoch kaum ein Einkommen, das oberhalb dieser Grenze liegt[2], weswegen sowohl die durchschnittliche als auch die marginale Verbrauchsneigung sehr hoch ist[3].

In einem großen Teil der Bevölkerung ist somit kein potentielles Sparkapital vorhanden, bzw. so gut wie keine Ersparnisbildung möglich. Um weitergehende Aussagen machen zu können, ist es nötig, die Bevölkerungsschichten differenziert zu betrachten. Die untere Schicht besteht aus lohnabhängigen Land- und Industriearbeitern sowie aus selbständigen Kleinbauern. Während die ersteren wegen der geringen Höhe der Löhne nicht am Sparprozeß teilnehmen können (Sparfähigkeit und Sparwilligkeit nicht erfüllt)[4], sind die Kleinbauern trotz des niedrigen Einkommens in einer anderen Lage. Sie haben geringere Lebenshaltungskosten (Selbstversorger) und ein hohes Vorsorgebedürfnis (Ausgleich von Ernte- oder Viehverlusten bei Naturkatastrophen oder Seuchen etc.). In diesem Fall ist also sowohl Sparfähigkeit als auch Sparwilligkeit gegeben[5].

---

1) Westphalen, J.: Sparprobleme der Entwicklungsländer. In: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, H. 22, S. 10

2) Furtado, C.: Capital Formation and Economic Development, in: A. N. Agarwala and S. P. Singh (Hrsg.): The Economics of Underdevelopment, New York 1963, S. 318; Bosch, A.: Financing Economic Development, New York/London 1964, S. 106 f.; Bernstein, E.M.: Financing Economic Growth in Underdeveloped Economies. In: Savings in the Modern Economy. Minnessota 1953, S. 272

3) Vgl. Köllner, L.: Besteuerung und Kapitalbildung in Entwicklungsländern. In: Wirtschaftsdienst. Hamburg 1961, Jg. 41, Heft 11, S. 522

4) Vgl. Ehrlicher, W.: Finanzierung des Wachstums in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 118

5) Vgl. Lewis, W.A.: Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, a.a.O., S. 252

Eine große Sparfähigkeit in den Entwicklungsländern hat die dünne Oberschicht. Ihre Sparneigung ist jedoch sehr gering, weil in hohem Maße Luxusausgaben getätigt werden, um das soziale Prestige zu erhöhen; ein Phänomen, bekannt als "Demonstrationseffekt"[1].

Aus dem Gesagten ist zu entnehmen, daß freiwillige Ersparnisse für die Finanzierung der Entwicklung nur einen geringen Beitrag leisten. Um einen höheren Beitrag für Entwicklungsinvestitionen zu mobilisieren, wäre es einerseits möglich, die Kleinbauern zu fördern und andererseits die Oberschicht in die volkswirtschaftliche und soziale Mitverantwortung zu nehmen. Durch massive Bildungs- und Aufklärungsarbeit über Sparidee, Spargewohnheiten und Sparvorteile - sowohl persönlich als auch volkswirtschaftlich gesehen - müßte eine Veränderung der "inneren Haltung" der Menschen[2] zu Sparen und Verbrauch erreicht werden.

Da die private Ersparnisbildung aber nicht kurzfristig zu einem bedeutenden Faktor für die Finanzierung der Entwicklung werden kann, sehen sich viele Entwicklungsländer veranlaßt, vorerst weiterhin auf die bereits erwähnten Zwangssparmaßnahmen zurückzugreifen.

---

1) Vgl. Kottis, G.C.: The International Demonstration Effect as a Factor Affecting Economic Development. In: Kyklos, Band 24 (1971); Nurkse, R.: Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1953

2) Vgl. Voigt, F.: Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, a.a.O., S. 200 ff.

2.3.2.3 Eigenfinanzierung und finanzielle Infrastruktur

Die durch bewußte Entscheidung der privaten Wirtschaftseinheiten gebildeten Ersparnisse und die auf den verschiedensten Wegen des Zwangssparens erzielten Überschüsse müssen nun in einer Geldwirtschaft an potentielle Investoren gelangen, wenn sie produktiv für die wirtschaftliche Entwicklung verwendet werden sollen. Diese Kanalisierung des "economic surplus" zu den Investoren, also von Wirtschaftssubjekten mit einem "surplus budget" an solche mit einem "deficit budget"[1], setzt eine funktionsfähige finanzielle Infrastruktur voraus, die nach Untersuchungen von GOLDSMITH und GURLEY/SHAW sich auf alle Institutionen wie Geschäftsbanken, Zentralbank, Entwicklungsbanken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Finanzunternehmen usw. und deren Aktivitäten beziehen soll[2]. Diese aktive Rolle der Finanzinstitutionen im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß wurde bereits von SCHUMPETER[3] erkannt. HAMMEL[4] geht auf die Aufgaben ein, die eine finanzielle Infrastruktur zu erfüllen hat: Sie hat einerseits Kredite für Investoren bereitzustellen, wobei hervorgehoben werden muß, daß die Finanzierung von Kapitalbildung nur eine mögliche Kreditverwendung darstellt. Zusätzlich kommt Kredit für Verbrauch oder für den Erwerb von bereitstehendem Real- und Geldvermögen infrage. Andererseits

---

1) Vgl. Gurley, J.G. und E. S. Shaw: Financial Aspects of Economic Development. In: The American Economic Review, Vol. 45, Sept. 1955, S. 516

2) Vgl. Goldsmith, R.W.: Financial Structure and Development, New Haven (Conn.) 1969; ders.: The Determinants of Financial Structure, Paris 1966, S. 7; Gurley, J.G. und E. S. Shaw: Financial Aspects ..., a.a.O.

3) Vgl. Schumpeter, J.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig 1912

4) Vgl. Hammel, W.: Die Rolle der finanziellen Infrastruktur bei der Kapitalbildung. In: Priebe, H. (Hrsg.): Eigenfinanzierung der Entwicklung. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 84, Berlin 1975, S. 55 ff.

obliegt ihr die Förderung der Einlagenbildung in Form von Spar-, Sicht- oder Termineinlagen, als Versicherungsprämien, Einzahlungen auf Bausparverträge u. dergl.[1].

Die finanzielle Infrastruktur hat also die Aufgabe, potentielle Ersparnisse zu aktivieren und den kreditsuchenden Investoren zur Verfügung zu stellen. Ihr fällt damit die Rolle des Vermittlers (financial intermediary)[2] zu. Weil ein wirtschaftlicher Entwicklungsprozeß normalerweise von einer zunehmenden Anonymität zwischen Sparer und Investor begleitet ist (der Investor bzw. Kreditnachfrager ist immer weniger zugleich auch Sparer), schiebt sich zwischen beide dann das Finanzsystem bzw. das Bankensystem, das dem Sparer eine gewisse Vielfalt von Anlagemöglichkeiten und dem Investor eine entsprechende Auswahl von Finanzierungsquellen bereitstellt. Falls das Banksystem unfähig ist, werden auf einer Seite die potentiellen Ersparnisse nicht angelegt. Dadurch werden sie dem inländischen Kapitalmarkt entzogen, indem ein Transfer dieser Sparguthaben ins Ausland oder eine "ineffiziente" Verwendung stattfindet[3].
Ein unfähiges Finanz- bzw. Banksystem hat andererseits für die Investoren entweder keine Kredite oder nur begrenzte Kreditaufnahme, um die erforderlichen Anlageprodukte zu finanzieren. Bei einem leistungsunfähigen Bankensystem gibt es außerdem eine Risikostreuung, indem Ausleihungen auf verschiedene Objekte verteilt werden. Eine einheitliche Übersicht über Kredit- und Anlagekosten gestaffelt nach Rentabilität und Risiko ist trotzdem möglich durch die Kommunikation zwischen den Banken[4].

---

1) Hammel, W.: a.a.O.

2) Vgl. UN, UN Economic Bulletin of Latin America, Vol. XLV, No. 2, 1971: Financial Intermediation in Latin America; Hester, D.D.: Financial disintermediation and policy. In: Journal of Money, Credit and Banking, Aug. 1969, Nr. 3, S. 600 ff.

3) Vgl. Wagner, N.u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, a.a.O.

4) Ebda.

Je größer und spezifizierter die Ansprüche sind, die an den Kreditmarkt gestellt werden, und je mehr dessen Volumen zunimmt, um so differenziertere Ausgestaltung erfahren die Finanzinstitutionen. Ein Zusammenhang zwischen der institutionellen Entfaltung der finanziellen Infrastruktur und dem Entwicklungsstand ist aber unmittelbar kaum herstellbar, weil vielfältige geschichtliche, insbesondere auch koloniale Einflüsse dominieren[1]. Das Spektrum der institutionellen Entfaltung beginnt zwar noch mit der einfachen Form des Nebeneinander von Zentralbank und mehreren Geschäftsbanken. Darüber, wann etwa Sparkassen, genossenschaftliche Organisationsformen, Versicherungen oder Realkreditinstitute hinzutreten, sind empirisch Gesetzmäßigkeiten nicht gefunden worden[2]. Goldsmith führt weiter aus, daß sich nach und nach auch Pensionsfonds und Spezialbanken (u.a. Entwicklungsbanken) herausbildeten.

Zu Beginn des Aufbaus einer finanziellen Infrastruktur in Entwicklungsländern bestehen nach HEMMER[3] neben einer Zentralbank Geschäftsbanken, deren primäre Funktion die Vermittlung des Zahlungsverkehrs und der Gewährung von kurz- und mittelfristigen Handelskrediten ist. Um möglichst breite Bevölkerungsschichten in den Geld- und Kreditverkehr einzubeziehen, ist ein möglichst enges Netz der Geschäftsbanken wünschenswert. Als nächster Schritt wäre das Vorhandensein einer Entwicklungsbank notwendig, um entwicklungspolitische Aufgaben finanzieren zu können, die langfristiger Kredite bedürfen. Es können sich dann entsprechend der besonderen Situation eines Landes Spezialentwicklungsbanken (wie Industrie- oder Agrarentwicklungsbanken) bilden. Um die Ersparnis

---

1) Vgl. Hammel, W.: Die Rolle der finanziellen Infrastruktur, a.a.O., S. 60

2) Vgl. Goldsmith, R.W.: Financial Structure ..., a.a.O., S. 9 ff.

3) Hemmer, H.-R.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 423

bildung zu verstärken, wird ein Sparkassen- und Bausparkassensystem ausgebaut.

Auf Dauer gesehen werden sich auch Versicherungsgesellschaften und Spezialbanken (Hypothekenbanken z.B.) ansiedeln. Für eine voll ausgebaute finanzielle Infrastruktur wäre die Institutionalisierung des Kapitalmarktes (Börse) erforderlich. PATRICK unterscheidet zwei Typen der finanziellen Infrastruktur, nämlich kann sie "demand-following" oder "supply-leading" sein[1]. "Demand-following" bedeutet, daß die finanzielle Infrastruktur sich passiv dem Entwicklungsverlauf anpaßt, während "supply-leading" heißt, daß finanzielle Infrastruktur gezielt eingesetzt wird, um aktiv Ersparnisse zu mobilisieren und das Kreditangebot und die Investitionsgüternachfrage anzukurbeln.

---

1) Patrick, H.T.: Financial Development and Economic Growth in Underdeveloped Countries. In: Economic Development and Cultural Chance, Band 14 (1965/66), S. 174 ff.

# 3. Ansätze einer erfolgversprechenden Konzeption für die wirtschaftliche Entwicklung eines "Least-Developed-Country" am Beispiel von Malawi

Nun soll versucht werden, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung am konkreten Fallbeispiel aufzuzeigen. Die Darstellung basiert auf den vorangegangenen theoretischen Ausführungen. Warum Malawi sich als Untersuchungsobjekt eignet, wurde bereits in der Einleitung dieser Arbeit erwähnt. Es wird auf die bisherige Wirtschaftspolitik eingegangen und Ansätze einer erfolgversprechenden Konzeption für die wirtschaftliche Entwicklung werden erarbeitet.

## 3.1 Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung

### 3.1.1 Geographische und gesellschaftliche Grundlagen

Malawi liegt im südöstlichen Teil des afrikanischen Kontinents. Es ist ein Binnenland (land-locked-country) und ist hinsichtlich seiner Verbindungen zum Meer von den Häfen Mozambique's abhängig, das im Osten an Malawi angrenzt. Die anderen angrenzenden Ländersind Tanzania im Norden, Zambia im Westen. Getrennt nur durch den schmalen Landesteil von Mozambique liegt im Süden Zimbabwe (das ehemalige Süd-Rhodesien), mit dem Malawi gemeinsam mit Zambia (ehemals Nord-Rhodesien) von 1953 bis 1963 die zentralafrikanische Föderation Rhodesien und Nyasaland bildete. Die Größe Malawis beträgt 118.000 $km^2$, was etwa der dreifachen Größe der Schweiz oder Dänemarks entspricht. Damit ist es für afrikanische Verhältnisse ein kleines Land. Rund 1/5 der Fläche wird durch den Malawisee eingenommen. Malawi erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung auf eine Länge von 900 km, die breiteste West-Ost-Ausdehnung ist 160 km. Die Grenzen sind nicht natürlicher Art, sondern willkürlich durch die damalige Kolonisation zustandegekommen.

Klimatisch gehört Malawi zum tropischen Bereich, doch variiert das Klima sehr stark durch die lange Nord-Süd-Erstrekkung und den Einfluß der großen Seefläche. Im Süden herrscht Feuchtsavannenklima vor, das in Trockensavannenklima und im Norden zu tropischem und subtropischem Wüstenklima übergeht. Rege- (November bis April) und Trockenzeit (Mai bis Oktober) bestimmen den Jahreszeitenverlauf. Die jährlichen Durchschnittstemperaturen liegen auf den Hochebenen bei $18^{\circ}$ C, in den Tiefebenen bei $28^{\circ}$ C. Nach den bisherigen Erfahrungen sind diese klimatischen Bedingungen günstig für die landwirtschaftliche Entwicklung.

Die Bevölkerung Malawis wird durch rapide Zunahme gekennzeichnet. Während die erste Volkszählung Malawis im Jahr 1966 eine Einwohnerzahl von 4.0 Mio. ergab, stieg diese Zahl 1977 auf 5.57 Mio. an und sollte im Jahr 1980 6.16 Mio. betragen. Nach vorliegenden Schätzungen wird sich diese Zunahme fortsetzen. So wird für das Jahr 1990 eine Bevölkerungszahl von 8.0 Mio. und für das Jahr 2000 von 12.0 Mio. erwartet[1].

Die durchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerung betrug bisher ca. 2,8 % und wird für die Jahre 1980 - 2000 voraussichtlich 3,4 % betragen. Mit diesen Wachstumsraten der Bevölkerung übertrifft Malawi bei weitem die durchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerung der Länder mit entsprechend niedrigen Einkommen, die nach einer Studie der Weltbank (an 125 Ländern durchgeführt) bei etwa 2,1 % lag und für 1980 - 2000 auf nur 1,8 % geschätzt wird[2].

---

1) Diese Daten wurden aus folgenden Unterlagen zusammengefaßt: Malawi Government, National Statistical Office, Malawi Population Census 1966, final report Zomba 1969; ders.: Population Census 1977, preliminary report. District population by traditional authorities (including urban areas) Zomba 1978; Diercke Welt-Statistik 82/83. Staaten, Wirtschaft, Bevölkerung, Politik. München 1982, S. 94

2) Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1982. Washington 1982, S. 150

Die Bevölkerungsdichte ist sehr hoch. Im Vergleich zu den Einwohnerzahlen (E/km²) der Nachbarländer Zimbabwe (12 E/km²), Zambia (7 E/km²), Tanzania (18 E/km²) und Mozambique (13 E/km²) gehört Malawi mit 59 E/km² zu den am dichtesten besiedelten Staaten dieser Region und ist eines der Länder Afrikas mit der höchsten Bevölkerungsdichte[1].

Die Verteilung ist jedoch regional gesehen sehr ungleich. Wegen des hohen Anteils unbewohnter Gebiete findet man in der Nordregion, die die typischen Merkmale eines "Entleerungsgebietes" aufweist, einen Dichtewert von nur 24 E/km². Dagegen liegt die Ziffer für die Südregion, die als "Wachstumsgebiet" zu bezeichnen ist, erheblich über dem Durchschnitt, in einigen Gebieten bis zu 200 E/km². In der Südregion leben über 50 % der Gesamtbevölkerung. Die Bevölkerung Malawis ist außerdem gekennzeichnet durch eine extrem hohe Geburtenrate. Mit 56 Geburten je Tausend Einwohner liegt sie an der Spitze in einer Weltbankstudie, in der 125 Länder erfaßt wurden[2].

Diese hohe Geburtenrate wird von einer relativ hohen Sterberate begleitet, die mit 22 je Tsd. Einwohner in der o.g. Untersuchung unter den afrikanischen Staaten an dritter Stelle liegt. Der hohen Geburtenrate einerseits, einer geringen Lebenserwartung und einer hohen Sterberate andererseits entspricht der Altersaufbau der malawischen Bevölkerung. Fast die Hälfte der Einwohner ist jünger als 15 Jahre, während unter 10 % 60 Jahre und älter sind.

Neben der afrikanischen Bevölkerung, die zu der Gruppe der Bantu gehört und hauptsächlich die Stämme Chewa, Lomwe, Tumbuka, Tonga, Yao und Nkhonde umfaßt, leben in Malawi Europäer, meist britischer Abkunft und Asiaten, hauptsächlich Inder und Pakistaner. Nach der Volkszählung von 1966

---

1) Vgl. Diercke Weltstatistik 82/83, a.a.O., S. 94 f.

2) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1982, a.a.O., S. 152

betrug die Zahl der Asiaten rund 12 000 und die der Europäer etwa 8 000. Die Europäer haben hauptsächlich leitende Positionen in der Verwaltung und der privaten Wirtschaft inne, die Asiaten sind überwiegend Händler. Trotz der Vielfalt einheimischer Volksgruppen herrscht hier eine für schwarzafrikanische Verhältnisse verhältnismäßig große ethnische und linguistische Einheitlichkeit, was sicherlich das bisherige harmonische Zusammenleben erklärt. Dies muß als positiver Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden.

Nur ein relativ geringer Teil der Bevölkerung wird als erwerbstätig eingestuft. Von den im erwerbsfähigen Alter (hier10 bis 64 Jahre) stehenden Personen ist der größte Teil, bestehend aus Kleinbauern und mithelfenden Familienangehörigen, nicht in formalen Arbeitsverhältnissen, sondern in dem dominierenden Subsistenzsektor Malawis tätig. So werden von den 5.82 Mio. Einwohnern 1979 als Zahl der Erwerbspersonen 2.85 Mio. ermittelt, was 42,6 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Davon waren lediglich 369.000 Personen als Lohn- oder Gehaltsempfänger in formalen Arbeitsverhältnissen, was 14,8 % der Erwerbspersonen entspricht. Dieser sehr niedrig erscheinende Anteil hat sich jedoch, vergleicht man mit den Zahlen von 1970 (7,7 %), fast verdoppelt.

Von den 1977 statistisch erfaßten 312.000 Arbeitnehmern waren 77,2 % im privaten Sektor beschäftigt, 22,8 % beim Staat[1]. Wegen der unzureichenden Erwerbsmöglichkeiten im Lande gehen traditionell viele Malawier ins Ausland. Schätzungsweise leben 280.000 Malawier im Ausland, wovon etwa 80.000 in den Goldminen Südafrikas arbeiten[2], die anderen arbeiten zu etwa gleichen Teilen in Zambia, Zimbabwe und Mozambique.

---

1) Vgl. BfA: Mitteilungen, Weltwirtschaft am Jahreswechsel, Malawi, Febr. 1979 (Jg. Nr. BM 33), S. 5

2) Vgl. Stat. Bundesamt: Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Malawi (1980), S. 5 ff.

Es gibt Arbeitslosigkeit in Malawi, doch ist der Grad der Unterbeschäftigung schwer zu bestimmen, da die Erfassung der Arbeitslosen mangelhaft ist. Der Arbeitsmarkt ist im wesentlichen gekennzeichnet durch ein Überangebot ungelernter Kräfte und einen Mangel an Facharbeitern.

### 3.1.2 Das Verkehrssystem

Das Verkehrssystem hat überragende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung eines industriell rückständigen Landes. Es stellt nicht nur die infrastrukturelle Grundlage dar, indem es eine dienende Funktion für die Wirtschaft ausübt, sondern ist auch selbst ein wichtiger Wirtschaftsbereich, der einen wesentlichen Beitrag zum Sozialprodukt leistet.

Voigt hat nachgewiesen, daß durch den Bau neuer Verkehrswege oder die Einführung neuer Verkehrsmittel die bewirkte Änderung des Verkehrssystems erhebliche wirtschaftliche Gestaltungskräfte freisetzen kann. Mit anderen Worten: das Verkehrssystem hat die Fähigkeit, die bestehende Wirtschaftsstruktur umzugestalten und damit Entwicklungsprozesse auszulösen sowie laufende Entwicklungsprozesse umzuformen[1]. Das Verkehrssystem ist somit in der Lage, Impulse auszulösen, die einen selbstnährenden Prozeß der Industrialisierung ermöglichen[2].

In Kenntnis dieser Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit der Verbesserung der Qualität des Verkehrssystems der in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Länder, sowohl durch den Ausbau des Verkehrsnetzes als auch durch

---

1) Vgl. Voigt, F.: Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrssystems, a.a.O., S. 42; ders.: The Importance of the Transport System for Economic Development Process, U.N. Paper E/CN 14/ CAP/35 Nov. 1967

2) Vgl. Voigt, F. u.a.: Verkehrspolitik, a.a.O., S. 1352

die Einführung neuer Verkehrsträger. In Malawi ist dies um so notwendiger, da das vom kolonialen System übernommene Verkehrssystem durch eine einseitige Entwicklung gekennzeichnet war. Lediglich diejenigen Gebiete waren verkehrsmäßig erschlossen, die dem kolonialwirtschaftlichen Interesse entsprachen[1]. Diese Gebiete umfaßten hauptsächlich die Südregion. Hier entstanden die wichtigsten Umschlagplätze durch die Bedeutung des Zambezi-Shire-Flußsystems als Verkehrsträger in der Anfangsphase der Kolonialisierung[2].

Es wurden Investitionen zur Verbesserung des Verkehrssystems vorgenommen, so daß auch hier ein Wachstumsgebiet bzw. Entwicklungsgebiet im Voigtschen Sinne entstand. In dem überwiegenden Teil des Landes, vornehmlich der Nordregion und zum Teil auch der Zentralregion, entstanden dagegen Indifferenz- bzw. Entleerungsgebiete auf Grund des fehlenden leistungsfähigen Nah- und Fernverkehrs. Die Konzentration des Verkehrssystems auf den Süden des Landes ist nicht allein durch das kolonialwirtschaftliche Interesse zu erklären. Auch die schwierigen topographischen Gegebenheiten führen zu erheblichen Verkehrsproblemen, die zur Begünstigung der Südregion und der Benachteiligung der Nordregion beitrugen[3].

Um die Erschließung, Anbindung und Versorgung der benachteiligten Regionen außerhalb der Agglomeration um die Hauptstädte und Verkehrsknotenpunkte zu ermöglichen, wurden mit der Unabhängigkeit massive Investitionen erforderlich. So wurden von 1967 bis 1979/80 für den Ausbau des Verkehrssystems Investitionsausgaben in Höhe von 320.6 Mio. MK getätigt, was 38.5 % der Gesamtentwicklungsausgaben innerhalb dieser Periode ausmacht[4].

---

1) Vgl. Fischer, K.M. und U. Weyl: Malawi, a.a.O., S. 340

2) Vgl. Manshard, W.: Die Städte des tropischen Afrika, Berlin 1977, S. 132

3) Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht. Malawi 1980, S. 8

4) United Nations: Country Review Meetings, Country presentation Malawi, a.a.O., S. 196 f.

Diese Investitionen reichten jedoch nicht aus, um große Fortschritte in der Industrialisierung bewirken zu können. Günstige Möglichkeiten zur Raumüberwindung, die für eine moderne Wirtschaft unbedingt gegeben sein müssen, sind immer noch unzureichend vorhanden. Der Verkehrssektor wird deshalb weiterhin vorrangig gefördert. Im Entwicklungsprogramm 1980-1985 sind dafür 500.5 Mio. MK vorgesehen was, gemessen an den gesamten Entwicklungsausgaben (1307.5 Mio. MK),auch 38.5 % ausmacht[1].

Die einzelnen Verkehrsmittel Malawis umfassen den Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffahrt- und Luftverkehr. Wegen der binnenländischen Lage Malawis mit großer Entfernung zum Meer, spielt der Eisenbahnverkehr eine sehr große Rolle für den Gütertransport bzw. den Außenhandel Malawis. Bis zur Unabhängigkeit Malawis war die Stecke Salima-Blantyre/Limbe-Nsanje mit Anschluß an den Hafen Beira in Mozambique die einzige Eisenbahnverbindung Malawis zur Außenwelt. Die Seichtheit des Hafens Beira, die große Überlastung und die damit verbundenen langen Abfertigungszeiten sowie die nicht immer gewährleistete Befahrbarkeit der Beirastrecke wegen Hochwassergefährdung verursachten hohe Kosten und machten die Schaffung eines neuen Anschlusses erforderlich[2]. Im Jahr 1970 wurde deshalb eine bedeutende Verbesserung des Eisenbahnverkehrs vorgenommen, mit dem Bau einer zweiten Bahnverbindung des malawischen Bahnnetzes von Mpimbe nach Nova Freixo (Mozambique) mit Anschluß an den Hafen Nacala, der eines der wenigen natürlichen Tiefwasserbecken an der Ostküste Afrikas besitzt. Obwohl Nacala einen Entfernungsnachteil von Blantyre (771 km) gegenüber Beira (565 km) aufweist, wird er für Transporte bevorzugt, da hohe Frachtraten auf der Beirastrecke die Nachteile der größeren Entfernung aufwiegen. Diese beiden lebenswichtigen Bahnlinien sind jedoch seit einigen Jahren aufgrund ihres Verlaufs durch die von

---

1) United Nations: Country Review Meetings, Country presentation Malawi, a.a.O., S. 197

2) Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 131

Rebellen beherrschten mozambiquanischen Provinzen nahezu wertlos geworden[1]. Infolge dessen ist Malawi gezwungen, die unwirtschaftlich lange Route nach Durban (Südafrika) zu benutzen. Eine weitere bedeutende Verbesserung des Eisenbahnverkehrssystems konnte mit der Verlängerung der Bahnstrecke über Salima hinaus nach Lilongwe (111 km) (im Jahr 1979) vorgenommen werden. Mit dieser Eisenbahnstrecke wurde die Zentralregion an das Bahnnetz angeschlossen. Im Jahr 1981 ist die Bahnstrecke von Lilongwe bis Mchinji (120 km) verlängert worden. Von Mchinji aus ist ein Bahnanschluß an die Tanzam in Zambia vorgesehen, der eine entscheidende Verbesserung des Transitverkehrs von und nach Zambia darstellen wird.

Die Auswirkungen, die Investitionen im Eisenbahnverkehr auf die regionalwirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftsstruktur auslösen können, sind am deutlichsten entlang der Bahnstrecke Nsanje-Blantyre festzustellen, die als erste Bahnstrecke in der Zeit von 1905-1908 gebaut wurde. Hervorzuheben ist der Raum um Blantyre und Limbe, wo neben Eisenbahnverkehrseinrichtungen andere Infrastruktureinrichtungen entstanden sind. Hier befinden sich die kommerziellen Dienstleistungseinrichtungen und Industriebetriebe, die ein massenleistungsfähiges Verkehrsmittel bedienen können.

Angesichts des beschränkten Erschließungseffekts der Eisenbahn für Innermalawi, da nur 10 von 23 Distrikten des Landes Anschluß haben - und auch sie zur Zeit nur randlich[2] - kommt dem Straßenverkehr wegen seiner flächenerschließenden Fähigkeit eine sehr große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung zu. Außerdem erfordert die prioritäre Förderung der Landwirtschaft Malawis auch einen Verkehrsträger, der Flächen erschließen kann. Wegen ihrer Netzbildungsfähigkeit

---

1) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 21. 6. 1984

2) Vgl. Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 132

und Schnelligkeit ist gerade der Straßenverkehr für die Entwicklung dieser Wirtschaftszweige geeignet[1].

Das Straßennetz in Malawi weist einen sackgassen- bzw. fiederförmigen Verlauf auf[2]. Diese Gestalt ist zum Teil geographisch bedingt, denn sie entstand in Anpassung an den langgestreckten Zuschnitt des Landes. Zum Teil ist sie auch durch die kolonialwirtschaftlichen Bedürfnisse bestimmt, was die Konzentration des relativ dichten Straßennetzes in der Südregion, vor allem in dem Shire-Hochland erklärt. Da diese Region sehr geeignet für die Plantagenwirtschaft war, diente der Ausbau des Straßennetzes der Erschließung solcher Gebiete, was diese Region zum wirtschaftlichen Kerngebiet bzw. Wachstumsgebiet werden ließ. Die anderen Regionen, die straßenverkehrsmäßig schlecht ausgestattet waren, wurden benachteiligt. Ein Ausbau des nationalen Straßennetzes, insbesondere zur Überwindung der Nord-Süd-Distanz, was für die Entwicklung der benachteiligten Nordregion von größter Bedeutung ist, wurde deshalb in den Entwicklungsplänen des postkolonialen Malawis als eine der vorrangigen Aufgaben angesehen. Vor der Unabhängigkeit Malawis stellte straßenverkehrsmäßig lediglich die von Chitipa über Lilongwe und Zomba nach Blantyre-Limbe führende Straße die wichtigste Nord-Süd-Verbindung dar. Durch die immer noch im Bau befindliche Fernverkehrsstraße entlang des Malawisees von Karonga nach Süden hat das postkoloniale Malawi eine zweite bedeutende Nord-Süd-Verbindung geschaffen. Diese Straße hat besondere Bedeutung, weil sie durch landwirtschaftlich intensiv genutztes Gebiet z.B. die Salima-Region, Dwangwa, Henga und Karonga führt. Außerdem hat sie mit Salima Anschluß an das nationale und internationale Eisenbahnnetz. Auch hinsichtlich der Qualität der Straßen wurden Verbesserungen vorgenommen, wie etwa der Ausbau von Teerstraßen aus der Südregion in die Zentralregion.

---

1) Vgl. Voigt, F. u. H. Witte: Die Bedeutung des Verkehrssystems für die Entwicklung ländlicher Räume, Heft 17, Gesellschaft für wirtschafts- und verkehrswissenschaftliche Forschung e.V., Bonn 1975, S. 87

2) Vgl. Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 129

Durch die massiven Investitionen konnte das Straßenverkehrssystem einer Gesamtlänge von 9.841 km[1] (bei Beginn des Entwicklungsplanes) auf eine Länge von 10.772 km (1980)[2] ausgebaut werden. Während die Haupt- oder Nationalstraßen eine Länge von etwa 2.745 km abdecken, machen die Straßen 2. Ordnung bzw. regionale Straßen eine Länge von 2.740 km aus. Andere Straßen, die zum Teil nur für den lokalen Verkehr von Interesse sind, betragen 5.287 km[3]. Von der Gesamtlänge sind lediglich etwa 3590 km ganzjährig befahrbar, etwa 1939 km (rund ein Drittel) sind befestigt, der Rest sind Naturpisten oder Sand- und Schotterstraßen. Weitere Investitionen sind in dem zur Zeit laufenden Entwicklungsplan 1980 - 1985 vorgesehen, um das Straßenverkehrssystem zu erweitern. So sollen 231 Mio. MK für den Ausbau von Hauptstraßen, 35 Mio. MK für den Ausbau von Straßen 2. Ordnung und 19 Mio. MK für den Ausbau von sonstigen Straßen verwendet werden[4].

Der Bestand an Kraftfahrzeugen ist gering. Für das Jahresende 1980 wird er auf 34.842 beziffert, wovon 11.815 Personenkraftwagen, 275 Kraftomnibusse, 13.272 Lastkraftwagen und 9.480 Motorräder und -roller waren. Die Pkw-Dichte (2/1000 Einwohner), die seit 1970 fast unverändert blieb, entspricht der von Tanzania und ist im Vergleich zu den anderen Nachbarländern Mozambique (10/1000 Einwohner) und Zambia (18/1000 Einwohner) sehr gering[5].

Der Binnenschiffahrtsverkehr wird auf dem Malawisee abgewickelt und von der malawischen Eisenbahn betrieben. Bisher wurden die vorhandenen Möglichkeiten sehr schwach genutzt. Als Gründe gelten die wechselnden Wasserstände, Mangel an

---

1) Vgl. Schimmelpfennig, E.: Malawi, a.a.O., S. 79

2) Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslands, Länderkurzbereich, Malawi 1982, a.a.O., S. 19

3) Ebda, S. 19

4) Vgl. United Nations (Hrsg.): Country Review Meetins. Malawi, a.a.O., S. 136 ff.

5) Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 208

ausreichenden natürlichen Häfen, Versandung des Shire und die damit notwendigen finanziellen Aufwendungen[1].

Obwohl die Binnenschiffahrt für die frühe Erschließung des Landes eine wesentliche Rolle gespielt hatte, ist ihre heutige Bedeutung für Waren- und Passagiertransporte sehr gering. Der Umfang des Passagiertransportes wurde 1979 auf 103.800 Passagiere und der des Frachttransportes auf 38.000 t geschätzt. Die Flotte der Binnenschiffahrt - bestehend aus 3 kombinierten Fracht/Passagierdampfern, einem Frachter, einem Tanker, 5 Schleppern, 6 Leichtern und einer Reihe von Ölpontons - ist veraltet und weitgehend unrentabel. Eine starke Konkurrenz zur Binnenschiffahrt wird die noch im Bau befindliche Seeuferstraße darstellen. Trotzdem kann auf die Binnenschiffahrt nicht verzichtet werden, da sie die zu Malawi gehörenden Inseln Chisumulu und Likoma erschließt und die Versorgung der Nordregion ergänzt.

Der Luftverkehr ist für Malawi von besonderer Bedeutung; einerseits weil es keinen Zugang zum Meer hat, andererseits weil mit seiner Hilfe die Nachteile des ungenügend ausgebauten Landverkehrsnetzes und des großen Anteils gebirgiger Gebiete überwunden werden können. Wegen der besonderen Eigenschaft des Luftverkehrs, der höheren Geschwindigkeit und der damit verbundenen Zeitersparnis läßt sich das Land vom Ausland schnell erreichen. Für den Luftverkehr verfügt das Land über mehr als 20 Flugplätze. Bei den meisten handelt es sich allerdings lediglich um Graspisten zum Landen und Starten kleiner Flugzeuge. Der wichtigste internationale Flughafen bis vor zwei Jahren war Chileka bei Blantyre. Die Lage des ersten internationalen Flughafens von Chileka im Süden des Landes führte zur Begünstigung dieser Region und Benachteiligung der anderen Regionen. Um die regionalen Ungleichgewichte zu vermindern, die sich im Laufe der Kolonialzeit und der ersten Jahre des unabhängigen Malawis herausgebildet hatten, wurde ein weiterer internationaler Flug-

---

1) Vgl. Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 132

hafen im Einzugsgebiet der neuen Hauptstadt Lilongwe gebaut. Neben den regionalwirtschaftlichen Überlegungen wird der Bau des aufwendigen Flughafens, dessen Kosten auf 82 Mio. MK geschätzt werden, mit der Nichtausbaufähigkeit des Chileka Flughafens wegen der umliegenden Berge begründet. Dies hat zur Folge, daß die modernen Großflugzeuge der internationalen Luftfahrt in Chileka nicht landen und starten können[1]. Ob die Entscheidungen, den neuen Flughafen zu bauen, ökonomisch sinnvoll gewesen war, kann nur langfristig festgestellt werden, wie das fast bei allen Infrastrukturinvestitionen der Fall ist.

Das Fluggastaufkommen in Chileka wurde für das Jahr 1980 mit 188.500 angegeben, was gegenüber 1979 mit 216.800 und 1975 mit 284.100 eine rückläufige Tendenz darstellt. Dies ist auf den Rückgang der Nachfrage nach Luftverkehrsleistungen wegen des Anstiegs der IATA-Preise zurückzuführen. Das Luftfrachtaufkommen betrug im Jahr 1980 12.472 t, was gegenüber 1979 mit 20.530 t ebenfalls eine Abnahme bedeutet[2]. Sowohl die Entwicklung des Fluggastaufkommens, als auch des Luftfrachtvolumens sollten für 1981 weiterhin rückläufig sein[3]. Die Zahlen des Fluggastaufkommens und des Luftfrachtvolumens auf dem neuen internationalen Flughafen von Lilongwe liegen noch nicht vor, da er erst im April 1982 eröffnet wurde. Wir können also nur auf die Daten des alten Lilongwe-Flughafens zurückgreifen, der hauptsächlich dem Inlandsverkehr diente. Für das Jahr 1980 wurden 50.200 Passagiere und Luftfracht in Höhe von 535 t registriert[4].

Die internationalen Flughäfen Malawis werden von British Airways, South African Airways, Zambian Airways, Air Zimbabwe, Air Tanzania, (East-African Airways) Kenya Airways,

---

1) Vgl. Financial Times Survey, Malawi, 4. Nov. 1981; auch Blick durch die Wirtschaft, 9. 3. 1978, S. 65

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht, Malawi 1982, a.a.O., S. 20

3) Ebda, S. 20

4) Ebda, S. 20

neuerdings Air France und der Air Malawi, der nationalen Fluggesellschaft, angeflogen. Die Air Malawi bedient auch den Inlandsverkehr. Zu den Flughäfen, die Air Malawi im Liniendienst anfliegt, gehören u.a. Nairobi, Lusaka, Johannesburg, Beira und Harare.

### 3.1.3 Die Energieversorgung

Auch die Energie stellt eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Die industrielle Produktion, die Mechanisierung der Landwirtschaft, der Verkehr und andere Dienstleistungen sind auf die Energieversorgung angewiesen. Wieviel Energie einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehen soll, wird durch die Höhe des Energieverbrauchs bestimmt. Zwischen dem Energieverbrauch und der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es einen Zusammenhang. Darauf hat GHAUSSY[1)] hingewiesen. Zu den Determinanten des Energieverbrauchs gehören der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung und der Industrialisierung in einem Land und im wesentlichen das Volkseinkommen (wie Bevölkerungswachstum, technischer Fortschritt etc.) sowie die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsfaktoren[2)].

Eine wichtige Energieform für die industrielle Entwicklung und sonstige kommerzielle Aktivitäten in Malawi ist die Elektrizität, deren Erzeugung und Verteilung der "Electricity Supply Commission of Malawi" (ESCOM) untersteht. Wegen der relativ günstigen hydro-elektrischen Energiebasis Malawis wird die Elektrizität zu 99 % durch Wasserkraftwerke erzeugt[3)]. Die Elektrizität der Gebiete, besonders der Nordregion, die nicht an die hydro-elektrische Energie angeschlossen sind, wird durch Wärmekraftwerke aufgebracht.

---

1) Vgl. Ghaussy, A.G.: Die Rolle des Energiesektors in der Entwicklungspolitik, Köln und Opladen, 51 ff.

2) Ebda

3) Vgl. BfAI: Malawi, Energiewirtschaft 1978, Köln 1980, S. 4

Die bereitgestellten Kapazitäten sind im Vergleich zu den Nachbarländern sehr gering, wodurch der niedrige Entwicklungsstand Malawis wieder deutlich wird. Während sie in Mozambique mit ca. 800 MW (1976) und in Zambia mit 1200 MW angegeben werden[1], betrugen sie in Malawi lediglich 106 MW (1980)[2]. Damit konnte der Energiebedarf bisher befriedigt werden, da der Elektrizitätsverbrauch noch sehr gering ist, was auf den geringen Industrialisierungsgrad und das niedrige Volkseinkommen zurückzuführen ist.

Der fast unbedeutende Anteil des Elektrizitäts- am Gesamtenergieverbrauch, der auf ca. 1 - 2 % (1979) geschätzt wird[3], erklärt sich aus dem geringen Elektrizitätsverbrauch pro Kopf der Bevölkerung, der im Jahr 1978 mit 50 kWh angegeben wird[4]. Nur 2 %[5] der Bevölkerung, hauptsächlich in den Ballungszentren, benutzt elektrische Energie.

Die Versorgung Malawis mit elektrischer Energie wird auch in der näheren Zukunft als gesichert angesehen. Bis zum Jahr 2000 soll der Elektrizitätsbedarf sich auf 515 MW belaufen, während die gesamte Energiekapazität ca. 600 MW betragen wird[6]. Obwohl das Gesamtpotential selbst dann noch relativ gering ist, wird es ausreichend sein, um die Energieversorgung des Landes bei einem weiteren wirtschaftlichen Wachstum von ca. 10 % im Jahr auf längere Sicht zu gewährleisten und von ausländischer Einfuhr unabhängig zu machen[7].

---

1) Vgl. Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 133

2) Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht, Malawi 1982, a.a.O., S. 17

3) Vgl. Harris, J.: Driving Malawi into Future; in: The Malawi Review, A National Journal for the Study of Change and Development, Vol. I, No. 1, S. 26

4) Vgl. BfAI: Malawi, Energiewirtschaft 1978, a.a.O., S. 5

5) Ebda, S. 5

6) Ebda, S. 6

7) Vgl. Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 72

Eine weitere Energiequelle stellt das Erdöl dar. Der Anteil des Erdölverbrauchs am gesamten Energieverbrauch wurde im Jahre 1979 auf 4,2 % bis 9,36 % geschätzt[1]. Wie in vielen anderen Entwicklungsländern wird das Erdöl vor allem im Transport- und Verkehrssektor verwendet. Da nach den bisherigen Kenntnissen Malawi nicht über Erdölvorkommen verfügt, muß das Erdöl importiert werden. Trotz des vergleichsweisen immer noch geringen Motorisierungsgrades, ist der Importwert für Erdölprodukte in den letzten Jahren erheblich gestiegen, was auf die starken Ölpreissteigerungen zurückzuführen ist[2]. Der Anteil des Importwertes an den gesamten Einfuhren stieg von 9 % (1975) auf 16 % (1979)[3]. Die Öleinfuhren absorbierten im Jahr 1975 14 % der Gesamtausfuhren, während sie im Jahr 1979 bereits 22 % ausmachten[4]. Angesichts dieser Entwicklung, die nicht ohne Folgen auf die Handelsbilanz blieb, und um die Importabhängigkeit Malawis zu verringern, ist eine Mobilisierung der alternativen Energieformen notwendig. Als aussichtsreichste Lösungsmöglichkeit wird in Malawi das Äthanol betrachtet[5], dessen Produktion bereits aufgenommen wurde.

Die wichtigste Energiequelle für die Mehrheit der Bevölkerung, die in Malawi - wie in vielen anderen Entwicklungsländern - auf dem Lande wohnt und 92 % der gesamten Bevölkerung ausmacht, ist jedoch das Feuer- bzw. Brennholz[6]. Es wird hauptsächlich zum Kochen und zum Heizen in Haushalten verwendet, aber auch zur Tee- und Tabakaufbereitung (75 % des Tabaks

---

1) Vgl. Harris, J.: Driving Malawi into the Future, a.a.O., S. 26

2) Vgl. Otzen, U.: Malawi, a.a.O., S. 377; vgl. auch: BfAI, Malawi, Energiewirtschaft 1978, a.a.O., S. 12

3) Eigene Berechnungen und Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht, Malawi 1982, a.a.O., S. 18

4) Ebda, S. 18

5) Vgl. Haaris, J.: Driving Malawi into the Future, ala.O., S. 28 f.

6) Vgl. BfAI: Malawi, Energiewirtschaft, a.a.O., S. 3

wird mit Feuerholz getrocknet). Auf diese Energieform entfiel im Jahre 1979 schätzungsweise 82 - 94 % des gesamten Energieverbrauchs[1].

Eine Erfassung des genauen Verbrauchs an Feuerholz ist schwer. Unter der Annahme, daß eine Durchschnittsfamilie von 5 Personen 4 Festmeter Feuerholz pro Jahr für den Hausgebrauch verwendet, d.h. rund 0,8 m³ pro Kopf, hätte der nationale Verbrauch im Jahr 1978 rund 4,7 Mio. m³ betragen[2].

Zwischen dem Holzverbrauch und dem nachwachsenden Holz besteht eine jährliche Lücke von 1,7 Mio. m³. Dies hat zur Folge, daß der Holzbestand langsam schrumpft[3]. Ohne Zweifel sind die armen ländlichen Familien auch weiterhin auf Brennholz angewiesen, daher müssen Maßnahmen getroffen werden, um das Holzangebot zu erhöhen, damit die Versorgung sichergestellt werden kann. In Malawi versucht man das Problem durch Aufforstungsprogramme zu lösen. So sollen in Gebieten, die das größte Holzdefizit aufweisen (Lilongwe, Blantyre, Zomba) Brennholzplantagen von rund 3000 ha angelegt werden. Außerdem sollen die Großverbraucher - vor allem Tabak- und Teeplantagen - veranlaßt werden, eigene Brennholzpflanzungen anzulegen.

Der Weltbank zufolge bieten sich neben den Aufforstungsprogrammen andere Lösungsmöglichkeiten an[4], die die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Energieverbrauchs und den Ersatz herkömmlicher Brennstoffe durch alternative Energieformen umfassen.

Eine Möglichkeit zur Ausweitung des Energieangebots durch einen anderen Energieträger bieten die Kohlevorkommen, die sich im Süden (Chiromo) und im Norden (Ngoma, Livingstonia)

---

1) Vgl. Harris, J.: Driving Malawi into the Future, a.a.O., S. 26

2) Vgl. BfAI: Malawi, Energiewirtschaft, a.a.O., S. 3

3) Ebda, S. 3

4) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1981, S. 46 f.

des Landes befinden und noch nicht gefördert werden. Bisher wird der Kohlebedarf durch Importe aus Südafrika gedeckt, die mit 50 - 60.000 t pro Jahr (1978) angegeben werden[1]. Durch die Entscheidung Malawis, die eigenen Kohlefelder auszubeuten, ist mit einer Drosselung der Importe zu rechnen, was einen Beitrag zur Entlastung der Handelsbilanz leisten würde. Bei einer Kohleproduktion von 120 - 200 000 t jährlich rechnet man mit einer rentablen Ausbeutung. Die Investitionskosten für die Ausbeutung eines Kohlevorkommens werden für den Tagebau und für die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen jeweils auf 14 Mio. MK geschätzt[2].

Die Voraussetzung zur Nutzung der Kernenergie sind in Malawi noch nicht gegeben, zudem konnte der Wert uranhaltiger Mineralien, die in einigen Teilen des Landes gefunden wurden, noch nicht nachgewiesen werden. Um Kernenergie erzeugen zu können, müssen nach Meinung der Weltbank folgende Prämissen erfüllt sein:

1) Stromnetze mit einer erforderlichen Mindestkapazität von ca. 6000 MW sind für eine rentable Nutzung nötig.

2) Wegen der typischen Risiken beim Einsatz von Kernenergie sind Fach- und Führungskräfte notwendig[3].

Die Möglichkeiten zur Ausnutzung von Sonnen-, Wind- und geothermischer Energie bestehen nur in Ansätzen[4].

---

1) Vgl. BfAI: Malawi, Energiewirtschaft 1978, a.a.O., S. 11

2) Vgl. BfAI: ebda, S. 11

3) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsberichte 1981, a.a.O., S. 51

4) Vgl. BfAI: Malawi, Energiewirtschaft 1978, a.a.O., S.11

### 3.1.4 Wirtschaftliche Ressourcen

Die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes werden manchmal vom Vorhandensein größerer Rohstoffvorkommen abhängig gemacht. Wir wissen inzwischen, daß es empirische Untersuchungen gibt, die diese These widerlegen. Sicherlich kann die Verfügungsmacht über Rohstoffvorkommen entwicklungsfördernd sein. Das ist aber keine "conditio sine qua non" für schnelle wirtschaftliche Entwicklung[1].

Nach den bisherigen Erkennntnissen ist Malawi arm an bedeutenden mineralischen Rohstoffen. Aus diesem Grunde sind bergbauliche Tätigkeiten in Malawi sehr gering. Bis jetzt werden ausschließlich Kalkstein und Tonerde für den lokalen Bedarf zur Zement- und Ziegelherstellung im nennenswerten Umfang gewonnen. Außerdem werden Splitt und Schotter hergestellt und Sand abgebaut.

Es gibt mehrere Bodenschätze, die in ferner Zukunft einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Malawis leisten könnten. Im Süden des Landes (auf der Mlanjehochebene) sind Bauxitvorkommen, die bereits in geringerem Umfang gewonnen werden und die eine Grundlage für Aluminiumverarbeitung sein könnten. Als Hindernisse für den Abbau werden die unattraktive Gesteinswertigkeit, der noch nicht realisierbare Strombedarf und die verkehrsmäßig sehr ungünstige Lage angesehen. Kohlevorkommen sind im Süden des Landes bei Chiromo (ca. 60 Mio. t) und im Norden des Landes bei Livingstonia (24 Mio. t) zu finden. Wegen ungünstiger Abbaubedingungen - insbesondere Transportschwierigkeiten - werden sie jedoch noch nicht genutzt, wenn man vom Kohleabbau der Linvingstonia-Mession für den Hausgebrauch absieht. Südlich des Chilwasees gibt es Apatit. Wegen seines Phosphorgehaltes könnte es die Grundlage für die Herstellung von Düngemitteln im Lande sein. Eine wirtschaftliche Verwertung ist bisher nicht mög-

---

1) Vgl. Hemmer, H.-R.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 124

lich aufgrund der verkehrsmäßig ungünstigen Lage. Außerdem gibt es Mineralien, beispielsweise Kyanit, die die Grundlage für die keramische und Glasindustrie sein könnten. Andere bekannte, aber noch nicht abbauwürdige bzw. geringe Vorkomme sind: Asbest, Baryt, Chrom, Gold, Edelsteine, Graphit, Kaolin, Korund, Kupfererz usw.[1]. Weitere Studien und Gebietsuntersuchungen über mineralische Vorkommen müssen durchgeführt werden, um das genaue Potential an mineralischen Bodenschätzen feststellen zu können.

Das Fehlen der mineralischen Rohstoffe kann in Malawi zum Teil aufgefangen werden durch die agrarischen Rohstoffe, denn Malawi verfügt über günstige natürliche Bedingungen für die landwirtschaftliche Entwicklung, wie dies noch in einem späteren Abschnitt deutlich sein wird.

### 3.1.5 Öffentliche Finanzen

Zwei verschiedene Formen von öffentlichen Haushalten werden in Malawi unterschieden: Der ordentliche Haushalt (Recurrent Account) und der außerordentliche Haushalt oder Entwicklungshaushalt (Development Account)[2]. Der ordentliche Haushalt dient der Finanzierung der normalen staatlichen Funktionen und enthält somit die dafür erforderlichen Einnahmen und Ausgaben. Dagegen hat der Entwicklungshaushalt die Aufgabe der Finanzierung der Entwicklungsprojekte. In ihm werden Herkunft und Verwendung der Mittel für die in Entwicklungsplänen und -programmen vorgesehenen bzw. in Ausführung begriffenen Projekte ausgewiesen. Der Entwicklungshaushalt besteht zum größten Teil aus Auslandsmitteln in Form von Krediten und Zuschüssen, ferner aus einem Eigenbeitrag des Landes. Diese scharfe Trennung wird jedoch wegen der Schwie-

---

1) Vgl. Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 66

2) Vgl. Malawi Government: Economic Report 1981, Budget Document No. 4, Zomba (Malawi), S. 64 - 72

rigkeit, Eigenmittel im Inland zu beschaffen, nicht durchgehalten[1]. So wurden in der Vergangenheit und werden manche Ausgaben des ordentlichen Haushalts durch Mittel des außerordentlichen Haushalts gedeckt, da Budgetmittel für den "Development Account" eher verfügbar gemacht werden können als für den "Recurrent Account".

Die Einnahmeseite des ordentlichen Haushalts setzt sich zusammen aus Steuereinnahmen[2] (einschließlich Zöllen), Beihilfen (Appropriations-in-aid) und sonstigen Einnahmen wie Einkünften aus Lizenz- und Stempelgebühren und Dienstleistungen der Ministerien. Die Einnahmen, besonders die Steuereinnahmen, konnten in den letzten Jahren beträchtlich gesteigert werden.

Die Ausgabenstruktur des ordentlichen Haushalts umfaßt laufende Ausgaben für Dienstleistungen und Güter. Seit Jahren stellen allgemeine Verwaltung, Bildung, Schuldendienste und -tilgung sowie Verteidigung, die erst seit Mitte der 70er Jahre an Bedeutung gewonnen hat, die größten Ausgabeposten dar[3]. Obwohl die Gesamtausgaben auch zunahmen, blieb das Wachstum der Ausgaben jedoch im allgemeinen unter dem Wachstum der Einnahmen.

Diese solide Haushaltspolitik bzw. Finanzpolitik war kennzeichnend für die Finanzpolitik, die Malawi seit der Unabhägigkeit verfolgte. Sie zielte auch auf die Reduzierung des Haushaltsdefizits, das bei Entlassung in die Unabhängigkeit übernommen wurde. Dieses Haushaltsdefizit konnte seit der Unabhängigkeit nur gedeckt werden durch große, aber laufend abnehmende Auslandszuschüsse, die zum größten Teil von Großbritannien geleistet wurden. Ein Erfolg dieser

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi - Voraussetzungen und Möglichkeiten der industriellen Entwicklung, Afrika, Industrieberichte Band 17, Hamburg 1973, S. 24 (im folgenden zitiert als Dilg, K.-G.: Malawi, Industrieberichte Bd. 17)

2) Vgl. Blaschnek, W. und H. Dequin: Malawi. Ten Years of Progress and Development, Riyad 1981, S. 148

3) Vgl. Blaschnek, W. und H. Dequin: Malawi, a.a.O., S.149

Finanzpolitik, die offensichtlich auf Kosten verschiedener Aufgabenbereiche - insbesondere Gesundheits- und Sozialwesen - betrieben wurde, konnte Mitte der 70er Jahre verbucht werden. Tabelle 1 dient der Verdeutlichung der Ergebnisse dieser Finanzpolitik. Das Haushaltsdefizit, das 1964 15,5 Mio. MK betrug, konnte im Haushaltsjahr 1972/73 auf - 0,1 Mio. MK reduziert und damit fast völlig abgebaut werden. Infolgedessen konnten die Budgetzuschüsse, die die Malawische Regierung immer als Belastung für die Bestätigung der eigenen Souveränität angesehen hatte[1)], eingestellt werden. Im Haushaltsjahr 1973/74 konnte zum ersten Mal ein Einnahmeüberschuß im ordentlichen Haushalt erwirtschaftet werden, so daß Malawi ab dieser Zeit in die Lage versetzt wurde, den ordentlichen Haushalt ausschließlich mit Eigenmitteln zu finanzieren. Seit Ende der 70er Jahre ist allerdings eine Verschlechterung der öffentlichen Finanzen wieder festzustellen. Die Ursache liegt in der Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage verbunden mit einem Rückgang der Weltmarktpreise. Dies führt zu geringen Erlösen im Außenhandel und folglich zu geringen Steuereinnahmen[2)]. Eine weitere Ursache ist die zunehmende Belastung des öffentlichen Haushalts durch die Schuldendienste. Mehr als 33 % der Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan 1984/85 werden verwendet, um die Schuldendienste zu bezahlen[3)]. Das Haushaltsdefizit wird gedeckt durch Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank, Inlandskreditaufnahme und Warenhilfe. Malawi ist bestrebt, wieder solide Finanzen zu erreichen.

Der außerordentliche Haushalt "Development Account" dient, wie bereits erwähnt, der Investitionsfinanzierung. Der Vorrang der Entwicklungsausgaben liegt nach wie vor im landwirtschaftlichen Bereich, dem Ausbau der materiellen Infrastruktur - insbesondere des Verkehrssystems und der Energie-

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi, Industrieberichte Band 17, a.a.O., S. 24

2) Vgl. BfAI: Nachrichten für Außenhandel, 24.07.81

3) Vgl. BfAI: Nachrichten für Außenhandel, 23.05.84

Tabelle 1 : Die Entwicklung des ordentlichen Haushalts 1964-1979/80 (in Mio. M.K.)

| Jahr | Einnahmen | Ausgaben | Saldo[1)] |
|---|---|---|---|
| 1964 | 21.9 | 37.4 | - 15.5 |
| 1965 | 21.6 | 41.7 | - 20.1 |
| 1966 | 25.9 | 48.2 | - 22.3 |
| 1967 | 30.3 | 38.9 | - 8.6 |
| 1968 | 33.7 | 40.3 | - 6.6 |
| 1969 | 45.0 | 42.5 | 2.5 |
| 1970 | 43.9 | 46.9 | - 3.0 |
| 1971 | 50.3 | 50.5 | - 0.2 |
| 1972 | 56.9 | 57.0 | - 0.1 |
| 1973 | 63.1 | 61.7 | 1.4 |
| 1974 | 78.7 | 73.8 | 4.9 |
| 1975 | 89.7 | 84.4 | 5.3 |
| 1976 | 94.3 | 86.6 | 7.7 |
| 1977 | 115.7 | 102.0 | 13.7 |
| 1978 | 145.7 | 134.5 | 11.2 |
| 1979/80 | 155.2 | 168.2 | - 13.0 |

Zusammengestellt aus: Malawi Government: Budget Documents and Financial Statement 1977/78, Zomba.

1) Eigene Berechnungen.

versorgung -, und der Verbesserung des Bildungswesens[1]. In den 70er Jahren wurde der Ausbau der neuen Hauptstadt Lilongwe und der Bau von Regierungsgebäuden vorrangig gefördert. Auffallend ist die Vernachlässigung der Sozialinvestitionen im Bereich des Gesundheitswesens und der "community services" (ländliche Entwicklung) in den früheren Jahren. Das war oft Anlaß für Kritik[2]. Neuerdings erhält der Bereich Gesundheitswesen relativ mehr Mittel als zuvor[3]. Dies ist richtig im Sinne der Forderung nach verstärkter Berücksichtigung der Grundbedürfnisse. Der Entwicklungshaushalt wird zum größten Teil durch Auslandsmittel finanziert, die sich aus Zuschüssen und Auslandsschulden zusammensetzen, da Eigenmittel nicht ausreichen. Es werden durchschnittlich 80-90 % der Ausgaben aus dem Ausland gedeckt bei Eigenbeteiligung von 10 - 20 %[4]. Manchmal gelingt es, eine höhere Eigenbeteiligung zu erreichen. So konnten im Jahr 1979/80 sogar 35 % der Ausgaben vom Inland finanziert werden, während der Auslandsanteil 65 % betrug[5].

### 3.1.6 Außenhandel und Zahlungsbilanz

Aus den theoretischen Überlegungen ist bekannt, daß externe Faktoren Einfluß auf den Wohlstand und damit die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes haben können, so lange unterstellt wird, daß eine offene Volkswirtschaft vorliegt. Dieser Einfluß hängt entscheidend davon ab, welche Außenwirtschaftspolitik ein Land verfolgt. Im folgenden soll versucht werden,

---

1) United Nations, United Nations Conference on the Least Developed Countries: Country Review Meetings. Country Presentation. Malawi, 1981, S. 196

2) Vgl. Braun, G.: Malawi. Entwicklungsmodell und Perspektiven. In: Internationales Afrikaforum, 18. Jg. (1982), 2. Quartal, S.173

3) Vgl. BfAI: Nachrichten für Außenhandel, 23.05.1984

4) Vgl. BfAI: Malawi. Wirtschaftliche Entwicklung 1977, Köln 1978, S. 13

5) Vgl. BfAI: Malawi. Wirtschaftliche Entwicklung 1979, Köln 1980, S. 12

die Ergebnisse der in Malawi betriebenen Außenwirtschaftspolitik darzustellen. Eine Möglichkeit bietet die Analyse der Entwicklung des Außenhandels und der Zahlungsbilanz.

Die Außenwirtschaftspolitik Malawis ist seit der Unabhängigkeit gekennzeichnet durch eine agrarexportorientierte Strategie. Damit diese Strategie erfolgreich ist, sollen die komparativen Vorteile ausgenutzt werden. Diese komparativen Vorteile in Malawi bestehen in der Fruchtbarkeit des Bodens und dem Angebot an zwar unqualifizierter, aber dafür billiger Arbeit. Diese komparativen Vorteile sollten in ein auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiges Exportproduktangebot umgesetzt werden. Mit den dafür ins Land fließenden Devisen soll ein Wachstumsprozeß in Gang gesetzt werden[1)].

Seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1964 hat das Volumen des Außenhandels sich erheblich erhöht, wie dies der Tab. 2 entnommen werden kann. Das Außenhandelsergebnis läßt eine andauernde defizitäre Handelsbilanz erkennen. Es kann auch festgestellt werden, daß trotz des andauernden Handelsbilanzdefizits die exportorientierte Strategie Malawis doch Erfolge manchmal erzielen konnte, die zu erheblicher Reduzierung des Handelsbilanzsaldos führten. Seit Ende der 70er Jahre ist eine drastische Verschlechterung des Handelsbilanzdefizits eingetreten. Die Verschlechterung des passiven Handelsbilanzsaldos hat verschiedene Ursachen, die in der Struktur der Importe und Exporte liegen.

Ein wesentlicher Grund für die negative Entwicklung des Handelsbilanzsaldos, das sich insbesondere nach 1977 sehr vergrößerte, ist die Verschlechterung der "Commodity Terms of Trade". Die Entwicklung der Terms of Trade zeigt Tab.3. Bei Zugrundelegung von 1970 als Basisjahr (= 100) wird nach einem anfänglichen Anstieg auf 102.07 (1971) ein ständiger Rückgang der Terms of Trade bis auf 79.32 (1976) festge-

---

1) Vgl. Lösch, D.: Markt oder Staat für die Dritte Welt, Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, illustriert am Beispiel der Republik Malawi, Hamburg 1983, S. 159

Tabelle 2 : Die Entwicklung des Außenhandels 1964-1980 (in Mio. MK)

| Jahr | Importe | Exporte | Reexporte | Gesamt | Handelsbilanzsaldo |
|---|---|---|---|---|---|
| 1964 | 28.6 | 23.0 | 2.0 | 25.0 | - 3.6 |
| 1965 | 40.8 | 27.1 | 1.7 | 28.8 | - 12.0 |
| 1966 | 54.3 | 27.7 | 7.1 | 34.8 | - 19.5 |
| 1967 | 50.9 | 33.1 | 7.8 | 40.9 | - 9.9 |
| 1968 | 58.2 | 33.6 | 6.5 | 40.0 | - 18.1 |
| 1969 | 61.5 | 36.6 | 7.4 | 44.0 | - 17.5 |
| 1970 | 71.4 | 40.6 | 9.1 | 49.7 | - 21.7 |
| 1971 | 89.8 | 49.6 | 9.7 | 59.3 | - 30.4 |
| 1972 | 102.9 | 55.1 | 9.3 | 64.8 | - 38.4 |
| 1973 | 114.7 | 68.8 | 11.1 | 79.9 | - 34.7 |
| 1974 | 157.7 | 89.5 | 11.8 | 101.3 | - 56.4 |
| 1975 | 218.7 | 106.3 | 15.8 | 122.1 | - 96.5 |
| 1976 | 188.5 | 141.0 | 10.6 | 151.6 | - 36.8 |
| 1977 | 211.8 | 148.8 | 8.5 | 184.6 | - 27.2 |
| 1978 | 284.7 | 176.1 | 6.9 | 155.7 | - 139.1 |
| 1979 | 326.0 | 184.6 | 5.2 | 189.8 | - 136.2 |
| 1980 | 355.2 | 225.5 | 13.8 | 239.2 | - 116.0 |

Quelle: Malawi Export Promotion Council: 1982/83 Malawi Buyers Guide, A Handbook on Malawi Exports, Blantyre, S. 18; National Statistical Office.

Tabelle 3 : Die Entwicklung der "Commodity Terms of Trade 1970-1980

| Jahr | Terms of Trade |
|---|---|
| 1970 | 100 |
| 1971 | 102.07 |
| 1972 | 93.41 |
| 1973 | 89.70 |
| 1974 | 84.23 |
| 1975 | 81.22 |
| 1976 | 79.32 |
| 1977 | 94.06 |
| 1978 | 84.25 |
| 1979 | 60.00 |
| 1980 | 53.10 |

Quelle: Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review, Vol. XIII - Number 3, 1981, S. 103; Otzen, U.: Malawi a.a.O., S. 370; Braun, G.: Malawi, Entwicklungsmodell und Perspektiven.In: Internationales Afrikaforum, 18. Jahrgang (1982), 2. Quartal, S. 175

stellt. Nach einer Verbesserung auf 94.0 (1977) - aufgrund steigender Exportpreise - trat eine massive Verschlechterung ein, was zu dem bisher niedrigsten Stand von 53.1 (1980) führte. Auf der Ausfuhrseite läßt sich diese Verschlechterung der Terms of Trade erklären durch die Stagnation bzw. den Rückgang der Preise für die wichtigsten Ausfuhrgüter Malawis wie Tabak und Tee[1], was zu relativ verminderten Exporterlösen führte. Die Gründe dafür liegen einerseits in der anhaltenden Weltrezession, die die Absatzbedingungen für diese Produkte nachhaltig verschlechterte und andererseits in den zusätzlichen Konkurrenten (Beispielsweise Tabak aus Zimbabwe), die Zugang zu den Weltmärkten erhielten[2]. Nur durch starkes Wachstum der Exportmengen war es möglich, diese Entwicklung aufzufangen. Auf der Importseite läßt sich diese Entwicklung der Terms of Trade erklären durch die drastisch gestiegenen Preise für Einfuhrwaren von Investitions- und Konsumgütern sowie Roh- und Hilfsmaterialien[3], die hauptsächlich aus Industrieländern kommen.Von Bedeutung sind auch die steigenden Einfuhrpreise für Rohöl und Ölprodukte als Folge der ersten (1973) und der zweiten Ölkrise (1978/79), trotz der geringeren Abhängigkeit Malawis von Energieeinfuhren im Gegensatz zu anderen schwarzafrikanischen Ländern wegen seiner günstigen hydro-elektrischen Energiebasis und des niedrigen Industrialisierungsgrades[4].

Die Import- und Exportstrukturen sind gekennzeichnet durch ein Bild, das für die in der Entwicklung zurückgebliebenen Länder charakteristisch ist. Importe bestehen hauptsächlich aus Konsumgütern, Investitions- bzw. Kapitalgütern und Zwischenprodukten. Außerdem werden Erdöl, Erdölderivate und Düngemittel wegen ihrer hohen Anteile am Gesamtimport getrennt benannt[5]. Gegenüber den 60er Jahren, als die Kon-

---

1) Vgl. BfAI: Malawi: Wirtschaftliche Entwicklung 1980, Köln, S. 8; Börsen-Zeitung, Im Blickfeld, Schwierige Lage für Malawi, 4. Juli 1980

2) Vgl. Braun, G.: Malawi, a.a.O., S. 176

3) Vgl. Otzen, U.: Malawi, a.a.O., S. 370

4) Vgl. Braun, G.: Malawi, a.a.O., S. 176

5) Malawi Government; Economic Report, 1981, a.a.O., S. 77

sumgütereinfuhren (1965: 33 % der Gesamteinfuhren) und Zwischenprodukte dominierten[1], ist eine leichte Gewichtsverlagerung zugunsten der Kapitalgütereinfuhren (1980: 38.3 %) zu verzeichnen. Der Rückgang der Konsumgütereinfuhren ist eine Folge der seit Erlangung der Unabhängigkeit betriebenen Importsubstitution im Industriesektor. Der Anteil der Zwischenprodukte wird mit 32.3 % (1980), der der Rohölprodukte mit 13.9 % und der der Düngemittel 4.3 % angegeben[2].

Die Importe kommen zum größten Teil aus Südafrika (1979: 42 %), das bei weitem als wichtigstes Importland gilt, gefolgt von Großbritannien (19 %), Japan (9%), Bundesrepublik Deutschland (5 %), Vereinigte Staaten (3 %), Niederlande und Sambia (jeweils 2 %) und Zimbabwe (1 %)[3].

Die Exporte sind gekennzeichnet durch die Monostruktur, die eine anhaltende Belastung für den Außenhandel darstellt. Es handelt sich dabei wie bisher zu fast 90 % um landwirtschaftliche Produkte. Eine Diversifikation der Exportprodukte ist - trotz aller Versuche - erfolglos geblieben. Die Haupterzeugnisse sind Tabak mit einem Exportanteil von 44 % (1980), Tee (13 %), Zucker (15,2 %), Erdnüsse (7 %) und Baumwolle. Der Anteil der industriell gefertigten Güter am Exportvolumen ist sehr gering. Es wird mit 3,5 % angegeben, wovon der überwiegende Teil auf Bekleidung und Schuhe entfällt[4].

Wegen der ehemaligen kolonialen Beziehungen bleibt Großbritannien nach wie vor das bedeutendste Exportland Malawis. Der Anteil der Exporte nach Großbritannien bezogen auf die Gesamtausfuhr wurde für das Jahr 1980 auf 28 % geschätzt,

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi, a.a.O., S. 18

2) Vgl. Malawi Government: Economic Report 1981, a.a.O.,S.77

3) Vgl. Malawi Government: Economic Report 1981, a.a.O.,S.15

4) National Statistical Office. Zitiert nach: Malawi Export Promotion Council: 1982/83, Malawi Buyers Guide, a.a.O.,S.18

was allerdings einen Rückgang gegenüber 1979 (42 %) und 1978 (47 %) bedeutet[1]. Danach folgen die Vereinigten Staaten mit 17 %, die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande mit je 8 %, Zimbabwe mit 5 %, Südafrika mit 3 %, Zambia und Japan mit je 2 %.

Die Chancen für eine nachhaltige Verbesserung der malawischen Außenhandelsposition beurteilen Beobachter als nicht sehr günstig. Verkaufserfolge können bei einigen bisher weniger bedeutenden Agrarprodukten erzielt werden. Die einseitige Ausrichtung des Exports auf Tabak und Tee und neuerdings Zurcker bleibt jedoch ein hemmender Faktor. Die Möglichkeit für eine deutliche Verbesserung dürfte von den Erfolgen der Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung von Zucker, Baumwolle, Erdnüssen einerseits, sowie den Ausbau der Handelsbeziehung zu den Nachbarländern wie Zimbabwe und Zambia andererseits abhängen.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Zahlungsbilanz zeigt Tab. 4. Da die Handelsbilanz bereits analysiert worden ist, sollen die folgenden Ausführungen den restlichen Positionen der Zahlungsbilanz gewidmet werden.

Neben der Handelsbilanz stellt die Dienstleistungsbilanz eine bedeutende Position der Zahlungsbilanz dar. Die Dienstleistungsbilanz umfaßt die Positionen "non factor services" und "factor services"[2].

Die Dienstleistungsbilanz weist eine ähnliche Entwicklung wie die Handelsbilanz auf. Auch bei ihr ist eine praktische Erhöhung des Defizits festzustellen, das sich gegen Ende der 70er Jahre innerhalb eines Jahres fast verdoppelte. Die Tendenz des zunehmenden Defizits wird sowohl bei den "non factor services" als auch bei den "factor services"

---

1) Vgl. Lienau, C.: Malawi, a.a.O., S. 127

2) Vgl. Kalemba, R.: Malawi: An Economic Struggeling for Survival, in: African Business, November 1981, zitiert nach: Braun, G.: Malawi, a.a.O., S. 176

deutlich. Bei den "non factor services" trug der praktische Anstieg der See- und Luftfrachtkosten (einschließlich der Versicherungskosten als Folge des rhodesischen Bürgerkriegs) wesentlich zu der Erhöhung des Defizits bei. In den Jahren 1978 und 1979 machten die Frachtkosten 38 % des Importwertes aus. Bei den "factor services" führten vor allem die Dividendenzahlungen und fällige Zinszahlungen an das Ausland sowie Geldüberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer zu diesem Defizit[1].

Diese defizitäre Dienstleistungsbilanz und die bereits festgestellte passive Handelsbilanz führten zu einem stark ansteigenden Leistungsbilanzdefizit, dessen Entwicklung in der Tab. 4 deutlich zu erkennen ist. Um diese Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits finanzieren zu können, stiegen die unilateralen Transferzahlungen (z.B. Kapitalhilfe, technische Hilfe, Budgetzuschüsse) und die kurzfristigen und langfristigen Kapitalimporte an. So wurde im Jahr 1979 das Leistungsbilanzdefizit fast zu 50 % durch langfristige Kredite zu unterschiedlichen Konditionen an den Staat gedeckt[2].

Durch diese Positionen konnte das Leistungsbilanzdefizit nur partiell ausgeglichen werden, so daß in der Zahlungsbilanz sich ein großes Defizit ergab, das für 1979 mit 160.5 Mio. MK angegeben wird, was als bisheriger Rekordstand anzusehen ist[3]. Um dieses Zahlungsbilanzdefizit auszugleichen, mußte Malawi neben der Verwendung der eigenen Währungsreserven erstmals auf einen größeren Ausgleichskredit des IWF in Höhe von 23 Mio. MK zurückgreifen[4].

Die offiziellen Devisenreserven nahmen ab, so daß Ende 1980 nur noch internationale Währungsreserven für 1,5 Monatsimporte vorhanden waren[5].

---

1) Vgl. IMF: Recent Economic Developments, a.a.O., S. 55 (unveröffentlicht)

2) Vgl. Otzen, U.: Malawi, a.a.O., S. 371

3) Vgl. Braun, G.: Malawi, a.a.O., S. 176

4) Vgl. Otzen, U.: Malawi, a.a.O., S. 371

5) Vgl. Braun, G.: Malawi, a.a.O., S. 176

Tabelle 4 : Die Entwicklung der Zahlungsbilanz 1971-1980 (in Mio. MK)

| Positionen | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| I. Güter und Dienstleistungen | | | | | | | | | | |
| A. Güter (Handelsbilanz)[1] | -16 | -24.8 | -19.2 | -37.7 | -71.0 | -14.5 | 15.1 | -68.5 | -64.5 | -38.0 |
| B. Dienstleistungen (Dienstleistungsbilanz) | -20.9 | -23.8 | -16.2 | - 0.4 | - 7.1 | -54.6 | -71.8 | 79.0 | -133.8 | -128.7 |
| 1. Non-factor Dienstleistungen | -17.7 | -20.1 | -17.0 | -12.8 | -17.8 | -37.1 | -48.8 | -75.0 | -99.0 | -96.9 |
| 2. factor Dienstleistungen | - 3.2 | - 3.7 | 0.8 | 12.4 | 10.7 | -17.5 | -23.0 | - 4.0 | -34.8 | -31.8 |
| Gesamt (Leistungsbilanz) | -36.9 | -48.6 | -35.4 | -38.1 | -78.1 | -69.1 | -56.7 | -147.5 | -198.3 | -166.7 |
| II. Unilaterale Transferzahlungen (Übertragungsbilanz) | | | | | | | | | | |
| 1. Privater Sektor | 1.9 | 2.4 | 3.9 | 3.7 | 4.9 | 4.9 | 5.0 | 5.0 | - 0.3 | - 0.7 |
| 2. Öffentlicher Sektor | 8.6 | 8.4 | 9.7 | 7.0 | 7.3 | 20.1 | 18.0 | 32.8 | 38.1 | 54.1 |
| Gesamt | 10.5 | 10.8 | 13.6 | 10.7 | 12.2 | 25.0 | 23.0 | 37.8 | 37.8 | 53.4 |
| III. Kapitalbewegungen (Kapitalbilanz) | | | | | | | | | | |
| A. Langfristig | | | | | | | | | | |
| 1. Privat | 11.0 | 8.3 | 9.3 | 12.5 | 6.7 | 9.2 | 10.0 | 16.5 | 12.2 | 11.2 |
| 2. Öffentlich | 16.4 | 20.4 | 25.8 | 36.2 | 68.4 | 32.7 | 64.8 | 63.9 | 101.6 | 97.7 |
| B. Kurzfristig | 0.4 | 0.8 | - 1.7 | - | - | - | - | - | 42.7 | - |
| C. Irrtümer und Auslassungen | - 1.3 | 11.5 | 15.5 | - 7.5 | -22.6 | -29.3 | 11.2 | 14.0 | - 5.3 | 11.9 |
| Gesamt | | | | | | | | | | |
| IV. Währungsreservenänderungen (Gold und Devisenbilanz) | - 0.1 | - 3.2 | -27.1 | -13.8 | 13.4 | 31.5 | -52.3 | 15.3 | 9.3 | - 7.5 |

Quelle: Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review, Vol. XIII (1981) - No. 3, S. 101

Zur Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation wurden ab Mitte 1979 Importrestriktionen eingeführt. Seitdem unterliegen Importe der Genehmigungspflicht der malawischen Reserve Bank. Die bisher vorliegenden Daten deuten auf einen gewissen Erfolg - zumindest kurzfristig - der Importdrosselungspolitik hin.

Die Importe konntenvon 278.6 Mio. MK (1980) auf 251.1 Mio. MK (1981) und damit um 10 % gesenkt werden. Die Exporte stiegen um 11.4 % von 231.0 Mio. MK auf 257.5 (1981) an. Dies führte sogar zu einem positiven Handelsbilanzsaldo von 6.4 Mio. MK[1]. Die Angaben von BRAUN[2] bestätigen diese positive Entwicklung ebenfalls. Allerdings ermittelt er einen Rückgang der Importe um 8 % und einen Anstieg der Exporte um 19 %, so daß sich das Handelsbilanzdefizit etwa im geplanten Umfang verringerte. Eine Steigerung der offiziellen Devisenreserven um 24 % auf 87 Mio. MK, was 3 Monatsimporten entspricht, wird gleichzeitig festgestellt.

---

1) Vgl. Malawi Government: The Chief Economist, Economic Planning Division, Mid-Year Economic Review 1982/83, Lilongwe, 23. Nov. 1982 (unveröffentlicht)

2) Vgl. Braun, G.: Malawi, a.a.O., S. 178

## 3.2 Grundzüge des Entwicklungsmodells

### 3.2.1 Staats- und Wirtschaftsordnung

Es gibt zahlreiche Kriterien, um die Wirtschaftsordnung eines Landes zu charakterisieren. Sehr häufig werden die Eigentumsverhältnisse, die Verhaltensweise der Unternehmen und das Planungskriterium - d.h. die Intensität staatlicher Planungs- und Lenkungseingriffe in die Volkswirtschaft - verwendet[1]. Im folgenden soll versucht werden, die Wirtschaftsordnung Malawis zu beschreiben. Einige Autoren haben bereits in der Vergangenheit versucht, die Wirtschaftsordnung Malawis zu charakterisieren. Im Gegensatz zu den auf sozialistischer Grundlage fußenden Nachbarländern Mozambique und Tanzania (Ujamaa)[2] basiert die "sich an liberalen Grundsätzen orientierende"[3] Wirtschaftsordnung Malawis auf "einem kapitalistischen Entwicklungsmodell"[4]. BOHNET spricht von einem "Mischsystem mit überwiegend verkehrswirtschaftlichen Elementen"[5]. Die verfolgten Programme auf dem wirtschaftlichen Gebiet sind sicher durch die Prinzipien des freien Unternehmertums gekennzeichnet, um aber dennoch die Volkswirtschaft der Kontrolle durch die politische Führung zu unterwerfen, sind staatsinterventionistische Maßnahmen und staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln in bestimmten Bereichen nicht ganz ausgeschlossen.

Gemessen an den Eigentumsverhältnissen ist der Einfluß des Staates auf die gewerbliche Wirtschaft tatsächlich ganz

---

1) Vgl. Thalheim, K.C.: Systematische Merkmale von Wirtschaftsordnungen. In: Arndt, H.: Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, Berlin 1969, S. 329 ff.

2) Vgl. Nohlen, D.(Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Baden-Baden 1980, S. 250 f. und 329 f.

3) Vgl. BfAI/NfA 4.9.81: Geschäftschancen im Agro-, Hotel- und Tourismussektor Malawis.

4) Vgl. Nohlen, D.(Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, a.a.O., S. 230

5) Vgl. Bohnet, M.: Kapitalbildung und Wirtschaftsordnung. In: Priebe, H. (Hrsg.): Eigenfinanzierung der Entwicklung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 84 (1975), S. 122

erheblich. Er wird ausgeübt über Parastatals (halbstaatliche Unternehmen), die sich kapitalmäßig beteiligen. Der Einfluß kommt zur Geltung sowohl im industriellen und landwirtschaftlichen Sektor als auch im Dienstleistungs- und naturgemäß Infrastrukturbereich (Wasser- und Energieversorgung und im Verkehrswesen). Nur die im ausländischen Eigentum befindlichen vorwiegend mittleren Unternehmen und der kleinbetriebliche Sektor sowie der Kleinbauernsektor können nach hiesigen Maßstäben als privatwirtschaftlich bezeichnet werden, da der Staat hier keine unmittelbaren, d.h. über die Eigentumsverhältnisse gegebenen Einflußmöglichkeiten besitzt. Trotz des starken Einflusses auf die Eigentumsverhältnisse[1] ist die Verhaltensweise der Unternehmen gewinnorientiert bzw. -maximierend. Außerdem ist Malawi mit Sicherheit keine Planwirtschaft, da die Entwicklungspläne weitgehend nur qualitative Zielvorgaben enthalten und somit eindeutig nur einen indikativen Charakter haben, wie dies später zu zeigen sein wird. Somit sind marktwirtschaftliche Elemente auch hier festzustellen, so daß man tatsächlich von gemischter Wirtschaftsordnung mit starker staatlicher Dominanz sprechen kann[2].

### 3.2.2 Entwicklungskonzeption und Entwicklungsplanung

Entwicklungsplanung kann definiert werden als ein bewußter Versuch, durch Pläne den ökonomischen und sozialen Fortschritt zu beschleunigen und die institutionellen Gegebenheiten, die für dieses Ziel als hinderlich angesehen werden müssen, zu ändern[3]. Die Entwicklungsplanung eines Landes findet ihren Niederschlag normalerweise in einem schriftlichen Dokument, das als Entwicklungsplan bezeichnet wird.

---

1) Vgl. Baldus, R.D.: Malawi. In:Lexikon Dritte Welt, Baden-Baden 1980, S. 230

2) Vgl. Lösch, D.: Markt oder Staat für die Dritte Welt, a.a.O., S. 157

3) Vgl. Waterston, A.: Development Planning. Lessons of Experience. Baltimore 1965, S. 21

Die Entwicklungspläne Malawis sind im wesentlichen Investitionsprogramme für den öffentlichen Sektor, die lediglich eine Zusammenstellung von einzelnen Projekten darstellen. Die Finanzierungsseite ist eine Darstellung der Summierung der außerordentlichen oder Entwicklungshaushalte der jeweils genannten Jahre[1]. Nach Auslegung zahlreicher Fachleute stellen Pläne dieser Art keine Entwicklungspläne im engeren Sinne dar, denn ihnen fehlen sowohl Beziehungen zwischen den einzelnen Projekten als auch Angaben über die Wechselwirkungen der verschiedenen Vorhaben untereinander und über ihre Ausstrahlung auf die übrige Wirtschaft; trotzdem sind die Investitionsprogramme als Planungsinstrumente nicht unbedingt schlechter als umfassende (comprehensive) Pläne[2]. Theoretisch konsistente Entwicklungspläne werden in Malawi nicht aufgestellt[3].

Bereits vor der Unabhängigkeit, für Njassaland und später für die Föderation von Rhodesien und Njassaland, wurden mehrere Entwicklungspläne aufgestellt[4], die aber nicht näher betrachtet werden, da dieser Zeitraum nicht Gegenstand der Untersuchung ist.

### 3.2.2.1 Der Entwicklungsplan 1965 - 1969

Der erste Entwicklungsplan des selbständigen Staates Malawi ist der Fünf-Jahres-Plan von 1965 - 1969[5], der auf der Grundlage des Berichtes einer UN-Delegation aus dem Jahre 1963 zusammengestellt wurde[6] und im Jahre 1964

---

1) Vgl. Marlin, P. v.: Entwicklung und Entwicklungspolitik in Malawi, München 1967, S. 38

2) Ebda

3) Dilg, K.-G.: Malawi. Industrieberichte (17) a.a.O., S. 21

4) Vgl. Marlin, P.v.: Entwicklung und Entwicklungspolitik in Malawi, a.a.O., S. 605. Vgl. auch Waterston, A.: Development Planning..., a.a.O., S. 1

5) Malawi Government: Development Plan 1965-1969, Zomba

6) Baldwin, K.D.S. und J. Ontonie: Proposals for an Economic Development Plan for Njassaland. U.N. 1964

erschien. Bei der Planaufstellung wurde auf detaillierte Festlegungen verzichtet, um die Durchführung den jeweiligen Finanzierungsbedingungen besser anpassen zu können. Für die Planungsperiode sah dieser Plan Investitionen von insgesamt etwa 44,6 Mio. Malawi Pfund[1] vor und damit durchschnittlich 8,9 Mio. Malawi Pfund jährlich, doch stellte sich bald heraus, daß der Plan zu ehrgeizig, seine Ziele finanziell nicht realisierbar waren. Eine Planrevision und eine Kürzung der Aufwendungen wurden erforderlich. Aus diesen Erfahrungen resultierte ein erweiterter Planungsansatz, der seit 1967 die bisherige langfristige Planungskonzeption mit kurzfristigen "Development Programmes" (Entwicklungsprogramme) ergänzt[2]. Diese Entwicklungsprogramme, die in der Regel Drei-Jahres-Pläne sind, werden in Form von "rolling plans" durchgeführt. Diese "rolling plans" werden "jeweils für das erste Jahr detailliert formuliert, wobei die Höhe der Ausgaben und die Finanzierungsquellen so genau wie möglich erfaßt werden. Für die beiden restlichen Jahre werden im Vergleich zur Feinplanung des ersten Jahres nur Grobplanungen aufgestellt. Auf dieser Basis wird das Entwicklungsprogramm jährlich um ein weiteres Jahr fortgeschrieben"[3]. Obwohl aus politischen und technischen Gründen die Methode des "rolling plan" von keinem Land genau dem System entsprechend verwirklicht worden ist[4], wird die Anwendung des "rolling system" in einer Entwicklungsplanung wegen seiner Vorteile (u.a. Plankontinuität und Flexibilität) von vielen Experten befürwortet[5].

---

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Länderkurzbericht Malawi. 1982, S. 25. Malawi Pfund war die erste Währungseinheit nach der Unabhängigkeit und entsprach dem Wert des Britischen Pfund Sterling

2) Vgl. Government of Malawi: Ministry of Development and Planning: Development Programme 1967, Zomba. Vgl. auch Government of Malawi, Ministry of Economic Development Programme 1968-1970, Zomba 1967

3) Dilg, K.-G.: Malawi. Industrieberichte 17, a.a.O.,S.21

4) Waterston, A.: Development Planning.., a.a.O., S. 140; Ders.: What do we know about Planning. In: International Development Review, Vol. VII, No. 4, 1965

5) Waterston, A.: Development Planning.., a.a.O., S. 139

Um die extreme wirtschaftliche Unterentwicklung - übernommen von der britischen Herrschaft - abzubauen, wurde in diesem Entwicklungsplan die wachstumsorientierte Zielsetzung vorrangig verfolgt. Zur Erreichung dieses Ziels wurden folgende Prioritäten gesetzt[1]: Die landwirtschaftliche Erzeugung sollte gesteigert werden, um die wachsende Bevölkerung zu versorgen, den Rohstoffbedarf der Agro-Industrie zu decken und die Ausfuhren zu erhöhen. Außerdem sollte eine importsubstituierende Industrialisierung gefördert werden durch Verbesserung der Investitionsvoraussetzungen. Ferner war eine Verbesserung der Infrastruktur durch den Ausbau der binnenländischen Verkehrssysteme und die Ausweitung des Bildungswesens geplant. Ab 1968 war der Aufbau der neuen Hauptstadt Lilongwe vorgesehen.

Um festzustellen, inwieweit die Entwicklungsvorstellungen erreicht werden konnten, wäre es erforderlich, daß eine Erfolgsmessung des Entwicklungsplanes vorgenommen würde. Dies setzt jedoch eine detaillierte, präzise und praxisnahe Formulierung der Ziele voraus[2]. Außerdem sind exakte und zuverlässige Statistiken notwendig, die jedoch in den meisten Entwicklungsländern, so auch in Malawi, fehlen. Dennoch soll mit Hilfe der vorliegenden Daten eine Erfolgsanalyse versucht werden. Wie übereinstimmend festgestellt wird, konnte das reale Wachstum der malawischen Wirtschaft kontinuierlich gesteigert werden, wenn es auch insgesamt nicht sehr hoch ausfiel[3]. Abweichungen gibt

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi, Industrieberichte 17, a.a.O., S. 22

2) Vgl. Knall, B.: Die Bewertung von Entwicklungsplänen und ihre Erfolgsmessung. In: Krause-Rodenacker, A.: Grundlagen der Entwicklungsplanung. Berlin 1964, S. 256 f.

3) Vgl. Priebe, H. und W. Hankel: Der Agrarsektor im Entwicklungsprozeß mit Beispielen aus Afrika, Frankfurt/New York 1980, S. 95; Fischer, K.M. u. U. Weyl: Malawi. In: Nohlen(Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2, Hamburg 1974, S. 333; Dilg, K.-G.: Malawi, Industrieberichte 17, a.a.O., S. 4; Humphrey, D.H.: Malawi's Economic Progress and Prospects. Eastern Africa Economic Review, Vol. 5, No. 2, 1973, S. 71 ff.; United Nations (Hrsg.), Country Review Meetings, Malawi, Country Presentation 1981, S.3

es jedoch über die genau erzielten Werte. Bei Zugrundelegung der Daten der Economic Planning Division, vorgelegt bei der UN-Conference on the Least Developed Countries[1], konnte zwischen 1964 und 1970 ein reales Wirtschaftswachstum von 6,6 % jährlich erzielt werden. Das Bruttoinlandsprodukt im monetären Bereich konnte von 53 % (1964) auf 61 % (1970) erhöht werden. Die Anlageinvestitionen stiegen auf 23 % des Bruttoinlandsproduktes. Dagegen kommen Dilg[2] und FISCHER/WEYL[3] auf eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von etwa 5 % p.a. (bei Dilg unter ausdrücklicher Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme von 3 %). Da die gesamtwirtschaftliche Sparquote bis 1968 negativ war, war das Wachstum nur möglich durch eine Investitionsquote von 15 % bzw. 18 %, die nur durch hohe Kapitalimporte seit 1966 erreicht werden konnten[4]. Eine Zunahme der Ausfuhren konnte erzielt werden und zwar um 96 %. Demgegenüber stand aber ein Anstieg der Einfuhren um 139 %, was zu einer weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz führte, die seit 1966 defizitär ist[5], wie bereits an früherer Stelle erwähnt wurde.

### 3.2.2.2 Die Entwicklungsplanung 1971 - 1980

Der zweite Entwicklungsplan Malawis ist der auf der langfristigen Entwicklungsstrategie für die Jahre 1971 - 1980 "Statement of Development Policies 1971-1980" (DEVPOL)[6] basierende Zehn-Jahres-Rahmenplan, für den als Gesamtinvestitionen 374 Mio. MK veranschlagt wurden. In diesem

---

1) UN (Hrsg.) Malawi. Country Presentation, a.a.O., S. 3

2) Dilg, K.-G.: Malawi. Industrieberichte 17, a.a.O., S. 14

3) Fischer, K.M. u. U. Weyl: Malawi, a.a.O., S. 333

4) Dilg, K.-G.: Malawi. Industrieberichte 17, a.a.O., S. 15

5) UN (Hrsg.): Malawi. Country Presentation, a.a.O., S. 3

6) Vgl. Malawi Government, Office of the President and Cabinet, Economic and Planning Division: Statement of Development Policies 1971-1980, Zomba 1971

Plan wurden entwicklungspolitische Prioritäten festgelegt, woraus die Ziele abgeleitet werden können. Als Hauptziel verfolgte dieser Plan (wie auch der vorausgegangene) schnelles Wirtschaftswachstum. Angestrebt war ein reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von jährlich 8,2 %[1].

Dies sollte erreicht werden durch Förderung der Landwirtschaft, die weiterhin entwicklungspolitische Priorität genießen sollte (sowohl die kleinbäuerliche Produktion als auch die Großbetriebe) und der Industrie. Weitere Ziele in diesem Plan umfassen im Wesentlichen[2]: Das Wohlfahrtsziel (Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards und der Produktivität in ländlichen Gebieten); das Verteilungsziel (Förderung einer ausgeglichenen regionalen Entwicklung); das Partizipationsziel (Entwicklung und Mobilisierung lokaler Initiativen und Ressourcen durch zunehmende Selbsthilfe und Partizipation). Es wird deutlich, daß neben dem Wachstumsziel die Entwicklungspolitik Malawis auch soziale Zielvorstellungen verfolgt. Das Wachstum wird also nicht als Selbstzweck gesehen, sondern als Voraussetzung für solche sozialen Ziele. Bereits in den Anfängen der Unabhängigkeit Malawis lassen sich solche Vorstellungen feststellen, wie z.B. in der FCR-Politik (F = sufficient food, C = adequate clothing und R = a roof for all), eine Politik, die ein Jahrzehnt später als Grundbedürfnisstrategie von der internationalen Entwicklungspolitik entdeckt werden sollte[3]. In diesem Sinne wird in Malawi die Erfüllung der elementarsten Grundbedürfnisse bereits seit den 60er Jahren verfolgt.

---

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Länderkurzberichte Malawi, 1982, S. 25

2) Vgl. Otzen, U.: Malawi; Engpässe und Perspektiven der Entwicklung. In: Afrika-Spektrum 16. Jg. 1981, Heft 3, S. 372

3) Vgl. de Backer, R.: Malawi: Making the Most of Meagre Ressources, in: The Courier, Nr. 68, July-August 1981, S. 34; Braun, G.: Malawi, a.a.O., S. 171

Um diese Ziele zu erreichen sollte[1]:

- die privatwirtschaftliche Initiative gefördert,
- eine wohl abgestimmte Mischung aus öffentlichen und privaten Investitionen betrieben,
- eine liberale Außenhandels- und Zollpolitik verfolgt,
- eine flexible und vorsichtig angepaßte Preis-, Steuer- und Lohnpolitik betrieben und
- eine gemäßigte Gewinnabgabepolitik gegenüber ausländischen Unternehmern verfolgt werden.

Zur Ausführung des Entwicklungsplanes wurden auch im Rahmen dieser langfristigen Planung jeweils Drei-Jahres-Entwicklungsprogramme erstellt[2].

Auch in dieser Planungsperiode wird Malawi eine gleichbleibend positive Entwicklung, gemessen am wirtschaftlichen Wachstum, bescheinigt[3]. Die erzielte reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes für diese Planperiode wird mit durchschnittlich 6,1 %[4] p.a. beziffert. Damit ist zwar die Zielgröße von 8,2 % nicht erreicht worden, dennoch muß das Ergebnis zufriedenstellend bewertet werden auch im Vergleich zu den Ergebnissen zahlreicher Entwicklungsländer. Tatsächlich hat Malawi bis 1980 bereits seit 1960 außergewöhnlich gut abgeschnitten, auch im Vergleich zu den anderen früheren Mitgliedern der zentralafrikanischen Föderation Sambia und Zimbabwe; und das malawische BSP pro Kopf ist schneller gewachsen als das seines Nachbarn Tansania und auch deutlich schneller als das des Durchschnitts der "Länder mit niedrigen Einkom-

---

1) Vgl. Otzen, U.: Malawi; Engpässe und ..., a.a.O., S.372

2) Vgl. IMF: Malawi - Recent Economic Developments, 1. Mai 1980 (unveröffentlicht); vgl. auch Statistisches Bundesamt: Länderkurzbericht Malawi, a.a.O., S. 25

3) Vgl. Otzen,U.: Malawi; Engpässe und ..., a.a.O., S.370; vgl. auch Priebe, H. u. W. Hankel: Der Agrarsektor im Entwicklungsprozeß. Mit Beispielen aus Afrika. Frankfurt/New York 1980, S. 97

4) Vgl. United Nations (Hrsg.): Malawi. Country Presentation, a.a.O., S. 7

men"[1]. Auch unter den 39 Ländern der Subsahara gehört Malawi zu den Ländern mit einer relativ höheren durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate für die Jahre 1960 bis 1979[2].

Betrachtet man die Ergebnisse der letzten Jahre dieser Planungsperiode für sich, so ist festzustellen, daß die Wachstumsrate, die 1977 noch 7,9 % betragen hatte, 1979 mit 4,4 % angegeben war und 1980 sogar auf nur 0,6 % fiel[3]. Diese beiden letzten Jahre haben also bewirkt, daß der Gesamtdurchschnitt deutlich gedrückt wurde. Die zunehmenden Wachstumseinbußen dieser beiden Jahre geben Anlaß, nach den Gründen dafür zu suchen.

Als Ursache für die Wachstumseinbußen sind im wesentlichen folgende Faktoren zu nennen[4]:

- Dürreperioden, die zu Ernteeinbußen führten und damit zum Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion;
- Verknappung und Verteuerung der Treibstoffe als Folge der Energiekrise;
- steigende Transportkosten und Transportverzögerungen von und nach den Hauptaus- und Einfuhrhäfen (Nacala, Beira) in Mozambique als Folge der unstabilen innenpolitischen Entwicklung im nördlichen Teil des Nachbarlandes;

---

1) Vgl. Lösch, D.: Markt oder Staat für die Dritte Welt? a.a.O., S. 132 f.; Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1982, a.a.O., S. 120

2) Vgl. Weltbank: Accelerated Development in Sub-Saharan Africa. An Agenda for Action, Washington 1981, S. 143

3) Vgl. Malawi Government: Economic Report 1981, Budget Document No. 4 Zomba, S. 73 ff.; Vgl. auch Financial Times 4.11.1981, S. 26: Malawi

4) Vgl. Otzen, U.: Malawi; Engpässe ..., a.a.O., S. 370; vgl. auch Blick durch die Wirtschaft: 7. 6. 1980, Malawi lebt vom Agrarexport. Frankfurter Allgemeine Zeitung (Hrsg.)

- drastisch steigende Einfuhrpreise für notwendige Investitionsgüter und Ersatzteile der Agrarproduktion und der verarbeitenden Industrien einerseits und andererseits sinkende Exporteinnahmen für die Hauptexportprodukte Tee und Tabak (sinkende Terms of Trade), was zur weiteren Verschlechterung des Zahlungsbilanzdefizits führte;
- angespannte Liquiditätsbedingungen, Erschwerung der Investitionen im allgemeinen;
- Inflation (etwa 15 %) verursacht durch die stark angestiegenen Preise für Importgüter, besonders bei Öl;
- weltweite Rezession.

Besonders hart betroffen von diesen ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungen war das jährliche reale BIP-Wachstum der kleinbäuerlichen kommerziellen Landwirtschaft, das sich seit 1976 von 20,4 % auf -2,0 % (1979) ständig verringerte.

### 3.2.2.3 Die Entwicklungsplanung 1981/82 bis 1985/86

Das DEVPOL-Konzept der 70er Jahre ist durch einen Fünf-Jahres-Entwicklungsplan, beginnend mit 1981/82, abgelöst worden, ohne jedoch die langfristigen Ziele und Prioritäten wesentlich zu verändern.

Dieser Entwicklungsplan unterscheidet sich von den vorangegangenen Plänen dadurch, daß bei seiner Aufstellung Malawi von den o.g. negativen wirtschaftlichen Entwicklungen getroffen wurde, deren Folgen u.a. waren:

- eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz,
- ein steigendes Handelsbilanzdefizit und
- ein zunehmender Auslandsschuldendienst.

Diese Entwicklung erforderte ein Strukturanpassungspro-

gramm, das die Regierung Malawis unter Einfluß des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank entwickelte, um die Wiederherstellung des außen- und binnenwirtschaftlichen Gleichgewichtes in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu erreichen.

In Anpassung daran wiederum mußten auch die Ziele des Entwicklungsplanes insgesamt zurückgeschraubt werden, besonders zu Beginn der Planungsperiode. Demnach sollte die Wachstumsrate am Ende des Planungszeitraumes 5,7 % betragen und durchschnittlich bei 5,2 % des BIP liegen; sie wurde also erheblich niedriger angesetzt als für die vergangene Planungsperiode.

Die Finanzierungslücke sollte in den ersten Jahren bei 9,6 % des BIP toleriert werden, gegen Ende der Periode aber bei 5,6 % liegen. Die Inflationsrate sollte deutlich gesenkt werden von 16 % auf 10,7 % schon ab dem 2. Gültigkeitsjahr. Der Umfang der Zuschüsse müßte sich in diesem Zeitraum gut verdoppeln (von 72 Mio. MK auf 166 Mio. MK), um diese Ziele zu erreichen. Gleichzeitig sollte das Kreditvolumen beschnitten werden von 50,8 Mio. MK auf 15,4 Mio. MK.

Dieses Austeritätsprogramm wurde im Hinblick auf die Zusagen der Geberländer für mehr Auslandshilfe und bessere Gewährungsmodalitäten (gegeben auf der UN-Konferenz der LLDC-Länder 1980) modifiziert. Dadurch sind ab 1983 von den o.g. Werten Abweichungen festzustellen. Die Zuschüsse z.B. sollen demnach am Ende der Planungsperiode 293 Mio. MK betragen, sich also etwa vervierfacht haben gegenüber dem Ausgangsjahr. Die Kredite sollen nicht (wie zunächst vorgesehen war) langsam abgebaut, sondern über die ganze Periode etwa gleich hoch angesetzt werden. Damit im Zusammenhang steht, daß der Entwicklungshaushalt statt zu schrumpfen wächst und die jährliche reale Wachstumsrate des BIP höher liegen soll. Eine größere Finanzierungslücke und eine höhere Inflationsrate müßten dabei in Kauf genommen werden.

### 3.2.3 Instrumente der Entwicklungsplanung

Für die Vorbereitung der einzelnen Projekte und der sektoralen Programme sind die jeweiligen Ministerien zuständig. Für die Koordinierung sowohl zwischen den Ministerien als auch den jeweiligen Planungsperioden und für die Revision und die Überwachung der Durchführung von Entwicklungsplänen ist die Development Division verantwortlich[1]. Sie arbeitet eng mit dem Finanzministerium zusammen, das mit umfassenden wirtschaftspolitischen Befugnissen ausgestattet ist und über Einnahme- und Ausgabepolitik nachhaltig bestimmt. Für die Ausarbeitung von mittelfristigen Plänen und die Beratung der Regierung ist die Economic Planning Division zuständig mit den Abteilungen für Makroplanung, Projektevalutation und Wirtschaftspolitik. Sowohl die Development Division als auch die Economic Planning Division unterstehen dem Präsidialamt, und die Durchführung der Pläne erfolgt nach dem sogenannten "top-down-Konzept"[2], das ein hohes Maß an Kontrolle über die Fachressorts, die Regionaladministration und die straff geführten Distriktabteilungen sowie an zentraler Politik- und Wirtschaftssteuerung seitens des Präsidenten impliziert. Dieses Konzept hat sich als durchaus effizienter Steuerungsmechanismus erwiesen und zu der bisherigen korruptionsfreien Entwicklung beigetragen. Die schnellen Erfolge vieler Regionalentwicklungsvorhaben (Lilongwe Land Development Programme, Lake Shore Rural Development Programme, Karonga Rural Development Programme, Shire Valley Rural Development Programme) und Infrastrukturprogramme können auch so erklärt werden.

Als Instrumente der Entwicklungsplanung sind auch vor allem zu nennen:

---

1) Vgl. Malawi Government, Department of Information: Malawi Yearbook 1980, S. 15 ff.

2) Otzen, U.: Malawi, a.a.O., S. 374

- die bereits 1964 gegründete Malawi Development Corporation (MDC)
- die als Finanzierungsinstrument der MDC 1968 geschaffene Development Finance Company of Malawi (DEFINCO)
- die seit 1973 arbeitende Investment and Development Bank of Malawi (INDEBANK)
- die ganz auf den landwirtschaftlichen Bereich ausgerichtete Agricultural and Marketing Corporation (ADMARC)

Wegen ihrer Bedeutung für die landwirtschaftliche Entwicklung werden die MDC und die ADMARC ausführlicher dargestellt. Die MDC dient vor allem dazu, die Einflußnahme der Afrikaner auf die Wirtschaft zu erhöhen. Da privates Kapital malawischer Unternehmer dazu (noch) nicht ausreichend zur Verfügung steht, geschieht dies auf dem Wege des Staatskapitalismus[1]. Aufgabe der MDC ist es, Projekte zu fördern, die der Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel dienen, wobei gegebenenfalls aus Mitteln der MDC Investitionen vorgenommen werden, allein oder zusammen mit geeigneten ausländischen Partnern. So wächst allmählich die Zahl der Betriebe, die sich ganz in malawischer Hand befinden oder an denen die MDC doch mehr oder weniger stark beteiligt ist.

Die ADMARC, früher Farmers Marketing Board, ist eine halbstaatliche Einrichtung mit monopsonistischer Marktposition. Für Agrarprodukte von Kleinbauern gibt die ADMARC Abnahmegarantien zu festen, evtl. gestützten Preisen. So wird eine intensive Flächennutzung gefördert, verbunden mit einer Einflußnahme auf die Produktpalette.

Die Garantie stabiler Preise, deren Höhe vom Staat festgesetzt wird, ist für die landwirtschaftlichen Betriebe von größter Bedeutung. Um sie zu ermöglichen, unterhält die ADMARC einen Preisstützungsfond. Die Übernahmegarantie er-

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi. Industrieberichte 17, a.a.O., S. 80

streckt sich nicht nur auf den Ankauf der Agrarprodukte, sondern auch auf deren industrielle Verarbeitung und die Abwicklung der Exporte[1]. Außerdem führt die ADMARC auch Forschungen über den Anbau neuer wirtschaftlich verwertbarer Produkte durch, importiert Saatgut und fördert den Absatz von Düngemitteln, die teilweise auch im Lande selbst hergestellt werden[2].

## 3.3 Möglichkeiten zur Inwertsetzung des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials

### 3.3.1 Ansätze zur landwirtschaftlichen Entwicklung

#### 3.3.1.1 Aktueller Stand der landwirtschaftlichen Entwicklung

In den frühen Entwicklungsstadien, in denen sich die ärmsten Entwicklungsländer befinden, ist die Landwirtschaft in der Regel der dominierende Sektor der Volkswirtschaft. Aus diesem Grund hat der Agrarbereich eine große Bedeutung für diese Länder. Die Agrarproduktion leistet den größten Einzelbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt, ist die Hauptquelle der Exporteinnahmen und bildet die wichtigsten Beschäftigungsmöglichkeiten.

Aus der Not der Ressourcenbeschränkung - Malawi verfügt weder über bedeutende Rohstoffe oder Mineralien, noch ist es nennenswert industrialisert - hat die Landwirtschaft auch in Malawi Vorrang. Die Bedeutung, die diesem Wirtschaftsbereich zukommt, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß ca. 90 % der malawischen Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig sind, daß sich ferner 86 % der erwerbstätigen Bevölkerung und 50 % der Lohnempfänger auf diesen Sektor konzentrieren. Die landwirtschaftliche

---

1) Vgl. BfA/NfA (J) 27.7.1979, Nur langsame Fortschritte in Malawis Landwirtschaft

2) Vgl. Blaschnek, W.R. und H. Dequin: Malawi, a.a.O., S. 104

Produktion trägt ca. 90 % zum gesamten Export bei, wobei der Tabakexport bei weitem der größte Devisenbringer ist. Zum Brutto-Inlands-Produkt trug die Landwirtschaft (mit Fischerei und Forstwirtschaft) insgesamt 43 % (1979) und noch rund 40 % (1982) bei[1].

Wie bereits erwähnt wurde, setzte Malawi von Anfang an auf eine schwerpunktmäßige Förderung der Landwirtschaft, um seine Wachstumszielsetzung zu erreichen. Eine erhöhte Agrarproduktion sollte über erhöhte Agrarexporte zu einer Steigerung der für die landwirtschaftliche Entwicklung notwendigen Devisen führen, die Investitionen im infrastrukturellen und industriellen Sektor bewirken sollten, die wiederum produktivere Arbeitsplätze schaffen sollten. Außerdem sollte die erhöhte Agrarproduktion eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung sichern.

Kennzeichnend für die landwirtschaftliche Produktion in Malawi ist - wie in vielen tropischen Entwicklungsländern - eine dualistische Betriebsstruktur[2]: Auf der einen Seite die Plantagenwirtschaft (sogenannte Estates), bestehend aus privaten und staatlichen Großbetrieben, und auf der anderen Seite kleinbäuerliche Landwirtschaft mit überwiegender Subsistenzwirtschaft (small holders). Von den vier Grundeigentumsformen[3] bzw. Bodenbenutzungsformen,

---

1) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1982, S. 122 u. 124; vgl. Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, a.a.O., S. 231; vgl. BfAI: Malawi, Wirtschaftsdatenblatt, Köln 30.12.1980, S. 4

2) Vgl. Kydd, J. u. R. Christiansen: Structural Change in Malawi since Independence: Consequences of a Development Strategy based on Large-scale Agriculture. In: World Development Vol. 10, No.5, S. 355-375, 1982

3) Es werden vier Grundeigentumsformen unterschieden: 1) Das "customary land", welches von Häuptlingen vergeben wird, und das 1979 79 % der gesamten Landfläche ausmachte; 2) das "public land", das sich im Staatseigentum befindet, und welches 1979 17 % der Staatsfläche ausmachte; 3) das "freehold land", welches sich hauptsächlich vom Privateigentum der früheren weißen Siedler ableitet, und das 1979 noch 1 % der Landfläche ausmachte; 4) das "leasehold land", das der Staat mit langfristigen Pachtverträgen vergibt, und das 3 % der gesamten Fläche des Landes ausmacht. - Vgl. Economic Planning Division, Office of the President and Cabinet: Estate Credit Study, Final Report, Dec. 1981

die in Malawi unterschieden werden, wird das "customary land" für das Bebauen der Kleinlandwirtschaft benutzt, während das "freehold land" und "leasehold land" zur Plantagenbewirtschaftung dient. Die durchschnittliche Anbaufläche einer Kleinbauernfamilie liegt bei 1,5 ha, lediglich 2,1 % der Kleinbauern haben mehr als 4,85 ha. Das bedeutet, daß das "customary land" recht gleichmäßig verteilt ist. Bei den Plantagen fand eine Verschiebung vom Privat- zum Pachtland statt. Diese Estates machen insgesamt 3 % der gesamten Landfläche aus, was etwa 13 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche entspricht.

Der größte Teil der Plantagenwirtschaft dient der Produktion von Exporterzeugnissen, während die Kleinbauernlandwirtschaft für die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu sorgen hat. Überschüsse von Kleinbauern, die nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch einige "cash crops" (Baumwolle, Tabak, Erdnüsse usw.) in geringem Umfang umfassen, werden soweit möglich von ADMARC zu im voraus festgesetzten Preisen aufgekauft und vermarktet. Der Beitrag der Kleinbauernlandwirtschaft zum BIP Malawis liegt für 1982 auf schätzungsweise etwas mehr als 30 %. Der Anteil an der gesamten Agrarproduktion war 85 % und an der Ausfuhr 25 %. Der Plantagensektor hatte einen Beitrag von 8 % zum BIP, 15 % an der Landwirtschaftsproduktion und über 66 % an der Ausfuhr.

Die bisherigen Ergebnisse der landwirtschaftlichen Entwicklung - besonders auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion - waren beachtlich. Nach Angaben der FAO konnte der Index der landwirtschaftlichen Produktion von 67 (1961-65) kontinuierlich auf 139 (1980) erhöht werden[1].

In der Nahrungsmittelproduktion kann ein Eindruck von diesem Produktionsanstieg gewonnen werden, wenn man die Entwicklung einiger Nahrungsmittelprodukte analysiert.

---

1) Vgl. FAO: Production Year Book 1976, 1980

Die Hauptnahrungsmittel sind Mais, Reis, Kassawa (Maniok), Sorghum, Hülsenfrüchte und Erdnüsse. Hinzu kommen Kartoffeln, Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Mangos, Bananen, Kochbananen u.a. Wie sich die Produktion dieser Nahrungsmittel in den Jahren von 1974 bis 1980 entwickelte, geht aus Tab. 5 hervor. Daraus läßt sich im allgemeinen eine stetige, wenn auch geringe Zunahme bei allen Früchten ablesen, also eine Erhöhung des Produktionsvolumens. Für die Arten Mais, Reis und Maniok ist außerdem festzustellen, daß sich deren Produktion pro Flächeneinheit, also die Produktivität, erhöht hat; dies gilt für Mais allerdings nur bis 1978. Für die anderen Arten waren entsprechende, flächenbezogene Daten nicht vorhanden. Von den genannten Arten gilt Mais bei weitem als das wichtigste Grundnahrungsmittel. Er wird auf etwa 65 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche angebaut[1]. Allerdings werden vielfach Mischkulturen angelegt, so daß z. B. Erdnüsse, Bohnen oder Kassawa zwischen dem Mais angebaut werden. Das Ziel der Regierung ist, die Eigenversorgung mit Mais auch in schlechten Erntejahren zu sichern, ohne daß eine größere Fläche mit Mais bestellt werden muß. In normalen Erntejahren sollte ein Überschuß über den Eigenbedarf hinaus von 7 % erreicht werden, was dazu führen soll, daß Malawi von Maisimporten in Jahren ungünstiger Witterung unabhängig wird. Für die Nahrungsmittelproduktion insgesamt konnte nach Angaben der FAO der Index von 117(1974) auf 131(1980) erhöht werden[2]. Als Folge der Steigerung der Produktion der einzelnen Nahrungsmittel und der Nahrungsmittel insgesamt, konnten die Einfuhren an Nahrungsmitteln reduziert werden. Von 5 % (1975) ging der Anteil der Nahrungsmittelimporte an den Gesamtimporten auf 2 % (1980) zurück. Dies bedeutet, daß ein höherer Selbstversorgungsgrad mit Grundnahrungsmitteln erreicht werden konnte. Diese positiven

---

1) Blachnek, W.R. und H. Dequin: Malawi..., a.a.O., S.85

2) Vgl. FAO: Production Year Book 1976, 1980

Tabelle 5 : Entwicklung der Produktion von Nahrungsmitteln (in 1000t) und Erträge/Flächeneinheit in dt/ha (für Mais, Reis, Maniok)

| Produktart | 1974 | 1975[1)] | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980[2)] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Mais | 1280 | 1000 | 1100 | 1200 | 1400 | 1200 | 1100 |
| dt/ha | 11,5 | 10,0 | 11,0 | 12,0 | 12,7 | 12,0 | 10,0 |
| Reis | 39,0 | 33 | 42 | 43 | 50 | 50 | 50 |
| dt/ha | 9,4 | 8,3 | 9,3 | 9,1 | 10,6 | 10,6 | 10,6 |
| Maniok | 100 | 100 | 105 | 65 | 70 | 80 | 90 |
| dt/ha | | | | 43,3 | 46,8 | 53,3 | 60,0 |
| Sorghum | 100 | 100 | 105 | 120 | 140 | 110 | 120 |
| Kartoffeln | 86 | 87 | 88 | 100 | 105 | 110 | 115 |
| Erdnüsse in Schalen | 86 | 87 | 165 | 174 | 170 | 170 | 177 |
| Hülsenfrüchte | 86 | 87 | 165 | 201 | 203 | 199 | 205 |
| Kohl | 15 | 17 | 17 | 18 | 18 | 20 | 22 |
| Tomaten | 24 | 25 | 26 | 26 | 27 | 27 | 28 |
| Zwiebeln | 10 | 10 | 10 | 11 | 12 | 12 | 13 |
| Mangos | 22 | 22 | 24 | 24 | 25 | 26 | 27 |
| Bananen (einschließlich Kochbananen) | 35 | 35 | 38 | 38 | 41 | 41 | 44 |

Quelle: 1) Daten von 1974-1975 basieren auf Angaben von Statistisches Bundesamt: Länderbericht Malawi 1980.

2) Daten von 1976-1980 basieren auf FAO Angaben zitiert nach: Statistisches Bundesamt: Länderkurzbericht, Malawi 1982.

Ergebnisse in bezug auf die Nahrungsmittelproduktion, die auch heute noch zu verzeichnen sind, haben Malawi in die Lage eines Nahrungsmittellieferanten versetzt[1]. Bisher gingen Nahrungsmittellieferungen in die Nachbarländer Tansania, Sambia, Mocambique und Zaire, die alle unter der großen Dürre im südlichen Afrika leiden.

In der "cash crop"-Produktion gewinnt man den Eindruck des Produktionsanstiegs, indem eine Analyse der Entwicklung der Hauptexportprodukte vorgenommen wird. Diese "cash crops" sind im wesentlichen Tabak, Tee und Zuckerrohr, die alle überwiegend in Plantagenwirtschaft angebaut werden. Die Zunahme des Outputs des Plantagensektors war beträchtlich, von 1967 bis 1979 sogar um über 15 % pro Jahr[2].

Die Entwicklung der Tabakproduktion ist Tab. 6 zu entnehmen. Von 13.000 t (1969) ist ein stetiger Zuwachs auf 54.000 t (1980) abzulesen. Im Zeitraum von 12 Jahren hat sich die Produktionsmenge mehr als vervierfacht. Dieser Erfolg ist zum Teil auf die erheblich verbesserten Absatzmöglichkeiten des malawischen Tabaks Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zurückzuführen, da in den USA infolge der hohen Kosten die Exportpreise stark gestiegen waren. Zum anderen Teil darauf, daß Malawi die Versorgung der früher von Rhodesien (dem heutigen Zimbabwe) bedienten Märkte übernahm, als Rhodesien wegen seiner einseitig erklärten Unabhängigkeit von vielen Ländern boykottiert wurde[3]. Durch das Wiedereintreten Zimbabwes in diesen Produktionsbereich hat Malawi eine wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt, was nicht ohne Folgen für den Tabakexport Malawis bleiben kann.

---

1) Vgl. Süddeutsche Zeitung 21.06.84; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 45 vom 6.11.83

2) Vgl. Lösch, D.: Markt oder Staat für die Dritte Welt, a.a.O., S. 164

3) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi, Industrieberichte 17, a.a.O., S. 64

Betrachtet man die Entwicklung der Preise (Tab. 6), so ist eine erhebliche Zunahme ab 1972 festzustellen, die sich bis 1977 fortsetzte und dort ihren Höhepunkt erreichte. Ab 1978 ist ein rapider Preisrückgang zu verzeichnen. Dies ist zum Teil auf die Erhöhung des Angebots (allein Malawis Nachbarland Zimbabwe produzierte 10.000 t jährlich), zum Teil auf den allgemeinen Preisverfall auf dem Weltmarkt als Folge der weltweiten Rezession zurückzuführen[1]. Diese Entwicklung gibt zu denken, da der Tabak seit 1960 das wichtigste Agrarexportprodukt Malawis ist. Der Anteil des Tabakausfuhrwertes am Gesamtausfuhrwert stieg von 36,7 % (1964) auf den bisher höchsten Stand von 48 % (1975). Im Jahr 1980 fiel er auf 43,4 % zurück und bis 1990 werden keine nennenswerten Steigerungen erwartet[2].

Als bedenklich muß die Veränderung der Produktionsstruktur bei Tabak zugunsten der Plantagenwirtschaft angesehen werden. Während 1964 der weitaus größte Teil des exportierten Tabaks von Kleinbauern produziert wurde und der Plantagentabak eine untergeordnete Rolle spielte, kehrte sich dieses Verhältnis 1975 zugunsten des Plantagentabaks um, dessen Vorsprung sich bis 1980 noch verstärkte und sich auch weiter verstärken wird[3]. Damit wird den Kleinbauern eine wesentliche Verdienstquelle immer mehr genommen. Die Erfolge wurden somit auf Kosten der Kleinbauernlandwirtschaft erzielt.

Tee stellte bis 1979 nach Tabak das zweitwichtigste Ausfuhrgut Malawis dar. Er wird hauptsächlich auf Plantagen angebaut; etwa 10 % werden von Kleinbauern produziert. Malawischer Tee besitzt mittlere Qualität, sie wurde aber in den letzten Jahren verbessert. Die Entwicklung von Produktionsmengen, Preisen und Exporterlösen zeigt

---

1) Vgl. Blick durch die Wirtschaft, 7.6.1980

2) Vgl. United Nations: Country Review Meetings, Malawi, a.a.O., S. 44

3) Vgl. United Nations: Country Review Meetings, Malawi ..., a.a.O., S. 44

Tabelle : Entwicklung der Tabakproduktion und der Preise (1969-1980)

| Jahr | Produktion (in 1000 t) | Preis (t/kg) | Erlöse (MK 1000) |
|---|---|---|---|
| 1969 | 13,1 | 9,2 | 69,03 |
| 1970 | 22,2 | 14,4 | 65,31 |
| 1971 | 26,3 | 20,1 | 75,56 |
| 1972 | 30,1 | 21,0 | 65,51 |
| 1973 | 31,2 | 26,3 | 79,26 |
| 1974 | 27,0 | 32,0 | 109,79 |
| 1975 | 35,0 | 44,3 | 127,32 |
| 1976 | 38,0 | 55,4 | 143,20 |
| 1977 | 51,2 | 89,2 | 170,76 |
| 1978 | 51,1 | 68,0 | 118,34 |
| 1979 | 54,0 | 70,0 | 111,93 |
| 1980 | 54,4 | 59,2 | - |

Quelle: National Statistical Office, Monthly Statistical Bulletin, September 1980, S. 4;
Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review, Vol. XIII - No. 3, 1981, S. 114.

Tab. 7. Demnach ist die Teeproduktion von 13.000 t (1965) auf die bisher höchste Menge von 33.000 t (1979) gestiegen. Demgegenüber wurde die Anbaufläche im gleichen Zeitraum nur von 14.000 auf 17.000 ha ausgedehnt. Dies entspricht einer Verdoppelung der Produktivität. Auch die Preise und Exporterlöse stiegen bis 1977 kontinuierlich an und erreichten dort den bisher höchsten Wert. Es erfolgte dann ein rapider Preisverfall und Rückgang der Exporterlöse. Allein im Jahr 1978 fiel der Preis um 45 % gegenüber dem Vorjahr. Der Preisrückgang ist auf das Überschußangebot am internationalen Teemarkt zurückzuführen, als Folge der erhöhten Teeproduktion aufgrund der günstigen Preise im Jahre 1977.

Zuckerrohr wird auf kommerzieller Basis in Malawi erst seit Anfang der 60er Jahre auf Plantagen angebaut. Die Produktion, die den Zuckerbedarf des Landes übersteigt und den Zuckerexport zuläßt, hat seit Eröffnung der Zuckerfabrik im Jahre 1966 laufend zugenommen. Die Entwicklung der Zuckerrohproduktion zeigt Tab. 8. Ihr ist zu entnehmen, daß zwischen 1974 und 1980 die Zuckerrohrproduktion fast verdreifacht wurde bei bis 1976 ansteigenden, danach ziemlich konstanten ha-Erträgen.

Entsprechend stiegen auch die Produktion des raffinierten Zuckers und die Zuckerexporte. So erhöhte sich die Weißzuckerproduktion von 49.000 t (1974) auf 155.000 t (1980), die Zuckerexporte stiegen von 32.000 t (1976) auf 81.100 t (1980).[1)] Ein bedeutender Teil der malawischen Zuckerexporte wird seit 1976 von den USA abgenommen, die Malawi im Rahmen der US-Sugar-Act eine Quote eingeräumt haben. Im Rahmen des Lomé-Abkommens wird Malawi auch von der EG eine Zucker-Quote zugesprochen[2)]. Die Weltmarktpreise

---

1) Vgl. National Statistical Office: Monthly Statistical Bulletin 1980, Dez., S. 4; vgl. Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi ..., a.a.O., S. 99

2) Vgl. IMF: Malawi - Recent Economic Developments, April 1980, unveröffentlicht

Tabelle 7 : Entwicklung der Teeproduktion 1965, 1970-1980

| Jahr | Produktion (in 1000t) | Anbaufläche (in 1000 ha) | Preis/Pfund | Ausfuhrerlöse ( in MK) |
|---|---|---|---|---|
| 1965 | 13 | 14 | - | 8 |
| 1970 | 20 | - | - | 11 |
| 1971 | 21 | - | - | 12 |
| 1972 | 21 | - | 55 | 12 |
| 1973 | 24 | - | 55 | 14 |
| 1974 | 23 | - | 74 | 17 |
| 1975 | 26 | - | 79 | 22 |
| 1976 | 28 | - | 77 | 26 |
| 1977 | 32 | - | 148 | 42 |
| 1978 | 32 | - | 81 | 29 |
| 1979 | 33 | 17 | 80 | 31 |
| 1980 | 30 | - | - | - |

Quelle: Blaschneck, W.R. und Dequin, H.: Malawi; a.a.O., S. 94.

Tabelle 8 : Entwicklung der Zuckerrohrproduktion in 1000 t.

| Jahr | Produktion | Erträge dt/ha |
|---|---|---|
| 1974 | 505 | 67 |
| 1975 | 700 | 78 |
| 1976 | 950 | 101 |
| 1977 | 960 | 102 |
| 1978 | 980 | 101 |
| 1979 | 1100 | 100 |
| 1980 | 1480 | 100 |

Quelle: Länderkurzbericht Malawi 1980, 1982.

sind in der Vergangenheit durch Schwankungen gekennzeichnet. Das in Kraft treten des neuen internationalen Zuckerabkommens im Jahr 1978 führte zur Verbesserung der Weltmarktpreise, was eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen aus Zuckerexporten bewirkte[1].

Die Analyse der Agrarausfuhrprodukte läßt zusammenfassend feststellen, daß sowohl das Volumen der Produkte als auch der daraus resultierenden Einnahmen erhöht werden konnte, und zwar trotz der für die meisten Produkte ständig fallenden Weltmarktpreise.

Auch im Vergleich der landwirtschaftlichen Ergebnisse mit anderen LLDC-Ländern bzw. Ländern mit niedrigen Einkommen steht Malawi an günstiger Position. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion von 4,1 % zwischen 1970 und 1980 nimmt Malawi die 4. Stelle unter diesen Ländern nach Tansania (4,9 %), Mali (4,4 %) und Birma (4,3 %)[2] ein.

In die Landwirtschaft werden neben der bereits analysierten Pflanzenproduktion die Bereiche Viehwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft einbezogen. Im folgenden soll in der gebotenen Kürze der bisherige Stand der Entwicklung dieser Bereiche dargestellt werden.

Die Viehwirtschaft ist nur wenig entwickelt und hat deshalb wirtschaftlich noch keine große Bedeutung. Eine Integration von Viehhaltung und Ackerbau in einem Betrieb ist kaum vorhanden. Neben der Rinderhaltung spielt nur die Haltung von Ziegen und Schweinen eine nennenswerte Rolle. Die Haltung von Milchkühen, Schafen und Hühnern ist noch sehr gering. Die Entwicklung der Viehwirtschaft in den Jahren 1976 bis 1980 zeigt Tab. 9. Demnach ist ein Anwachsen des Gesamtviehbestandes bis 1978 zu erken-

---

1) Vgl. Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi ..., a.a.O., S. 99

2) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1982, a.a.O., S. 120

Tabelle 9 : Die Entwicklung der Viehwirtschaft (in 1000)

| Tierart | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|---|---|---|---|---|---|
| Rinder | 690 | 707 | 744 | 790 | 823 |
| Milchkühe | - | 68 | 70 | 72 | 78 |
| Schweine | 189 | 200 | 205 | 174 | 180 |
| Schafe | 88 | 86 | 86 | 79 | 75 |
| Ziegen | 739 | 794 | 794 | 655 | 630 |
| Hühner | 7,8 | 7,9 | 7,9 | 8,0 | 8,4 |
| | 1713,8 | 1862,9 | 1906,9 | 1778 | 1794,4 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik des Auslandes: Länderkurzbericht Malawi, 1982, S. 15.

nen. Die Zunahme ist hauptsächlich auf den Anstieg des Bestandes an Rindvieh, Schweinen und Ziegen zurückzuführen. Über dieses Jahr hinaus wurde nur der Rinderbestand noch deutlich erhöht; alle anderen Tierarten nahmen nur geringfügig zu oder wurden reduziert (Ziegen und Schweine).

Die Entwicklung der Fleischproduktion wird gemessen an der Zahl der Schlachtungen, die in Malawi von der einzigen Schlachthofgesellschaft, der Cold Storage Company, durchgeführt werden, soweit es sich um kontrollierte Schlachtungen handelt. Diese Gesellschaft ist gleichzeitig Aufkäufer und Exporteur von Häuten und Fellen.

Die Zahl der Schlachtungen konnte von 69.000 (1977) auf 78.000 (1980) erhöht werden. Die Rind- und Kalbfleischmengen stiegen entsprechend von 10.000 t (1976) auf 12.000 t (1980)[1]. Seit 1976 wird damit der Eigenbedarf an Rindfleisch gedeckt[2]. Neben Rind- und Kalbfleisch wird in geringerem Umfang Schweine-, Ziegen- und Geflügelfleisch produziert. Die Produktion von Schweinefleisch ging leicht zurück, von 8.000 t (1976) auf 7.000 t (1980), ebenso die Produktion von Ziegenfleisch von 3.000 t auf 2.000 t (1980). Die Geflügelfleischproduktion dagegen stieg im gleichen Zeitraum um 2.000 t auf 9.000 t im Jahr 1980.

Neben Fleisch ist als weiteres Produkt Milch zu nennen. Die Milchwirtschaft ist in Malawi wenig entwickelt. Die statistische Erfassung der kommerziellen Milchverwertung beschränkt sich lediglich auf die Ballungszentren, wo die Milcherzeugung mit 0,6 l pro Kopf und Jahr angegeben wird. Da die heimische Erzeugung sehr gering ist, müssen Milch und Milchprodukte (1970 im Wert von MK 1.083.000)

---

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes, Länderbericht Malawi 1982, S. 16

2) BfAI: Marktinformation, Malawi, Wirtschaftliche Entwicklung 1979, Köln 1980, S. 4

importiert werden[1]. Neuere Daten über die Milchproduktion waren nicht erhältlich.

Außerdem werden Häute und Felle produziert und exportiert. Für das Jahr 1979 wurden Deviseneinnahmen von 668.000 MK angegeben für 48.000 Häute und 50.957 Felle[2]. Gegenüber 1969 bedeutet dies einen Anstieg der Deviseneinnahmen in diesem Bereich von 267 %[3].

Der Fischerei wird große Bedeutung beigemessen, da sie im Hinblick auf die geringe Fleischversorgung die wichtigste Quelle tierischen Eiweißes für die traditionelle Ernährung in Malawi darstellt. 75 % des tierischen Eiweißbedarfes werden allein durch Fisch gedeckt. Angesichts der federführenden Rolle, die Malawi im Rahmen der SADCC für den Bereich des Fischereiwesens zugesprochen wurde, wird die Bedeutung der Fischerei in Malawi noch zunehmen[4].

Die natürlichen Voraussetzungen für die Fischerei werden als günstig angesehen, da die Seen und Flüsse Malawis einen großen Fischreichtum bergen. Das Vorkommen dürfte etwa 350 bis 400 Arten umfassen. Ein großer Teil davon wird als nur in Malawi vorkommend beschrieben. Wirtschaftlich nutzbar sind zur Zeit nur wenige Arten[5].

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi. Industrieberichte 17, a.a.O., S. 75

2) Vgl. Malawi Government, The Department of Animal Health and Industry: General Statistics of the Activities of the Department of Animal Health and Industry 1975/1979

3) Malawi Export Promotion Council (MEPC): Malawi Buyers Guide 1982/83. A Handbook on Malawi Exports, Blantyre 1982

4) Vgl. United Nations: Country Review Meetings, Country Presentation Malawi, a.a.O., S. 117

5) Vgl. Hofmeier, R.: The Southern African Development Coordination Conference (SADCC): Neue Perspektiven einer regionalen Kooperation im südlichen Afrika und der Verringerung der Abhängigkeit von Südafrika. In: Afrika-Spektrum. Hamburg 1981, 16. Jg., Heft 3, S. 258 ff.

Die Entwicklung der Fischproduktion in den vergangenen Jahren zeigt Tab. 10. Ihr ist zu entnehmen, daß die Fangmenge von 13.200 t im Jahre 1964 auf 74.900 t im Jahr 1976 gesteigert werden konnte. Auch der Fischverbrauch der Bevölkerung stieg, und zwar von etwa 5 kg (1968) auf 12 kg (1972) und 13 kg (1976) pro Kopf und Jahr[1]. Möglichkeiten in der Weiterentwicklung des Fischfangs ergeben sich durch die Anwendung besserer Fangmethoden. Eine weitere Ausdehnung würde aber auch eine Verbesserung der Konservierungs- und Transportmöglichkeiten nach sich ziehen, um die Vermarktung zu ermöglichen.

Maßnahmen der Regierung umfassen intensive Untersuchungen der Fischfangmöglichkeiten im Tiefwasserbereich und im Nordteil des Malawisees sowie die Förderung der fischverareitenden Industrie. Es sind Schutzmaßnahmen gegen partielles Überfischen durchaus erforderlich, das in einigen Fanggebieten bereits festgestellt wurde. Maßnahmen dagegen wären: Lizenzvergabe, Besteuerung nach Netzumfang, Festlegung von Mindestgrößen der Fische, die gefangen werden dürfen, Schutz der Laichplätze, die durch die Regierung bereits z.T. verfolgt werden.

Die Forstwirtschaft hat in Malawi noch eine geringe Bedeutung. Zwar sind etwa 20 % der Landfläche mit Wald bedeckt, ohne jedoch forstwirtschaftlich erschlossen zu sein, da es sich meist um gebirgige Lagen handelt. So wird der Wald vielfach extensiv genutzt und als Vieh- und Bienenweide oder Lieferant von Früchten, Kräutern und Arnzeimitteln angesehen. Die Gewinnung von Nutzholz beträgt jährlich knapp 300.000 $m^3$ und ist damit sehr gering[2], obgleich sehr hoher Bedarf an Nutz- und Brennholz besteht. Besonders der Bedarf an Bauholz kann praktisch

---

1) Vgl. Malawi Government: Malawi Statistical Yearbook 1974-1979

2) Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Malawi, 1982, a.a.O., S. 7

Tabelle 10 : Entwicklung der Fischfangmengen (in t) und des Wertes der Fangmengen (in 1000 MK) 1964-1980

| Jahr | Fangmengen | Wert (in 1000 MK) |
|---|---|---|
| 1964 | 13.200 | - |
| 1966 | 17.600 | - |
| 1970 | 66.300 | 5.552 |
| 1975 | 70.923 | 7.941 |
| 1976 | 74.900 | 7.490 |
| 1977 | 68.200 | 6.820 |
| 1978 | 67.677 | 8.798 |
| 1979 | 60.000 | 7.617 |
| 1980 | 60.000 | - |

Quelle: Malawi Government: Department of Fisheries, zitiert nach Blaschnek, W.R. und Dequin, H.: Malawi, a.a.O., S. 123; S
Fangmengen für 1979 + 1980:
Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslands, Länderkurzbericht, Malawi 1982 a.a.O., S. 16.

nur durch Einfuhren gedeckt werden. Im Jahre 1976 wurden Holz und Holzprodukte für 2,6 Mio. MK importiert[1].

Doch muß gewarnt werden vor zu starker Abholzung, die wiederum Bodenerosion und das Sinken des Grundwasserspiegels nach sich zieht. Beide stellen in dichter besiedelten Gebieten bereits ernste Probleme dar[2]. Um dem entgegenzuwirken und gleichzeitig die Eigenversorgung zu ermöglichen, wurde ein Aufforstungsprogramm begonnen, das weiter ausgebaut werden soll. Demnach soll Malawi bis 1990 in diesem Bereich Selbstversorger sein können[3]. Von 1981/82 bis 1990/91 sollen dafür Ausgaben in Höhe von 20.7 Mio. MK getätigt werden[4]. In Verbindung mit diesem Aufforstungsprogramm ist auch die Gewinnung von Papier und Zellstoff vorgesehen, wodurch 1.500 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

3.3.1.2 Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Weiterentwicklung

Im landwirtschaftlichen Bereich sind deutliche Entwicklungserfolge erzielt worden, die jedoch weiter ausbaubar wären. Von den klassischen Produktionsfaktoren sind Arbeit reichlich, Boden knapper werdend vorhanden. Kapital ist, wie in allen Ländern dieses Entwicklungsstadiums, knapp. Der technische Fortschritt, einer der wichtigsten Produktionsfaktoren, kann dementsprechend nicht genügend wahrgenommen werden. Die spezifisch landwirtschaftlichen Voraussetzungen wie Klima und Bodenbeschaffenheit sind für diese Region als günstig anzusehen. Für die Forstwirtschaft und die Fischerei bieten sich ausgedehnte Waldflächen und mit dem Malawisee große, ausbaufähige Potentiale an.

---

1) Vgl. Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi ..., a.a.O., S. 127

2) Vgl. ebda, S. 1

3) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi. Industrieberichte 17, a.a.O., S. 74

4) Vgl. United Nations: Malawi. Country presentation ..., a.a.O., S. 119

Jetzt kommt alles darauf an, diese Voraussetzungen durch entsprechende Rahmenbedingungen auszubauen und unterstützende Maßnahmen seitens der Regierung zu treffen. So können durch gerechte Preispolitik Anreize für Kleinbauern geschaffen werden, ihre Produktion zu erhöhen. Eine umsichtige Kreditpolitik kann den Zugang zum Kapital für Kleinbauern erleichtern. Es wäre auch wichtig, ein Beratungssystem aufzubauen, um Grundlagen für ein besseres Know-How zu geben. Durch die Förderung infrastruktureller Maßnahmen können Transportschwierigkeiten überwunden werden.

3.3.1.3 Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Weiterentwicklung

Die Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft werden in einer Untersuchung von HANCE als "fair" (günstig) bezeichnet[1]. Dies scheint auch für die nächste Zukunft zu gelten, da der Agrarsektor weiterhin den größten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten wird[2]. Im Hinblick auf den knapp werdenden Produktionsfaktor Boden und das hohe Bevölkerungswachstum bedeutet dies für Malawi, daß eine Intensivierung der Anbaumethoden erforderlich ist, was eine kostengünstige Bereitstellung von Kapital voraussetzen würde. Es ist zu hoffen, daß neben den Intensivierungsbestrebungen ökologische Gesichtspunkte nicht aus dem Auge verloren werden.

Eine Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion ist notwendig im Bereich der Agrarexporte, um die einseitige Abhängigkeit von Tee, Tabak und Zucker abzubauen. Möglichkeiten bieten sich an im Ausbau der Reis-, Baumwoll-, Kaffee-, Weizen-, Obst- und Hülsenfruchtproduktion.

Im Mittelpunkt aller obengenannten Maßnahmen sollte die kleinbäuerliche Landwirtschaft stehen, weil sie noch am

---

1) Vgl. Hance, W.A.: African Economic Development. Rev. Edition, New York/Washington/London 1967, S. 279

2) Vgl. UN: Country Review Meetings..., a.a.O., S. 44

ehesten die Möglichkeiten bietet, die vorhandenen Faktoren Arbeit und Boden ökonomisch sinnvoll zu nutzen und die knappen Faktoren Kapital und Devisen zu schonen. Auch Kydd und Christiansen[1] stellten für Malawi fest, daß eine Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft nötig ist, da sie in den letzten Jahren starke Wachstumseinbußen zugunsten der Großbetriebslandwirtschaft erlitten hat.

Die Viehwirtschaft ist noch verhältnismäßig wenig entwickelt. Der Mangel an gutem Weideland und das Auftreten von Tierkrankheiten sind Hindernisse, deren Überwindung in Angriff genommen werden müßten. Günstig wirkte es sich aus, wenn die Viehwirtschaft nicht weiterhin getrennt von Pflanzenproduktion betrieben, sondern eine Verbindung beider Zweige in einem Betrieb gefördert würde. Düngungs- und Futterkosten wären so niedrig zu halten.

Die Fischerei ist in Malawi in hohem Maße entwicklungsfähig. Große Binnengewässer mit hohem Fischreichtum bieten vorzügliche Voraussetzungen für die Steigerung sowohl der Nahrungsmittelproduktion für die einheimische Bevölkerung als auch der Produktion für den Export. Allerdings sind mit dem Ausbau hohe Investitionen verbunden, da moderne Fangschiffe, Kühl- und Verarbeitungsanlagen sowie Transportmöglichkeiten die Voraussetzungen wären. Die internationalen Organisationen wie FAO und Europäischer Entwicklungsfonds unterstützen dieses Vorhaben finanziell.

Die Forstwirtschaft sollte stärker betrieben werden, da ein hoher Bedarf an Brenn- und Bauholz besteht, der z.Zt. über Einfuhren gedeckt wird und Devisen festlegt.

---

1) Vgl. Kydd, J. u. R. Christiansen: Structural Change in Malawi since Independence. In: World Development H.5, 1982, S. 355 f.

### 3.3.2 Ansätze zur industriellen Entwicklung

#### 3.3.2.1 Aktueller Stand der industriellen Entwicklung

Als Malawi im Jahr 1964 unabhängig wurde, verfügte es nur über wenige Industriebetriebe, die im wesentlichen landwirtschaftliche Produkte um eine oder zwei Stufen - hauptsächlich für den Export - verarbeiteten. Im einzelnen handelte es sich dabei überwiegend um Tee- und Tabakverarbeitungsbetriebe. Das Fehlen abbauwürdiger mineralischer Rohstoffe verhinderte eine Entstehung dieser Art von Industriebetrieben mit Ausnahme einer Zementfabrik der "Malawi Portland Cement Company".

Trotz der Ausrichtung der Entwicklungspolitik primär auf den landwirtschaftlichen Sektor, in welchem Malawi einige komparative Vorteile zu verzeichnen hat, wird auch hier seit der Unabhängigkeit - wie in vielen anderen Entwicklungsländern - eine Industrialisierung angestrebt. Im Gegensatz zu den anderen Entwicklungsländern soll jedoch nicht um jeden Preis industrialisiert werden. Die verschiedenen Zielvorstellungen, die sich aus den Entwicklungsplänen Malawis herleiten, die jedoch für die Unternehmen keinen bindenden Charakter haben, lassen sich wie folgt formulieren:

- Förderung derjenigen Industrievorhaben, die einen echten Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum leisten (Wachstumtsorientierung)
- Förderung der Industrievorhaben, die importsubstituierende Produkte herstellen
- Förderung der Industrievorhaben, die exporterhöhende und nach Möglichkeit exportdiversifizierende Produkte herstellen
- Förderung der Industrievorhaben, die arbeitsintensive Produkte herstellen
- Förderung der Industriebetriebe, die sich außerhalb von Ballungszentren ansiedeln wollen (regionale Verteilung der Entwicklung).

Welche Strategie, ob die "balanced growth" oder "unbalanced growth" verfolgt wird, läßt sich nicht deutlich feststellen. Von den "supplementären Strategien" wurde zunächst vorrangig Importsubstitution verfolgt[1]. Die Industrien, die hier ansiedeln, müssen jedoch den Wettbewerb um inländische Güternachfrage mit ausländischer Konkurrenz bestehen können.

Das höchste Wachstum der industriellen Produktion wurde in der Zeit zwischen 1964 und 1970 erzielt. Der Index der industriellen Produktion konnte innerhalb dieser Zeit von 100 (1964) auf 316 (1970) erhöht werden,[2] als ein Indexzuwachs von durchschnittlich 36 jährlich. Der Anteil des Sektors verarbeitende Industrie am BIP erhöhte sich von 9,2 % (1964) auf 12,7 % (1970)[3]. Die Anzahl der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten stieg auf 120 an, wovon etwa die Hälfte als handwerkliche Betriebe zu betrachten sind[4].

Dieses industrielle Wachstum ist auf folgende Faktoren zurückzuführen[5]:

- auf eine steigende Nachfrage nach Konsumgütern und Zwischenprodukten, die sich wiederum aus einem im Durchschnitt um 17 % gestiegenen Kaufkraftniveau ergab
- auf die verstärkte Importsubstitution
- auf einen Zuwachs der Menge und des Wertes der verarbeiteten und halbverarbeiteten landwirtschaftlichen Produkte.

---

1) Vgl. Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi ..., a.a.O., S. 131

2) Vgl. Malawi Government: Economic Report 1971

3) Vgl. U.N.: Country Review Meetings ..., a.a.O., S.44

4) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi, Industrieberichte 17, a.a.O., S. 77

5) Vgl. Malawi Survey. In: African Development, London 1971, S. 7; BfAI: Marktinformation, Malawi, Wirtschaftliche Entwicklung 1970/71, Nr. A/125, Köln Sept. 1971, S. 19

Die Entwicklung zwischen 1970 und 1980 ist zwar durch ein weiteres Wachstum der Industrieproduktion gekennzeichnet, das jedoch insgesamt langsamer verlief und sogar gegen Ende der 70er Jahre rückläufig war. Der Index der Industrieproduktion stieg von 100 (1970) auf 228 (1979) an, im Durchschnitt der Jahre also ein Indexwachstum von 14, was einen geringeren Zuwachs darstellt als zwischen 1964 und 1970. Insgesamt wurden in dieser Zeit 152 neue Lizenzen an Unternehmen vergeben, die insgesamt 152,9 Mio. MK investierten, wobei der überwiegende Teil Auslandsinvestitionen waren.

Der Rückgang des industriellen Wachstums hat sich auch in den 80er Jahren fortgesetzt und erreichte im Jahr 1982 mit einem negativen Wachstum von -4,4 % den bisher tiefsten Punkt[1]. Es ist nicht verwunderlich, daß der Beitrag des industriellen Sektors zum BIP auch im Jahr 1982 immer noch bei 12 % stagniert, bei einer Beschäftigtenzahl von etwa 40.000.

Das nachlassende Wachstum der Industrieproduktion ist zum Teil auf die erschöpften Möglichkeiten der Importsubstitutionsindustrie in Malawi (wegen des geringen Binnenmarktes), zum Teil auf verschiedene andere Faktoren zurückzuführen wie die erhöhten Treibstoffkosten infolge der Ölkrise, Transportverzögerungen von und nach den Haupt- aus- und Einfuhrhäfen infolge von kriegerischen Auseinandersetzungen im Nachbarland Mozambique, Verteuerung der Importe für Investitionsgüter und Ersatzteile der verarbeitenden Industrie, angespannte Liquiditätsbedingungen und die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage. Auch die sinkende Zuwachsrate der Primärproduktion im Agrarbereich (seit 1977) hat eine Rolle gespielt, indem sie zwangsläufig zur Verringerung des Wachstums der verarbeitenden Industrie führte[2].

---

1) Vgl. Malawi Government, Economic Planning Division: Mid-Year Economic Review 1982/83 (unveröffentlicht)

2) Vgl. Ötzen, U.: Malawi, a.a.O., S. 370

Die Auswirkung auf die Beschäftigtenzahl bezeichnete GUPTA 1974 als günstig[1]. Die Wachstumsrate der Beschäftigten war jedoch kleiner als die der Industrieproduktion. Trotz relativ hoher Kapitalintensitäten[2] konnte die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie von 17.700 (1969) auf 28.000 (1975) gesteigert werden. Auch bis 1980 (39.000) waren Zuwächse zu verzeichnen[3]. Die Zuwächse sind unschwer auf die restriktive Lohnpolitik in Malawi zurückzuführen, die einerseits große Einkommensunterschiede zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung verhindern und andererseits die Konkurrenzfähigkeit der in Malawi erzeugten Produkte sichern soll[4].

Eine regional ausgeglichene industrielle Entwicklung ist bisher ausgeblieben. Nach wie vor befinden sich die vorhandenen Produktionsbetriebe fast ausschließlich in der Südregion, hier insbesondere im Raum Blantyre/Limbe, der als das wichtigste industrielle Wachstumsgebiet anzusehen ist. Auch der Verkehrsknotenpunkt Liwonde am Shirefluß, der als ein potentielles Industriewachstumsgebiet gilt, befindet sich in dieser Region. Dagegen ist die Zentralregion nur gering und die Nordregion kaum von Industrieansiedlung berührt. Erst seit der Verlegung der Hauptstadt von Zomba nach Lilongwe (Hauptort der Zentralregion) wird die Industrieansiedlung in dieser Region durch Erschließung der Industriegebiete und die Gewährung verschiedener Anreize aktiv gefördert. Die Industrialisierungsanstrengungen werden jedoch nur langsam wirksam. Hauptsächlich

---

1) Vgl. Gupta, D.B.: Industrial Development in Malawi. In: Journal of Social Science 3, 1974, S. 35-47

2) Vgl. Malawi Government, Ministry of Trade and Industry: Industrial Development in Malawi, Blantyre 1970, S. 16; ders.: Economic Report 1971, Zomba, S. 53; vgl. auch Blachnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi..., a.a.O., S. 132

3) Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes, Länderkurzberichte Malawi 1982, a.a.O., S. 14

4) Vgl. Gupta, D.B.: Industrial Development ..., a.a.O., S. 35 f.

handelt es sich bei der Industrie im Raum Lilongwe um einige Nahrungsmittel-, Textil- und Tabakaufbereitungsbetriebe sowie Reparaturwerkstätten. Die Daten über die Industrieansiedlung in Malawi zeigen, daß sich im Jahr 1973 allein 9 der Industriestandorte in der Südregion, 4 in der Zentralregion und lediglich 2 im Süden der Nordregion befanden. Die regionale Verteilung der Zahl der Betriebe ist sogar noch ungleichmäßiger: Von insgesamt 120 Betrieben sind allein 108 in der Südregion angesiedelt, wovon 86 (= 71 %) auf das Gebiet Blantyre/Limbe entfallen, 10 auf die Zentralregion und nur 2 auf die Nordregion[1].

Die Untersuchung der Entwicklung der einzelnen Industriezweige zeigt, daß die Industriestruktur Malawis durch Industriezweige gekennzeichnet ist, die typisch für die Anfangsphase der Industrialisierung sind. Ausführlich haben sich Dilg[2] und auch Lienau[3] mit dieser Frage beschäftigt. Danach dominieren nach wie vor in Malawi Industriezweige, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten. Das ist im Sinne der Entwicklungsstrategie Malawis, in der eine Verzahnung des Wachstums der Landwirtschaft und des industriellen Sektors miteinander durch Aufbau und Ausbau der industriellen Weiterverarbeitung von Agrarprodukten vorgesehen ist. Zwischen 66 % und 75 % der Anzahl der Unternehmen, des Gesamtumsatzes und der Beschäftigten dieses Sektors entfallen auf die Teilsektoren, die Nahrungs- und Genußmittelprodukte, Textil- und Ledererzeugnisse sowie Tee- und Tabakwaren verarbeiten. Außerdem gibt es die relativ unbedeutenden Teilsektoren Holz und Holzverarbeitung, Druck und Papier, Chemie, Metall und nichtmetallische Mineralien.

---

1) Vgl. Lienau, C.: Malawi ..., a.a.O., S. 124
2) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi ..., a.a.O., S. 85 ff.
3) Vgl. Lienau, C.: Malawi ..., a.a.O., S. 121 f.

Kennzeichnend für das malawische produzierende Gewerbe - neben den drei bereits erwähnten Teilsektoren - sind[1]: Die große Bedeutung einiger weniger Unternehmen sowie deren starke kapitalmäßige Verflechtung, der hohe Konzentrationsgrad auf den Inlandsmärkten infolge einer nur geringen Anzahl von Firmen in den existierenden Teilsektoren, eine relativ arbeitsintensive Produktionstechnik sowie eine relativ hohe Gewinnrate der Großunternehmen. Der Staat hat sehr starken Einfluß auf die gewerbliche Wirtschaft in Malawi, der über kapitalmäßige Beteiligung an den halbstaatlichen Organisationen geschieht.

### 3.3.2.2 Voraussetzungen für die industrielle Weiterentwicklung

Bei den Industrialisierungsbemühungen in Malawi werden keine direkten Investitionstätigkeiten durch den Staat vorgenommen, da der Industriesektor hauptsächlich dem privatwirtschaftlichen Bereich überlassen ist. Die Steuerung der industriellen Entwicklung geschieht indirekt durch die Lizenzvergabepolitik und durch Beteiligung über die Malawi Development Corporation. Für Fortschritte in den Industrialisierungsbestrebungen ist Malawi deshalb auf private Investitionen angewiesen, die vor allem aus dem Ausland stammen. Bekanntlich unterliegt das private Kapital verschiedenen Risiken. Eine Minimierung dieser Risiken erfordert ein gutes Investitionsklima und verschiedene Anreize, um private Investitionen anzuziehen.

Obwohl es in Malawi bisher kein Investitionsgesetz gibt, ist ein System von Anreizen vorhanden[2]. Von Bedeutung

---

1) Vgl. Losch, D.: Markt oder Staat für die Dritte Welt, a.a.O., S. 150

2) Vgl. BfAI: Wirtschaftsdatenblatt Malawi, Köln 30/12/80, S.13; Malawi Government, Ministry of Finance: Background Information on Investment Prospects, a.a.O., S. 18 ff.; Malawi Government, Ministry of Trade and Industry: Industrial Development in Malawi, A Guide for Prospective Investors, 1970, S. 21 ff.

sind verschiedene Steuervergünstigungen für Betriebe, wie sie in den Steuergesetzen vorgesehen sind. Darunter fallen relativ großzügige Abschreibungsmöglichkeiten für den Erwerb oder den Bau von Industriegebäuden und Häusern zur Personalunterbringung. Außerdem gelten folgende Ausgaben als abzugsfähig:

- Reparaturkosten für Gebäude und Maschinen des Betriebes
- Mieten oder ähnliche Zahlungen für die Benutzung von Land, Gebäuden oder Fabrikanlagen
- Gebühren für die Verwendung von Patenten, Warenzeichen, Mustern und Modellen.

Einen weiteren wichtigen Ansatzpunkt als Maßnahme zur Förderung der Industrialisierung stellen die Instrumente der Zollpolitik dar. Um die Industrialisierung durch Importsubstitution zu fördern, kann Zollschutz bei Antrag gewährt werden, insbesondere auf Importe von Bekleidungsartikeln, Textilien und alkoholischen Getränken, um die junge einheimische Industrie zu schützen. Neben dem Zollschutz gibt es die Einfuhrzollermäßigung bzw. Zollbefreiung auf Investitions- bzw. Kapitalgüter, die zum Aufbau der einheimischen Industrie benötigt werden. Es handelt sich dabei um Maschinen, Maschinenteile und Rohstoffe zur Herstellung verschiedener Produkte.

Als sehr wirkungsvolle Maßnahme gilt in Malawi die Bereitstellung von Industriezonen. In diesen Zonen ist für die Infrastruktur gesorgt, so daß es sich für Investoren als vorteilhaft erweist, sich dort anzusiedeln. Solche Industriezonen sind bisher in Blantyre und Liwonde im Süden und in Lilongwe in der Zentralregion errichtet worden.

Als investitionsfördernd ist auch die Devisengesetzgebung Malawis anzusehen, die als liberal gilt (Ermöglichung von Gewinntransfer und Kapitalrepatriierung der Auslands-

investoren). Durch eine restriktive Lohnpolitik werden die Gewinnmöglichkeiten der Investoren erhöht, indem die Lohnkosten niedrig gehalten werden, was auch als Anreiz anzusehen ist.

### 3.3.2.3 Möglichkeiten der industriellen Weiterentwicklung

Bereits vor einigen Jahren bezeichnete HANCE die Entwicklungsmöglichkeiten für den Industriesektor in Malawi als "poor"[1]. Auch eine spätere Untersuchung von Dilg[2] sieht geringe Entwicklungschancen in diesem Bereich. Verschiedene Faktoren sprechen für diese geringen Industrialisierungsmöglichkeiten[3].

Als größtes Hemmnis ist der kleine Binnenmarkt für Industrieerzeugnisse zu nennen, der auf die geringe Kaufkraft - als Folge des niedrigen Durchschnittseinkommens pro Kopf - zurückzuführen ist. Als weitere Beeinträchtigung gilt die Lage Malawis als Land ohne Zugang zum Meer (Landlocked Country) und die große Entfernung von internationalen Seehäfen. Dies führt zu hohen Transportkosten für Importe und Exporte, was eine vermindernde Wirkung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat. Auch der Mangel an hochqualifizierten und geeigneten Fach- und Führungskräften stellt ein weiteres Hemmnis für die Industrialisierung dar. Dies ist zum Teil die Folge der Kolonialpolitik, die die Führungsaufgaben in Industrieunternehmen ausschließlich den Nichtafrikanern vorbehielten. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, fehlen hier außerdem mineralische Rohstoffe, deren Vorhandensein in anderen Entwicklungsländern den Anstoß zur Industrialiserung gegeben hat.

---

1) Vgl. Hance, W.A.: African Economic Development, a.a.O., S. 290-291

2) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi ..., a.a.O., S. 82 f.

3) Vgl. U.N.: Country Review Meetings, Country Presentation Malawi, a.a.O., S. 25

Trotz dieser nicht gerade günstigen Voraussetzungen muß unermüdlich nach Wegen und Möglichkeiten gesucht werden, dennoch eine industrielle Entwicklung in Gang zu setzen, angesichts des schnellen Bevölkerungswachstums und der Tatsache, daß bereits ein sehr hoher Anteil der aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist.

Das Industrialisierungsprogramm für die 80er Jahre, dessen Zielvorstellungen sich nicht wesentlich von den vorherigen unterscheiden, sieht einige dieser Möglichkeiten noch weiterhin im Bereich der Importsubstitution[1]. Eines der wichtigsten Industrieprojekte in diesem Bereich, das für die 80er Jahre vorgesehen war, ist ein 8.7 Mio. US $ erforderndes Projekt für die Gewinnung von Äthanol-Treibstoff aus Melasse, das bis zu 10 % des Benzinbedarfs (von 1981) liefern sollte. Durch die Äthanolherstellung soll die Abhängigkeit von Ölimporten (im Jahr 1980 13,9 % der Gesamteinfuhren) verringert und Deviseneinsparungen von jährlich rund 1,7 Mio. US $ erreicht werden. Die Produktion, die inzwischen aufgenommen worden ist, soll bis 1984 jährlich rund 19500 t Melasse verarbeiten[2].

Außerdem ist die Errichtung einer Düngemittelfabrik vorgesehen, die Investitionen in Höhe von 96 Mio. MK erfordern wird. Andere Möglichkeiten umfassen Glasherstellung, Zementverarbeitung und Erweiterung eines Textilverarbeitungsbetriebes[3].

Besonders erfolgversprechende Möglichkeiten sieht das Industrialisierungsprogramm im Bereich der Agrarindustrien[4].

---

1) Vgl. U.N.: Country Review Meetings, Country Presentation Malawi, a.a.O., S. 30

2) Vgl. IFC: Mitteilung an die Presse v. 4. Feb. 1981: Malawi: 8.7 Mio. $ für Treibstoff aus Melasse

3) Vgl. Financial Times 4.11.1981: Malawi IV. Survey

4) Vgl. IMF: Malawi - Recent Economic Developments, 1. Mai 1980 (unveröffentlicht); U.N.: Country Review Meetings..., a.a.O., S. 30

In Anbetracht des reichlichen Angebotes an agrarischen Rohstoffen sind die Möglichkeiten hier günstig. Eine Erhöhung dieser Rohstoffe, die durch eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion hervorgerufen wird, wird eine Erweiterung der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Folge haben.

Besondere Bedeutung wird einem Programm zur Förderung der kleinen und mittleren Industrieunternehmen beigemessen. Die bisherigen Bemühungen auf diesem Gebiet hatten nur geringen Erfolg. Einerseits wegen der Knappheit der Finanzierungsmittel, da die konventionellen Kreditinstitute den finanziellen Bedürfnissen dieser Industrieunternehmen nicht in ausreichendem Maße gerecht wurden und andererseits wegen des Fehlens technischer und beratender Dienste. Eine Untersuchung über Investitionsmöglichkeiten im Rahmen dieses Programms, die vom Industrie- und Handelsministerium mit Unterstützung von UNDP und UNIDO durchgeführt wurde, ist im Jahr 1982 abgeschlossen worden. Die in Frage kommenden kleinen und mittleren Industrievorhaben, die hauptsächlich Inlandsrohstoffe benutzen werden, umfassen demnach die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten wie Obst, Kaffee und Tee. Möglichkeiten ergeben sich auch in der Honig- und Bienenwachsverarbeitung, Hühnerzucht und Ziegelei. Als Unternehmensform wird dabei "joint ventures" empfohlen[1]. Zur Förderung dieses Programmes sind 14 Mio. MK für die Zeit zwischen 1981/82 bis 1985/86 und 50 Mio. MK für die Zeit von 1981/82 bis 1990/91 vorgesehen[2], die für die Errichtung der Industriezonen und für die Kreditfinanzierung verwendet werden sollen.

Nach diesem Industrialisierungsprogramm wird auch das Anreizsystem über das bisherige Maß hinaus verbessert.

---

1) Vgl. Malawi News, Nov. 6-12 1982: New Boost to Small-Scale-Industry

2) Vgl. U.N.: Country Review Meetings ..., Malawi, a.a.O., S. 127

Es ist beabsichtigt, die Gewinnsituation für Investoren attraktiver zu gestalten über kleinere, aber flexiblere Preisanpassungen im Rahmen der staatlichen Preiskontrolle. Das System maßvoller Lohnanpassungen wird beibehalten, damit eine günstige Lohnkostensituation erhalten bleibt. Ein Abbau ungerechtfertigter Schutzzölle soll die Wettbewerbsfähigkeit verstärken. Außerdem sind Verbesserungen in der Einkommensbesteuerung und regelmäßige Überprüfung der Zinssätze vorgesehen[1].

Der Beitrag des Industriesektors zum BIP soll auf diese Weise von 13 % (1980) auf 14 % (1985) und auf 17 % (1990) steigen[2].

---

1) Vgl. U.N.: Country Review Meetings ... Malawi, a.a.O., S. 44

2) Vgl. Malawi Government: Economic Report 1981, a.a.O., S. 77

## 3.4 Probleme der Finanzierung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses

### 3.4.1 Auslandsfinanzierung

Auf den theoretischen Zusammenhang zwischen Auslandsfinanzierung und wirtschaftlicher Entwicklung wurde bereits hingewiesen. Die Bedeutung der Auslandsfinanzierung liegt dann theoretisch in ihrer ergänzenden Funktion zu den Inlandsersparnissen, d.h. in der Auffassung, daß die Auslandsfinanzierung die inländischen Ersparnisse steigert, wodurch die Investitionen erhöht werden und somit das wirtschaftliche Wachstum beschleunigt wird. Bekanntlich gibt es auch plausible Gründe für eine gegenteilige Auffassung, daß die Auslandsfinanzierung zu einem Rückgang der inländischen Ersparnisse führt und die Investitionen gar nicht oder nur geringfügig erhöht werden. Die Wirkungen der Auslandsfinanzierung auf die volkswirtschaftliche Sparquote können also unterschiedlich sein. Ob eine ersparniserhöhende oder -vermindernde Wirkung eintritt, hängt davon ab, wie die Auslandsmittel verwendet werden, welche Form die Auslandsfinanzierung annimmt (z.B. Entwicklungshilfegeschenk oder Kredit) und vor allem wie hoch die Auslandsfinanzierungsmittel sind. Auch hier bietet sich Malawi als Modellfall an, da sein vergleichsweise hohes und anhaltendes Wachstum von 1964 bis 1979 hauptsächlich auf der Finanzierung durch Auslandsmittel beruht. Im folgenden soll eine Beantwortung der oben genannten Fragen an unserem konkreten Fallbeispiel versucht werden. Die verschiedenen Fragen werden unter zwei Gesichtspunkten, dem des externen Finanzierungsbedarfes und dem des externen Finanzierungsangebotes analysiert.

#### 3.4.1.1 Externer Finanzierungsbedarf

In den Entwicklungsplänen und -konzeptionen Malawis wird die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums als oberstes Ziel verfolgt. Zur Verwirklichung dieser Ziel-

vorstellung müssen einerseits mehr Investitionen getätigt werden, als durch die zu geringen inländischen Ersparnisse finanziert werden können. Andererseits reichen die Exporterlöse nicht aus, um die notwendigen Importe von Kapitalgütern zu decken. Die hierdurch entstehenden Lücken, "Invetment-saving-gap" und "Foreign-exchange-gap" sind die ökonomische Ursache für die Nachfrage nach Auslandsfinanzierung seitens Malawis.

Zum Zeitpunkt seiner Unabhängigkeit war Malawi vollständig abhängig von ausländischem Kapital, da inländische Ersparnisse fast vollkommen fehlten. Die Tab. 11 läßt erkennen, daß der "ressource gap" sehr hoch war, was einen hohen Auslandsfinanzierungsbedarf verursachte. Prozentual lag der Anteil des "ressource gap" an den Gesamtinvestitionen bei 95 % im Jahr 1964, was ein weiterer Hinweis für eine sehr starke finanzielle Auslandsabhängigkeit ist. Der Tab. 11 ist auch zu entnehmen, daß die Bemühungen Malawis, die Auslandsabhängigkeit schrittweise zu verringern, Fortschritte machen konnten. Dies kommt zum Ausdruck durch die Verringerung der prozentualen Anteile des "ressource gap" an den Gesamtinvestitionen in den folgenden Jahren bis 1980. Das beste Ergebnis mit einem prozentualen Anteil von 19 % konnte im Jahr 1977 erzielt werden, in dem auch eine Hochkunjunktur für die Volkswirtschaft festgestellt wurde. Die bisherige Verminderung des "ressource gap" war das Ergebnis der Wachstumserfolge Malawis in den 60er und 70er Jahren. Diese Ergebnisse dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Malawi immer noch zu den LLDCs gehört. Um das "take off into selfsustaining growth" zu ermöglichen, wird Malawi immer noch Auslandsfinanzierungsmittel benötigen, so daß mit einer weiteren Verringerung des Auslandsfinanzierungsbedarfs vorerst nicht zu rechnen ist. Darauf deuten die Schätzungen über die Entwicklung des Auslandsfinanzierungsbedarfs 1981 - 1990 in Tab. 12 hin. Zur Veranschaulichung der bisherigen und zukünftigen Bedarfsrechnungen in Malawi wird auch auf die graphischen Abbildungen 1 und 2 hingewiesen.

Tabelle 11 : Die Entwicklung des Auslandsfinanzierungsbedarfs 1964-1980 in Mio. Kwacha (zu laufenden Preisen)

| Jahr | Inländische Ersparnisse | Investitionen | "Investment Saving Gap" (Ressource Gap) | Anteil der Ressource Gap an Gesamtinvestitionen in %[1]) |
|---|---|---|---|---|
| 1964 | 0.5 | 12.0 | 11.5 | 95 % |
| 1965 | 3.9 | 25.8 | 21.9 | 84 |
| 1966 | 7.8 | 36.2 | 28.4 | 78 % |
| 1967 | 9.5 | 29.4 | 19.9 | 67 % |
| 1968 | 6.2 | 36.7 | 30.5 | 83 % |
| 1969 | 13.1 | 45.5 | 32.4 | 71 % |
| 1970 | 35.6 | 69.6 | 34.0 | 48 % |
| 1971 | 31.3 | 65.0 | 33.7 | 51 % |
| 1972 | 43.9 | 88.8 | 44.9 | 50 % |
| 1973 | 54.9 | 91.1 | 36.2 | 39 % |
| 1974 | 66.3 | 116.7 | 50.4 | 43 % |
| 1975 | 57.4 | 161.6 | 104.0 | 64 % |
| 1976 | 69.9 | 107.0 | 37.1 | 34 % |
| 1977 | 135.4 | 169.0 | 33.6 | 19 % |
| 1978 | 178.5 | 318.0 | 139.5 | 43 % |
| 1979 | 130.9 | 294.3 | 163.4 | 55 % |
| 1980 | 139.4 | 270.0 | 130.6 | 48 % |

Quelle: UN, United Nations Conference on the Least Developed Countries: Malawi. Country Review Meetings. LDC/CP/30 1981, S. 188 ff.

1) Eigene Berechnungen.

Tabelle 12 : Die Entwicklung des Auslandsfinanzierungsbedarfs 1981-1990 in Mio. Kwacha (zu laufenden Preisen)

| Jahr | Inländische Ersparnisse | Investitionen | "Investment Saving Gap" (Ressource Gap) | Anteil der Ressource Gap an Gesamtinvestitionen in %.[1]) |
|---|---|---|---|---|
| 1981 | 133.8 | 272.6 | 138.8 | 50.9 % |
| 1982 | 153.4 | 299.7 | 146.3 | 48.8 % |
| 1983 | 343.2 | 530.1 | 186.9 | 35.2 % |
| 1984 | 427.2 | 670.8 | 243.6 | 36.3 % |
| 1985 | 531.3 | 848.3 | 317.0 | 37.4 % |
| 1986 | 661.2 | 1073.3 | 412.1 | 38.3 % |
| 1987 | 822.7 | 1357.9 | 535.2 | 39.4 % |
| 1988 | 1022.8 | 1717.6 | 694.8 | 40.45% |
| 1989 | 1349.4 | 2172.7 | 823.3 | 37.89% |
| 1990 | 1773.0 | 2748.7 | 975.7 | 35.49% |

Quelle: UN, United Nations Conference on the Least Developed Countries: Malawi. Country Review Meetings. LDC/CP/30, S. 37

1) Eigene Berechnungen

Abb.1 Entwicklung der Inlandsersparnisse und der Investitionen in Malawi 1964-1980

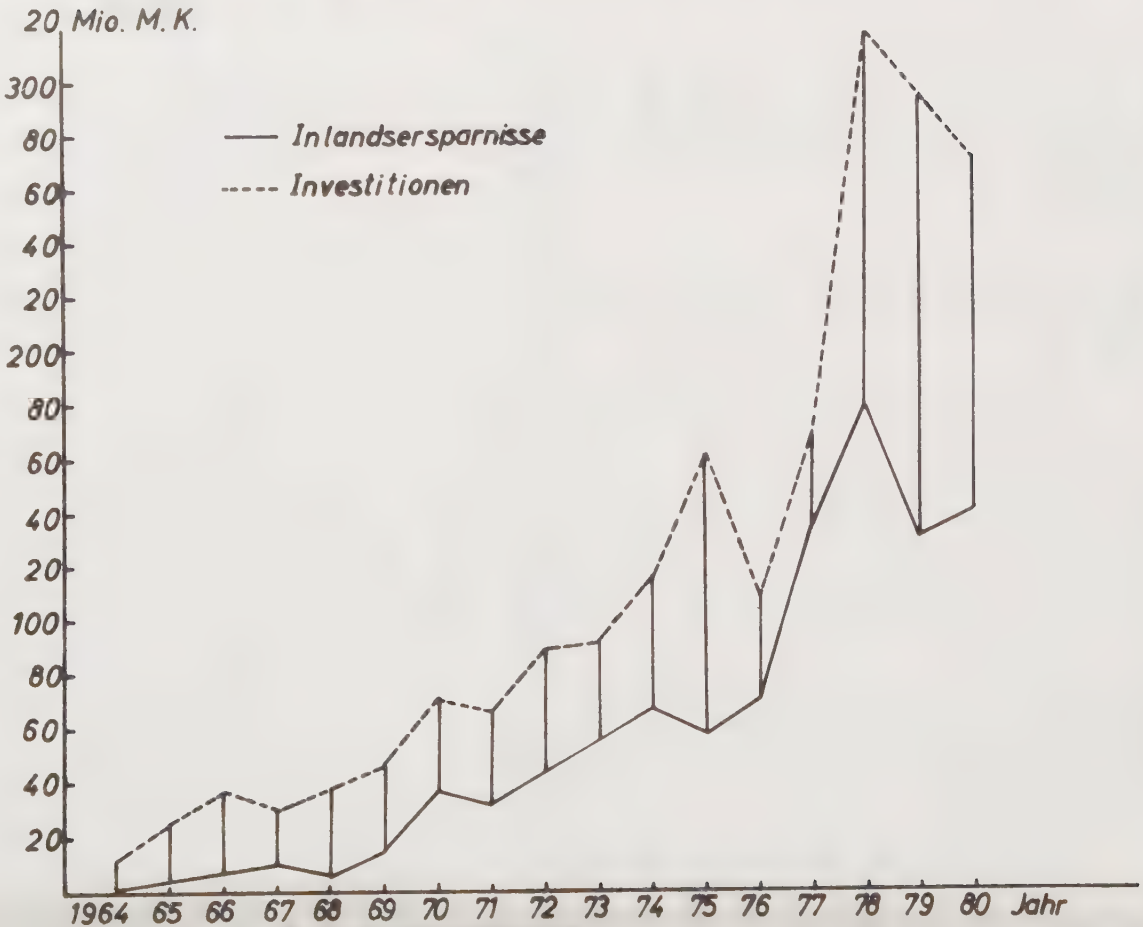
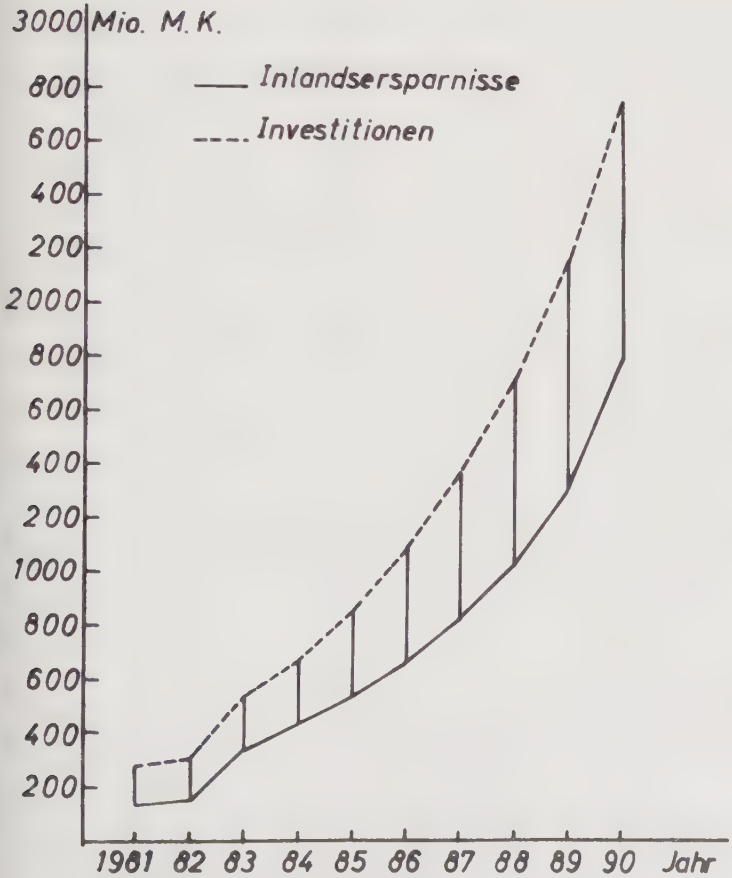


Abb. 2: Entwicklung der Inlandsersparnisse und der Investitionen 1981 - 1990 in Malawi




Daten Tab. 2 entnommen

Wieweit der Finanzierungsbedarf befriedigt werden kann, hängt davon ab, ob die Mittel in benötigtem Umfang tatsächlich gewährt werden können. Es ist deshalb notwendig, das Angebot an finanziellen Mitteln und seine Bestimmungsgründe zu analysieren.

### 3.4.1.2 Externes Finanzierungsangebot

Das Auslandsfinanzierungsangebot an Malawi besteht sowohl aus Mitteln, die zu Marktkonditionen als auch aus Mitteln, die zu Sonderkonditionen transferiert werden. Von diesen beiden Gruppen überwiegen in der Angebotsstruktur die Mittel, die zu Sonderkonditionen transferiert werden. Die Mittel, die zu Marktkonditionen angeboten werden, umfassen normalerweise Direktinvestitionen, Exportkredite, private Bankkredite, Schuldverschreibungen sowie Portfolioinvestitionen. Obwohl die privaten Bankkredite und die Exportkredite in den letzten Jahren in Malawi zugenommen haben, werden von diesen Transferleistungen den Direktinvestitionen nach wie vor die größte Bedeutung beigemessen. Die Mittel, die zu Sonderkonditionen angeboten werden, setzen sich hauptsächlich aus öffentlicher Entwicklungshilfe (official development assistance/aid) und privater Entwicklungshilfe zusammen. Neben den Bestimmungsgründen des Auslandsfinanzierungsangebots der wichtigen Transferleistungen an Malawi sollen der Umfang, die Herkunft, die strukturelle Zusammensetzung des Angebots und die Probleme des Finanzierungsangebots in Form von Auslandsschulden im folgenden analysiert werden.

Die Direktinvestitionen stellten die einzige Form der Kapitalbildung zur Zeit der Unabhängigkeit Malawis dar, da Malawi über keine einheimischen Ersparnisse verfügte. Daten über die Direktinvestitionsbestände sind jedoch nur unzureichend vorhanden, so daß sie nur wenig aussagefähig sein können. In einem Ländervergleich afrikanischer Staaten (vgl. Tabelle 13) wird der Anteil der Direktin-

Tabelle 13 : Direktinvestitionskredite der DAC-Länder in Malawi und in anderen Entwicklungsländern Afrikas 1976.

| Länder | BSP/ Kopf US $ | Bevölkerung Mill. | Direktinvestitionsbestand Mill. US $ | je Kopf | in v. H. des BSP |
|---|---|---|---|---|---|
| nördl. Sahara | | | | | |
| Algerien | 990 | 16.24 | 395 | 24 | 2.5 |
| Ägypten | 280 | 38.09 | 190 | 5 | 1.8 |
| Libyen | 6310 | 2.54 | 490 | 193 | 3.2 |
| Marokko | 540 | 17.20 | 300 | 17 | 3.5 |
| Tunesien | 840 | 5.73 | 245 | 43 | 5.5 |
| südl. Sahara | | | | | |
| Benin | 130 | 3.20 | 30 | 9 | 7.3 |
| Burundi | 120 | 3.81 | 22 | 6 | 4.7 |
| Kamerun | 290 | 6.55 | 350 | 53 | 15.4 |
| Zentralafrikanisches Kaiserreich | 290 | 1.83 | 60 | 33 | 14.3 |
| Tschad | 120 | 4.12 | 25 | 6 | 5.2 |
| Kongo | 520 | 1.56 | 180 | 118 | 22.2 |
| Äthiopien | 100 | 28.65 | 100 | 3 | 3.4 |
| Ghana | 580 | 10.14 | 280 | 28 | 3.5 |
| Guinea | 150 | 5.70 | 200 | 35 | 22.7 |
| Elfenbeinküste | 610 | 7.03 | 480 | 68 | 11.0 |
| Kenia | 240 | 13.80 | 500 | 36 | 16.1 |
| Lesotho | 170 | 1.24 | 4 | 3 | 2.4 |
| Liberia | 450 | 1.60 | 850 | 531 | 118.3 |
| Madagaskar | 200 | 9.11 | 180 | 20 | 10.1 |
| Malawi | 140 | 5.18 | 100 | 19 | 14.5 |
| Mali | 100 | 5.84 | 10 | 2 | 1.7 |
| Mauretanien | 340 | 1.36 | 25 | 18 | 5.4 |
| Niger | 160 | 4.73 | 70 | 15 | 10.0 |
| Nigeria | 380 | 77.06 | 1000 | 13 | 3.4 |
| Rhodesien | 550 | 6.53 | (350) | 54 | 10.2 |
| Ruanda | 110 | 4.22 | 25 | 6 | 5.8 |
| Senegal | 390 | 5.14 | 340 | 66 | 17.2 |
| Sierra Leone | 200 | 3.05 | 80 | 26 | 14.0 |
| Somalia | 110 | 3.25 | 24 | 10 | 8.7 |
| Sudan | 290 | 15.88 | 60 | 4 | 1.3 |
| Tansania | 180 | 15.14 | 150 | 10 | 5.9 |
| Togo | 260 | 2.28 | 90 | 39 | 15.3 |
| Uganda | 240 | 11.94 | (7) | 1 | 0.2 |
| Obervolta | 110 | 6.17 | 20 | 3 | 2.9 |
| Zaire | 140 | 25.39 | (1100) | 43 | 35.0 |
| Sambia | 440 | 5.06 | 300 | 59 | 13.6 |

Quelle: OECD Development Co-operation, 1978 Review, Paris 1978

investitionsbestände am Bruttosozialprodukt in Malawi für das Jahr 1976 mit 14 % angegeben, was höher liegt als der Durchschnitt sowohl der afrikanischenStaaten südlich der Sahara (13 %) und aller afrikanischer Staaten (11 %). Malawi gehört somit zu den Ländern, die mehr Direktinvestitionen anziehen konnten als der Durchschnitt für Afrika.

Zur Erklärung des privaten Kapitalangebotes können mehrere Gründe aufgeführt werden. Im Fall Malawis dürfte die Erklärung für diese Art des Kapitalangebotes in den traditionellen Bindungen an Großbritannien liegen, da hier hauptsächlich britische private Investitionen überwiegen. Auch die relative Sicherheit, das Fehlen politischer Krisen, die wirtschaftliche Stabilität bedingt private Investitionen.

Die öffentliche Auslandsfinanzierung setzt sich aus Zuschüssen und öffentlichen Krediten zusammen. Während Zuschüsse Geschenke und nicht rückzahlbar sind, enthalten Kredite Rückflüsse in Form von Amortisationen und Zinszahlungen. Die öffentlichen Auslandskredite kommen hauptsächlich aus bilateralen und multilateralen Quellen. Tab. 14 zeigt die prozentualen Anteile der verschiedenen Formen der öffentlichen Auslandskredite. Dabei ist zu erkennen, daß die bilateralen öffentlichen Auslandskredite gegenüber den multilateralen ein größeres Volumen haben. So machten sie 1975 und 1976 61 %, 1977 57 % der gesamten öffentlichen Auslandsschulden aus, während die multilateralen Kredite in den entsprechenden Jahren 27, 30 und 31 % betrugen. Auffallend sind die Werte für 1978 und 1979. In diesen Jahren liegen die bilateralen Kredite unter den multilateralen. Hierbei scheint es sich um die Auswirkungen um Umschuldungen bzw. Umwandlung von Krediten in Zuschüsse (die große Gläubigerländer wie Kanada, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien vornahmen) zu handeln. Dies trug zur Erleichterung der Schuldenlast bei und kam einer Abnahme der bilateralen Schulden gleich.

Tabelle 14 : Strukturelle Zusammensetzung der Auslandskredite in % der gesamten Auslandsverschuldung.

| Form der Auslandskredite | Jahr 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|---|---|---|---|---|---|
| Bilaterale | 61 | 61 | 57 | 31 | 27 |
| Multilaterale | 27 | 30 | 31 | 36 | 37 |
| Lieferantenkredite | 5 | 4 | 3 | 10 | 9 |
| Kommerzielle Kredite | 3 | 2 | 6 | 21 | 26 |
| Sonstige Kreditformen | 3 | 2 | 2 | -- | -- |

Errechnet aus: IBRD: Statistical Services Division.
Zitiert nach, IMF: Malawi: Recent Ecomomic Developments, April 1980, S. 57. (unveröffentlicht)

Bemerkenswert ist die Zahnahme der bis 1977 noch unbedeutenden Auslandskreditformen wie Lieferantenkredite und kommerzielle Kredite, die im Gegensatz zu bilateralen und multilateralen Krediten nicht zu Vorzugsbedingungen gewährt werden, sondern zu normalen Marktbedingungen.

Der Anstieg der kommerziellen Kredite im Jahre 1977 ist vor allem durch den Rückgriff auf private Kredite amerikanischer Geschäftsbanken zurückzuführen. 1978 ist der Anstieg durch die weitere Zunahme des Rückgriffs auf den Euro-Dollar-Markt, der Malawi wegen seiner Kreditwürdigkeit weit offen steht, zu erklären. Bedenklich ist hierbei die steigende Tendenz des Anteils der Kredite, die zu Marktkonditionen gewährt werden.

Die bilateralen Auslandskredite für Malawi werden ausschließlich von den westlichen Industrieländern gewährt, die alle zur DAC-Gruppe bzw. OECD gehören. Die Motivationen für Gewährung dieser Kredite lassen sich nicht so leicht erkennen außer bei Großbritannien, wo traditionelle Gründe eine Rolle spielen. Da ber die Leistungen hauptsächlich in der Produktion und der sie stützenden Bereiche verwendet werden, ist die Unterstützung der Entwicklungsbestrebungen des Empfängerlandes als Hauptmotiv anzusehen. Die führenden Gläubigerländer waren bisher: Großbritannien, Südafrika, USA, Bundesrepublik Deutschland, Kanada, Dänemark, Niederlande. Der wichtigste bilaterale Kreditgeber bleibt Großbritannien. Dies wird deutlich, wenn die Auslandsfinanzierungsbeiträge der einzelnen bilateralen Kreditgeber in verschiedenen Jahren analysiert und verglichen werden. So betrug der Finanzierungsbeitrag Großbritanniens für den Entwicklungshaushalt 1964 - 1969 53 % der gesamten Auslandsfinanzierung. Im Rahmen des Drei-Jahres-Entwicklungsprogramms 1970/71 bis 1972/73 machte sie nur noch 31 % der gesamten bilateralen Auslandsfinanzierung aus. Großbritannien blieb dennoch der wichtigste Auslandskreditgeber (Tab. 15).

Tabelle 15 : Öffentliche Auslandsverschuldung 1973-1979. (in Millionen US $)

| Outstanding external debt | 1973 | 1974[1] | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979[2] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Loans | | | | | | | |
| Governments | 129.52 | 146.77 | 150.01 | 158.42 | 167.64 | 111.13 | 128.40 |
| United Kingdom | 69.00 | (78.21) | 76.84 | 66.46 | 86.58 | 59.30 | 60.03 |
| South Africa | 34.17 | (32.27) | 18.63 | 18.80 | 19.43 | 21.23 | 21.48 |
| United States | 6.99 | (11.06) | 15.18 | 20.30 | 25.75 | 27.32 | 29.82 |
| Germany, Federal Republic of | 11.04 | (12.49) | 11.33 | 12.47 | 19.02 | -- | 2.60 |
| Denmark | 6.85 | (10.48) | 12.73 | 15.99 | 18.87 | 22.17 | 7.18 |
| Canada | 1.47 | (2.26) | 15.29 | 24.39 | -- | -- | -- |
| Japan | -- | -- | -- | -- | -- | 1.11 | 5.36 |
| Netherlands | -- | -- | -- | -- | -- | -- | 1.73 |

Quelle: 1) IBRD, Statistical Services Division. Zitiert nach: BfA, Malawi: wirtschaftliche Entwicklung 1977, Köln, 1978, Tab. I 11 b.

2) IBRD, Statistical Services Division. Zitiert nach: IMF, Malawi. Recent Economic Developments, April 1980. (unveröffentlichtes Manuskript).

Umfang, Motive und Verwendung der bilateralen Auslandsfinanzierung für jedes einzelne Geberland zu untersuchen, würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Wenn die BRD hier herausgegriffen wird, hat das den Hintergrund, daß sie in den letzten Jahren als Geberland zunehmend Bedeutung gewonnen hat und bereits 1978 die Schulden in vollem Umfang erließ. Ferner ist ein weiterer Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beabsichtigt.

Als Beginn der deutschen Entwicklungspolitik werden im allgemeinen die fünfziger Jahre genannt. Die Bundesregierung beteiligte sich 1952 an dem "erweiterten Beistandsprogramm der UN" zur wirtschaftlichen Entwicklung von Ländern in der Dritten Welt. Vier Jahre später wurden vom Auswärtigen Amt erstmals 50 Mio. DM für bilaterale Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt[1)].

Wann genau die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der BRD und Malawi anfing, wird nicht angegeben. In den Statistiken taucht bereits das Jahr 1950, lange bevor Malawi (damals Njassaland) die Unabhängigkeit erlangte, als erstes Jahr der finanziellen Zusammenarbeit auf. Im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit flossen von der Bundesrepublik von 1950 - 1975 insgesamt bilaterale Nettoleistungen in Höhe von 91,1 Mio. DM, die jedoch private Leistungen (Kredite und Direktinvestitionen) in Höhe von 5,2 Mio. DM enthalten, an Malawi[2)]. Die öffentlichen Leistungen betrugen demnach 85,9 Mio. DM, wovon 52,0 Mio. DM als Zuschüsse angegeben werden und 33,9 Mio. DM als Kredite. In den folgenden 3 Jahren stiegen die gesamten bilateralen Nettoleistungen um 52,1 Mio. DM auf 143,2 Mio. DM für den Zeitraum 1950 - 1978. Davon werden 4,7 Mio. DM als private Leistungen angegeben und 138,6 Mio. DM als öffentliche Leistungen, wovon 71,7 Mio. DM Zuschüsse

---

1) Vgl. BMZ: Politik der Partner, Köln 1981, S. 54 ff.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt: Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderkurzbericht Malawi. Wiesbaden 1977, S. 25

sind und 66,9 Mio. DM Kredite[1]. Am 31.12.1980 wird der Umfang der finanziellen Zusammenarbeit mit folgenden Daten angegeben: Gesamtzusage: 217 Mio. DM, Auszahlungen: 118.035.000 DM, Tilgungen: 8.046.900 DM[2]. Durch den Schuldenerlaßvertrag von 1979 wurden Darlehen in Zuschüsse umgewandelt, was zur Verringerung des Kreditanteils führte.

Spezielle Motive für die Gewährung der bilateralen Entwicklungskredite an Malawi lassen sich nicht feststellen. Aus diesem Grunde soll lediglich auf die vom BMZ formulierten allgemeinen Motive für die Gewährung bilateraler Entwicklungskredite hingewiesen werden. Danach zielt die deutsche Entwicklungspolitik auf die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in diesen Ländern ab, was zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen führen soll und damit zur langfristigen Friedenssicherung[3]. Die Grundlage dieser entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ist in den Gedanken des Interessenausgleichs zwischen Nord und Süd und in dem Prinzip der internationalen Solidarität zu sehen. Demnach werden bilaterale Entwicklungskredite aus humanitären Motiven gewährt. Hinzu kommen eigene wirtschaftliche Interessen. Hierbei wird meistens auf die Exportabhängigkeit und die Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Letzteres ist in diesem Zusammenhang von nachgeordneter Bedeutung, da Malawi selbst ein rohstoffarmes Land ist. Das Exportvolumen der BRD nach Malawi ist seit 1977 deutlich gestiegen. Ein deutlicherer Anstieg ist bei den Importen aus der BRD aus Malawi zu verzeichnen. Sie stiegen von 1,7 Mio.

---

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderkurzbericht Malawi. Wiesbaden 1980, S. 25

2) BMZ Arbeitspapier: Finanzielle Zusammenarbeit. Stand 31. 12. 1980 (unveröffentlicht)

3) Vgl. BMZ: Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlung der "Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen", Bonn 1980, S. 6

US $ im Jahre 1974 auf 11,7 Mio. US $ im Jahre 1978[1]. Insgesamt ist also eine zunehmende Außenhandelsbeziehung festzustellen, die sich aber noch auf niedrigem Niveau befindet und eher zugunsten der malawischen Exporte in die BRD ausfällt. Die wirtschaftlichen Gründe scheinen in diesem Falle bei der Gewährung bilateraler Entwicklungskredite eine geringere Rolle zu spielen als die humanitären Motive.

Der größte Teil dieser Auslandsmittel der Bundesrepublik Deutschland werden für die Finanzierung von Investitionen im Verkehrssystem verwendet. Von den gesamt zugesagten deutschen Auslandsmitteln fielen 1980 etwa 51 % allein auf den Verkehrssektor und zwar hauptsächlich auf den Straßenbau. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, landwirtschaftliches Potential zu erschließen; sie sollen einen Beitrag zur administrativen, sozialen und wirtschaftlichen Integration der bisher am wenigsten entwickelten Regionen, wie der Nordregion, leisten und den Anschluß an das nationale und internationale Eisenbahnnetz schaffen.

Ein weiterer bedeutender Anteil kommt der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung zu, in die 13 % der Gesamtzusage fließen. Im Rahmen der landwirtschaftlichen Entwicklung ist das "Salima-Entwicklungsprojekt" bzw. "Central Region Lake Shore Development Projekt" das wichtigste von vier großen regionalen Entwicklungsprojekten. Es wurde 1968 begonnen und bei einem Eigenanteil von 10 % seitens Malawis zu 90 % mit deutscher Auslandshilfe finanziert. 1977 wurde dem malawischen Staat das Projekt übergeben; seitdem erhöhte sich der malawische Anteil auf 20 %, während 80 % vom Europäischen Entwicklungsfonds übernommen wurden. Das Ziel dieses Projektes ist es, durch Förderung der Nahrungsmittelproduktion, des Anbaus von "cash-crops" (vor allem Baumwolle) und des Ausbaus der

---

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes, Länderberichte, Malawi 1980, S. 17

technischen und sozialen Infrastruktur die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Gesamtwirtschaftlich soll dieses Projekt einen Beitrag zur Erhöhung des Volkseinkommens und zur Verringerung der regionalen Disparitäten leisten.

Im Rahmen der ländlichen Entwicklung, deren jetzige Grundlage das landesweite "National Rural Development-Programme" (NRDP) bildet, ist das noch in Durchführung befindliche "Ländliche Entwicklungsprogramm Kawinga" das wichtigste Vorhaben. Mit diesem Projekt soll die Infrastruktur als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region verbessert werden. Für die Finanzierung dieses Projektes sind deutsche Mittel in Höhe von 11,5 Mio. DM vorgesehen. Dieses Projekt ist im Zusammenhang mit einem anderen Vorhaben "Ländliche Entwicklung Shire East" zu sehen, das im Rahmen der technischen Zusammenarbeit durchgeführt wird[1]. Die restlichen Mittel verteilen sich auf Verwendung im Energiesektor (z.B. Wasserkraftwerk Nkula Fälle II), Gesundheitswesen, Kanalisation und Marktanlage, Wohnungsbau, eine Entwicklungsbank (INDE-Bank) und Warenhilfe.

Die multilaterale Auslandskreditfinanzierung wird durch internationale oder überstaatliche Organisationen gewährt. Mehrere Organisationen vergeben diese Art von Krediten an Malawi in unterschiedlichem Umfang. 1978 waren z.B. folgende Institutionen beteiligt: African Development Bank, African Development Fund, European Investment Bank, IBRD, IDA, IMF Trust Fund, OPEC Special Fund, UNDP. Vom Gesamtvolumen der multilateralen Auslandskredite, die Malawi erhalten hat, entfallen die meisten auf die IDA, die mit IBRD und IFC zu der Weltbankgruppe gehört und die im Gegensatz zu den beiden letztgenannten Organisationen Kredite zu nicht kommerziellen Bedingungen ausleiht. Als wichtigster multilateraler Auslandskreditgeber

---

1) Vgl. BMZ Arbeitspapier: Finanzielle Zusammenarbeit. Bonn 1980 (unveröffentlicht)

gilt für Malawi somit die IDA, die noch 1978 weit über die Hälfte der gesamten multilateralen Kredite gewährte. Dies wird auch bestätigt bei einer Untersuchung der Entwicklung der jährlichen multilateralen Auslandsfinanzierung von 1973 - 1979, wie in Tab. 16 gezeigt wird. Bemerkenswert ist nicht nur die führende Rolle der IDA als multilateraler Kreditgeber für Malawi, sondern auch der Umfang der vergebenen finanziellen Mittel, der sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöhte. So stiegen die IDA-Kredite von 1973 (42,79 Mio. US $) um mehr als das Zweieinhalbfache im Jahre 1979 (115,85 Mio. US $).

Als zweitwichtigster Geber multilateraler Kredite gilt für Malawi die African Development Bank-Gruppe, auch wenn der Umfang ihrer Kredite weit unter dem der IDA liegt. Die ADB-Gruppe, die sich aus der African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank) und dem African Development Fund (Afrikanischer Entwicklungsfonds) zusammensetzt, ist eine regionale Entwicklungsbankgruppe. Sie ist kapitalmäßig schwach ausgestattet, was auch die bescheidenen Ausleihungen an Malawi erklärt. Bis zum Juni 1980 hatte die ADB-Gruppe über eine Periode von 11 Jahren insgesamt Kredite in Höhe von 66.8 Mio. US $ an Malawi gewährt[1].

Die ADB, der 1978 48 Länder als regionale Mitglieder angehörten und deren genehmigtes Stammkapital Ende 1978 800 Mio. Rechnungseinheiten (RE)[2] betrug, gewährte 1979 einen Kredit von 19.36 Mio. US $, was 11 % der multilateralen Kredite Malawis entsprach (vgl. Tab. 16). Diese Kredite wurden hauptsächlich zur Finanzierung des inter-

---

1) ADF, Press Release: Signature of Loan Agreement between the African Development Fund and the Republic of Malawi, Abidjan 24. Juni 1980

2) Bei der ADB entspricht eine Rechnungseinheit dem US $ im Goldwert von 1944 (= 0,88867088 g Feingold). Durch Beschluß des Direktoriums vom 8.2.1978 wurde die RE der ADB dem Sonderziehungsrecht des IWF gleichgesetzt. Am Jahresende 1979 ergibt sich danach folgendes Wertverhältnis: 1 RE = 1 SZR = 1,31733 US $

Tabelle 16 : Multilaterale Auslandsverschuldung 1973-1979 (in Mio. US $ )

| | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| International Organizations | 46.27 | 54.39 | 66.20 | 78.84 | 91.67 | 125.54 | 174.39 |
| IDA | (42.79) | (50.25) | 61.69 | 73.58 | 84.39 | 102.53 | 115.85 |
| African Development Bank | (3.48) | (4.01) | 4.32 | 4.19 | 3.84 | 12.51 | 19.36 |
| African Development Fund | (--) | (--) | (--) | 0.79 | 0.79 | 2.54 | 4.53 |
| UNDP | (--) | (0.13) | 0.17 | 0.17 | 0.17 | 0.29 | 0.39 |
| IBRD | (--) | (--) | (--) | 0.11 | 2.48 | 4.41 | 16.60 |
| European Investment Bank | (--) | (--) | (--) | (--) | (--) | 2.88 | 9.36 |
| European Development Fund | (--) | (--) | (--) | (--) | (--) | 0.38 | 8.30 |

Quelle: Daten von 1973-1974: IBRD, Statistical Services Division 1978 (unveröffentlicht)

Daten ab 1975-1979: IBRD, Statistical Services Division. Zitiert nach: IMF, Malawi, 1980 (unveröffentlicht).

nationalen Flughafens verwendet. Allgemein werden die Darlehen dieser Gruppe (Stand 1978) mit 7 % verzinst, zuzüglich einer Provision von 1 %. Auf den nicht abgerufenen Darlehensbetrag wird eine Bereitstellungsprovision von 0,75 % erhoben. Die Laufzeit beträgt zwischen 12 und 25 Jahren bei 2 bis 6 Freijahren[1]. Diese Bedingungen gelten auch für die Kredite an Malawi. Die Laufzeit wurde auf 16 Jahre festgesetzt bei 3 Freijahren[2].

Die Kredite des 1973 gegründeten und vorwiegend aus Beiträgen von Industrieländern finanzierten Afrikanischen Entwicklungsfonds, der von der ABD rechtlich getrennt ist, blieben bis 1979 bescheidener als die der ADB, wie in Tab. 16 zu sehen ist. Durch zwei Ausleihungen[3], die der ADF 1980 an Malawi gewährte und die insgesamt 16.2 Mio. US $ betrugen, erhöhten sich die ADF-Kredite erheblich. Die beiden Kredite sollten für die Finanzierung von Erweiterungsbauten im Bildungsbereich und für Investitionen im Energiebereich (ländliche Elektrifizierungsprojekte) dienen. Als Kondition für die Darlehensvergabe gilt allgemein lediglich die Erhebung einer Bearbeitungsgebühr von 0.75 % p.a. auf den ausgezahlten Betrag. Die Laufzeit beträgt 50 Jahre bei 10 Freijahren. Diese Bedingungen galten auch für die beiden Kredite an Malawi.

Aus der Darstellung des Auslandsfinanzierungsangebotes geht hervor, daß das Wirtschaftswachstum Malawis zunehmend über Kredite finanziert wurde. Daraus können sich Verschuldungsprobleme ergeben, je nach dem, welcher Verwendung die Mittel zugeführt und zu welchen Bedingungen sie gewährt werden. Die am häufigsten verwendete Meßgröße zur Ermitt-

---

1) Obst, G. u. O. Hintner: Geld-, Bank-, Börsenwesen. Ein Handbuch. Stuttgart 1980 (37. Aufl.) S. 244

2) ADB, Press Release: Signature of Loan Agreement between the ADB and Malawi, Abidjan 25. 6. 1978

3) ADF, Press Release: Signature of Loan Agreement between the ADB and Malawi, Abidjan 25. 6. 1978

lung der Auslandsverschuldung ist der Schuldendienstkoeffizient (bzw. Schuldendienstquote). Er drückt das prozentuale Verhältnis von Schuldendienstzahlungen zu Exporten aus.

Die Entwicklung des Schuldendienstkoeffizienten in Malawi in den Jahre 1970 bis 1980 gibt Tab. 17 wieder. Daraus ist zu entnehmen, daß die Schuldendienstkoeffizienten 1970 bis 1976 zunächst zwischen 7 und 8 % lagen, ohne größere Steigerungen auszuweisen. Zwischen 1977 und 1980 ist eine deutliche jährliche Zunahme der Werte festzustellen. 1980 war mit 18,4 % der bisherige Höchststand erreicht. Malawi liegt damit hinter Sambia, das im gleichen Jahr einen Schuldendienstkoeffizienten von 22,9 % aufwies, an 2. Stelle der in die Untersuchung aufgenommenen afrikanischen Länder südlich der Sahara[1)].

Zur Erklärung der Ursachen dieser Entwicklung werden die einzelnen Komponenten herangezogen. In welcher Weise sich die Einzelkomponenten des Schuldendienstkoeffizienten in Malawi in den Jahren 1975 bis 1979 entwickelt haben, zeigt Tab. 18. Daraus geht hervor, daß in den Jahren 1975 bis 1979 die Exporterlöse im allgemeinen eine steigende Tendenz aufwiesen. Eine Ausnahme machte das Jahre 1978, dem 1977 eine Trockenperiode vorausgegangen war, was die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse beeinträchtigte. Die Tilgungen haben ebenfalls eine steigende Tendenz, doch ist ab 1978 wieder ein Rückgang festzustellen. Dies ist auf Verträge über Umwandlung von Krediten in Zuschüsse und auf Umschuldungen, die zu dieser Zeit vereinbart wurden, zurückzuführen. Die Zinsen sind in diesem Zeitraum stark gestiegen. Es handelt sich dabei um die Auswirkungen der gestiegenen Ölpreise, zu deren Zahlung zusätzliche Kredite zu harten Bedingungen aufgenommen werden mußten. Die Zinsen lagen 1979 mit 20.86 Mio. US $ mehr als dreimal so hoch wie 1975 (6.32 Mio. US $).

---

1) Vgl. Weltbank: Jahresbericht 1982

Tabelle 17: Entwicklung der Schuldendienstkoeffizienten 1970 - 1980

| Jahr | Auslandsschuldendienste als % der gesamten Exporte | |
|---|---|---|
| 1970 | 7.0[1)] | |
| 1971 | 7.8 | |
| 1972 | 7.7 | |
| 1973 | 7.6 | |
| 1974 | 7.7 | 7.8[2)] |
| 1975 | 7.4 | 7.9 |
| 1976 | 6.1 | 8.5 |
| 1977 | | 9.9 |
| 1978 | | 15.3 |
| 1979 | | 16.1 |
| 1980 | | 18.4 |

1) Weltbank, Jahresbericht: 1979, S. 136

2) Weltbank, Jahresbericht: 1982, S. 137

Bei abweichenden Werten für ein und dasselbe Jahr werden die Werte des jüngsten Berichts diskutiert

Tabelle 18 : Entwicklung der einzelnen Komponenten der Schuldendienst-Koeffizienten.

| Jahr | Tilgungen Mio. US $ | Veränderung in % | Zinsen Mio. US $ | Veränderung in % | Exporte Mio. Kwacha fob. | Veränderung in % |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1975 | 7.86 | 100 | 6.32 | 100 | 106 | 100 |
| 1976 | 8.35 | 106 | 4.21 | 67 | 135.72 | 127 |
| 1977 | 11.38 | 154 | 8.38 | 133 | 172.11 | 161 |
| 1978 | 11.28 | 144 | 10.70 | 169 | 150.27 | 141 |
| 1979[2] | 10.73 | 137 | 20.86 | 330 | 189.8[3] | 178 |

1) Für die Entwicklung der Tilgung; Zinsen und Exporte Vgl. IBRD: Statistical Services Devision a.a. O., S. 52 und 57. (unveröffentlicht)

2) Zahlen für 1979 waren geschätzt.

3) Vgl. UN., United Nations Conference on the Least Developed Countries: Country Review Meetings, Malawi, a.a.O., S. 195.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Tilgungen geringfügig abgenommen haben, die Zinsen aber stark gestiegen sind, so daß die Schuldendienstzahlungen (als deren Summe) auch einen starken Anstieg aufweisen. Demgegenüber nahmen die Exporterlöse zu, aber nur geringfügig, so daß die Steigung der Zinsen nicht aufgefangen werden konnte. Der Anstieg des Schuldendienstkoeffizienten ist also auf die expandierende Entwicklung der Zinsen zurückzuführen. Bis auf diesen erheblichen Anstieg waren die Schuldendienstkoeffizienten für Malawi im allgemeinen erträglich, was u.a. darauf zurückzuführen ist, daß die Auslandskredite an Malawi im allgemeinen zu Vorzugsbedingungen gewährt wurden[1]. Malawi nutzte dies, um ein "excellent repayment record"[2] und damit eine hohe Kreditwürdigkeit aufzubauen, indem es die Auslandskredite pünktlich zurückzahlte; es ist sogar mehrmals gelungen, internationale Anleihen schon vor Fälligkeit an die Gläubiger zurückzuzahlen, was als ein "für Schwarzafrika ansonsten unbekannter Vorgang"[3] bezeichnet wird. Ferner wird die hohe Kreditwürdigkeit einerseits als eine Folge der richtigen Verwendung bzw. des produktiven und nützlichen Einsatzes der Auslandskredite in diesem Land angesehen, weshalb Malawi als "a model user of foreign aid"[4] bezeichnet wird; andererseits handelt es sich um eine Folge der "political stability and conservative financial policy"[5]. Diese politische Stabilität und die konservative Finanzpolitik spielten neben

---

1) Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi. Ten Years of Progress and Development, Riyad 1981, S. 48

2) The Times, London 27.9.1978: Third World Report: Malawi shoes how foreign aid should be used

3) Neue Zürcher Zeitung 19.7.1978: Augenschein in einem der ärmsten Länder der Welt. Gesunde wirtschaftliche Entwicklung in Malawi

4) The Times, London 27.9.1978: Third World Report ..., a.a.O.

5) Financial Times, London 1977, S. 4: Medium Term Credits: A successful market debut for Malawi

der überschaubaren Landesgröße Malawis[1] vor allem bei der Gewährung der internationalen kommerziellen Auslandskredite eine wesentliche Rolle[2].

Der Gewährung eines kommerziellen Auslandskredites von internationalen Banken geht eine Bonitätsprüfung (Ratingsystem) voraus, die die Wirtschaftskraft des Landes (das eigentliche Länderrisiko oder "country risk") und das mit der staatlichen Existenz verbundene Risiko ("souvereign risk") überprüft. In einer Rangliste (Tab.19) der Länder-Bonität von 1981/82, die 105 Länder umfaßt (sowohl Industrie- als auch Entwicklungs- und LLD-Länder) nimmt Malawi mit 20,1 den 79. Platz ein, bei einem globalen Durchschnitt von 45,8 (Bonitätsindex 100 = Idealposition). Von den 4 aufgenommenen Ländern der LLDC-Gruppe liegen die drei anderen (Sudan, Äthiopien und Uganda) erst an 98., 99. und 104. Position[3]. Das bedeutet, daß die genannten Risiken für Malawi als verhältnismäßig gering eingestuft wurden, worauf seine Kreditwürdigkeit beruhte.

---

1) Ein kleines Land wie Malawi stellt ein Risiko dar, das die internationalen Banken zu tragen bereit sind. Vgl. Financial Times: Medium Term Credits ..., a.a.O., S. 4

2) Ebda

3) Als Orientierungshilfe werden bei der Bonitätsprüfung die in amerikanischen Analysen viel zitierten 4 C's - Character, Capacity, Cash-Flow und Capital - benutzt. Sie bestimmen die Reihenfolge der Teilanalysen, wobei auf eine Prüfung der anderen Kriterien verzichtet wird, wenn der "Character" negativ beurteilt wird

Tabelle 19:

**Rangliste der Länder-Bonität 1981/82**

| Rang März 1982 | Rang Sept. 1981 | Land | Bonitäts-Index | 1-Jahr-Verand. | Rang März 1982 | Rang Sept. 1981 | Land | Bonitäts-Index | 1-Jahr-Verand. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 1 | USA | 97,5 | — 0,7 | 54 | 57 | Paraguay | 44,0 | — 2,0 |
| 2 | 2 | Schweiz | 95,9 | — 1,1 | 55 | 56 | Papua Neu Guinea | 43,7 | — 2,6 |
| 3 | 3 | Japan | 95,8 | 0,6 | 56 | 51 | Libyen | 42,8 | — 9,0 |
| 4 | 4 | Deutschland | 93,9 | — 2,4 | 57 | 59 | Irak | 42,2 | — 2,3 |
| 5 | 5 | Kanada | 92,5 | 0,5 | 58 | 58 | Bulgarien | 41,9 | — 3,5 |
| 6 | 6 | Australien | 90,2 | 0,2 | 59 | 61 | Peru | 41,0 | — 2,4 |
| 7 | 7 | Großbritannien | 88,3 | — 1,6 | 60 | 62 | Panama | 40,5 | — 2,2 |
| 8 | 8 | Norwegen | 87,8 | — 1,7 | 61 | 54 | Jugoslawien | 40,4 | —10,0 |
| 9 | 9 | Niederlande | 87,2 | — 2,4 | 62 | 64 | Philippinen | 40,2 | — 4,1 |
| 10 | 10 | Frankreich | 84,6 | — 5,5 | 63 | 65 | Uruguay | 40,1 | — 1,0 |
| 11 | 11 | Österreich | 83,9 | — 2,0 | 64 | 63 | Elfenbeinküste | 39,9 | — 4,4 |
| 12 | 12 | Schweden | 79,8 | — 3,8 | 65 | 66 | Jordanien | 38,6 | — 3,3 |
| 13 | 14 | Singapur | 78,5 | 0,0 | 66 | 68 | Israel | 35,7 | — 5,8 |
| 14 | 13 | Belgien | 77,3 | — 7,1 | 67 | 69 | Kenia | 35,1 | — 7,3 |
| 15 | 15 | Neuseeland | 75,5 | — 2,5 | 68 | 71 | Gabun | 35,0 | — 0,4 |
| 16 | 17 | Hongkong | 75,2 | — 2,4 | 69 | 67 | Ägypten | 34,8 | — 1,2 |
| 17 | 16 | Finnland | 73,1 | — 2,6 | 70 | 72 | Zypern | 34,5 | — 2,3 |
| 18 | 18 | Saudi-Arabien | 72,9 | — 0,6 | 71 | 70 | Marokko | 33,4 | — 5,3 |
| 19 | 19 | Malaysien | 72,8 | 0,0 | 72 | — | Kamerun | 33,0 | — |
| 20 | 20 | Italien | 72,4 | — 2,3 | 73 | 60 | Rumänien | 30,3 | —20,9 |
| 21 | 21 | Dänemark | 71,7 | — 1,3 | 74 | 75 | Zimbabwe | 26,3 | 0,1 |
| 22 | 22 | Kuwait | 70,8 | 0,2 | 75 | 74 | Syrien | 24,9 | — 7,3 |
| 23 | 23 | Irland | 69,0 | — 4,2 | 76 | 76 | Dom. Republik | 23,3 | — 5,5 |
| 24 | 24 | Taiwan | 68,0 | — 0,7 | 77 | 84 | Pakistan | 21,0 | — 1,0 |
| 25 | 26 | Spanien | 66,3 | — 3,9 | 78 | 77 | Kuba | 20,5 | — 8,1 |
| 26 | 27 | UdSSR | 65,6 | — 4,1 | 79 | 79 | Malawi | 20,1 | — 5,0 |
| 27 | 28 | China | 64,3 | — 6,9 | 80 | 78 | Senegal | 20,1 | — 5,3 |
| 28 | 29 | Venezuela | 62,3 | — 6,0 | 81 | 73 | Costa Rica | 19,9 | 18,8 |
| 29 | 25 | Mexiko | 62,8 | — 8,6 | 82 | 82 | Mauritius | 19,4 | — |
| 30 | 32 | Ver. arab. Emirate | 60,8 | 1,0 | 83 | 80 | Guatemala | 18,2 | — |
| 31 | 30 | Südafrika | 60,5 | — 1,2 | 84 | 85 | Honduras | 17,6 | — |
| 32 | 33 | Bahrain | 59,4 | 1,3 | 85 | 91 | Türkei | 17,4 | 3,7 |
| 33 | 31 | Griechenland | 58,9 | — 3,5 | 86 | 83 | Seychellen | 17,2 | — 3,8 |
| 34 | 39 | Südkorea | 55,9 | 1,5 | 87 | 89 | Jamaica | 16,9 | 1,4 |
| 35 | 38 | Indonesien | 56,3 | — 0,8 | 88 | 87 | Angola | 16,8 | — 2,9 |
| 36 | 37 | Qatar | 56,2 | — 0,7 | 89 | 86 | Bolivien | 16,5 | — 5,4 |
| 37 | 40 | Portugal | 55,9 | — 0,6 | 90 | 90 | Libanon | 15,4 | — 6,4 |
| 38 | 34 | Algerien | 55,7 | — 1,6 | 91 | 92 | Kongo | 14,9 | — 0,5 |
| 39 | 35 | Island | 55,5 | — 3,2 | 92 | 88 | Liberien | 12,4 | — 7,6 |
| 40 | 36 | Kolumbien | 55,2 | — 3,7 | 93 | 94 | Polen | 13,0 | —19,9 |
| 41 | 41 | Trinidad | 53,2 | — 3,4 | 94 | 93 | Sambia | 12,8 | — 3,5 |
| 42 | 47 | Ungarn | 52,5 | — 4,9 | 95 | 94 | Tansania | 12,0 | — 4,9 |
| 43 | 42 | Nigerien | 52,2 | — 3,5 | 96 | 97 | Sierra Leone | 11,7 | — 3,4 |
| 44 | 45 | Chile | 52,1 | — 2,3 | 97 | 95 | Iran | 11,3 | — 2,4 |
| 45 | 44 | DDR | 51,9 | — 4,5 | 98 | 96 | Grenada | 10,7 | — |
| 46 | 43 | CSSR | 51,8 | — 6,0 | 99 | 99 | Sudan | 9,5 | — 2,8 |
| 47 | 48 | Thailand | 50,6 | — 1,6 | 100 | 98 | Äthiopien | 9,4 | — 1,9 |
| 48 | 42 | Argentinien | 50,5 | —12,9 | 101 | 101 | Nicaragua | 7,4 | — 3,7 |
| 49 | 50 | Brasilien | 50,2 | 0,5 | 102 | 100 | El Salvador | 7,2 | — 8,5 |
| 50 | 49 | Ecuador | 46,9 | — 5,4 | 103 | 102 | Zaire | 6,1 | — 0,7 |
| 51 | 55 | Oman | 45,9 | 0,2 | 104 | 104 | Uganda | 5,4 | — 0,9 |
| 52 | 52 | Indien | 46,5 | — 3,4 | 105 | 103 | Nordkorea | 4,4 | — 2,7 |
| 53 | 53 | Tunesien | 46,0 | — 2,2 | Globaler Durchschnitt | | | 45,8 | — 4,9 |

Quelle: Institutional Investor, New York, und Schweizerische Handels-Zeitung, Zürich. Zitiert nach: FAZ, 19. Juni 1982, Nr. 138, S. 15

### 3.4.2 Eigenfinanzierung

#### 3.4.2.1 Zwangssparprozesse

Von den Quellen der Eigenfinanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Zwangssparprozesse stellen die Steuereinnahmen normalerweise die bedeutendste dar. Wie weit das Steuersystem Malawis in der Lage ist, einen Beitrag zur Eigenfinanzierung zu leisten, soll hier untersucht werden.

Bevor die einzelnen Komponenten des gegenwärtigen Steuersystems betrachtet werden, soll es auf seinen Entwicklungsgrad hin im internationalen Vergleich analysiert werden.

Als einer der wichtigsten Indikatoren zur Kennzeichnung des Entwicklungsgrades des Steuersystems in einer Volkswirtschaft und zum Vergleich der Steuersysteme wird häufig die volkswirtschaftliche Steuerlastquote (tax-GNP-ratio) benutzt.[1] Kennzeichnend für Steuersysteme vieler Entwicklungsländer sind niedrige Steuerlastquoten, die oft nur halb so groß wie in den Industrieländern (wo ihre Werte zwischen 25 und 35 % und darüber liegen)[2] sind. Für Malawi ergeben sich noch weit niedrigere Durchschnittswerte. So betrug beispielsweise die Steuerlastquote von 79 Entwicklungsländern durchschnittlich 15,8 % in den Jahren 1965-1967,[3] während für Malawi in dieser Zeit ein Durchschnittswert von 7,8 % ermittelt wurde.
In einer späteren Untersuchung von TAIT, GRATZ und EICHEN-

---

1) Vgl. Prest, A.R.: Public Finance in Developing Countries, London 1975, S. 195; Lotz, J.R. u. Morss, E.R.: Measuring "Tax Effort" in Developing Countires, I.M.F. Staff Papers, Nov. 1967; Hicks, U.K.: Development Finance, Oxford 1965, S. 62 ff.

2) Vgl. Hemmer, H.-R.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 409; UN: UN-Yearbook of National Accounts Statistics, New York 1970

3) Weltbank: Jahresbericht 1970, S. 61 ff.

GREEN,[1] die 63 Entwicklungsländer einbezog, wurde für die Zeit von 1975/76 bis 1978/79 für Malawi eine durchschnittliche Steuerlastquote von 12 % festgestellt, ein Ergebnis, das mit den Werten der Tabelle 20 übereinstimmt. Es ist also eine - wenn auch mäßige - Steigerung zu verzeichnen.

Verschiedene Gründe werden für solche niedrigen Steuerlastquoten in Entwicklungsländern aufgeführt. Als einer der wichtigsten gilt die geringe "taxable capacity"[2] bzw. die geringe Steueraufbringungskraft oder das geringe Steuerpotential. Für Malawi ist das niedrige Pro-Kopf-Einkommen als Ursache der niedrigen "taxable capacity" und damit der niedrigen Steuerlastquote besonders hervorzuheben. Mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf von 230 US-$ im Jahr 1980 gehört Malawi zu den Ländern mit niedrigstem Einkommen[3]. Außerdem ist die Dominanz der Landwirtschaft in Malawi sehr hoch. Ein weitaus überwiegender Teil der Bevölkerung ist in diesem Bereich tätig, der die wichtigste Einkommensquelle darstellt. Bekanntlich aber ist die Landwirtschaft allgemein sehr schwer zu besteuern, bedingt durch die Möglichkeit des Tauschhandels in vielen Gebieten, die kleinen Betriebsgrößen und vor allem die hohe Bedeutung des Eigenverbrauchs,[4] was die Existenz eines großen Anteils des Subsistenzsektors impliziert. An der landwirtschaftlichen Produktion beträgt der Anteil der Subsistenzwirtschaft allein 63 %, während der der Plantagenwirt-

---

1) Vgl. Tait, A./Gratz, L.M./Eichengreen, B.J.: International Comparisons of Taxation for Selected Developing Countries 1972-1976, in: Staff Papers Vo. 26, No. 1 (March 1979), S. 123-156

2) Vgl. Prest, A.R.: Public Finance in Developing Countries, London 1975, S. 22

3) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1982, S. 118 ff.

4) Vgl. Goode, R.: Grenze der Besteuerung, in: Finanzierung und Entwicklung, 17. Jg. (1980), Nr. 1, S. 12

Tabelle 20 : Die Entwicklung der Steuerlastquote (Tax/GNP Ratio) in Malawi 1964-1980.

| Jahr | Steueraufkommen (in Mio. Kwacha) | BSP (in Mio. Kwacha) | Steuerlastquote in %[1)] |
|---|---|---|---|
| 1964 | 9.4 | 153.4 | 6.12 |
| 1965 | 11.8 | 180.8 | 6.53 |
| 1966 | 16.2 | 205.2 | 7.89 |
| 1967 | 19.1 | 215.5 | 8.86 |
| 1968 | 21.1 | 225.4 | 9.36 |
| 1969 | 24.4 | 244.4 | 9.98 |
| 1970 | 29.1 | 267.1 | 10.89 |
| 1971 | 36.0 | 334.9 | 10.75 |
| 1972 | 39.3 | 359.1 | 10.94 |
| 1973 | 43.5 | 401.6 | 10.83 |
| 1974 | 53.8 | 487.1 | 11.04 |
| 1975 | 66.6 | 567.4 | 11.74 |
| 1976 | 73.2 | 652.6 | 11.22 |
| 1977 | 90.0 | 769.3 | 11.70 |
| 1978 | 122.0 | 853.7 | 14.29 |
| 1979 | 143.8 | 1049.6 | 13.70 |
| 1980 | 159.5 | 1241.4 | 12.89 |

1) Die Steuerlastquoten sind eigene Berechnungen aus folgenden Quellen:

1964-1977 Vgl. Malawi Government: Budget Documents and Financial Statment 1977/78; BLASCHNEK, W.R. und DEQUIN, H.: Malawi, Ten years of Progress and Development, Riyad 1981, S. 148;

1978-1980 Vgl. Malawi Govt.: Economic Report 1981, (Budget-Document No. 4) Zomba, S. 67;

United Nations, United Nations Conference on the Least Developed Countries, CountryReview Meetings, Malawi, 1981 (LDC/CP/30), S. 188 ff.

schaft 15 % und der monetären Kleinbauern 22 % ausmacht.[1)]
Außer auf die geringere "taxable capacity" ist die niedrigere Steuerlastquote vieler Entwicklungsländer auch auf unzureichende "tax effort"[2)] zurückzuführen. Der bereits erwähnten Studie von TAIT u.a. zufolge gilt dies auch für Malawi[3)].

Trotz der oben erwähnten geringen Steuerlastquote und anderer Unzulänglichkeiten des Steuersystems von Malawi sind hier enorme Fortschritte zu verzeichnen. Eine relativ stetige Zunahme der Steuerlastquote parallel zur allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnte festgestellt werden. Aus Tabelle 20, die die Entwicklung der Steuerlastquoten von 1964 bis 1980 zeigt, wird deutlich, daß im allgemeinen ein kontinuierlicher Aufwärtstrend der volkswirtschaftlichen Steuerlastquoten festzustellen war. Im Jahre 1978 ist sie mit 14,29 % am höchsten. Damit war ein Wert erreicht, der dem für die LDC's geforderten 18 %[4)] am nächsten kam. Seit 1978 sind aufgrund nachlassenden Wirtschaftwachstums leichte Rückgänge zu verzeichnen.

Das Steuersystem Malawis unterteilt sich in folgende Steuerarten:

---

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Länderkurzberichte, Malawi, Stuttgart/Mainz 1979, S. 6; BfA: Wirtschaftsdatenblatt; Malawi, Köln 1980, S. 4; Dasselbe: Malawi, Wirtschaftliche Entwicklung, Köln 1980, S. 2 ff.

2) Unter "tax effort" versteht man "the willingness to pay taxes", also den Willen, Steuern zu zahlen und die Bemühungen, Steuern zu erheben; vgl. Prest, A.R.: Public Finance ..., a.a.O., S. 19 ff; Lotz, J.R. u. Morss, E.R.: Measuring "Tax Effort" in Developing Countries. In: IMF Staff Papers, Nov. 1967.

3) Vgl. Tait, A. u.a.: International Cpmparisons ..., a.a.O., S. 123 ff; IMF: Malawi. Recent Economic Development (Unveröffentlichtes Manuskript).

4) Vgl. Musgrave, R.: Public Finance in Theory and Practice, Tokyo 1978, S. 749.

Die "minimum tax"[1] entspricht etwa der Kopfsteuer der Kolonialzeit. Diese Steuer gilt in der Regel für männliche Personen ab 18 Jahren, die kein festes Einkommen nachweisen können oder nur geringe Einkünfte erzielen, die am Rande des Existenzminimums liegen, z.B. aus der Subsistenzwirtschaft. Sie wird entrichtet sowohl von Personen, die im Inland wohnhaft sind als "minimum tax collected in Malawi", als auch von malawischen Arbeitnehmern im Ausland, die einer anderen Besteuerung nicht unterliegen; sie wird dann "minimum tax, remitted from abroad" genannt. Von der minimum tax ausgenommen sind in der Regel Frauen, Schüler, Studenten, Kranke und alte Menschen und eben der Personenkreis, der auf andere Art Steuern entrichtet. Da der betroffene Personenkreis nur über minimale Einkünfte verfügt, kann diese Steuer nur sehr niedrig angesetzt werden. So hatte im Jahre 1979 der Steuerbetrag eine Höhe von 3,50 MK pro Person.[2] Die Einnahmen aus dieser Steuer machten im Jahr 1975/76 lediglich 2 % der Ausgaben des ordentlichen Haushalts und 2,4 % des Entwicklungshaushalts aus[3]. Wegen solcher niedrigen Steuerbeträge ist es nicht verwunderlich, daß die Gesamtsteuereinnahmen aus der "minimum tax" nur eine sehr geringe einnahmepolitische Bedeutung haben und einen kaum nennenswerten Beitrag zur Eigenfinanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung leisten können. Außerdem haben sie den Nachteil, daß auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen keine Rücksicht genommen wird. Immerhin muß von dem Besteuerten ein Betrag aufgebracht werden, der bei 6 % eines durchschnittlichen Jahreseinkommens liegt.

---

1) Vgl. Malawi Government, Department of Taxes: Taxation in Malawi, Blantyre 1968, S. 1 ff.

2) Vgl. IMF: Malawi. Recent Economic Development (unveröffentlicht)

3) Vgl. Blaschnek, W.R. und H. Dequin: Malawi,..., a.a.O., S. 148 f.; UN: Country Review Meetings, Malawi, ..., a.a.O., S. 196

Diese Steuer, die von einem großen Teil der Bevölkerung entrichtet werden muß, hat trotzdem ihre Berechtigung. Ihre Bedeutung muß darin gesehen werden, daß sie ganz allgemein arbeitsangebotserhöhende Wirkungen hervorrufen kann[1]. Dadurch wird ein Einkommenseffekt erzielt, da diejenigen, die eine geringbezahlte Arbeit haben, bei der Erhebung einer Steuer bemüht sind, durch Mehrleistungen die Abgaben einzuholen.[2] Ferner werden die noch nicht gegen Lohn Arbeitenden, vor allem in der Landwirtschaft, zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bewegt.
Ein anderer wesentlicher Effekt dieser Besteuerung liegt darin, daß sie als echte Stimulanz zu einer Hinwendung zur Geldwirtschaft angesehen werden muß.

Die "graduated tax"[3], deren Grundlage durch die "Taxation Act 1966" gegeben wurde, ist in Malawi eine Verknüpfung der ehemaligen Kopfsteuer mit einer am Einkommen orientierten Steuer. Diese Steuer nimmt eine Mittelstellung zwischen der primitiven Kopfsteuer und der modernen Einkommenssteuer ein. Steuerpflichtig sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die jährlich 900 MK nicht übersteigen dürfen.
Der Beitrag, den sie zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung leistet, ist allerdings noch gering, da durch sie nur 4 % (1964) bzw. 2 % (1979/80) des gesamten Steueraufkommens erbracht werden. Gemessen an den Ausgaben des ordentlichen Haushalts machten die Einnahmen aus dieser Steuer nur 1,8 % und des Entwicklungshaushalts 1,5 % im

---

1) Vgl. Pätz, J.: Steuerpläne und Steuerpolitik in den Entwicklungsländern, a.a.O., S. 142

2) Vgl. Bauer, P.T. und Yamey, B.S.: The Economics of Underdeveloped Countries, London 1957, S. 196

3) Vgl. Malawi Government, Department of Taxes: Taxation in Malawi, Blantyre 1968, S. 1; IMF: Malawi - Recent Developments (unveröffentlicht)

Jahr 1979/80 aus.[1] Aus dem sinkenden Anteil ist zu entnehmen, daß mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung und steigendem Einkommen die graduated tax an Bedeutung verliert. Ihr Vorteil liegt darin, daß sie ohne wesentlichen Verwaltungsaufwand zu erheben ist, da dies über den Arbeitgeber geschieht, und daß sie, anders als die "minimum tax", nach dem tatsächlichen Einkommen gestaffelt ist. Statistiken, aus denen hervorgeht, wie hoch der Anteil der arbeitenden Bevölkerung ist, der diese Steuer entrichtet, liegen nicht vor.

Die "assessed income tax" entspricht ihrem Wesen nach der "graduated tax", da sie nach HICKS eine "simplified income tax"[2] darstellt. In der Literatur wird sie auch vielfach der "graduated tax" zugeordnet[3]. In Malawi wurde jedoch eine Trennung vorgenommen, so daß daraus zwei unterschiedliche Steuerarten gebildet worden sind. Während die "graduated tax" auf die Einkünfte der Nichtselbständigen erhoben wird, ist die "assessed income tax" auf die Einkünfte von Selbständigen (Landwirte, Händler, Handwerker) zu entrichten. Vornehmlich handelt es sich dabei um Einkünfte aus Agrar- und Gewerbetätigkeiten in ländlichen Gebieten, solange 900 MK nicht überschritten werden. Da die Steuerpflichtigen schwer dazu zu bewegen sind, die Höhe ihres Einkommens selber festzustellen und auch die buchhalterischen Fähigkeiten fehlen, wird eine Veranlagung durch den "District Commissioner" (früher durch "Rural Assessment Boards") durchgeführt, der vom "Commissioner of Taxes" ermächtigt wird. Der Anteil dieser Steuer an den

---

1) Diese Prozentsätze wurden errechnet aufgrund der Daten aus: Malawi Government: Budget Documents and Financial Statments 1977/78, 1978/79, 1979/80, Zomba; UN: Country Review Meetings, Malawi, a.a.O., S. 196

2) Vgl. Hicks, U.K.: Development Finance, Oxford 1965, S. 92 ff.

3) Vgl. Hicks, U.K.: Ebda.; Schelle, H.: Steuerpolitik und Kapitalakkumulation aus heimischen Quellen in Entwicklungsländern, München 1968, Diss., S. 146 ff.

Gesamtsteuereinnahmen betrug 1979/80 lediglich 0,14 %, was einnahmepolitisch einen kaum merkbaren Beitrag darstellt. Bedenkt man, welch hoher Verwaltungsaufwand mit ihrer Erhebung verbunden ist, so muß man ihre Wirksamkeit in Frage stellen.

Die "income tax" wird teilweise durch das pay-as-you-earn-Verfahren (P.A.Y.E.) erhoben. Danach erfolgt die Erhebung dieser Steuer bei Lohn- und Gehaltsempfängern durch ein direktes Quellenabzugssystem. Das Verfahren, das in vielen Entwicklungsländern verwendet wird und aus den entwickelten Ländern übernommen wurde,[1] ist in seiner geltenden Form in Malawi durch die "Income Tax Ordinance 1963" eingeführt worden. Nach diesem Verfahren[2] werden Verdienste aus nichtselbständiger Beschäftigung, die 900 MK jährlich übersteigen, besteuert. Das Einkommen, das zugrundegelegt wird, muß im Inland bezogen worden sein. Im Gegensatz zu den oben genannten Steuern verzeichnet das Steueraufkommen des P.A.Y.E.-Verfahrens seit der Unabhängigkeit einen deutlichen Anstieg. Das Steueraufkommen erhöhte sich von 1,6 Mio. MK (1964) auf 13,0 Mio. MK (1978/80), was 10 % des Gesamtsteueraufkommens bedeutet. Die Einkommensbesteuerung nach dem P.A.Y.E.-Verfahren hat eine relativ wichtige einnahmepolitische Bedeutung und gehört zu den wichtigsten Einnahmequellen für die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung aus Eigenmitteln. Die Einnahmen aus dieser Steuer machten im Jahr 1979/80 7,7 % der Ausgaben des ordentlichen Haushalts und 8,8 % des Entwicklungshaushalts aus.[3]

---

1) Vgl. Prest, A.R.: Public Finance in Developing Countries, London 1975, S. 41 ff.; Hicks, U.K.: Development Finance, Oxford 1965, S. 91 ff.

2) Vgl. Malawi Government, Ministry of Finance: Background Information Investment Prospects, Lilongwe 1976, S. 17

3) Vgl. Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi, a.a.O., S. 148; UN: Country Review Meetings, Malawi, a.a.O., S. 196

Unter die "income tax on companies and selfemployed" fallen in Malawi die Einkommenssteuer der Selbständigen und die Körperschaftssteuer (company-tax) sowie eine Zusatzsteuer, die nur entrichtet werden muß, falls der Sitz einer Gesellschaft nicht in Malawi ist (ausländische Gesellschaft), oder falls Dividenden an ausländische Aktionäre fließen, sofern kein Doppelbesteuerungsabkommen vorliegt. Die Steuersätze für Selbständige liegen - wie beim P.A.Y.E.-Verfahren - zwischen 3 % (für Einkommen bis zu 1.000 MK) und 36 % (für Einkommen bis zu 20.000 MK) für Ledige. Für Körperschaften liegt der normale Steuersatz bei 45 %, der Zusatzsteuersatz beträgt 5 %[1]. Diese Steuersätze sind auf den ersten Blick erstaunlich hoch und scheinen eher geeignet, Investoren abzuschrecken. Sie werden aber z.T. dadurch reduziert, daß, vor allem in der Anfangsphase, Investitionsbeihilfen und günstige Abschreibungsbedingungen gewährt werden. Die Entwicklung der Steuereinnahmen aus dieser Einkommenssteuer ist durch rapide Zuwächse gekennzeichnet, wie der Tabelle 21 zu entnehmen ist. Betrug der prozentuale Anteil dieser Steuern am gesamten Steueraufkommen 15 % im Jahr 1965, so stieg er bereits im Jahr 1968 auf 25 % an und erreichte im Jahr 1976 35 %. Obwohl einige leichte Rückgänge festzustellen sind, blieben die Werte jedoch über 30 % und damit doppelt so hoch wie im Anfangsjahr. Betrachtet man den Anteil, den diese Steuern zu den Gesamteinnahmen beitragen, so ist zu erkennen, daß dieser sich im gleichen Zeitraum fast verdreifacht hat.

Von den Unternehmen geht insgesamt also eine hohe Steuerkraft aus. Wesentlich ist auch die Tatsache, daß die Finanzbehörden in solchen modernen Unternehmensformen eine geordnete Buchführung vorfinden, die die Veranlagung und

---

1) Vgl. Malawi Government, Ministry of Finance: Background Information on Investment Prospects, Lilongwe 1976, S. 20

Tabelle 21 : Entwicklung der Anteile von "incometax on companies and self-employed" an Gesamtsteuereinnahmen und Gesamteinnahmen 1964-1979/80 (in %).

| Jahr | Gesamtsteuereinnahmen | Gesamteinnahmen |
|---|---|---|
| 1964 | 19.1 | 8.2 |
| 1965 | 15.3 | 8.3 |
| 1966 | 16.0 | 10.0 |
| 1967 | 22.0 | 13.9 |
| 1968 | 24.6 | 15.4 |
| 1969 | 23.8 | 12.9 |
| 1970 | 21.0 | 13.9 |
| 1971 | 21.4 | 15.3 |
| 1972 | 23.2 | 16.0 |
| 1973 | 24.1 | 16.6 |
| 1974 | 24.0 | 16.4 |
| 1975 | 30.5 | 22.6 |
| 1976 | 34.5 | 25.7 |
| 1977 | 33.0 | 25.7 |
| 1978 | 33.2 | 26.6 |
| 1979 | 31.4 | 25.3 |
| 1980 | | |

Quelle: Malawi Government, Budget Documents and Financial Statement 1977/78.

Eintreibung der Steuern sehr erleichtert. Auch entstehen geringere Kosten als bei der Einziehung der persönlichen Einkommenssteuer. Außerdem sind bei den Gesellschaften Steuerwiderstände und die Möglichkeiten, dem Zugriff der Behörden durch einen Ortswechsel zu entgehen, geringer als bei Einzelpersonen. PREST hat die Unternehmen deswegen "an administrator's dream"[1] genannt.

Abschließend ist festzustellen, daß durch diese Steuern ein relativ hoher einnahmepolitischer Effekt im Hinblick auf die Eigenfinanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich wird. Von den direkten Steuern kommt der "income tax on companies and selfemployed" diesbezüglich die höchste Bedeutung zu. Eine Untersuchung der Haushaltsdaten des Jahres 1979/80 zeigt, daß mit diesen Steuereinnahmen immerhin entweder 23 % des ordentlichen Haushalts oder 26,5 % des Entwicklungshaushalts bzw. 14 % des gesamten Haushalts finanziert werden können[2], was deutlich höher als die anderen Steuerarten liegt.

Neben der direkten Besteuerung bietet sich als Quelle der Eigenfinanzierung die indirekte Besteuerung an. In Malawi wird diese Möglichkeit in dreifacher Weise wahrgenommen, nämlich durch die Erhebung von Importzöllen, Verbrauchssteuern und Zusatzsteuern.

Das Z o l l w e s e n ist in Malawi nicht sehr differenziert. Exportzölle werden nicht erhoben, was die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produkte fördert. Die Höhe der Importzölle wird durch die Mitgliedschaft Malawis im "Commonwealth" und damit durch die Zugehörigkeit zum Commonwealth Preferential System (Präferenzsystem des Commonwealth) bestimmt.
Danach werden Einfuhren aus Großbritannien z.B. bevorzugt

---

1) Vgl. Malawi Government: Public Sector Financial Statistics and Budget Documents 1979/80, Zomba

behandelt, indem sie mit niedrigeren Zöllen belastet werden. Ähnliche Vorzüge gelten auch für die Einfuhren aus GATT-Mitgliedsländern, zu denen Malawi seit 1964 gehört, sowie aus AKP- und EG-Ländern. Der Zolltarif orientiert sich an der Brüsseler Nomenklatur.[1] Obwohl er ein Mischsystem aus Gewichtszoll und Wertzoll darstellt, wird meistens der Wertzoll angewandt.[2]

Um die einnahmepolitische Bedeutung der Zölle darzustellen, wird auf Tabelle 21 hingewiesen. Daraus ist zu erkennen, daß die Einnahmen aus Importzöllen zunächst einen sprunghaften Zuwachs aufweisen. Gemessen an ihrem Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen stiegen sie von 24 % (1964) auf 47 % (1967). Seit 1968 ist im allgemeinen ein Abwärtstrend bis auf Werte unter 20 % (1976/77) zu verzeichnen. Seit 1978 scheinen sich die Werte bei leicht über 20 % zu stabilisieren. Ob dieser Anteil angesichts der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung weiterhin gehalten werden kann, ist ungewiß. Der hohe Anteil der Zolleinnahmen an den Gesamtsteuereinnahmen in den Anfangsjahren ist darauf zurückzuführen, daß in dieser Zeit der Importbedarf zum Aufbau der heimischen Industrie (neben dem wachsenden Konsumbedarf) besonders hoch war. In dem Maße, in dem dies gelang, setzte die importsubstituierende Wirkung der heimischen Industrie ein, was an dem sinkenden Anteil am Gesamtsteueraufkommen deutlich wird. Ein weiterer Grund für den abnehmenden Anteil der Zolleinnahmen an den Gesamtsteuereinnahmen ist darin zu suchen, daß im Zusammenhang mit dem allgemeinen Preisauftrieb im internationalen Handel den Entwicklungsländern eine zurückhaltende Zollpolitik diktiert wird.

---

1) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Malawi, wirtschaftliche Entwicklung 1970/71 Nr.A/125, Köln 1971, S. 37

2) Vgl. Schädler, K.: Malawi als Wirtschaftspartner, Köln 1965, S. 35

Die Importzölle sind von hoher fiskalischer Ergiebigkeit, was auch darauf zurückzuführen ist, daß die Erhebung von Abgaben auf den Güterimport den Steuerbehörden kaum Schwierigkeiten bereitet. Ihre einnahmepolitische Bedeutung ist jedoch etwas abgeschwächt durch die Schwankungen, denen sie (als Reaktion auf die Weltwirtschaftslage) unterworfen sind.

Neben den Zöllen werden zur Aufbringung von Eigenmitteln für die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung V e r b r a u c h s s t e u e r n erhoben.[1] Die Verbrauchssteuern werden entrichtet auf Erzeugnisse wie Tabakwaren, Spirituosen, Seife, Bier, kohlensäurehaltige Getränke, Zucker und gewebte Baumwollprodukte, die im Inland hergestellt werden. Die Höhe der Steuersätze variiert je nach der Ware. Wie Tabelle 22 zu entnehmen ist, liegen die Anteile der Verbrauchssteuer am Gesamtsteueraufkommen bei mindestens 4,2 % (1967) und bei höchstens 8 % (1973). Von da an ist ihr Beitrag ständig zurückgegangen. Eine hohe einnahmepolitische Bedeutung ist dieser Art der indirekten Besteuerung somit nicht beizumessen.

Neben Importzöllen und Verbrauchssteuern gilt als dritte Quelle der Eigenfinanzierung über indirekte Steuern die Erhebung einer Z u s a t z s t e u e r .[2] Ihr unterliegen Einfuhrgüter und inländische Erzeugnisse. Ausgenommen von dieser Steuer sind: Importgüter, die mit einem niedrigen Zollsatz bis zu 5 % belastet sind und aus AKP-, EG-, Commonwealth- oder GATT-Mitgliedsländern stammen; Grundnahrungsmittel wie Fisch, Reis und Mais; Einfuhren von Kapital- bzw. Investitionsgütern und für den Export herge-

---

1) Vgl. Malawi Government: Malawi Taxation Act (amended); dasselbe, Ministry of Finance: Background Information, a.a.O., S. 25; dasselbe, Laws of Malawi; Customs and Excise, chapter 42:01

2) Vgl. Malawi Government, Ministry of Finance: Background Information, a.a.O., S. 25; dasselbe, Laws of Malawi, a.a.O. Chapter 42:01

Tabelle 22 : Die Entwicklung der indirekten Steuern als Anteile der Gesamt-Steuereinnahmen 1964-1979 (in %).

| Jahr | Importzölle | Verbrauchssteuern | Zusatzsteuern |
|---|---|---|---|
| 1964 | 24.5 | 5.3 | - |
| 1965 | 35.6 | 5.1 | - |
| 1966 | 43.8 | 4.3 | - |
| 1967 | 46.6 | 4.2 | - |
| 1968 | 42.2 | 4.7 | - |
| 1969 | 39.3 | 7.8 | - |
| 1970 | 34.4 | 7.9 | 10.3 |
| 1971 | 29.2 | 5.8 | 19.7 |
| 1972 | 26.2 | 7.4 | 20.6 |
| 1973 | 24.4 | 8.0 | 20.5 |
| 1974 | 25.1 | 7.8 | 22.5 |
| 1975 | 22.2 | 7.2 | 21.2 |
| 1976 | 18.6 | 6.0 | 25.4 |
| 1977 | 17.9 | 5.0 | 26.1 |
| 1978 | 21.0 | 4.7 | 25.3 |
| 1979 | 22.1 | 4.8 | 25.2 |

Quelle: Malawi Government, Budget Documents and Financial Statement. 1977/78

stellte Inlandserzeugnisse.
Die Zusatzssteuer beträgt grundsätzlich 20 % eines für Malawi festgesetzten Großhandelsverkaufspreises. Für Importe gilt der Wert der zu verzollenden Ware, der neben dem Zollaufschlag mit einer Zusatzsteuer von 24 % belegt wird. Für im Inland hergestellte Güter wird der festgelegte Großhandelsverkaufspreis (Verkaufspreis ab Fabrik) als Bemessungsgrundlage der zu zahlenden Verbrauchssteuer zugrundegelegt.
Aus den vorhandenen statistischen Daten ist eine Analyse der Entwicklung der Einnahmen aus der Zusatzsteuer erst ab 1970 möglich (Tab. 22). Ihr Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen ist ständig gestiegen, am stärksten von 1970 auf 1971, wo er sich verdoppelt hatte. Seit 1976 liegt er bei 25 % der Gesamtsteuereinnahmen und gehört somit zu den wichtigsten Einnahmequellen für die Aufbringung der Eigenmittel.

Bei einer zusammenfassenden Betrachtung der direkten und indirekten Besteuerung wird festgestellt, daß die Einnahmen aus der indirekten Besteuerung ein Übergewicht haben, was für die Steuerstruktur der in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Länder charakteristisch ist. Gegenüber den indirekten Steuern sind die direkten Steuern wie Einkommens- und Körperschaftssteuer in wesentlich geringerem Umfang an der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt.
Dieses Überwiegen der indirekten Besteuerung gegenüber der direkten ist aus Tabelle 23 deutlich zu erkennen. Die größten Differenzen sind 1966 und 1971 zu registrieren. Im beobachteten Zeitraum liegen die Durchschnittsbeiträge zum Gesamtsteueraufkommen bei 55,6 % durch die indirekte Besteuerung, während durch die direkte Besteuerung nur 44,4 % des Gesamtsteueraufkommens gedeckt werden.

Auf die Nachteile dieser Steuerstruktur mit einem Übergewicht der indirekten Besteuerung ist bereits hingewiesen

Tabelle 23 : Die Entwicklung der Anteile der direkten und indirekten Steuern am Gesamtsteueraufkommen 1964-1979

| Jahr | Direkte Steuern | Indirekte Steuern | Gesamtsteueraufkommen |
|---|---|---|---|
| 1964 | 53.8 | 46.2 | 100 |
| 1965 | 44.1 | 55.9 | 100 |
| 1966 | 38.9 | 61.1 | 100 |
| 1967 | 43.5 | 56.5 | 100 |
| 1968 | 47.4 | 52.6 | 100 |
| 1969 | 46.7 | 53.3 | 100 |
| 1970 | 41.6 | 58.4 | 100 |
| 1971 | 39.2 | 60.8 | 100 |
| 1972 | 41.2 | 58.8 | 100 |
| 1973 | 42.5 | 57.5 | 100 |
| 1974 | 40.3 | 59.7 | 100 |
| 1975 | 45.8 | 54.2 | 100 |
| 1976 | 46.1 | 53.9 | 100 |
| 1977 | 48.0 | 52.0 | 100 |
| 1978[1)] | 46.4 | 53.6 | 100 |
| 1979[2)] | 45.5 | 54.5 | 100 |

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben aus: Malawi Government; Budget Documents and Financial Statement 1977/78. Zomba.

Vgl. hierzu auch: BLASCHNEK, W.R. + DEQUIN, H.: Malawi. Ten years of Progress and Development, a.a.O., S. 148.

1) Revidierte-Schätzungen, 2) Geschätzte Zahlen

worden,[1] weshalb langfristig dieses Übergewicht abgebaut werden sollte, indem der Schwerpunkt auf direkte Besteuerung verlagert wird.
Ein solches Steuersystem wäre durch den Einsatz eines effektiven Einkommenssteuersystems zu charakterisieren. Es würde die Rate der Kapitalbildung erhöhen und darüber hinaus dem öffentlichen Haushalt höhere Einnahmen sichern[2].

Wie bereits gezeigt wurde, sind Ansatzpunkte für ein direktes Steuersystem, das auf der Erhebung von Einkommenssteuer basiert, bereits vorhanden, doch ist es noch weit entfernt davon, die geforderte Effektivität aufzuweisen. Die Voraussetzungen dafür, wie sie z.B. von Goode[3] gefordert werden, sind kaum realisiert. Aus diesem Grunde kann vorerst nur das begrenzte Einkommenssteuersystem im Sinne Köllners[4] eingesetzt werden, was für Malawi bedeutet, daß nur mittlere und höhere Einkommensbezieher erfaßt werden. Angesetzt werden muß deshalb bei dem großen Anteil von Beziehern niedriger und existenzminimaler Einkommen. Für sie müßten Möglichkeiten gegeben sein, nach und nach solche Einkommen zu erzielen, daß sie der Einkommenssteuer unterliegen. Parallel dazu wäre der Ungerechtigkeit der Minimum-Steuer-Erhebung entgegengewirkt.

---

1) Siehe Seite und vgl. Dawar, H.: Financial Policy in Developing Countries, in: IntereconomicsNr. 1, 1976, S. 21 ff.

2) Vgl. Dawar, H.: Bedeutung der Zollpolitik für die industrielle Entwicklung, Bonn 1971, S. 312

3) Vgl. S. 81 dieser Arbeit

4) Vgl. S. 81 dieser Arbeit

### 3.4.2.2 Freiwillige Ersparnisbildung

Die Beschaffung von Eigenmitteln in den Entwicklungsländern erlangt neue und entscheidende Bedeutung im Hinblick auf die Reduzierung der Auslandsabhängigkeit. Auf die allgemeine Bedeutung der Ersparnisbildung als wichtigste Grundlage der Eigenfinanzierung ist bereits hingewiesen worden. Im Folgenden sollen die Sparmöglichkeiten unter den speziellen Bedingungen Malawis dargestellt und Ansatzpunkte zu deren Verbesserung aufgezeigt werden.

Eine Untersuchung der Ersparnisbildungsmöglichkeiten in Malawi, wie in vielen anderen Entwicklungsländern, wird dadurch erschwert, daß statistische Angaben für solche Analysen nur spärlich oder gar nicht vorhanden sind. So fehlen Angaben über Höhe und Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse in Malawi, über den Beitrag der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung, die verschiedenen Sparformen und die Sparleistungen der verschiedenen Institutionen.

Wie bereits an früherer Stelle erwähnt wurde, stellt die Sparfähigkeit eine der bedeutendsten Bestimmungsgründe der Ersparnisbildung dar. Sie ist wiederum abhängig von der Einkommenshöhe bzw. dem Pro-Kopf-Einkommen oder genauer von dem Überschuß des Pro-Kopf-Einkommens über das existenzminimale Einkommen. Das Pro-Kopf-Einkommen Malawis gehört im internationalen Vergleich zu den niedrigsten, obwohl es von 140 US-$ 1976 und 1977 kontinuierlich gestiegen ist auf 230 US-$ im Jahr 1980[1)].
Dieses steigenden Einkommen und eine offenbar hohe Sparneigung führten zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen

---

1) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsberichte 1978 und 1982, Washington

Ersparnisse[1]. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote, als Anteil der Bruttoinlandsersparnis am Bruttoinlandsprodukt ausgedrückt, die 1960 bei -4 % lag, stieg auf 3 % 1964[2] (Unabhängigkeit Malawis) und liegt seit 1975 bei 12 % durchschnittlich[3]. Trotz dieser relativen Steigerung der Sparquote muß sie gesamtwirtschaftlich als gering angesehen werden - ein Ergebnis, das für die Situation der Entwicklungsländer kennzeichnend ist.

Um die Ersparnisbildungsmöglichkeiten der sozio-ökonomischen Gruppen aufzeigen zu können, wollen wir uns im folgenden auf Ergebnisse der Untersuchungen beziehen, die zwar etwas alt sind, aber dennoch ihre Aktualität nicht verloren haben[4]. Obwohl diese Untersuchungen in erster Linie der Analyse des Konsumverhaltens galten, können daraus Schlüsse für die Ersparnisbildung gezogen werden, da Sparen als Rest des Konsums angenommen wird.

Betrachtet man nun die sozio-ökonomischen Gruppen, so unterscheidet man in Malawi zwischen der ländlichen Bevölkerung (92 % der Gesamtbevölkerung), die über ein Gesamteinkommen von 44 Mio. Malawi Kwacha (MK) verfügt, und der städtischen Bevölkerung, die 7 % der Gesamtbevölkerung ausmacht und über ein Gesamteinkommen von 48 Mio. MK verfügt.[5]

---

1) Vgl. Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi, Ten Years of Progress and Development, Riyad 1981, S. 72

2) Vgl. Blaschnek, W.R. u. H. Dequin: Malawi, ..., a.a.O., S.

3) Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1978 - 1982, Washington

4) Vgl. National Statistical Office: National Sample Survey of Agriculture 1968/69 (Customary Land in Rural Areas only), Zomba 1970; Derselbe: Household Income for Urban Areas and Agricultural Estates 1968, Zomba 1970

5) Vgl. National Statistical Office: National Sample Survey of Agriculture 1968/69 (Customary Land in Rural Areas only, Government Printer, Zomba 1970

Einer Stichprobenuntersuchung über die Einkommenshöhe, -verteilung und Konsumstruktur der ländlichen Bevölkerung zufolge besitzt die ländliche Bevölkerung in Malawi äußerst niedrige durchschnittliche Familieneinkommen (44 MK/Jahr) und somit eine sehr geringe Kaufkraft[1]. Sie lebt von dem Wenigen, was der Boden hervorbringt bei Betriebsgrößen, die - wenn auch mit regionalen Unterschieden - für die große Mehrheit der Betriebe unter 5 ac (etwa 2 ha) liegt[2]. Man kann diese Bevölkerungsgruppe wieder differenzieren in diejenigen, die nur über etwa 10 MK jährlich verfügen (60 % der gesamten ländlichen Bevölkerung) und in diejenigen, die über etwa 200 MK jährlich verfügen können (2,3 % der ländlichen Bevölkerung). Es kann also nur von den genannten 2,3 % ein nennenswerter Beitrag zur Ersparnisbildung erwartet werden. So sind auch die Ergebnisse RUTHENBERGs und HELLEINERs zu interpretieren, die von einer beträchtlichen durchschnittlichen Ersparnisbildung der höheren Einkommensbezieher der ländlichen Familien sprechen[3].

Einer weiteren Stichprobenuntersuchung[4], die sich mit der Ermittlung der Einkommenshöhe, -verteilung und der Konsumstruktur der städtischen Bevölkerung (einschließlich

---

1) Vgl. National Statistical Office: National Sample Survey of Agriculture 1968/69. (Customary Land in Rural Areas only), Government Printer, Zomba 1970

2) Vgl. Linau, C.: Malawi, a.a.O., Darmstadt 1981, S. 11

3) Vgl. Ruthenberg, H.: Landwirtschaftliche und anfängliche Kapitalbildung, Sonderheft der Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, Frankfurt/Main, O.J., S. 58 - 63; vgl. auch Helleiner, G.K.: The Fiscal Role of the Marketing Boards in Nigerian Economic Development 1947 - 1961, Economic Journal Vol. 74, S. 601

4) Vgl. National Statistical Office: Household Income and Expenditure Survey for Urban Areas and Agricultural Estates 1968, Government Printer, Zomba 1970

Kleinstädte und Plantagen) befaßt, ist zu entnehmen, daß die wichtigsten Geldeinkommensbezieher in Malawi in den städtischen Gebieten und auf Plantagen anzutreffen sind, deren Zahl 1968/1969 auf über 80.000 geschätzt wurde, was etwa 7 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Unterteilt man diese Gruppe entsprechend ihrer Einkommenshöhe, so lassen sich drei Schichten unterscheiden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| EK von | 0 - 600 MK/J. | niedrig | 80 % |
| EK von | 600 - 2000 MK/J. | mittel | 12 % |
| EK von | 2000 MK/J. | hoch | 8 % |

Diese letztgenannte kleine Einkommensgruppe verfügt über 50 % des gesamten Geldeinkommens der Haushalte in städtischen Gebieten und auf Plantagen.[1)]

Bei der niedrigen Einkommensschicht, bei der es sich hauptsächlich um städtische Arbeiter, Plantagenarbeiter und kleine Angestellte mit geringer beruflicher Qualifikation und ethnisch ausschließlich um Afrikaner handelt, dürften Sparfähigkeit und Sparneigung allgemein gering sein, da die Lebenshaltungskosten in der Stadt höher liegen, sofern sie nicht nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig sind.
Die meisten dieser Haushalte mit niedrigen Geldeinkommen verfügen jedoch zusätzlich über ein beachtliches Einkommen aus der Subsistenzwirtschaft, das zwischen 30 und 40 % des Gesamteinkommens ausmacht[2)], was sie durchaus in die Lage versetzen müßte, aus ihrem Lohneinkommen zu sparen, weil sie weniger als andere Arbeiter für Nahrungsmittel ausgeben müssen.
Die Haushaltsgruppen mit mittleren und höheren Einkommen

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Malawi, a.a.O., S. 27 ff. u.S. 83 ff.

2) Vgl. Dilg, K.-G.: Industrieberichte Bd. 17, a.a.O., S. 28 ff.

dürften, obwohl zahlenmäßig gering, im Hinblick auf die Ersparnisbildung bedeutsam sein. Es handelt sich dabei um nichtselbständige Einkommensbezieher (überwiegend technisches und kaufmännisches Personal im Staatsdienst und im europäisch geführten modernen Sektor der Wirtschaft) und um Selbständige (Händler und Unternehmer).

Bei diesen Betrachtungen muß berücksichtigt werden, daß die Untersuchung die verschiedensten ethnischen Gruppen einschließt. Bei den niedrigen Einkommen handelt es sich fast ausschließlich um afrikanische Haushalte. Die mittlere Einkommensschicht setzt sich aus Afrikanern und Asiaten zusammen, während die Bezieher höherer Einkommen hauptsächlich Europäer sind. Hinzu kommt, daß die Afrikaner meistens mit dem ohnehin geringen erwirtschafteten Einkommen größere Familien zu unterhalten haben als Asiaten und Europäer (extended-family-system).[1)]
Aus diesen beiden Tatsachen resultiert eine relativ geringe Sparfähigkeit der Afrikaner. Die These von LEWIS[2)], daß bei den Afrikanern eine geringe Sparneigung sich ergibt, weil sie den europäischen Lebensstil in Ernährung, Wohnung und Kleidung nachahmen (conspicuous consumption) wollen, wird hier nicht bestätigt. Letzteres wird auch durch CHERNIAVSKY bestätigt, der feststellte, daß die Sparneigung der Europäer bei 5 bis 12 mal so hohem Einkommen nur 4 mal so hoch liegt wie die der monetarisierten Afrikaner[3)].

Trotz aller Anstrengungen kann Malawi (wie andere LLDC-Länder) seine Investitonen kurz- und mittelfristig aufgrund der niedrigen Einkommen der breiten Masse nicht

---

1) Vgl. Dilg, K.-G.: Industrieberichte Bd. 17, a.a.O., S. 28 ff.

2) Lewis, W.A.: Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen 1956, S. 253

3) Vgl.: Cherniavsky, M.: Development Prospects in East Africa and Uganda, A Draft Report, Bergen 1965, S. 14 f.

durch freiwillige Ersparnisse finanzieren. Dennoch bilden solche Bemühungen einen ersten Ansatz, um zunächst mindestens einen Teil der Entwicklungsausgaben durch das einheimische Sparaufkommen zu bestreiten.

### 3.3.2.3 Kredit- und Bankensystem

Ein erfolgreicher Ersparnisbildungsprozeß benötigt eine funktionsfähige finanzielle Infrastruktur als Grundlage. Im folgenden soll das Kredit- und Bankensystem Malawis daraufhin untersucht werden, wie weit es diesen Anforderungen gerecht wird, und ob die dort betriebene Geld-, Kredit- und Sparpolitik als entwicklungsfördernd betrachtet werden kann. Zunächst wird die institutionelle Zusammensetzung der finanziellen Infrastruktur auf ihre Möglichkeit hin, Einlagen zu bilden und Kredite zu vergeben, geprüft.

Die finanzielle Infrastruktur Malawis umfaßt ein Bankensystem, das sich zusammensetzt aus einer Zentralbank, welche die Kontrolle über die Kredit- und Geldmengenentwicklung ausübt, zwei Geschäftsbanken und übrige finanzielle Institutionen.

Die Zentralbank - "Reserve Bank of Malawi" (RBM) -, die die Aufgaben übernahm, die vorher von der "Bank of Rhodesia and Nyasaland" ausgeübt wurden, existiert erst seit der Unabhängigkeit Malawis im Jahre 1964. Sie operiert auf der Grundlage eines modernen Zentralbankgesetzes.
Zu einer der wichtigsten Aufgaben der Zentralbank - entsprechend den Gesetzesvorschriften[1)] - gehört das Geldangebot und damit die Ausgabe der "legal tender currency

---

1) Vgl. Malawi Government, Laws of Malawi: Reserve Bank of Malawi, Cap. 44:02, S. 4 ff.

in Malawi" (d.h., die Versorgung der malawischen Wirtschaft mit den gesetzlichen Zahlungsmitteln). Im Rahmen dieser Aufgabe führte sie als neues gesetzliches Zahlungsmittel am 1.6.1965 das Malawi-Pfund ein, wodurch die bis dahin in Umlauf befindlichen Münzen und Noten der früheren Föderation abgeschafft wurden. Der Wechselkurs des Malawi-Pfundes entsprach dem des britischen Pfundes. Wegen dieser Bindung wurde im Jahre 1967 die malawische Währung zusammen mit dem britischen Pfund stark abgewertet. Im Zusammenhang mit der britischen Währungsumstellung hat Malawi seit 1971 eine Dezimalwährung; das Zahlungsmittel heißt seitdem Malawi-Kwacha (MK) zu 100 Tambala.

Eine weitere Aufgabe der Zentralbank Malawis ist "to maintain external reserves so as to safeguard the international value of that currency". Die Auslandsaktiva bzw. Devisenreserven, die für die Sicherung des Außenwertes der Währung in genügendem Umfang gehalten werden müssen, umfassen folgende Posten:

- Gold,
- Guthaben bei Banken in Großbritannien oder anderen Ländern, deren Währung frei konvertierbar ist,
- Schatzwechsel der britischen und anderer ausländischer Regierungen, deren Währung frei konvertierbar ist mit Laufzeit bis zu 184 Tagen,
- Wertpapiere britischer und sonstiger ausländischer Regierungen mit frei konvertierbarer Währung,
- die vom IWF der "Reserve Bank of Malawi" eingeräumten "special drawing rights" (Sonderziehungsrechte),
- die malawische "Reserve Position" beim IWF.

Diese Devisenreserven, die die Bank zu halten hat, dürfen mindestens 50 % der gesamten Sichtverbindlichkeiten der "Reserve Bank of Malawi" betragen. Damit soll die Zahlungsfähigkeit der Zentralbank gegenüber dem Ausland jederzeit gewährleistet werden. Außerdem muß die Zentralbank die in-

nere Geldwertstabilität aufrechterhalten (to promote monetary stability) und den Aufbau einer funktionsfähigen finanziellen Infrastruktur fördern (to promote a sound financial structure). Die Zentralbank ist darüber hinaus Bank und Ratgeber der Regierung, indem sie die Konten des Staates führt, Wertpapier-, Devisen- und Zahlungsgeschäfte des Staates verwaltet und Staatsschuldenpolitik betreibt. Schließlich ist die Zentralbank auch Bank für die Geschäftsbanken und sonstigen Kreditinstitute, die ihre Einlagen bei der Zentralbank unterhalten. Auch überwacht die Zentralbank deren Kreditgeschäfte und reguliert die Liquidität der Geschäftsbanken. Der Zentralbank obliegen also einerseits Entwicklungs- und andererseits Stabilisierungsaufgaben.

Um die obengenannten Aufgaben und Zielsetzungen verwirklichen zu können, müssen einer Zentralbank geld- und kreditpolitische Instrumente zur Verfügung stehen. Dazu gehören bekanntlich die Refinanzierungspolitik (Diskont- und Lombardpolitik), Offenmarktpolitik, Mindestreservenpolitik und Einlagenpolitik[1]. Davon werden in den malawischen Gesetzen[2] als Instrumente zur Beeinflussung der Kredit- und Geldmengenentwicklung die Refinanzierungspolitik durch Diskont- bzw. Rediskontpolitik und die Mindestreservenpolitik ausdrücklich, die Offenmarktpolitik nur implizit erwähnt. Durch Refinanzierungspolitik (Festlegung des Diskontsatzes) soll die Höhe der Refinanzierung der Banken beeinflußt werden. Als rediskontfähig gelten in

---

1) Willms, M. u. Siebke, J.: Theorie der Geldpolitik, Berlin 1974, S. 146 ff.; Duwendag, D. u.a.:Geldtheorie und Geldpolitik, Köln 1977, S. 258 ff.; Jarchow, H.-J.: Theorie und Politik des Geldes, Göttingen 1974, S. 66 f.; Furness, E.L.: Money and Credit in Developing Africa, London/Nairobi 1975, S. 214 ff.

2) Vgl. Malawi Government: Laws of Malawi, Reserve Bank of Malawi, Cap. 44:02, S. 16 a, S. 18

Malawi: Handelswechsel (inland bills of exchange), Solawechsel (promissery notes) und außerdem Wechsel, die der Finanzierung folgender Geschäfte dienen: Transport, Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher und mineralischer Erzeugnisse innerhalb Malawis. In den gesetzlichen Vorschriften zum Einsatz der Mindestreservepolitik heißt es: " ... the bank may prescribe from time to time by publications in the Gazette the minimum cash reserve balances which other banks shall be required to maintain in the form of a deposit at the bank and the minimum amount of specified liquid assets which banks operating in Malawi are required to hold unter the Banking Act." [1] Die Mindestreservesätze (Einlagen, die die Banken bei der Zentralbank halten müssen) können von Zeit zu Zeit variiert werden [2] in Anpassung an die Höhe der Verbindlichkeiten. So ist eine Ausweitung oder Einschränkung des Kreditvolumens je nach Bedarf zu erreichen. Darüberhinaus hat die Zentralbank durch die Ansammlung von Reservemitteln in ihren Kassen die Möglichkeit, Akzente in ihrer Entwicklungspolitik zu setzen. Sie kann Mittel zur Finanzierung von speziellen Vorhaben vergeben und somit eine Verteilung des Kreditvolumens bewirken, die den Zielen der Entwicklungspolitik am besten entspricht. Die Offenmarktpolitik wird in den "Laws of Malawi" nicht ausdrücklich erwähnt. Aus den Vorschriften, die den Kauf und Verkauf von kurzfristigen Staatspapieren (... Treasury Bills of Government forming part of public issue and maturing within 93 days) und langfristigen Staatspapieren (... securities of the Government maturing in not more than twenty-five

---

1) Malawi Government: Law of Malawi, Reserve Bank of Malawi, Cap. 44:02, S. 8; Derselbe: Banking, Cap. 44:01, S.11

2) Eine Erhöhung auf Bankeinlagen fand beispielsweise im Jahr 1979 statt von bisher 25 auf 30 %, um die unerwünschte Kreditausweitung einzudämmen. Vgl. BfAI: NfA: Wirtschaftslage in Malawi, 30. Jg. Nr. BM 307, Köln September 1980, S. 2

years) erlauben[1], lassen sich jedoch auch die Befugnisse zu Offenmarktgeschäften ableiten.

Ausreichende Kenntnisse über Einsatz und Erfahrungen mit diesen Instrumenten in der Vergangenheit liegen nur spärlich vor, so daß keine Beurteilung ihrer Wirksamkeit vorgenommen werden kann. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie einstweilen nur theoretischen Wert haben, wegen der unterentwickelten Struktur des Banksystems und Fehlens von Kapitalmärkten in Malawi.

Neben der Zentralbank gehören zu der finanziellen Infrastruktur Malawis die Geschäftsbanken (commercial banks) mit ihren Zweigstellen. Als "commercial bank" wird nach dem Bankgesetz (the Banking Act) Malawis "a person who carries on banking business[2] in Malawi and whose business mainly consists of the acceptance of deposits of money withdrawable by cheque."[3] Damit liegt ein Bankstatus vor, wenn Bankgeschäfte getätigt werden mit Schwerpunkt auf Entgegennahme von Einlagen, über die mittels Scheck verfügt werden kann. Das Geschäftsbankensystem Malawis setzt sich zusammen aus der "National Bank of Malawi" und der "Commercial Bank of Malawi". Beide zusammen hatten beispielsweise 1980 ein Geschäftsvolumen von ca. 280 Mio. MK[4]. Die National Bank of Malawi entstand im Jahr 1971 durch eine Fusion von "Barclays Bank DCO" und "Standard Bank of

---

1) Vgl. Malawi Government: Laws of Malawi; Reserve Bank of Malawi, Cap. 44:02

2) banking business wird dabei als "the business of accepting deposits of money withdrawable or repayable on demand or after a fixed period or after notice and the employment of those deposits, in whole or in part, by lending or any other means at the risk of the person accepting such deposits"; vgl. Malawi Government: Laws of Malawi, Banking Act, Cap. 44:01, S. 3 ff.

3) Ebda.

4) Vgl. Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review, Vol. XIII Nr. 3, 1981, S. 66 f.

South Africa" - die einzigen Geschäftsbanken, die bereits vor der Unabhängigkeit existierten - und einer staatlichen Beteiligung am Kapitla mit 49 %. An der Commercial Bank of Malawi sind die "Bank of America" mit 30 %, Press Holding Ltd. mit 40 %, die "Malawi Development Corporation" mit 20 % und die "Agricultural Development and Marketing Corporation" (ADMARC) mit 10 % beteiligt[1], wobei die drei letztgenannten staatseigene Unternehmen darstellen.

Die Finanzierungsmittel der Geschäftsbanken umfassen hauptsächlich: (a) Einlagen (Sicht-, Termin- und Spareinlagen des privaten Sektors, der öffentlichen Unternehmungen, des Staates und ausländischer Banken und Nichtbanken), (b) Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank, gegenüber anderen inländischen Banken, gegenüber ausländischen Banken und sonstige Verbindlichkeiten und (c) das Kapital. Mit diesen Finanzmitteln werden überwiegend kurzfristige Kredite in Form von Wechselkrediten, Darlehen und Vorschußzahlungen an den Nichtbankensektor (1980: 65 %) finanziert. Außerdem werden kurzfristige Kredite und Vorschüsse an öffentliche Unternehmungen gegeben und Forderungen gegenüber der Zentralbank finanziert. Wegen des Übergewichts der kurzfristigen und der kommerziellen Kredite in der Kreditstruktur bleibt die Bedeutung ihrer Mittel für die Finanzierung der Investitionen gering.

Als weitere Komponenten der finanziellen Infrastruktur Malawis sind die sonstigen Finanziellen Institutionen anzusehen. Das Bankgesetz Malawis definiert "financial institution" als "any person who carries on banking business in Malawi but who is not an accepting house, a commercial bank or a discount house"[2]. Im einzelnen handelt es

---

1) Vgl. Bläschnek, W.R. u. Dequin, H.: Malawi, a.a.O., S. 50

2) Vgl. Malawi Government: Laws of Malawi, Banking Act, Cap. 44:01, S. 3

sich bei diesen finanziellen Institutionen um (a) die "Post Office Savings Bank" (Postsparkasse), (b) die "New Building Society", (c) die "Investment and Development Bank", (d) die "Mercantile Credit Ltd." und (e) die "Insurance and Assurance Companies".

Die Post Office Savings Bank ist eine öffentliche Institution, die nach dem Vorbild der englischen Postsparkasse bereits vor der Unabhängigkeit gegründet wurde. Sämtliche Postämter sind daran angeschlossen. Sie unterstehen dem Generalpostmeister (Post Master General), der als Chef der malawischen Postverwaltung die Sparinstitute leitet.[1] Das Geschäftsvolumen der Postsparkasse betrug 1980 22 Mio. MK[2]. Ihr Beitrag zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung liegt in ihrer Aufgabe, kleine Ersparnisse zu mobilisieren. So stellten diese Ersparnisse im Jahr 1980 ca. 92 % der gesamten Passiva der Postsparkasse. Von den verschiedenen Anlagemöglichkeiten, die das Postsparkassengesetz vorsieht, wird der Erwerb von "Local Registered Stock" (Staatsanleihen) bevorzugt. Damit werden die Mittel hauptsächlich zur Finanzierung der mittel- bis langfristigen öffentlichen Kredite verwendet. So waren im Jahr 1980 99,9 % der Mittel für den Erwerb dieser Staatspapiere allein aus den Spareinlagen finanziert worden.[3]

Die New Building Society mit einem Geschäftsvolumen von 10 Mio. MK[4] ist eine bausparkassenähnliche Institution, die ihrem Wesen nach der Bausparkasse englischen Typs entspricht und die den Wohnungsbau ihrer Mitglieder fi-

---

1) Vgl. Malawi Government: Laws of Malawi, Post Office Savings Bank Act, Cap. 44:03

2) Vgl. Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review, Vol. XIII Nr. 3 1981, S. 83

3) Ebda.

4) Ebda.

nanziert. Die Finanzierungsquelle bildet das "share capital", das vom privaten und öffentlichen Sektor eingezahlt wird, um Mitgliedschaft zu erwerben und die Einlagen (Depositen), die sich in "Fixed", "Investment" und "Saving Deposits" einteilen lassen. Die New Building finanziert mit diesen Mitteln ihre Aktivgeschäfte, die schwerpunktmäßig auf der Vergabe von Krediten an den privaten Sektor (Hypothekenkredite) zur Förderung des Wohnungsbaus liegen. Außerdem werden in geringerem Umfang Staatsschuldentitel, Grundstücke und Gebäude erworben. So wurden 1980 67 % dieser Mittel zur Finanzierung der privaten Kredite verwendet, 11 % für den Erwerb von Staatspapieren und 9 % für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden. Neben der Bausparkasse gibt es in Malawi eine staatliche Stelle - die Malawi Housing Corporation - mit besonderen Aufgaben in der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus (bzw. subventionierten Wohnungsbaus) und spezieller Bauprojekte der öffentlichen Hand. Die erforderlichen Mittel werden von der malawischen Regierung sowie durch ausländische Zuschüsse oder Kredite aufgebracht.

Die Investment and Development Bank ist eine Entwicklungsbank mit einem Geschäftsvolumen von 17 Mio. MK, die 1972 gegründet wurde, und an der neben der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) die malawische Agricultural Development and Marketing Corporation (ADMARC), die Commonwealth Development Corporation (CDC), die Nederlandes Financierings Maatschppij voor Oontwikkelingslanden N.V. (IFC) beteiligt sind.[1)]
Die Finanzierungsmittel dieser Entwicklungsbank, die hauptsächlich aus Beteiligungen (share capital) bestehen, fließen zum größen Teil aus dem Ausland. Der restliche Teil des share capital wird im Inland in Form von staatlicher Beteiligung bereitgestellt. So kamen 1980 76,8 % der gesamten Finanzierungsmittel aus dem Ausland, während 17,6 %

---

1) Vgl. DEG: Geschäftsbericht 1978, Köln 1979

im Inland zur Verfügung gestellt wurden.
Mit diesen Mitteln fördert die INDEBANK hauptsächlich private Investitionen in Form von Beteiligungen und Darlehen, was als ihre wichtigste Aufgabe gilt. Ein geringer Teil wird für die Gewährung von Krediten an öffentliche Unternehmungen und zum Kauf von Staatsdarlehen (Local Registered Stock) verwendet.

Im Jahr 1980 entfielen allein 82 % auf die Finanzierung der privaten Kredite, 10 % auf Kredite an öffentliche Unternehmungen und 5 % auf den Kauf von Staatsobligationen.[1] Schwerpunkt wird vor allem gelegt auf die Finanzierung von Projekten der Sektoren, deren Ausbau Priorität in den Entwicklungsplänen Malawis genießen wie: Projekte im landwirtschaftlichen und agro-industriellen Bereich, in der verarbeitenden Industrie und im Tourismussektor. Es entfielen beispielsweise 1978 50 % der Finanzierungszusagen der INDEBANK auf die landwirtschaftliche und agro-industrielle Entwicklung. Durch diese Möglichkeit der Gewährung langfristiger Finanzierungsmittel nimmt die INDEBANK eine Schlüsselrolle in der Finanzierung der Industrialisierung der malawischen Wirtschaft ein. Die Nachfrage nach langfristigen Finanzierungsmitteln wächst zusehends, weshalb die INDEBANK versuchen muß, mehr Finanzmittel im Ausland zu mobilisieren und Möglichkeiten zu finden, die einheimischen Finanzmittel zu erhöhen.

Die Mercantile Credit Ltd. hat im Vergleich zu den bereits erwähnten Institutionen ein sehr geringes Geschäftsvolumen, das 1980 ca. 3 Mio. MK betrug.[2] Ihre Finanzmittel, die überwiegend aus Einlagen und Verbindlichkeiten privater Anteilseigner kommen, dienen vornehmlich der Fi-

---

1) Vgl. Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review 1981, Vol. XIII Nr. 3, S. 86

2) Vgl. Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review 1981, a.a.O., S. 84 f.

nanzierung von kurzfristigen Teilzahlungskrediten, deren Anteil an den Gesamtaktiva 1980 77 % ausmachte. Ein geringer Anteil (1980: 17 %) wird für den Kauf von Schatzwechseln und Staatsanleihen verwendet, und ein weiterer geringer Anteil (1980: 6 %) stellt Forderungen gegenüber Inlandsbanken dar. Wegen der Betonung der kurzfristigen Kredite und Konsumentenkredite ist der Beitrag zur Eigenfinanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung gering.

Die Versicherungsgesellschaften umfassen einige ausländische private Versicherungen, die während der kolonialen Zeit entstanden sind, und die "National Insurance Company", die 1970 gegründet wurde, und an der der Staat beteiligt ist. Die Versicherungswirtschaft ist noch sehr unterentwickelt. Die Versicherungsgeschäfte beschränken sich lediglich auf Lebensversicherungen und Sachversicherungen. Sozialversicherungen sind bisher noch unbekannt in Malawi. Rentenversicherungen gibt es nur im öffentlichen Dienst. Die in Malawi tätigen Versicherungsgesellschaften halten ihre Finanzressourcen, die vorwiegend aus Prämieneingängen stammen, vornehmlich bei Banken, die ihrerseits diese Gelder hauptsächlich als Termin- und Spareinlagen und Sichtguthaben halten. Ein anderer Teil wird im privaten Sektor verwendet, zum größten Teil als Investitionen, aber auch als private Kredite und Hypothekenkredite. Außerdem verwenden die Versicherungsgesellschaften ihre Mittel im öffentlichen Sektor, hauptsächlich zum Kauf von Staatsanleihen (Local Registered Stock), Schatzwechseln (kurzfristigen Staatspapieren) und Investitionen in öffentliche Unternehmungen. Bei den Versicherungsgesellschaften sind somit Ansatzpunkte gegeben, einen positiven Beitrag zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten.

Bevor die Möglichkeiten der Ersparnisbildung bzw. der Einlagenbildung und der Kreditfinanzierung untersucht werden, ist es erforderlich, zunächst die Ergebnisse der verfolgten Geldpolitik darzustellen, da sie die Entwicklung des Sparvolumens sowie des Kreditvolumens entscheidend beeinflussen kann. Eine expansive Geldpolitik z.B. kann langfristig über ein erhöhtes wirtschaftliches Wachstum zu einem Anstieg des Nominaleinkommens und schließlich zu einem erhöhten Sparvolumen führen.[1] Um aufzuzeigen, welche Geldpolitik in Malawi verfolgt wird, werden zunächst die Entwicklung des Geldvolumens und seiner Komponenten dargestellt.

Das gesamte Geldvolumen ("broad money") in Malawi setzt sich zusammen aus der Geldmenge im engeren Sinne ("narrow money") und Quasi-Geld ("near money"). Während die Geldmenge im engeren Sinne das Bargeld (currency) - umlaufende Noten und Münzen - und die Sichteinlagen umfaßt, setzt sich das Quasi-Geld aus Termin- und Spareinlagen zusammen.[2] Wie in verschiedenen anderen Ländern Afrikas (Tansania, Uganda, Ethiopien, Ghana, Sudan[3]) stieg das gesamte Geldvolumen und seine Komponenten in Malawi erheblich. Dies ist der Tabelle 24 zu entnehmen. Das gesamte Geldvolumen versiebenfachte sich seit 1965. Neben dem allgemeinen Wachstum der gesamten Geldversorgung ist ein unterschiedliches Wachstum der einzelnen Komponenten festzustellen. Die Hauptzugkraft ist demnach dem Quasi-Geld beizumessen, das sich in den 15 Jahren (seit 1965) etwa vervierzehnfacht hat, während die Sichteinlagen und das Bargeld in der gleichen Zeit nur etwa 5 mal bzw. 4 mal so hoch wie

---

1) Vgl. Friedmann, M.: Money and Economic Development, The Horrowitz Lectures of 1972, New York/Washington/London 1973, S. 11 f.; Hemmer, H.-R.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 427 f.

2) Vgl. Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review 1981, Vol. XVII Nr. 3, Blantyre, S. 11

3) Vgl. Furners, E.L.: Money and Credit in Development Africa, London/Nairobi 1975

Tabelle 24 : Die Entwicklung des Geldvolumens und seier Komponenten 1964-1980 (in Mio. MK)

| Jahr | Bargeld | Sichteinlagen | "Narrow Money" | "Quasi Money" | "Broad Money" |
|---|---|---|---|---|---|
| 1965 | 8,880 | 9,274 | 18,154 | 6,250 | 24,404 |
| 1966 | 10,566 | 10,353 | 20,919 | 7,798 | 28,717 |
| 1967 | 11,820 | 11,725 | 23,545 | 8,570 | 32,115 |
| 1968 | 11,570 | 12,150 | 23,720 | 10,376 | 34,096 |
| 1969 | 12,540 | 13,839 | 26,379 | 12,216 | 38,595 |
| 1970 | 13,274 | 15,813 | 29,087 | 14,442 | 43,529 |
| 1971 | 14,803 | 18,500 | 33,303 | 15,293 | 48,596 |
| 1972 | 17,302 | 19,505 | 36,807 | 18,130 | 54,937 |
| 1973 | 21,310 | 27,775 | 49,085 | 23,271 | 72,356 |
| 1974 | 28,312 | 35,261 | 63,573 | 35,727 | 99,300 |
| 1975 | 27,837 | 34,868 | 62,705 | 41,043 | 103,748 |
| 1976 | 23,068 | 35,381 | 58,449 | 39,607 | 98,056 |
| 1977 | 24,575 | 45,419 | 69,994 | 52,668 | 122,662 |
| 1978 | 29,805 | 45,141 | 74,946 | 58,278 | 133,224 |
| 1979 | 32,294 | 45,319 | 77,613 | 67,078 | 144,691 |
| 1980 | 35,346 | 57,337 | 92,683 | 85,219 | 177,902 |

Quelle: Reserve Bank of Malawi; Financial and Economic Review 1981, Vol. XVII, No. 3, Blantyre

am Ausgangspunkt waren. Die Erhöhung ist offensichtlich die Folge einer wachstumsorientieren Geld- und Kreditpolitik, die Malawi zur Förderung der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung seit 1975 verfolgte. Welche Auswirkungen diese Geldpolitik auf die Einlagenbildung hatte, läßt sich aus den vorhandenen Daten nicht eindeutig sagen.

Eine Einlagenbildung stellt die Grundlage für die Finanzierung der Investitionen dar. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, den Umfang der Einlagen bzw. die Höhe der Gesamtersparnisse zu ermitteln. Da aber die Höhe der Ersparnisse keinen Aufschluß darüber geben kann, in welcher Form gespart wird und auf welchem Weg die Finanzierungsmittel den Investoren zugeteilt werden[1)], ist es ferner notwendig, die Sparformen und die Art der ansammelnden Institutionen in Malawi zu untersuchen, da sie ausschlaggebend für die Finanzierung der Investitionen sind. Bedauerlicherweise fehlen die meisten dieser wichtigen Daten für Malawi, was eine Untersuchung der Einlagenbildungsmöglichkeiten bei Kreditinstituten erschwert. So kann nicht nur die Zahl der Sparer nicht ermittelt werden, sondern auch die Struktur der finanziellen Ersparnisse ist nicht anzugeben, da die Termin- und Spareinlagen in den Statistiken nicht getrennt ausgewiesen werden. Die dringlichste Aufgabe auf diesem Gebiet scheint in Malawi daher ein Ausbau der derforderlichen Statistiken zu sein. Anhand der hier vorliegenden Angaben können nur über den Umfang der Ersparnisse und die Verteilung auf die Kreditinstitute Aussagen gemacht werden. Was die Entwicklung der Gesamteinlagen betrifft, so ist sowohl bei den Geschäftsbanken als auch bei den anderen finanziellen Institutionen ein starker Aufwärtstrend festzustellen. Da von

---

1) Vgl. Voigt, F.: Aussagefähigkeit und Erkenntnisgrenze der modernen Wirtschaftstheorie, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1958, S. 12 ff.

den Gesamteinlagen die Spareinlagen diejenigen sind, die zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wird deren Entwicklung näher betrachtet.

Wie der Tabelle 25 zu entnehmen ist, konnten die Spareinlagen aller genannten Institutionen kontinuierlich deutlich gesteigert werden. Ein Rückgang bzw. Stillstand auf niedrigerem Niveau ist lediglich in den Jahren 1975 - 1977 bei der Postsparkasse zu verzeichnen. Dies hängt höchst wahrscheinlich damit zusammen, daß für diese Jahreein Stop der Wanderarbeiteranwerbung verordnet wurde, wodurch die auf die Postsparkasse überwiesenen Gehälter abnahmen. Damit steht das Bankensystem im Mittelpunkt der Ersparnisbildung. Während prozentual (gemessen an den gesamten Spareinlagen) gesehen die Anteile der Bausparkasse und der Postsparkasse rückläufig sind, steigt der Prozentsatz des Bankensystems weiterhin (Tab. 25). Trotz des steigenden Trends der Einlagenbildung kann von diesen Einlagen beim heutigen Entwicklungsstand kein nennenswerter Beitrag zur Eigenfinanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung erwartet werden, da die Gesamtsumme noch recht gering ist. Es ist deshalb erforderlich, daß weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Spareinlagengeschäfte der Finanzierungsinstitute zu erhöhen.
Die verschiedenen Maßnahmen, die zur Steigerung der Spareinlagengeschäfte bzw. zu einer rationellen und effizienten Mobilisierung der Ersparnisse eingesetzt werden können, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Ausbau der institutionellen Einrichtungen sowohl geographisch als auch funktionell; Entwicklung der Finanzierungsinstrumente und einer Ertragsstruktur, die den Wünschen der Sparer entgegenkommt; Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die nicht nur zu einer höheren Sparquote, sondern auch zu höheren Ersparnissen in Form von finanziellen Guthaben führt.[1)]

---

1) Vgl. Bhatt, V.V.: Finanzierungspolitische Aspekte in Entwicklungsländern, in: Finanzierung und Entwicklung, 11. Jg. (1974), No. 4, S. 30 f.

Tabelle 25: Die Entwicklung der Spareinlagen bei den Kreditinstituten Malawis 1965 - 1980
(In MK '000 und % der gesamten freiwilligen Spareinlagen)

| Jahr | Geschäftsbanken 1) abs. | proz. | Bausparkasse abs. | proz. | Postsparkasse abs. | proz. | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1965 | 6.250 | 72,5 | 290 | 3,4 | 2.083 | 24,1 | 8.623 |
| 1966 | 7.798 | 71,5 | 298 | 3,0 | 2.549 | 25,5 | 10.645 |
| 1967 | 8.570 | 71,5 | 354 | 3,0 | 3.058 | 25,5 | 11.982 |
| 1968 | 10.376 | 72,0 | 486 | 3,4 | 3.555 | 24,6 | 14.417 |
| 1969 | 12.216 | 71,3 | 502 | 3,0 | 4.407 | 25,7 | 17.125 |
| 1970 | 14.442 | 71,7 | 530 | 2,6 | 5.178 | 25,7 | 20.150 |
| 1971 | 15.293 | 68,9 | 556 | 2,5 | 6.351 | 28,6 | 22.200 |
| 1972 | 18.130 | 70,1 | 628 | 2,4 | 7.123 | 27,5 | 25.881 |
| 1973 | 23.271 | 69,9 | 711 | 2,1 | 9.327 | 28,0 | 33.309 |
| 1974 | 35.727 | 42,4 | 754 | 1,5 | 12.900 | 26,1 | 49.381 |
| 1975 | 41.043 | 76,3 | 811 | 1,5 | 11.950 | 22,2 | 53.804 |
| 1976 | 39.607 | 76,7 | 794 | 1,5 | 11.246 | 21,8 | 51.647 |
| 1977 | 52.668 | 80,6 | 828 | 1,3 | 11.829 | 18,1 | 65.325 |
| 1978 | 58.278 | 77,6 | 917 | 1,2 | 15.895 | 21,2 | 75.090 |
| 1979 | 67.078 | 78,7 | 1.102 | 1,3 | 17.076 | 20,0 | 85.256 |
| 1980 | 85.219 | 79,6 | 1.191 | 1,1 | 20.597 | 19,3 | 107.007 |

Quelle: Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review Vol. XIII No.3 1981
Prozentwerte eigene Berechnungen

1) Termin- und Spareinlagen. Von 1965 bis 1970 sind Spareinlagen der öffentlichen Unternehmungen (parastatal organisation) enthalten.

Für Malawi muß insbesondere der Ausbau der institutionellen Einrichtungen hervorgehoben werden. Wie bereits gezeigt wurde, verfügt das Land über sehr wenige Sparinstitute, die sich noch dazu in Ballungszentren wie Blantyre, Zomba und Lilongwe konzentrieren. In ländlichen Gebieten fehlen solche Einrichtungen. Wegen des unterentwickelten Verkehrssystems und hoher Fahrtkosten auf Umwegstrecken sind die ländlichen Sparer nicht in der Lage, die Sparinstitute in den Städten aufzusuchen. Die Folge ist Horten des Geldes. Um dem entgegenzuwirken, sind neue Einrichtungen nötig, sofern die Rentabilitätskriterien erfüllt sind. Eine Übergangslösung mit Hilfe mobiler Sparkassen, die die regelmäßige (etwa einmal wöchentliche) Entgegennahme bzw. Auszahlung von Spargeldern ermöglicht, wäre denkbar. Es wäre außerdem wünschenswert, daß mehr Augenmerk auf den Ausbau langfristiger Sparformen gelegt wird. Institutionelle Ansätze sind beispielsweise im Bausparkassen- und Versicherungssparen gegeben. Die Bedeutung dieser Sparformen ist jedoch in Malawi bisher sehr gering.
Denkbar wäre auch eine Einführung von Wertpapiersparen, dessen Bedeutung in der unmittelbaren Verbindung zwischen Sparen und Investitionen gesehen werden kann, so daß die produktive Verwendung der Ersparnisse gesichert ist. Zwar werden öffentliche Anleihen in einem bestimmten Umfang ausgeschrieben; es fehlt aber an attraktiven Titeln privater Unternehmer.
Langfristig muß an die Einführung eines funktionsfähigen Kapitalmarkts gedacht werden, wenn ein Ansteigen der Sparaufkommen erreicht worden ist. Solange ein solcher Kapitalmarkt fehlt, bedeutet das, daß die Regierung und die Zentralbank die Finanzierung der privaten Investitionen erleichtern und langfristige Kredite mit sehr niedrigen Zinsen zur Verfügung stellen sollten.[1)]

---

1) Vgl. Kiani, M.: Ansätze und Möglichkeiten der Geld- und Fiskalpolitik als Finanzierungsinstrumente einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklungspolitik dargestellt am Beispiel Persiens, Berlin 1971, S. 113 ff.

Selbst wenn alle Anstrengungen unternommen werden, sind Erfolge nur langfristig zu erwarten, weshalb HIGGINS schreibt: "It is doubtful whether any very large flow of savings will be stimulated in the near future by such measures alone, but there is no reason for not doing whatever is possible in this way."[1)]

Die Kreditfinanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Malawi wird auf der Anbieterseite hauptsächlich von dem Bankensystem, bestehend aus der Zentralbank und den Geschäftsbanken sowie den sonstigen Kreditinstituten, betrieben. Als Nachfrager der Kredite treten der öffentliche Bereich und der private Sektor auf. Während die Kredite des öffentlichen Bereichs zum größten Teil von der Zentralbank finanziert werden, erhält der private Sektor seine Kredite überwiegend von Geschäftsbanken. Die Postsparkasse gewährt die Kredite ausschließlich dem Staat. Die anderen finanziellen Institutionen gewähren beiden Bereichen Kredite.

Betrachtet man die Entwicklung des Kreditvolumens des Bankensystems an den Staat und den privaten Sektor in Malawi (Tab. 26), so läßt sich feststellen, daß es erheblich zugenommen hat. Es stieg von 1965 bis 1980 auf das 44-fache. Besonders sprunghaft wuchs es im privaten Sektor ab 1974, der bis zu diesem Zeitpunkt nur geringfügige Bankkredite nachgefragt hatte.

Auch bei dem Kreditvolumen der sonstigen Kreditinstitute an den Staat und den privaten Sektor ist eine Zunahme zu verzeichnen, doch fiel sie nicht so stark aus wie bei dem Bankensystem. Tabelle 27 ist zu entnehmen, daß das gesamte Kreditvolumen von 3,189 Mio MK (1965) auf 50,129 Mio. MK (1980) angestiegen war, in diesem Zeit-

---

1) Vgl. Higgins, B.: Economic Development; Principles, Problems and Policies, New York, 1959, S. 10

Tabelle 26 : Die Entwicklung der Kredite des Bankensystems an Staat- und staatliche Organisationen und den privaten Sektor 1965-1980 (in Mio. MK).

| Jahr | Bank Kredite an: | | Insgesamt |
|---|---|---|---|
| | den Staat und staatliche Organisationen | den privaten Sektor | |
| 1965 | - 3,043 | 10,095 | 7,052 |
| 1966 | 5,315 | 11,196 | 16,511 |
| 1967 | 7,459 | 13,565 | 21,024 |
| 1968 | 3,497 | 17,060 | 20,557 |
| 1969 | 3,624 | 21,443 | 25,067 |
| 1970 | - 2,010 | 26,441 | 24,431 |
| 1971 | - 4,399 | 35,128 | 30,729 |
| 1972 | 2,188 | 35,566 | 37,754 |
| 1973 | - 1,039 | 32,958 | 31,919 |
| 1974 | 3,385 | 49,444 | 52,829 |
| 1975 | 48,576 | 56,086 | 104,662 |
| 1976 | 64,956 | 76,547 | 141,503 |
| 1877 | 44,203 | 87,690 | 131,893 |
| 1978 | 61,903 | 122,248 | 184,151 |
| 1979 | 96,400 | 170,753 | 267,153 |
| 1980 | 128,309 | 183,404 | 310,713 |

Quelle: Reserve Bank of Malawi, Financial and Economic Review 1981, Volume XIII- Number 3, S. 70 f.

Tabelle 27 : Entwicklung des Kreditvolumens der sonstigen finanziellen Institutuionen[1] an den Staat und den privaten Sektor 1965-1980 (in Mio. MK)

| Jahr | Kredite an: den Staat und staatliche Gesellschaften | Privater Sektor | Gesamt |
|---|---|---|---|
| 1965 | 1,997 | 1,189 | 3,189 |
| 1966 | 3,058 | 1,251 | 4,309 |
| 1967 | 3,487 | 1,988 | 5,475 |
| 1968 | 4,359 | 2,559 | 6,918 |
| 1969 | 4,887 | 3,423 | 8,310 |
| 1970 | 6,119 | 3,435 | 9,554 |
| 1971 | 7,429 | 3,691 | 11,120 |
| 1972 | 8,496 | 4,151 | 12,647 |
| 1973 | 13,226 | 5,554 | 18,780 |
| 1974 | 15,794 | 8,351 | 24,145 |
| 1975 | 16,308 | 8,813 | 25,121 |
| 1976 | 16,454 | 10,953 | 27,407 |
| 1977 | 19,177 | 13,071 | 32,248 |
| 1978 | 22,403 | 16,440 | 38,843 |
| 1979 | 25,099 | 17,658 | 42,757 |
| 1980 | 26,638 | 23,491 | 50,129 |

1) Kredite der Mercantile Credit- Lfd. ab 1968 mitberücksichtigt, der Entwicklungsbank (INDEBANK) ab 1975.

Quelle: Reserve Bank of Malawi: Financial and Economic Review 1981, Vol. XVII. No. 4.

raum sich also fast versechzehnfachte. Die Anteile der beiden Sektoren am Gesamtkreditvolumen sind etwa gleich, ein geringer Vorsprung liegt bei den Krediten an den Staat.

Betrachtet man die Kreditstruktur in Malawi, so ist ein Übergewicht der kurzfristigen Kredite kennzeichnend[1], die hauptsächlich für die Finanzierung von Außen- und Binnenhandels-, Transport- und Hausbaugschäften verwendet werden und große Gewinnchancen bei geringen Risiken beinhalten. Für die Finanzierung der Entwicklungsprojekte werden jedoch langfristige Kredite benötigt, da die Kapitalbildung in solchen Projekten langsamer als in den traditionellen Sektoren vonstatten geht.

Der Zugang zu den Krediten für viele Kreditinteressenten ist sehr schwer, da das Geschäftsgebaren der Kreditinstitute dem der Banken in den Industrieländern entspricht. Es ist ebenso gekennzeichnet eher durch ein starres Beharren auf anerkannte Sicherheiten als Pfand als durch eine Beurteilung der Lebensfähigkeit eines Projektes oder des Rufes bzw. der beruflichen Stellung des Kreditnehmers. Dadurch wird natürlich Kreditvergabe an viele zuverlässige Kreditnehmer in der Volkswirtschaft verhindert, denen es an Vermögen mangelt, das sich als Sicherheit für Bankkredite eignet. Solche Vergabepraktiken sind als entwicklungshemmend anzusehen, da die enge Interpretation der Risiken zu sozialen Kosten in Form verlorener Chancen und Aktivitäten führt. Die Kreditvergabe sollte sich deshalb eher am Wachstumspotential als an vorhandener Sicherheit orientieren.

---

1) Vgl. Reserve Bank of Malawi: Financial and Economical Review 1981, a.a.O.

## 4. Schlußfolgerungen für eine angepaßte Konzeption zur Entwicklung von "Least-Developed-Countries".

Das Ziel dieser Arbeit war es herauszuarbeiten, welche Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung sich für ein LLDC-Land in Afrika ergeben.

Zunächst wurden die Erkenntniswerte der verschiedenen Entwicklungstheorien dargestellt, die verschiedenen Entwicklungsstrategien auf ihre Effizienz hin untersucht und das Problem der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung beleuchtet. Anschließend konzentrierten wir uns auf die konkreten Gegebenheiten Malawis. Malawi wurde als Modellfall herausgegriffen, weil es sich hier um eines der wenigen Entwicklungsländer handelt, das seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1964 unter kontinuierlicher politischer Führung konsequent das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgt hat und dabei zu beachtlichen Ergebnissen gekommen ist, gemessen an der denkbar ungünstigen Ausgangsposition. Dabei wurden die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung ausführlich dargestellt, ebenso die Grundzüge der bisherigen Entwicklungspolitik, und das Entwicklungspotential wurde auf seine Nutzungsmöglichkeiten hin untersucht. Es ergab sich daraus das komplexe Problem der Finanzierung des Entwicklungsprozesses, das anschließend analysiert wurde.

Als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung ist in Ländern dieses Stadiums ein gewisses Wachstum anzustreben. Eine wachstumsorientierete Strategie sollte auch verfolgt werden, um die wirtschaftliche Entwicklung Malawis voranzutreiben, damit es gelingen kann, Malawi in die "take-off"-Phase zu führen. Aus dieser Untersuchung konnte ersehen werden, daß Malawi bereits in der Vergangenheit beachtliche Erfolge mit dieser Strategie verzeichnen konnte, allerdings nur bis zum Ende der 70er Jahre. Danach sank die Wachstumsrate rapide, was das Wiederankurbeln des Wirtschaftswachstums erforderlich machte. Das Wachstum soll nicht Selbstzweck sein, sondern als Voraussetzung für die Befriedigung der Grundbedürfnisse gelten. Da-

her sind begleitend soziale Entwicklungsziele zu verfolgen, um die Armut zu dämpfen. In Bezug auf die Nahrung, Kleidung und Behausung ist es gelungen, auf bescheidenem Niveau die Grundbedürfnisse zu decken, was gemessen an anderen LLDC-Ländern Afrikas als guter Erfolg zu bezeichnen ist. Demgegenüber sind die Grundbedürfnisse Bildung und Gesundheitswesen vernachlässigt worden. Die Analphabetenquote ist dreimal so hoch wie in vergleichbaren Nachbarländern. Ebenso ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit vergleichsweise hoch. Durch Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen könnte über eine nachhaltige Steigerung der Arbeitsproduktivität sowohl die gravierenden Aspekte der Armut vermindert werden als auch ein Beitrag zu dynamischem Wachstum von Produktion und Einkommen geleistet werden.

Das Wachstum läßt sich in Ländern dieses Entwicklungsstandes entweder erreichen durch die Ausbeutung von Rohstofflagern, die Förderung der Landwirtschaft oder den Aufbau von Industrie. Es kommt darauf an, in welchem dieser Bereiche sich das Entwicklungspotential befindet. Für Malawi ist dies im landwirtschaftlichen Bereich der Fall, so daß das Schwergewicht auf der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion liegen sollte:

- 90 % der gesamten Bevölkerung sind von der Landwirtschaft abhängig, 86 % der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten im landwirtschaftlichen Bereich, schließlich leistet sie mit 40 % den größten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte am Gesamtexport beträgt 90 %. Damit ist sie der größte Devisenbringer und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Einfuhren, die zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums benötigt werden. Ferner ermöglichen die guten Exportergebnisse den Zugang zum ausländischen Kapitalmarkt.
- Die mit dem steigenden Bevölkerungswachstum verbundene zunehmende Nachfrage nach Nahrungsmitteln muß befriedigt werden.

- Wegen der strukturellen wechselseitigen Abhängigkeiten und der komplementären Beziehungen zwischen der Landwirtschaft und den anderen Sektoren zieht das Wachstum der Landwirtschaft ein Wachstum der anderen Sektoren nach sich.

Die Förderung der Landwirtschaft müßte dort ansetzen, wo trotz aller erzielten Erfolge aus der Analyse unseres Erachtens Schwachstellen deutlich hervorgehen:

- So drängt sich der Eindruck auf, daß die Förderung der Kleinbauern nicht konsequent verfolgt, daß sogar die Plantagenproduktion auf Kosten der Kleinbauern unterstützt wurde. Die jährlichen Wachstumsraten der typischen Kleinbauernerzeugnisse sind (außer bei Reis) durchweg gesunken innerhalb der letzten 10 Jahre. Im gleichen Zeitraum stiegen die Wachstumsraten der Plantagenproduktion erheblich. Dabei sind die Kleinbauern diejenigen, die dafür sorgen können, daß der durch steigende Wachstumsraten der Bevölkerung zunehmende Bedarf an Grundnahrungsmitteln auch in Zukunft gedeckt werden kann.
- Die Produktionsweise der Kleinbauern ist nicht effizient. Mit 85 % sind sie an der gesamten Agrarproduktion beteiligt und tragen damit 30 % zum BIP bei. Die Plantagenwirtschaft dagegen ist nur mit 15 % an der gesamten Agrarproduktion beteiligt, trägt aber 8 % zum BIP bei.
- Die Diversifikation bezogen auf die Agrarexporte ist zu gering, was bei Absatzschwankungen ein hohes Risiko darstellt.

Die genannten Punkte sagen aus, daß die Masse der Bevölkerung nur mäßig in den Entwicklungsprozeß einbezogen ist. Da hier aber die Gruppierung zu finden ist, die am ehesten die Möglichkeit bietet, den reichlich vorhandenen Faktor Arbeit und den knapp werdenden Faktor Boden ökonomisch sinnvoll zu nutzen und die knappen Faktoren Kapital und Devisen zu schonen, wäre eine Förderung angezeigt.

Als erfolgversprechende Maßnahmen im Bereich der Kleinbauernlandwirtschaft wären vorzuschlagen:

- Steigerung des Know Hows, was bedeuten würde, daß erlernt wird, von besseren Anbaumethoden, von dem Einsatz ertragssteigernder Kulturmaßnahmen Gebrauch zu machen.
- Leistungsanreize durch die Preispolitik der ADMARC,
- Erweiterung des Verkehrssystems, um die Transportkosten zu senken,
- Zusammenschluß zu größeren Einheiten, die den Einkauf von Produktionsmitteln und die gemeinsamen Nutzung von Maschinen organisieren,
- den Kleinbauern sollte die Möglichkeit gegeben werden, in gewissem Umfang "cash crops" anzubauen (ohne daß die Nahrungsmittelproduktion vernachlässigt wird), um deren Einkommen zu erhöhen.

Um das Problem der fehlenden Diversifikation anzugehen, sollten Produkte wie Baumwolle, Kaffee, Reis einbezogen werden.

Weitere Vorschläge beziehen sich auf die tierische Produktion. Es wird für günstig gehalten, wenn die deutliche Trennung von viehhaltenden Betrieben einerseits und pflanzenproduzierenden Betrieben andererseits aufgehoben werden könnte und auf eine Verschmelzung beider hingearbeitet würde. Damit entständen organische Einheiten, die einen gesunden Kreislauf in Gang setzen könnten. Die Düngungskosten könnten durch den anfallenden Mist niedrig gehalten werden, viele Abfallprodukte, die sonst verworfen werden, fänden in der Tierfütterung Verwendung.

In der Tierhaltung sind Probleme angesprochen worden (Tierkrankheiten u.s.w.). Soweit aber Mittel für deren Unterstützung vorgesehen sind, sollten sie verstärkt der Milchkuhhaltung zufließen. Die Milchproduktion in Malawi reicht aus für 1/2 l pro Kopf und Jahr und die Einfuhr von Milch verschlingt erhebliche Devisen, die so eingespart werden könnten.

Hinzu kommt, daß als Quelle tierischen Eiweißes der Malawi-See ein erhebliches Potential bietet, das in bedeutenderem Maße ausbeutbar wäre, und die schwierige Rinderhaltung für die

Fleischproduktion auf niedrigerem Niveau bestehen bleiben könnte.

Als weiterer Träger des Wachstums wurde die industrielle Entwicklung betrachtet. Die malawische Industriepolitik hat einen kleinen, aber relativ gesunden Industriesektor geschaffen. Es soll hier noch einmal betont werden, daß wir festgestellt haben, daß zwischen der landwirtschaftlichen und der industriellen Entwicklung keine Konkurrenz bestehen kann. Die Gegebenheiten Malawis sind derart, daß die industrielle Entwicklung erst auf eine gelungene landwirtschaftliche Entwicklung aufbauen kann. Die industrielle Produktion ist zu kaum einem Fünftel am BIP beteiligt, von den Exporten bestreitet sie lediglich 10 %.

Die Industrialisierung ist aus verschiedenen Gründen notwendig:

- Weil eine Entwicklungsstrategie, die sich allein auf die Landwirtschaft konzentrieren würde, Malawi unter gegenwärtigen Bedingungen nicht angemessen am Wachstum der Weltproduktion beteiligen kann;
- weil langfristig die Industrialisierung Malawis der einzige vernünftige Weg ist, auch dort ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Die Industrialisierung hat jedenfalls überall dort, wo sie inzwischen erfolgt ist, zu höheren Einkommen und höherem Lebensstandard geführt;
- weil sie Beschäftigungsmöglichkeiten für die freigesetzten Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft und angesichts der steigenden Bevölkerungszahl schafft;
- weil der technische Fortschritt schneller in den industriellen Sektor als in den landwirtschaftlichen Sektor Eingang findet.

Bei der Betrachtung der industriellen Entwicklung wurde untersucht, wie weit die Voraussetzungen gegeben sind, welche Stra-

tegien, Technologien und Formen den Industrialisierungsprozeß in Malawi fördern können.

Auch was die industrielle Entwicklung betrifft, sind Schwachstellen zu erkennen. Diese wurden bei den Voraussetzungen für die industrielle Entwicklung deutlich:

Für die industrielle Entwicklung mangelt es an günstigen Voraussetzungen. Die verkehrsmäßige Infrastruktur ist nicht genügend ausgebaut und die Tatsache, daß Malawi ein Binnenland ist, vermindert die internationale Wettbewerbsfähigkeit über hohe Transportkosten.
Das Senken der Transportkosten könnte geschehen über das Anstreben höherer Verarbeitungsgrade, die sich üblicherweise volumen- und gewichtssparend auswirken. Auch wäre denkbar, Produkte zu fördern, die im unmittelbaren Nachbarraum abgesetzt werden können. Weiter könnte verstärktes Nutzen der komparativen Vorteile der genügend vorhandenen Produktionsfaktoren den Nachteil durch lange Transportwege bis zu einem gewissen Grade auffangen.
Das Fehlen von einheimischen Fach- und Führungskräften hemmt den Prozeß der industriellen Entwicklung aus eigener Kraft, was die Abhängigkeit vom Ausland auf längere Sicht erhält. Hier müßten Ausbildungsprogramme erstellt und durchgeführt werden.
Als weitere ungünstige Voraussetzung ist noch der kleine Binnenmarkt anzusehen. Dadurch können die Industrien technisch oder ökonomisch optimale Größen kaum erreichen oder gar die Vorteile der Massenproduktion wahrnehmen. Regionale Zusammenschlüsse könnten die Vergrößerung des Marktes ermöglichen, z.B. im Rahmen der bereits gegründeten SADCC.

Der Einfluß des Staates auf den Industrialisierungsprozeß ist in Malawi bisher sehr dominierend. Dies ist in den Anfangsstadien der Entwicklung sicher notwendig und vorteilhaft, solange private Investitionen nicht vorhanden sind. Es sind aber auch Gefahren mit diesem hohen Grad der Beteiligung des Staates an industriellen Unternehmen verbunden, z.B.

- kann die ineffiziente Produktionsweise Belastungen für den öffentlichen Haushalt mit sich bringen und zu inflationären Tendenzen führen,
- kann es zu einer Verzerrung der Preisrelationen kommen, wodurch für private Investitionsentscheidungen irreführende Signale gesetzt würden.

Diese Gefahren sind zu umgehen, wenn der Staat sich nach und nach aus diesen Unternehmungen zurückzieht, wenn an seine Stelle Genossenschaften, Verbände und Einzelhandelszusammenschlüsse träten, während er sich wieder in neue Bereiche einschalten kann, die seiner Unterstützung dann bedürfen.

Was die Wahl der supplementären Strategien betrifft, hat Malawi zunächst die Strategie der Importsubstitution verfolgt und sie hat eine wichtige Rolle für die bescheidenen Anfänge der Industrialisierung gespielt. Diese Strategie ist jedoch nur angezeigt am Anfang der Entwicklung. Sie birgt die Gefahr, daß bei anhaltendem Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen zunehmend höhere Kosten verursacht werden. Unter anderem werden ungesunde Unternehmen, die der internationalen Konkurrenz nicht standhalten können, künstlich am Leben gehalten. Ein zu langes Festhalten an dieser Strategie kann eine dauerhafte Ausweitung der industriellen Erzeugung und Beschäftigung behindern.
Daher wird empfohlen, sobald sich Kerne der Industrialisierung gebildet haben, rechtzeitig die Strategie der Exportdiversifizierung in Betracht zu ziehen. Damit wäre (durch die relativ hohe Arbeitsintensität dieses Bereiches) auf Dauer ein höherer Beschäftigungseffekt zu erzielen. Die Wachstumsraten der Produktion würden langfristig steigen, da die Enge des Binnenmarktes überwunden wird und eine Kapazitätsausweitung durch Massenproduktion die Kostenvorteile nutzen kann. Dabei kommt es darauf an, daß die Produkte so gewählt werden, daß sie sich einem internationalen Wettbewerb stellen können und die zunehmenden Handelsschranken überwinden. Dies kann in erster Linie über hohe Qualität und die Herstellung landesspezifischer Produkte erreicht werden. Beispielsweise ist zu denken an verar-

beitende Textilindustrie, fischverarbeitende Industrie und lederverarbeitende Industrie.

Im Bereich der Technologien ist zu unterscheiden zwischen arbeits- und kapitalintensiven Technologien. Die anfängliche Neigung, zu kapitalintensiven Technologien zu greifen, ist eingeschränkt worden durch die Erkenntnis, daß damit den Bedürfnissen des Landes nicht entgegengekommen wird. Letzteres wäre eher geleistet, wenn eine relativ arbeitsintensive Produktionstechnik angewandt würde. Dies ist als Schritt in die gewünschte Richtung zu werten, da Kapital und Kapitalkosten kaum aufzubringen sind und das zunehmende Bevölkerungswachstum die Nachfrage nach Arbeitsplätzen auf längere Sicht erhöht. Auch werden nach und nach mehr Menschen aus dem landwirtschaftlichen Sektor freigestellt, die auf den industriellen Arbeitsmarkt zukommen.

Diese arbeitsintensive Technologie läßt sich am ehesten durch eine Förderung der Klein- und Mittelindustrie verwirklichen, die bisher nicht konsequent verfolgt wurde.
Die Klein- und Mittelindustrie ist weniger standortabhängig als die Großindustrie und kann damit zu einer besseren regionalen Verteilung der Entwicklung beitragen. Kleine Betriebe setzen in der Regel weniger Kapital pro Arbeitnehmer und pro Wertschöpfungseinheit ein als die Großbetriebe. Auch die Fähigkeit, die lokalen Ressourcen und die vorhandenen Arbeitskräfte optimal zu nutzen und die gering vorhandenen Ersparnisse wirksam einzusetzen, ist eher bei den Klein- und Mittelbetrieben gegeben. Dazu müßten für sie bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden in Form von gesetzlichen Erleichterungen und bewußter Kapitalbereitstellung an diese Betriebe. Das Schaffen eines relativ freien Marktes, der allen Unternehmern gleiche Anreize und Chancen bietet, würde sich unterstützend auswirken.

Als nächstes wurden die Möglichkeiten der Finanzierung untersucht, da sie der entscheidende Bestimmungsfaktor für das Wirtschaftswachstum sind. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwi-

schen der Auslands- und der Eigenfinanzierung. Es hat sich gezeigt, daß der Auslandsfinanzierungsbedarf Malawis sehr hoch ist infolge einer großen Ersparnis- und Devisenlücke. Die Untersuchung des Auslandsfinanzierungsangebotes führte zu dem Ergebnis, daß Malawi ausschließlich Mittel von westlichen Ländern in Anspruch nimmt.

Formen des Auslandsfinanzierungsangebotes sind einerseits Transferleistungen zu Marktkonditionen, andererseits Transferleistungen zu Vorzugsbedingungen. Malawi als LLDC-Land erhielt seine Mittel hauptsächlich zu Vorzugsbedingungen, was dem Lande zu ansehlichen Wachstumserfolgen verholfen hat. Jedoch war gegen Ende der 70er Jahre ein Rückgang zu verzeichnen, der nur über verstärkte Inanspruchnahme der Transferleistungen zu Marktkonditionen zu kompensieren war. Dies führte zu einer Beschleunigung der Auslandsverschuldung. Die Schuldendienstquote hatte sich zwischen 1977 und 1980 fast verdoppelt. Für das Haushaltsjahr 1984/85 ist damit zu rechnen, daß mehr als 33 % des öffentlichen Haushaltes für Schuldendienstzahlungen verwendet werden müssen. Damit ist eine bedenkliche Entwicklung aufgezeigt, die deutlich macht, daß Gegenmaßnahmen getroffen werden müssen, um einen Fortgang des Entwicklungsprozesses zu gewährleisten.

Eine erfolgversprechende Maßnahme wäre z.B. die spürbare Erhöhung der Auslandshilfe zu vergünstigten Bedingungen. Bereits wenn alle Geberländer den von der UN für die 2. Entwicklungsdekade vorgeschlagenen Anteil von 0,7 % des BSP verwirklichen würden (was bei weitem nicht der Fall ist, der Anteil lag 1981 im Durchschnitt der DAC-Geldgeber bei 0,35 %), würde dies eine merkliche Erleichterung für die Entwicklungsländer bedeuten.

Ferner ist eine Erhöhung des Zuschußelementes vorzuschlagen. Die Situation Malawis hat sich in der letzten Zeit in diesem Punkt deutlich verschlechtert. Während in den 70er Jahren das Zuschußelement 80 % betrug, wird es bis 1985 auf 60 % gesunken sein. Die damit entstehenden größeren Belastungen sind aus eigener

Kraft nicht aufzufangen. Der Vorschlag der UN, die Hilfe an die LLDC-Länder zu 100 % als Zuschüsse anzusehen, muß hier deutlich unterstützt werden.

Denkbar wäre auch ein Schuldenerlaß mindestens teilweise für fällige Kreditrückzahlungen, um die ständig zunehmende Schuldenlast einzudämmen.

Die Auslandsfinanzierung darf nicht die Eigenanstrengungen ersetzen, sondern nur ergänzen, da sie die Garantie für einen dauerhaften wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß sind. In diesem Zusammenhang wurden die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung durch das Steuersystem und die freiwillige Ersparnisbildung Malawis untersucht, die normalerweise die Grundlagen für die Eigenfinanzierung eines Landes darstellen. Es konnte festgestellt werden, daß, obwohl der Beitrag der beiden Finanzierungsformen immer noch einen geringen Anteil an den Entwicklungsinvestitionen ausmacht, doch das Wachstum sowohl der Steuereinnahmen und Ersparnisse - gemessen an Ausgangsdaten - erheblich gewesen ist. Durch Steuer- und Verwaltungsreformen könnten weitere Einnahmezuwächse erzielt werden. Dabei dürfen die Besteuerungsgrenzen nicht außer acht gelassen werden, da sonst die dadurch verursachte Verringerung des verfügbaren Einkommens dazu führen kann, daß die Menschen weniger bereit sind zu arbeiten. Noch weitere Fortschritte sind nur möglich durch Wachstumserfolge.

Für die Erhöhung der Ersparnisse wären folgende Maßnahmen denkbar:
Ausbau der institutionellen Einrichtungen; Einführung von Sparformen, die unmittelbare Verbindungen zwischen Sparen und Investitionen schaffen, z.B. Wertpapiersparen; Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die nicht nur zu einer höheren Sparquote führt, sondern auch zu höheren Ersparnissen in Form von finanziellen Guthaben, z.B. Gewährung von finanziellen Anreizen durch Zinssätze.

## 5. Literaturverzeichnis

### Aufsätze und Bücher

ABDALLAH, Ul. El. Noncef: Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Entwicklung unter Berücksichtigung monetärer Probleme, Diss., Bonn 1973

AHARONI, S.: The Foreign Investment Decision Process, Boston 1966

ALBACH, H.: Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung in Unternehmen, in: Verhandlungen auf der Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik, Aachen 1975 (Sonderdruck)

ARESKOUG, K.: External Public Borrowing: Its Role in Economic Development, New York 1969

BAADER, F.: Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie, in: Weltwirtschaftsarchiv 1959

BACKER, R. de: Malawi. Making the Most of Meagure Ressources, in: The Courier, Nr. 68, July/August 1981

BAGWATI, J.: Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, München 1966

BALDUS, R.D.: Malawi, in: Werobel-La Rochele (Hrsg.), Politisches Lexikon Schwarzafrika, München 1978

BALDWIN, K.D.S. u. ONTONIE, J.: Proposals for an Economic Development Plan for Njassaland, UN 1964

BAROICH, P.: The Economic Development of Third World since 1900, Berkeley u. Los Angeles 1975

- Die Landwirtschaft und die industrielle Revolution 1800-1914, in: Cipolla, B., Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart/New York 1976

BAUER, P.T. u. YAMEY, B.S.: The Economics of Underdeveloped Countries, London 1957

BERGMANN, H.: Das ökonomische Risiko und sein Einfluß auf die Investitionsentscheidungen des Unternehmers, Diss., Berlin 1951

BERNSTEIN, E.M.: Financing Economic Growth in Underdeveloped Economies, in: Savings in the Modern Economy, Minnessota 1953

BHATT, V.V.: Finanzierungspolitische Aspekte in Entwicklungsländern, in: Finanzierung und Entwicklung, 11. Jg. (1974), Nr. 4

BICANIC, R.: The Threshhold of Economic Growth, in: Kyklos, Vol. XV (1962)

BLASCHNEK, W.R. u. DEQUIN, H.: Malawi. Ten Years of Progress and Development, Riyad 1981

BOHNET, M.: Kapitalbildung und Wirtschaftsordnung, in: Priebe, H. (Hrsg.): Eigenfinanzierung der Entwicklung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 84 (1975)

- Theorien und Strategien der Entwicklung, in: Nohlen, D. u. Nuscheler, F., Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg 1982

BOSCH, A.: Financing Economic Development, New York/London 1964

BOSKEY, S.: Problems and Practices of Development Banks, Baltimore 1961

CAINCROSS, A.K.: Factors in Economic Development, London 1962

CHEN, T.: Zum Problem der Importsubstitution und Exportversifikation der unterentwickelten Volkswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung Asiens, Diss., Münster 1969

CHENERY, H.B. u. STROUT, R.: The Foreign Assistance and Economic Development, in: American Economic Review, Bd. 56 (1966)
CHENERY, H.B. et al.: Redistribution with Growth. Policies to Improve Income Distribution in Developing Countries in the Context of Economic Growth, London/New York 1974
CHERNIAVSKY, M.: Development Prospects in East Africa and Uganda. A Draft Report, Bergen 1965
DATTA, A.: Ursachen der Unterentwicklung. Entwicklungsmodelle und Entwicklungspläne, München 1982
DAWAR, H.: Developing Financing. Financial Policy in Developing Countries, in: Intereconomics Nr. 1, 1976
- Bedeutung der Zollpolitik für die industrielle Entwicklung, Bonn 1971
DIERCKE Welt-Statistik 82/83. Staaten, Wirtschaft, Bevölkerung, Politik, München 1982
DILG, K.-G.: Malawi. Voraussetzungen und Möglichkeiten der industriellen Entwicklung. Afrika, Industrieberichte, Bd. 17, Hamburg 1973
DOMAR, E.D.: Capital Expansion. Rate of Growth and Employment, in: Econometrica, Vol. 14 (1946)
DUDLEY, L. u. MONTMARGUETTE, C.: A Model of the Supply of Bilateral Foreign Aid, in: American Economic Review 66 (1976), Nr.1
DUE, I.F.: Taxation and Economic Development in Tropical Africa, Cambridge Mass. 1963
DÜRR, E.: Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungshilfebedarfes, in: Ordo, Bd. 18, 1967
DUWENDAG, D. u.a.: Geldtheorie und Geldpolitik, Köln 1977
EHRLICHER, W.: Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Nürnberger Hochschulwoche 27.-30.11.1962, Berlin 1963
EMANUEL, A.: Unequal Change. A Study of the Imperialism of Trade. With Additional Convents of Charles Bettelheim, London 1972
- Unequal Change Revisted, IDS-Discussion Paper No. 77, Brighton 1975
EUCKEN, W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959
FAALAND, J.: The Projections of Capital Import Requirements of Developing Countries, Development Research Papers, The Chr. Michelsen Institute Bergen, Norway 1965
FEI, J.C.H. u. RANIS, G.: Development of the Labour Surplus Economy, Homewood 1964
FISCHER, K.M. u. WEYL, U.: Malawi, in: Nohlen (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2, Hamburg 1964
FURNESS, E.L.: Money and Credit in Developing Africa, London/Nairobi 1975
FURTADO, C.: Capital Formation and Economic Development, in: A.N. Agarwala and S.P. Singh (Hrsg.), The Economics of Underdevelopment, New York 1963
GABISCH, G.: Außenhandel und Wirtschaftswachstum, Tübingen 1976
GHAUSSY, A.G.: Die Rolle des Energiesektors in der Entwicklungspolitik, Köln u. Opladen 1960
GHOSE, D.C.: Zur Frage der indirekten Besteuerung in Entwicklungsländern, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Fr.-Ebert-Stiftung, Hannover 1965
GIERSCH, H.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. 1, Grundlagen, Wiesbaden 1960

GOLDSMITH, R.W.: Financial Structure and Development, New Haven (Conn.) 1969
- The Determinants of Financial Structure, Paris 1966
GOODE, R.: Reconstruction of Foreign Tax Systems, Proceedings of the Annual Conference on Taxation, Sacramento 1952
- Grenze der Besteuerung, in: Finanzierung und Entwicklung, 17. Jg., (1980), Nr. 1
GRIMM, K.: Theorien der Unterentwicklung und Entwicklungsstrategien, Opladen 1979
GUPTA, D.B.: Industrial Development in Malawi, in: Journal of Social Science 3, 1974
GURLEY, J.G. u. SHAW, E.S.: Financial Aspects of Economic Development, in: The American Economic Review, Vol. 45, Sept. 1955
GUTH, W.: Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Basel/Tübingen 1957
HAMMEL, W.: Die Rolle der finanziellen Infrastruktur bei der Kapitalbildung, in: Priebe, H. (Hrsg.), Eigenfinanzierung der Entwicklung. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 84, Berlin 1975
HANCE, W.A.: African Economic Development, Rev. Edition, New York/Washington/London 1967
HAO, M.W.: The Poverty Curtain, Choices for the Third World, New York
HARRINGER, R.: The Development of International Debt, in: Außenwirtschaft, Bd. 33, Zürich 1978
HARRIS, J.: Driving Malawi into Future, in: The Malawi Review. A National Journal for the Study of Change and Development, Vol. I, Nr. 1, Blantyre 1982
HARROD, R.F.: An Essay in Dynamic Theory, in: Economic Journal, Vol. 49
HAQ, M. Ul: Grundbedürfnisse aus internationaler Sicht, in: Finanzierung und Entwicklung, Heft 3, 1980
HECKSCHER, E.: The Effect of Foreign Trade on the Distribution of Income, in: Ekonomisk Tidskrift 21, 1919, wieder abgedruckt in: H.S. Ellis u. L.A. Metzler (Hrsg.), Readings in the Theory of International Trade, Philadelphia 1949
HEIDHUES, F.: Zur Theorie der internaitonalen Kapitalbewegungen, Tübingen 1969
HELLEINER, G.K.: The Fiscal Role of the Marketing Boards in Nigerian Economic Development 1947-1961, Economic Journal Vol. 74, (1964)
- International Trade and Economic Development, London 1972
HELLER, W.W.: Fiscal Policies for Underdeveloped Countries, in: Reading on Taxation in Dev. Countries
HESSE, H.: Importsubstitution und Entwicklungspolitik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 124 (1968)
HESSE, H. u. SAUTTER, H.: Entwicklungstheorie und -politik, Tübingen 1977
HESTER, D.D.: Financial Disintermediation and Policy, in: Journal of Money, Credit and Banking, Aug. 1969, Nr. 3
HICKS, U.K.: Development Finance, Oxford 1965
HIEMENZ, U. u. SCHATZ, K.W.: Erfolgschancen und Grenzen einer weltwirtschaftlichen Integration als Entwicklungsstrategie, in: Schmidt, A. (Hrsg.), Weltmarkt und Eigenständigkeit, Frankfurt a.M. 1976

HIGGINS, B.: Economic Development. Principles, Problems and Policies, New York 1959
HIRSCHMAN, A.O.: The Strategy of Economic Development, New Haven 1958
HOFFMAN, L. u. SANDERS, H.: Entwicklungspolitik: Entwicklungsstrategien, in: HdWW, Bd. 2
HOFFMANN, R.G.: World without Want, London 1963
HOFMEIER, R.: The Southern African Development Coordination Conference (SADCC): Neue Perspektiven einer regionalen Kooperation im südlichen Afrika und der Verringerung der Abhängigkeit von Südafrika, in: Afrika-Spektrum, Hamburg 1981, 16. Jg., Heft 3
HUHLE, F.: Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit. Zur Entwicklung des privaten Sparens, in: F. Voigt u.a. (Hrsg.), Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. I, Berlin 1958
HUMPHREY, D.H.: Malawi's Economic Probress and Prospects, Eastern Africa Exonomic Review, Vol. r, Nr. 2, 1973
IVERSEN, A.: Aspects of the Theory of International Capital Movements, Copenhagen/London
JARCHOW, H.-J.: Theorie und Politik des Geldes, Göttingen 1974
JASAY, A.: The Social Choice between Home and Overseas Investment, Harmondsworth 1972
JOHNSTON, B.F. u. MELLOR, J.W.: The Role of Agriculture in Economic Development, in: American Economic Review, Bd. 51, 1961
JORCENSON, D.W.: Surplus Agricultural Labour and the Development of the Dual Economy, in: Oxford Economic Papers, Vol. 19 (1967)
JURGENSON, H.: Die Funktionen des Kapitalimports für Entwicklungsländer, in: Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 46 (1967)
KALDOR, N.: Essays on Economic Stability and Growth, London 1960
- The Role of Taxation in Economic Development, in: Essays on Economic Policy, Vol. I, London 1964
KALEMBA, R.: Malawi: An Economic Struggling for Survival, in: African Business, November 1981
KEBSCHULL, D., WILHELMS, C.: Erfolgsbedingungen für Importsubstitution und Exportdiversifizierung als Entwicklungsstrategie in Lateinamerika, in: Giersch, H. u. Haas, H.D. (Hrsg.), Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Schriften des Vereins für Socialplitik, N.F., Bd. 78, Berlin 1974
KIANI, M.: Ansätze und Möglichkeiten der Geld- und Fiskalpolitik las Finanzierungsinstrumente einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklungspolitik dargestellt am Beispiel Persiens, Berlin 1971
KINDLEBERGER, CH.: Economic Development, New York 1965
KLATT, S.: Zur Theorie der Industrialisierung, Köln/Opladen 1959
KLEIN, H.G.: Entwicklungshilfe: Spezifische Äußerungsform internationaler Politik, Baden-Baden 1977
KNALL, B.: Die Bewertung von Entwicklungsplänen und ihre Erfolgsmessung, in: Krause-Rodenacker, A., Grundlagen der Entwicklungsplanung, Berlin 1964
KNAPP, J.: Capital Exports and Economic Growth, in: Economic Journal, Vol. 67, (1957)
KNIGHT, F.H.: Risk, Uncertainity and Profit, 7. Aufl., London 1948

KÖLLNER, L.: Zinshöhe und Kapitalexporte in Entwicklungsländer, in: Konjunkturpolitik, 7. Jg.(1961)
- Besteuerung und Kapitalbildung in Entwicklungsländern, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 41, Heft 11, Hamburg 1961
- Grundlagen der Finanzpolitik in Entwicklungsländern, in: Schmölders Jahrbuch, 83. Jg. (1963)
KONRAD, A.: Finanzierungsprobleme: Der Zusammenhang von Entwicklungsplan, Budget und Zahlungsbilanz, in: Guth, W. (Hrsg.), Probleme der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 46 (1967)
KOTTIS, G.C.: The International Demonstration Effect as a Factor Affecting Economic Development, in: Kyklos, Bd. 24 (1971)
KRELLE, W.: Unsicherheit und Risiko in der Preisbildung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1957
- Preistheorie, Tübingen, Zürich 1961
- Marx als Wachstumstheoretiker, in: Ifo-Studien, 16. Jg., 1970
KRELLE, W. u. GABISCH, G.: Wachstumstheorie, Berlin/Heidelberg/New York 1972
KRUEGER, A.O.: Alternative Trade Strategies and Employment in LDCS, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 68 (1978)
- Foreign Trade Regimes and Economic Development: Liberalization, Attempts and Consequences, Cambridge (Mass.) 1978
- Trade Policy as an Input to Development, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 70 (1980)
KYDD, J. u. CHRISTIANSEN, R.: Structural Change in Malawi since Independence: Consequences of a Development Strategy bades on Large-scale Agriculture, in: World Development, Vol. 10, No. 5 1982
LEIBENSTEIN, H.: Economic Backwardness and Economic Growth, New York 1957
LEWIS, W.A.: Economic Development with Unlimited Supplies of Labour, in: The Manchester School of Economic and Social Studies, Vol. 22, 1954
- Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen 1956
LIENAU, C.: Malawi, Geographie eines unterentwickelten Landes, Darmstadt 1981
LIPTON, M.: Why Poor People Stay Poor. A Study of Urban Bias in World Development, London 1976
LITTLE, I.M.D. and CLIFFORD, J.M.: International Aid, Chicago 1966
LÖSCH, D.: Markt oder Staat für die Dritte Welt?: Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, illustriert am Beispiel der Republik Malawi, Hamburg 1983
LOTZ, J.R. u. MORSS, E.R.: Measuring "Tax Effort" in Developing Countries, in: IMF Staff Papers, Nov. 1967
LUTZ, A.F.: Die Bedeutung der Investitionen für das Wachstum der Wirtschaft, Berlin/München 1957
McKINNON, R.I.: Foreign Exchange Constraints on Economic Development, in: Economic Journal, Bd. 74 (1964)
MADDISON, A.: Economic Progress and Policy in Developing Countries, London 1970
MAIZELS, A.: Export and Economic Growth of Developing Countries, Cambridge University Press 1968
MANSHARD, W.: Die Städte des tropischen Afrika, Berlin 1977
MARX, K.: Das Kapital, Bd. I-III, herausgegeben von Lieber, H.-J. u. Kautsky, B., Stuttgart 1962 u. 1963

MARLIN, P. v.: Entwicklung und Entwicklungspolitik in Malawi, München 1967
MENDE, T.: Überfluß und Armut, Düsseldorf 1974
MICHAELI, M.: Exports and Growth: An Empirical Investigation, in: Journal of Development Economics, Vol. 4, 1977
MORRIS, M.D. u. LISER, F.B.: The PQLI. Measuring Progress in Meeting Human Needs. Overseas Development Council, 32, Washington 1977
MUDDATHIR, A.: Der soziale Rahmen der Industrialisierung der modernen Gesellschaft, Hannover 1965
MUSGRAVE, R.: Public Finance in Theory and Practice, 1978
MYINT, H.: The Classical Theory of International Trade and the Underdeveloped Countries, in: The Economic Journal, Vol. 68 (1958)
MYRDAL, G.: Economic Theory and Under-Developed Regions, London 1969
NELSON, R.R.: A Theory of the Low-Level Equilibrium Trap in Underdeveloped Economies, in: The American Economic Review, Vol. 46 (1956)
- Aggregate Production Functions and Medium Range Growth Projections, in: The American Economic Review, Vol. 54 (1964)
NOHLEN, D. (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Baden-Baden 1982
NOHLEN, D./NUSCHELER, F.: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg 1982
NOWZAD, B.: Schuldenmanagement in Entwicklungsländern, in: Finanzierung und Entwicklung, H. 3, 1980
NURKSE, R.: Ursachen und Wirkungen der Kapitalbewegungen, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 5 (1934)
- Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, New York 1953
- The Conflict between "Balanced Growth" and International Specialization Lectures on Economic Development, Istanbul 1958
NYERERE, J.K.: Education for Self-Reliance, in: Nyerere, J.K., Freedom and Socialism. A Selection from Writings and Speeches 1965-1967, London/Oxford/New York 1970
OBST, G. u. HINTNER, O.: Geld-, Bank-, Börsenwesen. Ein Handbuch, Stuttgart 1980 (37. Aufl.)
OCHEL, W.: Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft: eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium entwicklungstheoretischer und -politischer Begriffe, Köln 1982
OHLIN, G.: Aid and Indebtedness, Paris, OECD Development Centre 1966
- Interregional and International Trade, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 1933
OLDENBRUCH, G.: Zur Strategie der Erfüllung von Grundbedürfnissen, Bad Honnef 1978
OTZEN, U.: Malawi; Engpässe und Perspektiven der Entwicklung, in: Afrika-Spektrum, 16. Jg. 1981, Heft 3
PÄTZ, J.: Steuersysteme und Steuerpolitik in Entwicklungsländern, Göttingen 1966
PARTHASA-RATHI, A.: The Role of Self-Reliance in Alternative Strategies for Development, in: World Development, Vol. 5, 1977, No. 3
PATRICK, H.T.: Financial Development and Economic Growth in Underdeveloped Countries, in: Economic Development and Cultural Chance, Bd. 14 (1965/66)

PETERSEN, H.T.: Debt Crisis of Developing Countries: A Pragmatic Approach to an Early Warning System, in: Konjunkturpolitik, Jg. 23 (1977), Heft 2
PREBISCH, R.: The Economic Development of Latin America and its Principal Problems, New York 1950
- Commercial Policy in the Underdeveloped Countries, in: The American Economic Review, Paper and Proceeding, Vol. 49 (1959)
PREDÖHL, A.: Zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Boettcher, E. (Hrsg.), Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Tübingen 1964
PREOBRANZHENSKY, E.A.: On Primitive Socialist Accumulations, Oxford 1965
PREST, A.R.: Public Finance in Developing Countries, London 1975
PRIEBE, H.: Die Agrarprobleme der Entwicklungsländer im Spiegel der europäischen Entwicklung, in: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Nr. 60, 1959
PRIEBE, H. u. HANKEL, W.: Der Agrarsektor im Entwicklungsprozeß. Mit Beispielen aus Afrika, Frankfurt/New York 1980
RANIS, G.: Industrial Sector Labour Absorption, in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 21 (1973)
REYNOLDS, L.G.: Image and Reality in Economic Development, New Haven 1977
RICARDO, D.: The Principles of Political Economy and Taxation, London/New York 1962
ROBINSON, A.J.: Can Economic Growth be based on Agriculture?, in: Indian Economic Journal, Vol. XIII, No. 4, New Dehli 1966
ROSENSTEIN-RODAN, P.N.: Problems of Industrialisation of Eastern and South-Eastern Europe, in: The Economic Journal, Bd. 53 (1943)
- International Aid for Underdeveloped Countries, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 43 (1961), No. 2
- Bedarfsbestimmung und Verwendungsplanung von Auslandsmitteln in Entwicklungsländern, in: Konjunkturpolitik, 1964
ROSTOW, W.W.: Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1967
- The World Economy. History and Prospect, London 1978
RUTHENBERG, H.: Landwirtschaftliche und anfängliche Kapitalbildung, Sonderheft der Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, Frankfurt/Main, O.J.
SAMUELSON, P.A.: International Trade and the Equalization of Factor Prices, in: Economic Journal, Vol. 58 (1948)
SCHAMS, R.: Technologietransfer. Ausgewählte Beiträge, HWWA-Report Nr. 20, Hamburg 1973
- Der Kapitalbedarf der Entwicklungsländer, Hamburg 1974
SCHÄDLER, K.: Malawi als Wirtschaftspartner, Köln 1965
SCHELLE, H.: Steuerpolitik und Kapitalakkumulation aus heimischen Quellen in Entwicklungsländern, Diss., München 1968
SCHIMMELPFENNIG, E.: Malawi, Bonn 1965
SCHOLING, E.: Zur mehrdimensionalen Messung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes, in: Kyklos, Vol. 35, 1982
SCHUMPETER, J.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig 1912
SCOTT, M.F.G.: The Contribution of Investment to Growth, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. 28 (1981)
SEERS, D.: The new Meaning of Development, in: International Development Review No. 3 (1977)

SENGHAAS, D.: Weltwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt 1977
- Autozentrierte Entwicklung, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.) Handbuch der Dritten Welt, Hamburg 1982
SINGER, H.: The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 40 (1950)
SMITH, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Edinburgh 1872
SOLOW, R.M.: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: The Quaterly Journal of Economics, Bd. 70 (1956)
STREETEN, P.: Aid to Africa. A Policy Outline for the 1970's, New York/Washington/London 1972
- Vom Wachstum zu den Grundbedürfnissen, in: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 3, 1979
SUNKEL, O.: National Development Policy and External Depencency in Latin America, in: Journal of Development Studies 6 (1969), No. 1
TAIT, A., GRATZ, L.M. u. EICHENGREEN, B.J.: International Comparisons of Taxation for Selected Developing Countries 1972-1976, in: Staff Papers, Vol. 26, Nr. 1 (March 1979)
THALHEIM, K.C.: Systematische Merkmale von Wirtschaftsordnungen, in: Arndt, H., Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, Berlin 1969
TIMMERMANN, N.: Entwicklungstheorie und Entwicklungspraxis, Göttingen 1982
TIMMERMANN, V.: Über Beiträge der Ökonomie zu Problemen der Entwicklungsländer, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 26. Jg. (1981), Tübingen
TINBERGEN, J.: Spardefizit und Handelsdefizit, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 95 (1965)
TUN WAI, U.: Interest Rates Outside the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries, in: Staff Papers, Vol. 6 (1957/58)
UHLIG, C.: Wirtschaftliches Wachstum der Entwicklungsländer, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 90. Jg. (1970), H. 6
VANEK, J.: Estimating Foreign Ressource Needs for Economic Development, New York 1967
VOIGT, F.: Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950
- Verkehr und Industrialisierung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 109 (1953), Heft 2
- Aussagefähigkeit und Erkenntnisgrenze der modernen Wirtschaftstheorie, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1958
- Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrssystems. Verkehrswissenschaftliche Forschung, Schriftenreihe des Verkehrswissenschaftlichen Seminars an der Universität Hamburg, Bd. I, Berlin 1960
- The Importance of the Transport System for Economic Development Process, U.N. Paper E/CN 14/CAP/35, Nov. 1967
- Entwicklungshilfe, Vorlesungsskript Bonn 1970
- Industrialisierung und Industriepolitik, in: Handwörterbuch der Volkswirtschaft, Wiesbaden 1980, 2. Aufl.
- Verkehrspolitik, in: Handwörterbuch der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Wiesbaden 1980

VOIGT, F. u.a.: Die Förderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn 1977
VOIGT, F. u. WITTE, H.: Die Bedeutung des Verkehrssystems für die Entwicklung ländlicher Räume, Heft 18, Gesellschaft für wirtschafts- und verkehrswissenschaftliche Forschung e.V., Bonn 1975
VOGELSANG, D.W.: Die importsubstituierende Industrialisierung als Entwicklungsstrategie. Eine Untersuchung am Beispiel Pakistans, Diss., Stuttgart 1974
WAGNER, N.: Faktorproportionen, Internationale Arbeitsteilung und Außenhandelspolitik, Wiesbaden 1980
WAGNER, N. u.a.: Ökonomie der Entwicklungsländer, Stuttgart 1983
WAGNER, N. u.a.: Entwicklungsökonomie, Heidelberg 1982
WATERSTON, A.: Development Planning. Lessons of Experience, Baltimore 1965
- What do we know about Planning, in: International Development Review, Vol. VII, No. 4, 1965
WEISS, T.G. u. Jennings, A.: More for the Least? Prospects for Poorest Countries in the Eighties, Lexington (Mass.) 1982
WEISSKOPF, T.E.: The Impact of Foreign Capital Inflow on Domestic Savings in Underdeveloped Countries, in: Journal of International Economics, Vol. 2,1972
WESTPHALEN, J.: Sparprobleme der Entwicklungsländer, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, H. 22
WILBRANDT, H.: Die Rolle der Landwirtschaft im wirtschaftlichen Wachstum der Entwicklungsländer, in: Offene Welt, Nr. 88, 1965
WELHELMS, CH./VOGELSANG, D.W.: Untersuchung über Fragen der Exportdiversifizierung in Entwicklungsländern, HWWA-Report Nr. 3, Hamburg 1971
WILLMS, M. u. SIEBKE, J.: Theorie der Geldpolitik, Berlin 1974
YOUNG, A.: Increasing Returns and Economic Progress, in: The Economic Journal, Bd. 38 (1928)
ZINN, E.: Bonitätsprüfung bei Auslandskrediten, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Bd. 31,1 (1978)

Andere Veröffentlichungen

ADB: Press Release. Signature of Loan Agreement between the ADB and Malawi. Abidjan 25.6.1978
ADF: Press Release. Signature of Loan Agreement between the African Development Fund and the Republic of Malawi. Abidjan, 24.6.1980
BfA: Malawi, wirtschaftliche Entwicklung 1970/71 Nr.A/125, Köln 1971
- Malawi, wirtschaftliche Entwicklung 1977, Köln 1978
- Mitteilungen. Weltwirtschaft am Jahreswechsel. Malawi, Febr. 1979 (Jg. Nr. BM 33)
BfA/NfA (J) 27.7.1979, Nur langsame Fortschritte in Malawis Landwirtschaft
BfA: Malawi, wirtschaftliche Entwicklung 1979, Köln 1980
- Wirtschaftsdatenblatt Malawi, Köln 1980
BfAI: Marktinformation, Malawi, Wirtschaftliche Entwicklung 1970/71, Nr. A/125, Köln Sept. 1971
- Malawi, Energiewirtschaft 1978, Köln 1980

- Marktinformation. Malawi. Wirtschaftliche Entwicklung 1979, Köln 1980
- Malawi. Wirtschaftliche Entwicklung 1970, Köln 1980
BfAI/NfA: Wirtschaftslage in Malawi. 30. Jg. Nr. BM 307, Köln Sept. 1980
BfAI: Malawi. Wirtschaftsdatenblatt, Köln 30.12.1980
BfAI/NfA: Geschäftschancen im Agro-, Hotel- und Tourismussektor Malawis, 9.4.1981, Köln
BfAI: Nachrichten für Außenhandel, 24.7.81, Köln
- Nachrichten für Außenhandel, 23.5.84, Köln
BMZ: Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlung der "Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen", Bonn 1980
- Arbeitspapier. Finanzielle Zusammenarbeit, Bonn 1980 (unveröffentlicht)
- Politik der Partner, Bonn 1981, 5. Aufl.
DEG: Geschäftsbericht 1978, Köln 1979
FAO: Production Year Book 1976, 1980
GATT: International Trade 1961, Genf 1962
IFC: Mitteilung an die Presse v. 4.2.1981. Malawi: 8,7 Mio. $ für Treibstoff aus Melasse
ILO: Beschäftigung, Wachstum und Grundbedüfnisse. Ein weltweites Problem. Genf 1976
IMF: Malawi. Recent Economic Development. Unveröffentlichtes Manuskript
Malawi Export Promotion Council (MEPC): Malawi Buyers Guide 1982/83. A Handbook on Malawi Exports, Blantyre 1982
Malawi Government: The Department of Animal Health and Industry: General Statistics of the Activities of the Department of Animal Health and Industry 1975/1979
- Department of Information: Malawi Yearbook 1980
- Department of Taxes: Taxation in Malawi, Blantyre 1968
- Development Plan 1965-1969, Zomba
- Economic Report 1981, Budget Document No. 4, Zomba
- Economic Planning Division, Office of the President and Cabinet: Estate Credit Study, Final Report, Dec. 1981
- Economic Planning Division: Midyear Economic Review 1982/83 (unveröffentlicht)
- Laws of Malawi. Post Office Savings Bank Act. Cap. 44:03
- Laws of Malawi. Reserve Bank of Malawi. Cap. 44:02
- Laws of Malawi. Banking Act, Cap. 44:01
- Laws of Malawi. Customs and Excise, Cap. 44:02
- Malawi Statistical Yearbook 1974-1979
- Malawi Taxation Act (amended)
- Ministry of Development and Planning: Development Programme 1967, Zomba
- Ministry of Development and Planning: Development Probramme 1968-70, Zomba 1967
- Ministry of Finance: Background Information Investment Prospects. Lilongwe 1976
- Ministry of Trade and Industry: Industrial Development in Malawi, Blantyre 1970
- Ministry of Trade and Industry: Economic Report 1971, Zomba
- Ministry of Trade and Industry: Industrial Development in Malawi, Zomba 1970
- Ministry of Trade and Industry: Industrial Development in Malawi, A Guide for Prospective Investors, 1970

- National Statistical Office: Malawi Population Census 1966, Final Report, Zomba 1969
- National Statistical Office: Population Census 1977, preliminary report, district population by traditional authorities (including urban areas), Zomba 1978
- National Statistical Office: Household Income and Expenditure Survey for Urban Areas and Agricultural Estates 1968, Government Printer, Zomba 1970
- National Statistical Office: National Sample Survey of Agriculture 1968/69 (Customary Land in Rural Areas only), Government Printer, Zomba 1970
- National Statistical Office: Monthly Statistical Bulletin 1980
- Office of the President and Cabinet, Economic and Planning Division: Statement of Development Policies 1971-1980, Zomba 1971
- The Chief Economist: Economic Planning Division: Mid-Year Economic Review 1982/83, Lilongwe, 23.11.1982 (unveröffentlicht)

Reserve Bank of Malawi: Financila and Economic Review 1981, Vol. XVII No. 3, Blantyre

Statistisches Bundesamt: Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Malawi, Wiesbaden 1977
- Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Malawi Stuttgart/Mainz 1979
- Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Malawi 1980, Wiesbaden 1980
- Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Malawi 1982, Wiesbaden 1982

United Nations: Economic Survey of Asia and the Far East 1960, Bangkog 1961
- Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries; Report by a Group of Experts by the Secretery General of the United Nations, New York 1961
- UN-Yearbook of National Accounts Statistics, New York 1970
- UN Economic Bulletin of Latin America, Vol. XLV, No. 2, 1971: Financial Intermediation in Latin America
- UN Preparatory Committee for the United Nations Conference on the Least Developed Countries. Second Session: Supplementary tables on aid, balance-of-payments and trade data for individual least developed countries 1965-1979, Geneva 9/10/1980
- United Nations Conference on the Least Developed Countries (Hrsg.): Country Review Meetings, Country Presentation, Malawi 1981

Weltbank: Jahresbericht 1970
- Weltentwicklungsberichte 1978 bis 1982, Washington D.C.
- Jahresbericht 1982

World Bank: Accelerated Development in Sub-Saharan Africa. An Agenda for Action, Washington D.C. 1980

## 6. Verzeichnis der Abkürzungen und Symbole

| | |
|---|---|
| ACP/AKP: | Africa Carribean-Pacific; mit der EG assoziierte Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes |
| ADMARC: | Agricultural Development and Marketing Cooperation |
| ADF: | African Development Fund (Afrikanische Entwicklungsfonds) |
| ADB/AFDB: | African Development Bank; Afrikanische Entwicklungsbank |
| BFA/BFAI: | Bundesstelle für Außenhandelsinformationen |
| BIP: | Bruttoinlandsprodukt |
| BMZ: | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit |
| DAC-Länder: | Development Assistance Committee (OECD) |
| DEFINCO: | Development Finance Company |
| DEVPOL: | Development Policy |
| EG: | Europäische Gemeinschaften |
| ESCOM: | Electricity Supply Commission of Malawi |
| GATT: | General Agreement on Tariffs and Trade; Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen |
| IAO: | Food and Agriculture Organization of the United Nations |
| IBRD: | International Bank for Reconstruction and Development |
| IDA: | International Development Agency |
| ILO: | International Labour Organization |
| INDE-Bank: | Investment Development Bank |
| IFC: | International Finance Corporation |
| IWF/IMF: | Internationaler Währungsfonds; International Monetary Fund |
| LDC: | Less Developed Countries |
| LLDC: | Least Development Countries |
| MDC: | Malawi Development Corporation |
| MEPC: | Malawi Export Promotion Council |
| ODA: | Official Development Assistance (in der Definition der OECD) |
| OECD: | Organization for Economic Cooperation and Development |
| OPEC: | Organization of the Petrolium Exporting Countries |
| NFA: | Nachrichten für Außenhandel |
| NWWO: | Neue Weltwirtschaftsordnung |

| | |
|---|---|
| SADC: | Southern Africa Development Coordination Conference |
| UNDP: | United Nations Development Programme |
| UN: | United Nations |
| MK: | Malawi Kwacha |
| t: | Tambala |

## Zusammenfassung der Dissertation

Die vorliegende Untersuchung stellt sich zur Aufgabe, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der "Least-Developed-Countries" in Afrika - dargestellt am Beispiel Malawis - herauszuarbeiten.

Der theoretische Teil befaßt sich mit folgenden Bereichen:

- zunächst werden diejenigen Modelle der Wirtschaftstheorie, die als Instrumente für die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung dienen sollen, vorgestellt. Es geht dabei vornehmlich um die Darstellung der Hauptursachen und damit der Bestimmungsfaktoren der Unterentwicklung.
- Im Anschluß daran werden verschiedene Ansätze zur Überwindung der Unterentwicklung bzw. Strategien der wirtschaftlichen Entwicklung diskutiert.
- Es folgt die Analyse von Ansätzen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung; denn meiner Auffassung nach ist es unbestreitbar, daß das Finanzierungsproblem in vielen Entwicklungsländern, vor allem und gerade in den ärmsten Ländern, ein entscheidendes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt, das es zu überwinden gilt.

Der empirische Teil meiner Arbeit widmet sich der Aufgabe: erstens die wichtigsten Faktoren, die als Ursache der Unterentwicklung in Entwicklungsländern festgestellt wurden, bezüglich ihrer Erklärungskraft für die Lage in Malawi kritisch zu überprüfen; zweitens, die verschiedenen Ansätze zur Überwindung der Unterentwicklung in Entwicklungsländern anhand des Beispiels Malawi kritisch zu beurteilen; und drittens, die Ansätze zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung am konkreten Fallbeispiel Malawis einer kritischen Bewertung zu unterziehen - letzteres stellt den Schwerpunkt der Untersuchung dar.

Auf der Grundlage der in den theoretischen und empirischen Teilen der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse werden die notwendigen Bedingungen für die Induzierung eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses diskutiert und wird eine angepaßte Konzeption für die Inwertsetzung des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials in "Least-Developed-Countries" erarbeitet.

# L E B E N S L A U F

Am 24. Oktober 1942 wurde ich als Sohn von Edward Buliani und seiner Frau Kizeah, geb. Juta, in Likoma/Malawi geboren.

Meine Schulbildung erwarb ich an verschiedenen Schulen:

1950-58 St. Peter's Primary School (Volksschule) in Likoma Island,
1958-62 Dedza Secondary School (Gymnasium und mittlere Reifeprüfung),
1963-64 Livingstonia Junior College (Reifeprüfung).

Nach einer kurzen Tätigkeit im öffentlichen Dienst Malawis als Finanzbeamter wurde ich 1966 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in dem Fach Rechtswissenscahften immatrikuliert, mit dem Ziel Völkerrecht zu studieren. Nach einem kurzen juristischen Studium wechselte ich auf das Fach Wirtschaftswissenschaften. Ich schloß das Studium dieses Faches 1975 mit dem Grad eines Diplom-Volkswirtes ab.

Von Jahr 1976 bis 1978 war ich als Assistent der Universitätsbuchhandlung Dr. Witsch in Köln tätig. Von 1979-80 machte ich einen Management-Lehrgang in Riedenburg einschließlich ein Praktikum bei der Firma Buchtal in Schwarzenfeld. Während dieses Zeitraumes sammelte ich Material für meine Dissertation.

Von 1980 bis 1985 war ich Doktorand am Institut für Industrie- und Verkehrspolitik unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. Dr. hc. Fritz Voigt. Während dieser Zeit übte ich eine Lehrtätigkeit im Rahmen der Vorbereitungsprogramme von deutschen Fachkräften auf ihren Einsatz in Entwicklungsländern an der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in Bad Honnef aus.
Die Finanzierung meines Studiums wurde überwiegend von mir selbst getragen.